



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



Nationale Projekte
des Städtebaus



Nationale Projekte des Städtebaus

Bundesprogramm
2014–2021

Nationale Projekte des Städtebaus

**Bundesprogramm
2014–2021**

Inhalt

Das Programm	4
Karte der Förderprojekte 2014–2021	11

Interviews **12**

„Rückenwind für die Planungs- und Baukultur“ mit Thomas Dienberg	14
„Mut zur Imperfektion – das ist, was national bedeutender Städtebau auch zeigen muss“ mit Marta Doehler-Behzadi	20
„Wir suchen keine Investoren, sondern Liebhaber“ mit Michael Lang	28

Schlaglichter **34**

Beteiligung, Kooperation, Teilhabe: Gemeinsam Stadt bauen	36
Grün-blau statt grau: Mehr Lebensqualität und Klimaschutz in der Stadt der Zukunft	40
Baukulturelles Erbe als Impulsgeber für die Stadt von morgen: Denkmalprojekte als städtebauliche Aufgabe	46

Projektporträts **52**

Alphabetische Reihenfolge	54
Projekte 2021	216
Projektliste nach Jahren	222

Bildnachweise	228
Impressum	230

Das Programm

Städtebauliche Exzellenz erreichen – Experimente ermöglichen

Bauen – Planen – Prozessgestaltung – Kommunikation

Mit dem Investitionsprogramm Nationale Projekte des Städtebaus fördert der Bund seit 2014 zukunftsweisende investive und konzeptionelle Vorhaben von Städtebau und Stadtentwicklung in Deutschland. Die bislang in das Programm aufgenommenen und teilweise bereits abgeschlossenen Vorhaben zeigen, wie diese städtebaulichen Projekte Impulse für die jeweilige Gemeinde oder Stadt, die Region und die Stadtentwicklungspolitik in Deutschland insgesamt setzen.

Bei der Programmkonzeption war es ein Anliegen, über die Städtebauförderung von Bund, Ländern und Kommunen hinaus auch das direkte Engagement des Bundes für national herausragende städtebauliche Vorhaben zu ermöglichen. Die Nationalen Projekte des Städtebaus bieten ohne eine thematische Fokussierung Raum für Experimente, neue Wege im Städtebau und die Möglichkeit, Probleme auf unterschiedliche und eigene Art anzugehen. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) setzt mit dem Programm ein Zeichen für die Bedeutung baukultureller Qualität in Deutschland. Was in der Vergangenheit gebaut wurde und heute saniert wird, aber auch was heute entsteht, bestimmt maßgeblich unsere gebaute Umwelt und somit die Lebensqualität künftiger Generationen.

Sieben Projektaufrufe mit fast 1.000 Einreichungen machen deutlich, wie groß der Bedarf nach einem solchen Programm war und ist. Im Zuge der bisher veröffentlichten Projektaufrufe konnten 193 Projekte in die Programmkulisse aufgenommen und mit Bundesmitteln in Höhe von 596 Mio. Euro gefördert werden. Allein 2021 wurden 24 Projekte mit einer Fördersumme von 75 Mio. Euro in das Programm aufgenommen. Auch im kommenden Jahr 2022 soll das Programm fortgeführt werden, wofür im Bundeshaushalt 2022 50 Mio. Euro vorgesehen sind.

Die Auswahl der Projekte erfolgt durch eine vom Bundesbauministerium berufene Jury aus Mitgliedern des Deutschen Bundestages und unabhängigen Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen wie Architektur, Landschaftsplanung und Städtebau unter der Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Nach Sichtung aller eingereichten Arbeiten und nach intensiver Beratung erarbeitet die Jury eine Förderempfehlung für das BMI. Die Grundlage dafür bildet die formale und inhaltliche Prüfung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und einer hierzu beauftragten Agentur.

Die geförderten Projekte zeichnen sich durch einen besonderen Qualitätsanspruch („Premiumqualität“) hinsichtlich ihres städte-

baulichen Ansatzes, ihrer baukulturellen Impulse und der Einbindung unterschiedlicher Akteursgruppen, durch Beteiligungsprozesse und weitere Formate aus. Sie leisten einen Beitrag zur Realisierung der baupolitischen Ziele des Bundes und weisen ein hohes Innovationspotenzial auf. Das Programm schafft Vorbilder für Projekte der Stadtentwicklung und des Städtebaus in ganz Deutschland. Die Projektstandorte und die Umsetzungsstrategien stehen für besondere nationale bzw. internationale Wahrnehmbarkeit und damit für eine Verankerung der übergeordneten Ziele, baukulturelles Erbe in Wert zu setzen, Quartiere und städtische Räume zu entwickeln und Städtebau für die Zukunft zu gestalten.

Die Vielfalt der Projekte spiegelt auch die Bandbreite aktueller städtebaulicher Herausforderungen wider, die von der Revitalisierung national bedeutender Einzeldenkmäler und Parkanlagen über die qualitätsvolle Entwicklung ganzer Quartiere bis zur Umsetzung städtebaulicher Experimente zur Lösung von Zukunftsaufgaben reicht. Dabei werden Vorhaben in Metropolen ebenso unterstützt wie solche in kleineren Städten und Gemeinden. Gefördert werden Planungswettbewerbe und Machbarkeitsstudien, vorbereitende Maßnahmen zur Entwicklung alter und neuer Quartiere sowie bauliche Maßnahmen. Mit ihrer Unverwechselbarkeit tragen die Nationalen Projekte des Städtebaus zur Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Heimatort bei, sie stellen oftmals ein touristisches Aushängeschild dar und sie alle helfen dabei, drängende Fragen der Stadtentwicklung zu beantworten und beispielhafte Lösungen für diese zu finden.

Damit dienen die Nationalen Projekte des Städtebaus auch dem Wissenstransfer und Erkenntnisgewinn. Im Rahmen von zwei Treffen (2018 und 2021), jeweils am Rande des Bundeskongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, konnten sich die Kommunen des Programms zu den Herausforderungen und Erfahrungen bei der Projektumsetzung austauschen. Für das laufende und das kommende Jahr sind weitere Veranstaltungen in Vorbereitung, die den interkommunalen Austausch und Dialog künftig zum Beispiel durch Themenwerkstätten und weitere Kommunikationsangebote intensivieren und verstetigen sollen.

Die Vernetzung und der Wissenstransfer zwischen den Projekten sind auch Gegenstand der Ende 2019 begonnenen fachlichen Programmbegleitung. Die laufende Beobachtung des Potenzials sowie der Entwicklung in den einzelnen Projekten steht dabei im Mittelpunkt. Dazu gehört sowohl die Analyse aller bislang geförderten Projekte als auch die genauere Untersuchung von einzelnen Fallstudien, aus denen Erkenntnisse für die integrierte Stadtentwicklung, den Städtebau und ihre Unterstützung durch den Bund abgeleitet werden sollen. Ziel ist sowohl eine weitere Qualifizierung des gesamten Programms als auch der Wissenstransfer und die bestmögliche Unterstützung der einzelnen Projekte. Qualitätsvolle Prozesse, Produkte und Innovationen in der Stadtentwicklung sind wichtige Ziele des Bundesprogramms Nationale Projekte des Städtebaus. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die eingesetzten Konzepte und Instrumente, die an ihnen beteiligten Akteure und geplante und tatsächliche Abläufe von Projekten in den Fokus zu nehmen.

Um die fachliche Begleitung der bislang 193 Nationalen Projekte des Städtebaus zu erleichtern, wurden die Projekte zunächst

drei großen Themenfeldern zugeordnet: Baukulturelles Erbe in Wert setzen, Städtische Räume entwickeln und Städtebau für die Zukunft gestalten. Die Projekte lassen sich allerdings nicht trennscharf einem der Arbeitsfelder zuordnen, da vielerorts Schritte unternommen werden, die der Zielerreichung in mehreren Arbeitsfeldern dienen.

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der Umgang mit denkmalgeschütztem Bestand ist ein Kernanliegen des Programms Nationale Projekte des Städtebaus. Viele dieser Bauten haben eine hohe nationale Bedeutung und städtebaulichen Leuchtturmcharakter. Sie prägen das Stadtbild und können ein touristischer Anziehungspunkt werden, die lokale Identität stärken, den Fachdiskurs und Austausch zu bestimmten Themen fördern und einen Impuls für die Stadtentwicklung setzen. Aber auch in der Sanierung und Umnutzung von Alltagsdenkmalen liegen vielfältige Chancen für die Stadtentwicklung. Wichtig ist in beiden Fällen nicht nur die Sanierung und Instandhaltung der jeweiligen Bauten unter Berücksichtigung aktueller technologischer Aspekte sowie der Anforderungen von Klima- und Ressourcenschutz. Bei Nationalen Projekten des Städtebaus zählt auch die Einbindung in den städtebaulichen und sozialräumlichen Kontext. Bau und Nutzung zusammen sollen einen Mehrwert für die jeweilige Stadt sowie ihre Bürgerinnen und Bürger schaffen.

In den kommenden Jahren sollen gemeinsam mit den Projektakteuren vor Ort Antworten auf zum Beispiel folgende Fragen gefunden werden: Wie kann bedeutendes baukulturelles Erbe erhalten und mit einer innovativen Nutzung versehen werden? Welche Herausforderungen und Potenziale hat dieses Erbe für die Kommunen? Welche Akteure können wie an Erhaltung und Nutzung mitwirken? Wie kann das Bewusstsein unterschiedlicher Akteure für die prägende Wirkung dieses Erbes verankert und gestärkt werden?

Städtische Räume entwickeln

Städtische Freiräume – wie zum Beispiel Straßen, Plätze und Parks – sind Orte der Begegnung und des Austauschs, der Öffentlichkeit und Teilhabe. Baulich gesehen entstehen sie durch das Zusammenwirken von Gebäuden und offenen Räumen, sie können sich auf ein zusammenhängendes Grundstück oder Ensemble konzentrieren oder über ein ganzes Quartier erstrecken. Sozialräumlich gesehen sind sie durch vielfältige Nutzungsansprüche der Stadtgesellschaft gekennzeichnet, die im besten Fall Synergien erzeugen. In Quartieren mit hoher Verdichtung entstehen hier jedoch auch Nutzungskonflikte, anderswo gibt es Desiderate, die durch kommunales Management gefüllt werden müssen. Unabhängig von Wachstums- oder Schrumpfungsszenarien: Wenn solche Räume entwickelt oder transformiert werden sollen, ist ein behutsames und integriertes Vorgehen aller Beteiligten nötig. Die unterschiedlichen Interessen müssen im Entwicklungsprozess ausgehandelt und das Raumgefüge neu geordnet werden, um in diesen Gebieten städtebaulichen Premiumcharakter und nationale Bedeutung zu erzeugen.

Gemeinsam mit den Projektakteuren stehen hier die folgenden Fragen im Fokus: Was sind in den Augen der Akteure vor Ort zentrale bauliche, freiräumliche und sozialräumliche Qualitäten? Wie lassen sich solche Qualitäten durch städtebauliche Strategien erzeugen? Welchen Mehrwert bringen Räume, die nach entsprechenden Kriterien gestaltet werden, für die betreffenden Kommunen? Und wie lassen sich die Ergebnisse der oft komplexen Aushandlungsprozesse dauerhaft und verbindlich in der städtebaulichen Umsetzung sichern?

Städtebau für die Zukunft gestalten

Städtebau und Stadtentwicklung in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Urbanisierung, Klima- und Ressourcenschutz, Digitalisierung oder Migration sind einige der zentralen gesellschaftlichen Themen, die Städtebau künftig weiter verändern werden. Das Programm Nationale Projekte des Städtebaus verfolgt das Ziel, innovative Lösungen und Experimente in diesen Bereichen zu unterstützen, um städtebauliche Leuchttürme mit nationaler Bedeutung für die Zukunft zu entwickeln. Nachhaltige Mobilität, urbane Landwirtschaft, Smart City, Anpassung an den Klimawandel oder integrative Quartiersentwicklung brauchen städtebauliche Lösungen, die in Kommunen entwickelt und getestet werden. Dies bietet die Chance, neues Wissen und Musterlösungen zu generieren, die in anderen Kontexten angewandt und weiterentwickelt werden können, sowie die Wahrnehmung der eigenen Stadt als Vorreiterin im Fachdiskurs zu stärken.

Hier werden Antworten zum Beispiel auf folgende Fragen gesucht: Was wird vor Ort unter städtebaulicher Innovation verstanden? Wie wird sie räumlich umgesetzt? Welchen Maßstab legt der Bund vor dem Hintergrund seiner stadtentwicklungspolitischen Ziele hier an? Wie können städtebauliche Innovationen konzipiert und realisiert werden, die zur Lösung zentraler Herausforderungen in der Stadtentwicklung beitragen? Was motiviert Kommunen, sich mit bestimmten Zukunftsthemen auseinanderzusetzen? Welche Rolle spielt das Engagement unterschiedlicher Akteursgruppen (zum Beispiel Zivilgesellschaft, Markt) dabei?

Erste Erkenntnisse aus den in der Umsetzung befindlichen oder bereits abgeschlossenen Projekten und von Personen, die sich in unterschiedlichen Funktionen mit der Umsetzung geförderter Projekte beschäftigen, sind in dieser Broschüre zusammengefasst und bieten Anregungen für die Arbeit vor Ort. Sie zeigen nicht zuletzt, wie die Kriterien der nationalen bzw. internationalen Wahrnehmbarkeit oder Wirkung sowie der hohen städtebaulichen Qualität vor Ort unteretzt werden. Die mediale Resonanz, aber auch die fachliche Anerkennung für die Projekte unterstreichen das. Das Bundesprogramm und seine Projekte illustrieren, was in der Erklärung von Davos 2018 als „hohe Baukultur für Europa“ deklariert wurde. Zugleich setzen sie die 2007 in der Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt formulierten und 2020 bekräftigten und erneuerten Ziele beispielgebend um.

Bundesmittel nach Jahren

2014 50 Mio. €	2017 65 Mio. €	2021 75 Mio. €
2015 150 Mio. €	2018/2019 140 Mio. €	
2016 41 Mio. €	2020 75 Mio. €	

Karte der Förderprojekte 2014–2021

Interviews

„Rückenwind für die Planungs- und Baukultur“



Im Gespräch mit
Thomas Dienberg,
Baubürgermeister der Stadt
Leipzig und Mitglied der Experten-
gruppe städtebaulicher Denkmal-
schutz sowie ehemaliger Leiter
des Dezernats Planen und Bauen
der Stadt Göttingen

Was macht für Sie die nationale Bedeutung der Projekte Parkbogen Ost (S. 150/151) und Matthäikirchhof (S. 152) in Leipzig aus?

Der Matthäikirchhof und der Parkbogen Ost sind zwei sehr unterschiedliche Projekte. Neben der städtebaulichen Bedeutung als Keimzelle der Stadt wurde am Matthäikirchhof die friedliche Revolution selbst in die Hand genommen. Die Idee unseres Projektes ist, von Anfang an mit der Bürgerschaft einen Bildungsort zum Thema „Demokratie“ zu entwickeln und zu etablieren, um das Thema den unterschiedlichen Altersgruppen und vor allem Jugendlichen näherbringen zu können. Das ist wirklich ein Projekt von nationaler Bedeutung und bundesweiter Strahlkraft.

Beim Parkbogen Ost ist die zentrale Fragestellung: Wie kriege ich im Leipziger Osten Freiraumqualitäten hin, die der Leipziger Westen zuhauf hat? Freiräume wurden in der Entstehungsgeschichte des Ostens nicht mitgedacht, weil es ein klassischer Arbeiterstadtteil war. Ich würde sagen, die nationale Bedeutung speist sich hier aus der Beispielhaftigkeit, die ein solcher neuer Freiraum für andere Städte in ähnlichen Situationen haben kann. Ich glaube, es ist wichtig, mit dem Programm zu signalisieren, dass diese paradigmatische Lösung von Zukunftsthemen eine Aufgabe von nationaler Bedeutung ist. Auch das Thema „Bürgerbeteiligung und niedrigschwellige Teilhabe an demokratischen Entscheidungsprozessen“ für eine ganze Stadtteilentwicklung ist hier bedeutend. Das Projekt war schon sehr weit, als ich letztes Jahr nach Leipzig kam, und ich war wirklich fasziniert, als ich das erste Mal davon hörte. Die Umsetzung des ersten Schritts mit dem Sellerhäuser Viadukt ist einfach toll. Wir wären ohne das Förderprogramm beim Gesamtprojekt nicht so schnell so weit gekommen.

Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung bei der Umsetzung des Parkbogens Ost?

Wir haben in Leipzig als eine von wenigen Städten in der Größenordnung noch stadtplanerische und freiraumplanerische Spielräume in zentralen Lagen. Vor 20 Jahren wusste man gar nicht, wie man mit den vielen Freiräumen und den zerstörten – ursprünglich geschlossenen – Strukturen der Gründerzeit umgehen soll. Das ist seit etwa zehn Jahren nicht mehr die Frage. Heute fragen wir uns eher, ob wir das alles zubauen müssen. Die Menschen, die dort wohnen und Freiräume wunderbar begrünt haben, fragen sich das schon viel länger als wir. Das führt natürlich zu Konflikten, zum Beispiel mit Investoren, die jetzt ihre einst ungeliebten freien Grundstücke in der Nähe des Parkbogens Ost bebauen wollen – das ist



Neue Freiraumqualitäten im Leipziger Osten: Der Sellerhäuser Viadukt
(Quelle: SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH)

Wir müssen
Möglichkeiten
entwickeln,
wie wir mit der
Bodenfrage und
der Bodenpreis-
entwicklung
umgehen.

die klassische Gentrifizierungsdebatte. Wenn wir doppelte Innenentwicklung ernst meinen, müssen wir zügig schauen, wo wir uns Flächen planungsrechtlich sichern können, um gleichzeitig verdichten und qualifizieren zu können. Dazu gehört auch, bei manchen Planungen zu sagen: „Nein, das können wir uns an der Stelle gerade einmal nicht vorstellen.“ Wir müssen Möglichkeiten entwickeln, wie wir mit der Bodenfrage und der Bodenpreisentwicklung umgehen.

Wir stehen gerade zum Beispiel vor der Herausforderung, dass ein Investor einen wichtigen Teil des Parkbogens wieder bebauen möchte. Das möchten wir natürlich nicht, aber an das Grundstück kommen wir jetzt auch nicht ran. Ich weiß, das ist eine sehr abstrakte Ebene. Aber es wäre toll, anhand von konkreten Projekten Lösungen dafür zu entwickeln. Das Thema betrifft sicher viele Projekte im Programm.

Und welchen Herausforderungen stehen Sie bei der im vergangenen Jahr begonnenen Umgestaltung des Matthäikirchhofs gegenüber?

Der Matthäikirchhof ist ein Ort mit vielen Herausforderungen, gerade im Bereich des Denkmalschutzes. Wie interpretieren wir hier den Denkmalschutz? Und welche Zeitschichten sind für uns wichtig herauszuarbeiten? Natürlich sind die Nachkriegszeit und die Wendezeit wichtig, aber der Ort hat auch eine Bedeutung als Keimzelle der Stadt. Wir stehen mit dem Projekt noch ganz am Anfang – im Moment besteht unsere Aufgabe vor allem darin, einen guten Prozess aufzusetzen.

Welche Akteure sind an der Umgestaltung des Matthäikirchhofs beteiligt?

Beim Matthäikirchhof gestaltet sich die Akteurslandschaft rund um die Einrichtung des „Forums für Freiheit und Bürgerrechte“ ganz anders als beim Parkbogen Ost. Deswegen ist sie aber nicht weniger komplex. Es sind verschiedene Dezernate der Stadt Leipzig, die Universität und die HTWK Leipzig, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR (BStU), das Bürgerkomitee Leipzig, das Archiv Bürgerbewegung und die Stiftung Friedliche Revolution an dem Projekt beteiligt.

Sehr aktiv in dem Prozess sind natürlich Personen der Bürgerrechtsbewegung. Die Bewegung wirkte 1989/90 von außen wie eine homogene Gruppe. Das war sie aber damals nicht und das ist sie heute erst recht nicht. Aus dieser Zeit haben wir ganz viele Interessenlagen, die zum Teil auch gegeneinander arbeiten. Es finden starke Auseinandersetzungen um die Deutungshoheit der Ereignisse von 1989 statt. Es geht auch um die Frage, wer dieses Konglomerat von Gebäuden aus der Gründerzeit mit dem Saalbau aus den 1950er-Jahren und der „Stasi-Platte“ aus den 1980er-Jahren eigentlich nutzt und nutzen darf. Wir kommen nicht umhin, nun genau diese



Der Matthäikirchhof als Keimzelle der Stadt und Ort der friedlichen Revolution
(Quelle: Hans-Georg Unrau)

Wenn wir sagen, wir wollen von Anfang an beteiligen, dann müssen wir das auch ernst nehmen.

Nur der Rechtsverstoß bringt Fortschritt, sagen die Juristen.

unterschiedlichen, manchmal konfliktträchtigen Identitätsdiskussionen zu führen und zu versuchen, diese gut für das Projekt zu nutzen.

Die beiden Leipziger Projekte werden durch eine intensive Bürgerbeteiligung begleitet. Welche Potenziale und Herausforderungen sehen Sie darin?

Bürgerbeteiligung ist für uns extrem wichtig. Es ist vielleicht der abgenutzte Begriff von den Expertinnen und Experten vor Ort – aber das sind sie. Beteiligung führt immer zu einem gegenseitigen Lerneffekt. Wir müssen als Architekten oder Planer keine Angst davor haben, dass Leute mitreden, die fachlich vielleicht weniger Ahnung haben. Ich finde, das ist eine Haltung von gestern. Wenn wir sagen, wir wollen von Anfang an beteiligen, dann müssen wir das auch ernst nehmen.

Gibt es Neuerungen, die Sie sich in Bezug auf die Beteiligungskultur wünschen würden?

Es hilft sehr, dass der Bund auf Prozessqualität besteht. Dazu gehört zum Beispiel, Planungswettbewerbe durchzuführen. Ich finde allerdings, dass die Architektenkammern bei dem Thema „Wettbewerbsverfahren und Bürgerbeteiligung“ gefordert sind, die Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) zu aktualisieren. Diese halten den heutigen Anforderungen an Bürgerbeteiligung nicht durchgängig stand. Ein Werkstattverfahren, besetzt mit internationalen Büros und intensiver Bürgerbeteiligung, kann qualitativ genauso gute Ergebnisse liefern.

Aber es gibt ja auch viele Leute, die bereit sind, Experimente zu wagen und neue Verfahren für die Beteiligung auszuprobieren. Öffnungsklauseln können zum Beispiel eine Möglichkeit sein, um Bürgerinnen und Bürger als Gäste oder Paten mit Rederecht in normalerweise geschlossene Juryverfahren aufzunehmen. Nur der Rechtsverstoß bringt Fortschritt, sagen die Juristen. Und das stimmt.

Wie gehen Sie in Ihrem Arbeitsalltag mit diesem Dilemma zwischen Planungswettbewerb und Bürgerbeteiligung um?

Bei einem Wettbewerbsverfahren mit der Architektenkammer in Niedersachsen haben wir zum Beispiel gemeinsam neue Wege für die Beteiligung in Planungswettbewerben erprobt. Bürgerinnen und Bürger wurden in die Jury aufgenommen, sie waren zwar nicht stimmberechtigt, hatten aber ein Rederecht. Mit dem Ergebnis waren im Nachhinein alle Beteiligten sehr zufrieden.

Beim Matthäikirchhof streben wir einen internationalen städtebaulichen Wettbewerb und wahrscheinlich mehrere international besetzte Hochbauwettbewerbe an. Gerade in diesem Verfahren ist mir die Bürgerbeteiligung extrem wichtig. Aber ich bin sicher, dass wir mit dem Zuwendungsgeber und den Kammern auch hier modellhafte Lösungen entwickeln können.

Mit der Abteilung „Leipzig weiter denken“ versuchen wir zudem, innovative Formate für die Beteiligung zu entwickeln. Gegründet wurde die Abteilung, als es darum ging, die abstrakte Thematik des INSEK 2030 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. Das kann man nicht einfach mit einer Versammlung abwickeln, sondern man muss Leute haben, die sich wirklich aktiv Gedanken machen.

Was ist für Sie das Besondere an dem Programm Nationale Projekte des Städtebaus?

Ich finde, dass der Ansatz des Programms, was Baukultur, integrierte Planung und Prozessqualität angeht, sehr ambitioniert war und ist. Und ich bin sicher, dass wir ein solches Programm brauchen. Als Mitglied der Expertengruppe habe ich erlebt, dass das gerade für kleinere Städte und Gemeinden unheimlich wichtig ist und den Themen „Baukultur“ und „Prozessqualität“ Rückenwind gegeben hat. Außerdem geht es um die Frage, wie uns die Transformation der Städte vor dem Hintergrund der Mobilitätswende, des Klimaschutzes und der doppelten Innenentwicklung gelingen kann. Auch da setzt das Programm wichtige Akzente.

Sie haben eben insbesondere die Bedeutung des Programms für kleinere Städte und Gemeinden angesprochen. Haben Sie bestimmte Projekte vor Augen?

Mir fällt zum Beispiel das Projekt in Bad Karlshafen ein. Dort wurde das historische Hafenbecken der barocken Planstadt wieder zur Weser geöffnet und nun wird das Umfeld des Hafenbeckens aufgewertet. Die Leute sind von dem Ergebnis begeistert und hätten sich das überhaupt nicht vorstellen können. Das Projekt (S. 62/63) bringt der gesamten Stadt städtebaulich und touristisch extrem viel.

Das Programm stärkt Personen den Rücken, die eine hochwertige Bau- und Planungskultur in kleineren Städten und Gemeinden umsetzen und etablieren möchten.

Aber auch in Großstädten brauchen die Themen „Baukultur“ und „Prozessqualität“ Unterstützung: Dass das Programm großen Wert auf die Durchführung von Planungswettbewerben legt, stärkt uns auch in Städten wie Leipzig und Göttingen den Rücken und hilft uns dabei, den integrierten Gedanken und den Quartiersblick beizubehalten.

Vielen Dank für das interessante Gespräch und die vielen Anregungen für das Programm, Herr Dienberg.



Wiederbelebung des Hafenbeckens in der barocken Planstadt Bad Karlshafen
(Quelle: Stadt Bad Karlshafen)

„Mut zur Imperfektion – das ist, was national bedeutender Städtebau auch zeigen muss“



Im Gespräch mit
Marta Doehler-Behzadi,
Geschäftsführerin
der IBA Thüringen

Zwei der etwa 40 Vorhaben der IBA Thüringen werden durch das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus gefördert. Die Gründungsgeschichte von Schloss Schwarzburg (S. 193) reicht mindestens bis ins 14. Jahrhundert zurück, der Eiermannbau in Apolda ist ein Denkmal der Industriekultur aus dem 20. Jahrhundert (S. 57). Sind die beiden Projekte so verschieden wie ihre Baugeschichte?

Nicht ganz. In beiden Fällen ist der Freistaat Thüringen am Projekt beteiligt, einmal über die Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten und einmal über die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen. Und in beiden Fällen sind wir als IBA Thüringen GmbH auf die Kommunen zugegangen und haben ihnen die Bewerbung vorgeschlagen. Dazu gehörte natürlich auch, dass wir die Stadt Apolda und die Gemeinde Schwarzatal nach Kräften bei der Antragstellung unterstützt haben, nicht nur bei der Begleitung des Verfahrens, sondern auch der Initiierung von Unterstützung aus dem Umfeld, beispielsweise aus der Politik.

Und wer wirkt aktuell an der Projektumsetzung mit?

Das wiederum ist sehr unterschiedlich. Für Schloss Schwarzburg gab es schon 2012 einen Wettbewerb der Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten, in dem die Idee eines Denkortes der Demokratie erstmals anschaulich wurde. Und mit der Stiftung gibt es einen professionellen Akteur, der Bauerfahrungen und historische Kompetenz einbringt und konservatorische Fragen offensiv behandeln kann. Mit einem solchen Akteur und einem guten Architekturbüro, in diesem Fall das Büro Tectum aus Weimar, lässt sich eine gradlinige Umsetzung realisieren. Da muss die IBA nicht nachjustieren, da stehen die Programmbausteine sehr genau fest. Zugleich gibt es einen Förderverein, der als zivilgesellschaftlicher Akteur sehr wichtig für die Durchführung des Projekts ist. Er war es, der sich vor vielen Jahren darum bemühte, dass in diesem Schloss, das als Ruine da stand, überhaupt etwas begonnen werden konnte. Er hat über Jahre Öffentlichkeitsarbeit gemacht und nach seinen Möglichkeiten Mittel für das Ensemble eingeworben. Da ist es folgerichtig, dass der Förderverein jetzt auch, ermöglicht durch die Förderung des Bundes, die Führungen mit einem Audiowalk über die Baustelle übernommen hat. Das ist beispielhaft für ein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die im gesamten Schwarzatal am Thema „Denkort der Demokratie“ zusammenwirken und eine sehr lebendige Szene bilden. Und es kommen noch die Querverbindungen nach Weimar dazu. Dort gibt es ja den sehr engagierten Weimarer Republik e.V., der das Haus der Weimarer Republik vorangetrieben hat. Auch das ist ein



Büroräume im Eiermannbau Apolda (Quelle: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)

Mit der Idee der Open Factory, die für bestimmte Zielgruppen der Kultur- und Kreativszene formuliert wurde, arbeiten wir sehr ergebnisoffen.

Nationales Projekt des Städtebaus und es ist aus unserer Sicht nur logisch, dass es zwischen den beiden Vorhaben enge Abstimmungen bei der Entwicklung gibt.

Projekte, die sich Orten mit hoher Bedeutung für die Geschichte und Gegenwart der Demokratie widmen, gibt es innerhalb des Bundesprogramms nicht nur in Thüringen. Wir nennen beispielhaft den Salmen in Offenburg (S. 174) oder das Forum für Freiheit und Bürgerrechte, das eines Tages am Matthäikirchhof in Leipzig (S. 152) entstehen soll.

Solche Projekte und solche Orte haben ganz ohne Zweifel eine nationale Bedeutung, die wir in den heutigen Zeiten stärken müssen. Deswegen würden es sicher nicht nur die Akteure rund um Schloss Schwarzburg begrüßen, wenn sich hier die Gelegenheit ergäbe, sich in einer entsprechenden Projektfamilie auszutauschen und Netzwerke zu bilden.

Gerne würden wir aber auch mehr über die Umsetzungsstrategie am Eiermannbau erfahren.

Hier haben wir uns als IBA seit 2016 aktiv engagiert. Bevor die Landesentwicklungsgesellschaft als Eigentümerin uns den Bau als „Gefäß“ für die Projektumsetzung zur Verfügung stellen konnte, musste erst mal ein Eigentumsübergang vollzogen werden. Mit der Idee der Open Factory, die für bestimmte Zielgruppen der Kultur- und Kreativszene formuliert wurde, arbeiten wir sehr ergebnisoffen. Das Modell, das wir Anhandgabe nennen, gibt uns große Rechte – aber eben auch große Pflichten.



Blick auf die Freifläche des Eiermannbaus
(Quelle: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)



Eine Ausstellung im Eiermannbau Apolda
(Quelle: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)

Durch die Förderung ist dann ein Gelegenheitsfenster entstanden, wir haben Spielraum für Dinge erhalten, die wir sonst nicht in dieser Qualität hätten durchführen können.

Welche Rolle spielt bei diesem experimentellen, prozesshaften Vorgehen das IBA-Label?

Das hilft uns natürlich sehr. Im Memorandum zur Zukunft internationaler Bauausstellungen wird ja darauf verwiesen, dass eine IBA Zukunftsfragen gesellschaftlichen Wandels auf Aspekte fokussiert, die räumliche Entwicklungen anstoßen und gleichzeitig durch Gestaltung von Räumen in Stadt und Landschaft beeinflusst werden können. Zugleich ist klar, dass IBA sich ständig neu erfinden und keinem standardisierten Format oder Verfahren folgen. Das bestehende IBA-Netzwerk war zusätzlich hilfreich: Es hat einen Vertrauensvorschuss bewirkt mit Blick auf die versprochene Innovation, auf die Kompetenz zur Entwicklung eines Exzellenzstandortes.

Prozessorientierung ist das eine, die Anerkennung des Eiermannbaus als hochkarätiges Denkmal das andere. Welche Rolle spielt eine IBA als letztendlich ja temporärer Akteur für das Denkmal?

Wir haben uns auf das Gebäude eingelassen, indem wir hier eingezogen sind. Durch die Förderung ist dann ein Gelegenheitsfenster entstanden, wir haben Spielraum für Dinge erhalten, die wir sonst nicht in dieser Qualität hätten durchführen können. Gleichzeitig hat die Bundesförderung auch im Freistaat Thüringen nochmals für eine zusätzliche Priorisierung des Vorhabens gesorgt. Mit der Verschränkung von Fördermaßnahmen für Landeseigentum und der Förderung kommunaler Maßnahmen haben wir eine Konstellation, die eine sehr, sehr enge Zusammenarbeit zwischen uns als Nutzer, der Stadt Apolda und der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen bedingt. Wir müssen uns nicht nur in Grundsatzfragen, sondern auch in technischen Details immer wieder abstimmen.

Gibt es noch weitere Akteure?

Es kommen ganz viele hinzu, die zunächst einfach Zielgruppen sind. Wir agieren ja jetzt als Placemaker. Aber später sollen andere diese Räume nutzen. Und die aktivieren wir seit mehreren Jahren sehr intensiv. Ein Beispiel dafür war unsere Aktion „Eintritt frei“ im Sommer 2020. Wir haben den Eiermannbau belebt, wir haben Pioniernutzerinnen und Pioniernutzern die spannenden Räume geöffnet. Das kam in einem Moment, wo das Geld bei vielen Kreativen durch die Coronapandemie noch knapper war als sonst, genau rechtzeitig. Und wir haben von Juli bis Oktober ein Milieu stiften können, das trotz aller Einschränkungen über 3.000 Gäste hierhergezogen hat. Das Schöne: Diese kreative Szene kam nicht nur aus der Region, aus Weimar oder Jena – es kamen auch Menschen aus Berlin oder München für ein paar Tage, um zu forschen, auszustellen oder Performances zu machen. Es beweist, dass die Strategie funktionieren kann, mit solchen temporären Gelegenheitsfenstern dem Bau Leben einzuhauchen.

Und wie kommt das in der Stadtgesellschaft an?

Die Stadtgesellschaft nimmt das sehr deutlich wahr und unsere Angebote werden auch vor Ort angenommen. Dazu trägt auch die Zusammenarbeit mit der Regionalpresse bei, vor allem aber das große Engagement des Bürgermeisters und der gesamten Verwaltung. Egal, ob ich Veranstaltungen mit Architekturstudierenden anbiete oder mit Menschen, die früher hier gearbeitet haben: Die persönliche Begrüßung durch den Bürgermeister wertet solche Veranstaltungen immer auf. Vorhaben wie das unsrige funktionieren

in Klein- und Mittelstädten nur, wenn sie auch „Chefsache“ sind. Und selbst dann muss man sagen, dass dieses Haus für die kleine Mittelstadt Apolda mit knapp über 20.000 Einwohnern sehr, sehr groß ist. Das sieht man schon auf dem Luftbild. Es gibt ja eine Impulsregion hier in Thüringen, zu der Erfurt, Weimar, Jena und der Landkreis Weimarer Land mit Apolda als Kreisstadt gehören. Mein Wunsch und unsere Idee als IBA wäre, dass der Eiermannbau zum Schaufenster für die gesamte Impulsregion wird. Dahinter verbirgt sich unser Stadt-Land-Ansatz, der auf der festen Überzeugung beruht, dass sich städtebauliche Fragestellungen nicht nur im und für den eigenen Sprengel beantworten lassen. Wenn wir Potenziale und Talente ausschöpfen wollen, die darüber hinausgehen, brauchen wir Kooperation.

Und, ist die Botschaft in der Region bereits verankert?

Grundsätzlich schon. Aber die Bindungen einer Verantwortung für die eigene Kommune, die nicht zuletzt auch gesetzlich verankert ist, lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen auflösen. Das ist eben auch ein Prozess: Entwicklungsoptionen jenseits der eigenen Stadtgrenze zu erkennen und zielgruppengenau weiterzuentwickeln. Zum Beispiel wenn Gründer aus Jena hierherkommen könnten, nachdem sie den dortigen Inkubatoren entwachsen sind, dann entstehen in Jena ja auch wieder Freiräume für nachwachsende Gründungsprozesse. Und sobald wir bauen können, haben wir ja auch noch mal ganz andere Vermarktungsmöglichkeiten. Temporäre Nutzungsmöglichkeiten, Saalvermietungen usw. sind durch Corona ein sehr schwieriges Geschäft geworden, insofern waren wir nach der Absage zahlreicher Veranstaltungen sehr glücklich, dass die durch die Bundesförderung ermöglichte Aktion „Eintritt frei“ auch Bilder erzeugt hat, die zur Identifikation mit dem Standort einladen. Sobald wir genaue Termine nennen können, zu denen wir unsere nutzungsneutral hergerichteten Räumlichkeiten dann auch längerfristig bereitstellen können, wird es einfacher werden mit der Platzierung des Objekts.

Apolda ist ja nicht die einzige Stadt im Programm, die sich mit einem baulichen Erbe herausgefordert sieht, das eigentlich zu groß für die Kommune ist.

Ja. Schon im Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ haben wir über die „großen Brocken“ diskutiert – Objekte, die an sich zu groß sind für das, was an Nachfrage überhaupt in kleinen Gemeinden oder in ländlichen Räumen zu finden ist. Das können Schlösser und Burgen sein, Kirchen oder auch Industriebauten. Wenn es sich um hochkarätige Denkmale handelt, steht außer Frage, dass man sie erhält. Das bedeutet aber auch, dass man andere Konzepte finden muss, um sie zu entwickeln. Was ich schätze ist die Möglichkeit, in unvollkommene Konzepte hineinzuarbeiten. Einfach anzufangen. Als IBA Thüringen formulieren wir: Das ist nicht Leerstand, sondern ‚leer‘ und ‚gut‘, also LeerGut. Das hat einen Wert in unterschiedlicher Hinsicht. Das Thema „graue Energie“ nimmt hier eine zunehmende Bedeutung ein, aber ich möchte auch den Aspekt des baukulturellen Erbes unterstreichen. Es geht ja auch um gebaute Identität, die für die Leute wichtig ist. Nehmen wir das Beispiel der Kirchen: Für und gegen Kirchengenutzungen engagieren sich ja auch Leute, die selten in die Kirche gehen oder ihr nicht mal angehören – trotzdem ist ein Kirchengebäude so eindeutig Bestandteil lokaler Identität, dass niemand auf die Idee käme, es abzureißen.

Was ich schätze ist die Möglichkeit, in unvollkommene Konzepte hineinzuarbeiten. Einfach anzufangen.



Ein „großer Brocken“: Das Schloss Schwarzburg in Schwarzatal
(Quelle: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)

Aber wie können die Städte damit umgehen?

Die Konstellation vieler solcher „großen Brocken“ im Verhältnis zu kleinen Gemeinden und kleinen Gemeindeverwaltungen, die Kraft, die es kostet, einen solchen Antrag auszufüllen und ein solches Zuwendungsprojekt durchzuführen, stimmt mich nachdenklich. Da brauchen wir neue Mechanismen, wenn wir das baukulturelle Erbe entwickeln wollen.

In den kleinen und Mittelstädten und in den ländlichen Räumen gibt es sehr viele Aufgaben, die es wert wären, neue Lösungsansätze zu erproben. Die können auch in einer anderen Körnigkeit als bei diesem ganz herausgehobenen Programm der Nationalen Projekte Strahlkraft entwickeln und werden dringend gebraucht. Aber sie gehen häufig über das Vermögen der Akteure hinaus, personell und finanziell. Und wenn die dann nicht einen Sanierungsträger, ein Bundesland, eine IBA an ihrer Seite haben, ist das sehr schwer zu bearbeiten. Es geht dabei nicht nur um die finanzielle Ebene, sondern um die Kraft, ein solches Vorhaben zu stemmen. Wenn die Vorhaben zu voraussetzungsvoll sind, schauen die Leute die Ausschreibungen irgendwann an und sagen sich, dass es nicht schaffbar ist.



Sanierung des Schlosses Schwarzburg als Denkort der Demokratie
(Quelle: IBA Thüringen, Foto: Thomas Müller)

Wir haben ein Leitbild, dem wir uns in kleinen Schritten annähern.

Wie geht es besser?

Beim Schloss Schwarzburg sanieren wir im Rahmen des Programms nur einen Teil des Gebäudes – der Rest bleibt eine gesicherte Ruine. Und wir können aktuell nicht sagen, wann sich die nächsten Ausbautetappen anschließen könnten. Aber die Richtung haben wir gemeinsam bestimmt. Wir haben ein Leitbild, dem wir uns in kleinen Schritten annähern. Beim Eiermannbau wiederum heißt unsere Leitfrage: Wie wenig ist genug?

Bei beiden Projekten gilt: Wir machen einen Schritt in die richtige Richtung. Und wir begleiten diesen Schritt mit konzeptionellem Nachdenken. Für den Eiermannbau haben wir ein Ressourcenschutzkonzept vorliegen, das nicht nur energetische Fragen betrachtet, sondern zum Beispiel auch Material, Geschichtswert, Milieu. Das hilft, eine Balance zu finden, die dem Gebäude guttut. Dieses Vorgehen passt nicht immer zu unseren Hightech-Vorschriften. Aber wir wissen doch, dass wir uns damit vertraut machen müssen, weniger zu verbrauchen und nicht alles auf dem Effizienzweg einfach besser zu dämmen. Nicht less is more, sondern weniger ist weniger.

Wir werden hier nicht anfangen, Freiflächen umzugestalten, damit es schicker aussieht. Auch die Ruderalvegetation ist ein Wert biologischer Vielfalt und mithin eine Ressource. Wir entwickeln diese, besser gesagt: Wir begleiten diese, auch mit Blick auf denkbare Optionen, wenn es eine Nachfrage nach diesen Flächen geben sollte. Ähnlich war es mit dem Drehbuch für Schloss Schwarzburg: Ein strategischer Handlungsrahmen für die Schritte, die jetzt möglich sind. Karl Ganser hat das im Rahmen der IBA Emscherpark als perspektivischen Inkrementalismus bezeichnet.

Schloss Schwarzburg, der Eiermannbau – beide Projekte arbeiten im Bestand, mit dem Bestand. Das ist bei vielen Vorhaben der Nationalen Projekte des Städtebaus so. Ist das ein Trend der Zeit?

Ich glaube, dass die Frage nicht bloß für dieses Programm zu bejahen ist. Sondern das ist eine der zentralen Fragen für Städtebau und Stadtentwicklung überhaupt. Es gibt ja dieses wunderbare Buch von Daniel Fuhrhop: Verbiestet das Bauen. In dieser Radikalität ist der Slogan überzogen, aber er ist ein wichtiger Denkanstoß, sich wirklich mit den Beständen auseinanderzusetzen und sie im weitesten Sinne als Potenzial, Talent, Ressource weiterzuentwickeln. Sicher gibt es immer wieder auch Fragen, die so nicht zu lösen sind. Auch die Stadt Apolda hat im Rahmen der Förderung die Option für einen Neubau, der als Holzneubau gedacht wird. Falls der Realität wird, kann man das Wiederverbauen von schon einmal verbautem Material oder andere Fragen um recycelbaren Holzbau und nachwachsende Rohstoffe und Baustoffe erproben. Und manche energetischen Fragen lassen sich mit einem ergänzenden Neubau eben besser lösen als im und am Denkmal, wo wir ja nicht mit Solarkollektoren oder Photovoltaik agieren können. Das könnte sich gegenseitig befruchten.

Zum Schluss fragen wir Sie nach Ihren Wünschen an die weitere Entwicklung des Programms.

Da komme ich nochmals zurück auf die Optionen der kleinen Städte, der Verbandsgemeinden, Verwaltungsgemeinschaften. Für die ist jeder Förderantrag ein Kraftakt. Und wenn sie in ein Programm kommen, das einen hohen Exzellenzanspruch hat und letztlich auch für große Investitionsvolumina aufgelegt wurde, gilt das doppelt. Sie brauchen Unterstützung, Austausch, Coaching und manchmal ganz praktische Hilfe. Aber vor dem Hintergrund von vielen anderen Aufgaben, die ich allein hier in Thüringen erkenne: Es wäre toll, wenn das Programm fortgesetzt würde.

Frau Doehler-Behzadi, wir bedanken uns für das interessante Gespräch und freuen uns auf viele spannende Veranstaltungen im Eiermannbau.

„Wir suchen keine Investoren, sondern Liebhaber“



Im Gespräch mit
Michael Lang,
Oberbürgermeister der
Stadt Wangen im Allgäu

Es gibt viele Menschen, die glauben erst dann an Umsetzung, wenn sie sie sehen.

Eine kleine Mittelstadt mit einem riesigen Industriedenkmal. Wie geht man als Kommune mit so einer Herausforderung um?

Die Fläche der ehemaligen Baumwollspinnerei und Weberei (ERBA) ist ungefähr so groß wie die gesamte Wangener Altstadt (S. 204/205). Die ERBA war ein Fabrikgelände mit sehr viel eigenem Alltagsleben vom Geschäft bis hin zum Fußballverein oder der Theaterbühne. Deswegen sagt man in Wangen, die ERBA war so etwas wie eine ‚Stadt in der Stadt‘. Die große Aufgabe ist es nun, diese kleine Stadt in der Stadt wieder zurückzuholen ins Leben. Nicht nur die riesige Fläche ist eine Herausforderung, sondern auch der Bestand, der in einem desaströsen Zustand war. Das Gelände lag rund 20 Jahre brach und man hatte vor Sanierungsbeginn das Gefühl, die Wände würden umfallen, wenn man sich dagegenlehnen würde. So etwas ist eine gewaltige Aufgabe für eine kleine Kommune und deswegen ist die Unterstützung über das Programm der Nationalen Projekte des Städtebaus und die Einbettung in die Landesgartenschau 2024 unglaublich hilfreich. Beides fungiert als Motor, um diese Aufgabe hinzubekommen. Es gab auch Stimmen, die meinten, dass sich die Stadt Wangen die Landesgartenschau 2024 nicht leisten könnte. Da sage ich aber: Wir machen es trotzdem. Denn wir sehen die große Aufgabe, die sich sonst nicht meistern ließe. Für uns ist die Landesgartenschau ein hervorragendes Hilfsmittel zur Beschleunigung des Planungs- und Bauprozesses und um Fördergelder zu bekommen, auf die wir sonst vermutlich weniger Chancen hätten. Bis 2024 wollen wir das Projekt in wesentlichen Teilen abgeschlossen haben und deswegen dürfen wir jetzt nicht zögern, sondern müssen handeln.

Wie haben Sie den Einstieg in diese große Aufgabe gemeistert? Haben Sie auch Fundamentalopposition erlebt?

Interessanterweise gab es das hier überhaupt nicht. Die Wangenerinnen und Wangener sind es gewohnt, dass man sich mit alten Häusern auseinandersetzt. Dafür gibt es hier eine große bürgerchaftliche Unterstützung. Und wir versuchen es bestmöglich hinzukriegen – seit fast 50 Jahren in der Altstadt und jetzt auch in der ERBA. Weil es keine Alternative gibt. Das, was wir hier machen, ist eine große Chance, um dieses Gelände als Teil der Stadt zu entwickeln. Mit der Gestaltung des Platzes um den Schornstein als neue Mitte in der ersten der drei Förderperioden durch das Programm Nationale Projekte des Städtebaus im Jahr 2015 haben die Leute gesehen, es passiert etwas. Es gibt viele Menschen, die glauben erst dann an Umsetzung, wenn sie sie sehen.



Die „Neue Mitte“, einer der neu geschaffenen Plätze auf dem Gelände der ehemaligen Baumwollspinnerei
(Quelle: Morlok 2018)

Mit diesem Programm konnten wir im Grunde unseren Bürgerinnen und Bürgern zeigen: Was wir hier machen, ist von nationaler Bedeutung. Das ist nicht nur eine kleine lokale Geschichte, sondern es hat eine überörtliche Ausstrahlung. Das hat uns sehr geholfen in der Kommunikation und auch in der Vermarktung der Gebäude.

Wie kommen Sie mit der Revitalisierung voran, wo können Sie Bausteine abschließen und welche Daueraufgaben bleiben?

Wir gehen davon aus, dass wir zwischen dem Landesgartenschaujahr 2024 und dem Jahr 2026 die baulichen Themen abschließen können. Was allerdings nie abgeschlossen sein wird, ist, diesen Stadtteil als Teil der Stadt zu gestalten. Das wird eine ähnliche Herausforderung sein wie eine Altstadt zu sanieren und in Ordnung zu halten. Das heißt, es wird eine Daueraufgabe der Stadt sein, sich immer weiter für das Leben in der ERBA zu engagieren und dabei auch die vielfältigen Nutzungen wie Arbeiten, Wohnen, Kultur und so weiter zu verknüpfen.

Wie verteilen sich diese Nutzungen auf dem Gelände und welche Nutzergruppen haben Sie für sich gewinnen können?

Unsere ganz grundsätzliche Haltung ist: Wir versuchen alle Gebäude, die erhaltensfähig sind und auch wieder saniert werden, in ihre ursprüngliche Nutzung zurückzuführen. Das heißt, die Gebäude, die früher Wohngebäude waren, sollen wieder Wohngebäude sein. Die gewerblichen Grundstücke sollen wieder gewerblich genutzt werden. Und dazu kommen dann noch weitere Angebote wie Veranstaltungsorte und Freiräume, um das öffentliche Leben auch in die ERBA zu ziehen. Die Stadt hat dabei immer nach der Devise gehandelt:



Schaffung neuer Wegeverbindungen
zum ERBA-Gelände (Quelle: Morlok 2020)



Das Trafogebäude: Wasserkraft im 21. Jahrhundert
(Quelle: Morlok 2021)

Wir hatten auch Interessenten, die wollten die gesamte ERBA kaufen. Alle Grundstücke. Dann hätten wir sozusagen nichts mehr damit zu tun gehabt. Das wollen wir nicht.

Wir suchen keine Investoren, sondern Liebhaber, die sich mit diesen Gebäuden und mit der Idee der Reaktivierung dieses Gebietes identifizieren können. Und das ist uns geglückt. Wir haben tatsächlich für jedes Gebäude und jedes Grundstück passende Interessenten gefunden, die wir berücksichtigen konnten. Und dabei haben wir nicht in erster Linie darauf geschaut, ob das große, leistungsfähige Träger sind, die das machen. Sondern wir haben überlegt: Sind das die richtigen Menschen, die das anpacken wollen? Und haben sie die passende Haltung zu den Gebäuden und zur Idee? Auf diese Weise haben wir die Gebäude und die Grundstücke, die wir nicht selbst behalten haben, einzeln vergeben. Wir hatten auch Interessenten, die wollten die gesamte ERBA kaufen. Alle Grundstücke. Dann hätten wir sozusagen nichts mehr damit zu tun gehabt. Das wollen wir nicht.

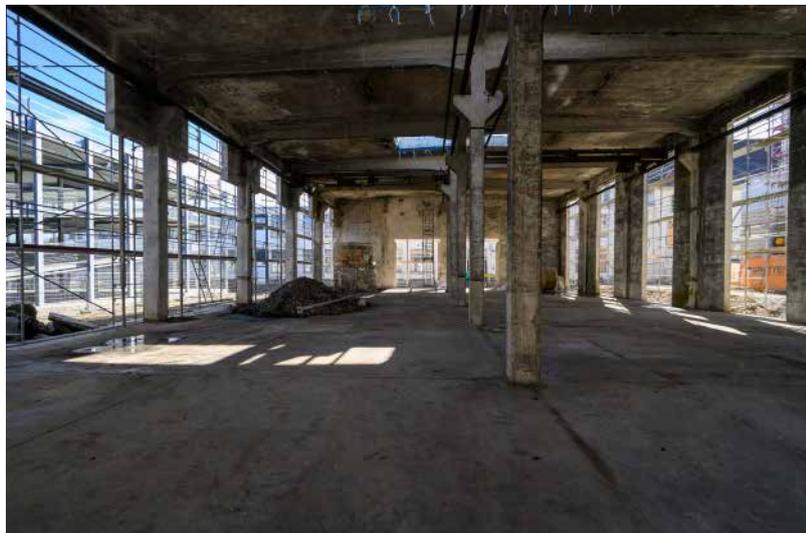
Wir wollten gegebenenfalls auch sagen können: Wir nehmen das Grundstück wieder in den Bestand der Stadt zurück, bevor etwas Falsches entsteht. Da gab es beispielsweise diese Arbeiterhäuser am Ortsrand. Das waren für ganz, ganz viele Betrachter richtige Schrottimmobilien, die abgerissen gehörten. Aber wir haben dann gesagt: Diese Häuser bleiben stehen. Wir haben Liebhaber dafür. Und wenn es Liebhaber gibt, warum sollte man dann diese Häuser abrechen? Und so sind sie stehen geblieben und werden inzwischen sogar schon teilweise bewohnt. Es ist hier wie in der Altstadt von Wangen: Der Erhalt von Gebäuden hat Vorrang vor dem Neubau.

Welche Rolle spielt die Gestaltung von Freiräumen bei der Entwicklung der ERBA? Und wie funktioniert die Anbindung an die Altstadt?

Wichtig ist ein buntes Aufeinandertreffen von attraktivem Freiraum und Städtebau. Ohne die drei Projektphasen bei den Nationalen Projekten des Städtebaus, die wir durchlaufen haben, wäre diese Freiraumqualität, die wir jetzt hier bekommen, nicht entstanden. Bisher ist die Wangener Altstadt das zentrale Begegnungszentrum der Menschen. Zum Beispiel heute: Es ist Wochenmarkt. Wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich die Obsthändler und die Menschen, die Käse, Obst oder Gemüse kaufen. Dabei sind die räumlichen Möglichkeiten, die wir hier haben, sehr begrenzt, weil diese Freiräume in der Altstadt einfach die historisch gewachsenen sind. Durch die Entwicklung der ERBA haben wir drei neue, große Freiflächen definieren können, die für das öffentliche Leben in der Zukunft Wangens eine ganz große Rolle spielen können. In einer Größe und einer Qualität, die es in Wangen bisher nicht gibt. Die neuen Freiflächen eröffnen die Möglichkeit, dann auch mal ein Open-Air-Konzert abzuhalten, und sie schaffen neue Begegnungsmöglichkeiten – draußen und drinnen. Darauf wären wir alleine nicht gekommen. Als wir uns für das erste Projekt der Nationalen Projekte des Städtebaus beworben haben, war ich zunächst skeptisch. Aber ich sagte: Probieren wir es, bewerben wir uns! Weil die ERBA reizvoll ist. Mit dem Förderprogramm ist etwas Neues möglich. Da geht's nicht nur um die Sanierung eines einzelnen Gebäudes, sondern darum, die Belebung und Gestaltung von städtebaulichen Situationen zu ermöglichen.



Das ERBA-Gelände aus der Vogelperspektive
(Quelle: Morlok 2021)



Innenansicht einer der ehemaligen Industriehallen
(Quelle: Morlok 2020)

Nachdem das Projekt rund um den Schornstein abgeschlossen war, gab es dann plötzlich auch Interessierte, die sich früher nie in der ERBA hätten blicken lassen. Durch die Entwicklung der ERBA hatten wir plötzlich ein Interesse am Wohnungsbau in einem Quartier, das früher ein sozialer Brennpunkt war.

Zwischen der ERBA im Süden der Stadt und der Altstadt entsteht entlang des Flusses ein neues Freiraumnetz, das beide Stadtteile verknüpfen wird. Es bindet große Flächen wie Sportanlagen, Naturräume und eine große Parkanlage ein. Und das ist, glaube ich, ein weiterer Schwerpunkt, der das Leben in Wangen, aber auch die Landesgartenschau 2024 attraktiv machen wird.

Sie haben bei der Entwicklung der ERBA auch auf eine umfassende Beteiligung der Bevölkerung gesetzt. Wie ist das angekommen und war das in dieser Form etwas Neues in Ihrer Kommune?

Früher kannten wir das so: Wir machen einen Wettbewerb, den arbeiten wir ab und hinterher zeigt man der Öffentlichkeit, was herausgekommen ist. Was wir allerdings früher nicht hatten, war eine solch intensive Beteiligung der Öffentlichkeit im Wettbewerb selbst. Das war für uns ein ganzer neuer Ansatz und es hat viel Spaß gemacht, die Bürgerbeteiligung in die Wettbewerbsschritte zu integrieren. Was mir bei der ERBA besonders gut gefallen hat, ist, dass man auch Formate genutzt hat, die gerade junge Menschen ansprechen. So hatten wir ganz viele Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch andere Altersgruppen bis zu den Senioren, die sich mit ihren Ideen eingebracht haben. Die Bürgerbeteiligung hat für uns ein Büro aus München mit jungen Leuten organisiert. Sie haben das sehr professionell und mit großem Engagement gemacht. Der Prozess hat uns auch gezeigt, dass es sinnvoll ist, regelmäßige Beteiligungsprozesse für die Bürgerschaft in Planungsprozesse zu integrieren.

Speziell jetzt für die Bedürfnisse der ERBA und der Landesgartenschau 2024 haben wir noch ein weiteres schönes Instrument gefunden, um die Bürgerschaft im laufenden Prozess dabeizuhalten. Das sind sogenannte Bürgerspaziergänge. Wir machen dabei regelmäßige Begehungen, bei denen wir praktisch das gesamte Gelände ablaufen. Von der Altstadt, den Fluss entlang, weil ja auch der Fluss umgebaut und ökologisch aufgewertet wird, bis zur ERBA. Bei diesen rund zweistündigen Spaziergängen gehen zwischen 50 und 100 Leuten mit, um so den aktuellen Diskussionsstand zu erfahren. Dabei berichte ich auch von den Dingen, die gerade in der Überlegung sind. Wir wollen den Menschen eine Möglichkeit geben, direkt darauf zu reagieren. Die Bürgerspaziergänge sind für mich immer eine große Chance, ein direktes Feedback zu bekommen.

Was können gerade kleinere Kommunen mit ähnlich herausforderndem Bestand vom Beispiel der ERBA in Wangen lernen?

Natürlich muss jede Kommune ihren eigenen, individuellen Weg finden. Aus dem bisherigen Prozess können wir aber sagen, dass der Austausch und die Vergemeinschaftung von Erfahrungen sehr hilfreich sind. Wir haben es im Fall der ERBA sicher mit einer sehr besonderen, wenn nicht sogar einzigartigen Situation zu tun. Und obwohl wir hier maßgeschneiderte Lösungen finden mussten, so glaube ich doch, dass der Prozess auch beispielgebend für andere sein kann. Mit Sicherheit kann man sagen, dass unsere Auseinandersetzung mit der ERBA anderen, die in einer ähnlichen Situation sind, Mut machen kann. Es zeigt sich einfach, was für eine positive Dynamik die Wiederbelebung von großen Industriedenkmälern auch in einer kleineren Stadt haben kann. Wir freuen uns in jedem Fall immer über das Interesse anderer Kommunen und sind immer gerne zum Austausch bereit.

Vielen Dank für das interessante Gespräch und wir freuen uns, die ERBA bald persönlich kennenzulernen.

Schlaglichter

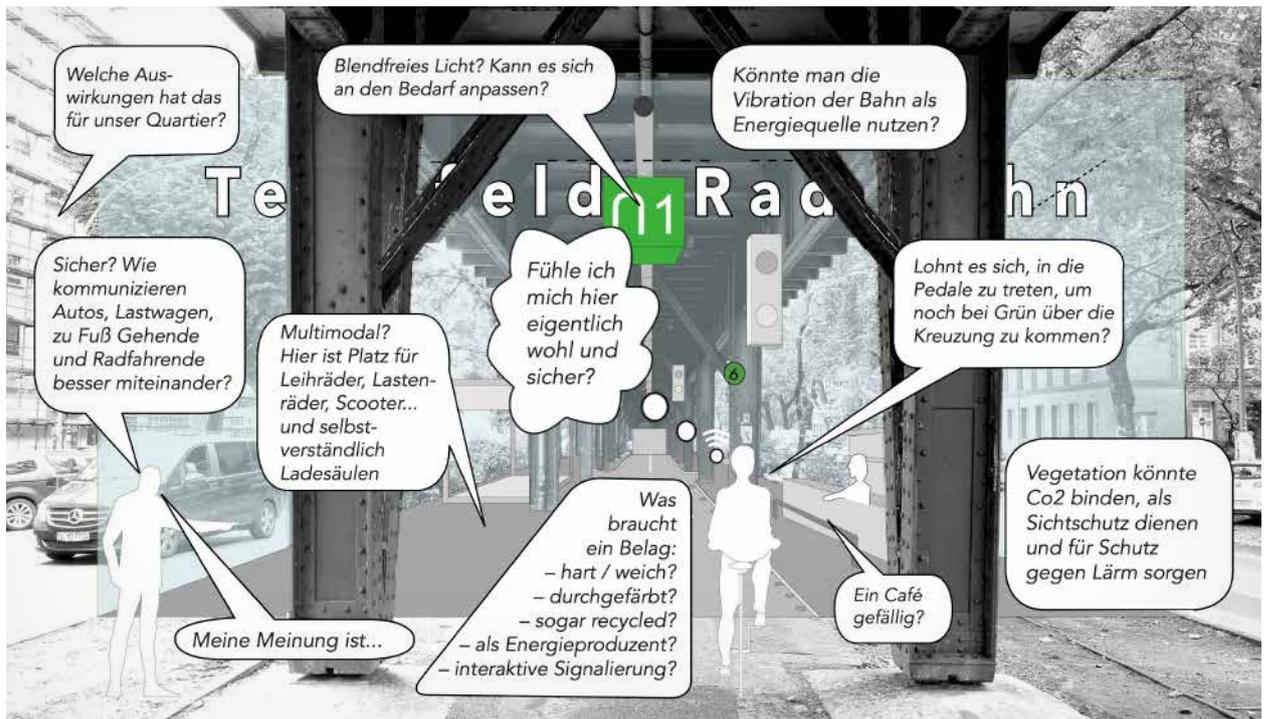
Beteiligung, Kooperation, Teilhabe: Gemeinsam Stadt bauen

In der Leipziger Innenstadt entsteht ein Forum für Demokratie und Bürgerrechte, eine ehemalige Kaserne in Heidelberg wird zum „Grünen Band des Wissens“, ein Kunst- und Kulturort in Berlin-Wedding soll künftig auch Wohnen ermöglichen und in der Innenstadt soll man bald wieder in der Spree schwimmen können. All diese Projekte wären ohne die Beteiligung oder Initiative von Bürgerinnen und Bürgern nicht zu realisieren oder gar nicht erst entstanden.

Beteiligung und Kooperation haben in den letzten Jahren in Städtebau und Stadtentwicklung nicht nur in Deutschland an Bedeutung gewonnen. In der Ende November 2020 unterzeichneten Neuen Leipzig Charta erklären die Verfasserinnen und Verfasser, dass für mehr Teilhabe, Gemeinwohlorientierung, Klimaschutz und Umweltgerechtigkeit Projekte und Programme gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden sollen. Stadtentwicklung in Europa wird damit stärker als je zuvor zu einer Aufgabe aller.

Nationale Projekte des Städtebaus zeichnen sich daher nicht zuletzt durch einen besonderen Qualitätsanspruch hinsichtlich der durchgeführten Beteiligungsprozesse aus. Sie qualifizieren Baukultur auf lokaler Ebene. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern verspricht neben der baulich-räumlichen Aufwertung auch neue Nutzungsmöglichkeiten und kreative Ideen entsprechend der lokalen Bedarfe, eine erhöhte Identifikation mit der Stadt sowie einen stärkeren sozialräumlichen Zusammenhalt und Austausch. Immer öfter verfolgen sowohl Kommunen als auch Zivilgesellschaft dabei das Ziel, nicht nur zu beteiligen, sondern zu kooperieren und dauerhaft die Verantwortung für den Stadtraum zu teilen.

Zentrale Herausforderungen für die Kommunen sind also nicht nur das Finden städtebaulicher Lösungen für Probleme wie Leerstand oder Monofunktionalität, sondern auch die Initiierung und Steuerung von Prozessen, die die dauerhafte Mitwirkung unterschiedlicher Akteure ermöglichen. Ansätze der kooperativen Stadtentwicklung, die sowohl auf städtebauliche wie auch sozialräumliche Problemlagen reagieren, sind im Programm vielfältig vertreten. Einige werden im Folgenden schlaglichtartig beleuchtet.



Fragen an die Radbahn Berlin: Wie sieht ein innovativer Radweg in Zukunft aus?
(Quelle: paper planes e. V.)

Lebendige Innenstädte gemeinsam gestalten

Onlinehandel, Tourismus, steigende Mieten und schließlich die Corona-Pandemie: Innenstädte sind oftmals von einem voranschreitenden Funktionsverlust gekennzeichnet. Seit einigen Jahren fordern unterschiedliche Expertinnen und Experten, diese vielfältiger zu gestalten, Angebote für die Stadtgesellschaft zu schaffen und so die Funktion der Innenstädte als Zentrum zu erhalten bzw. weiterzuentwickeln.

Möglichkeiten, dies gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zu tun, zeigen beispielsweise die Projekte zum Altstadtquartier Büchel in Aachen (S. 218) sowie zum Matthäikirchhof in Leipzig (S. 152). Auf der einen Seite ein Gebiet in unmittelbarer Nähe zum Aachener Dom, in dem ein ehemaliges Parkhaus abgerissen und das Quartier durch Angebote in den Bereichen Wohnen, Gewerbe und Freiraum belebt werden soll; auf der anderen das Areal der örtlichen ehemaligen Stasi-Zentrale, das in einem breit angelegten Beteiligungsverfahren zum „Forum für Demokratie und Bürgerrechte“ entwickelt werden soll. In der hessischen Landgemeinde Bad Karlshafen erfolgte die Belebung des Zentrums durch die Wiederanbindung des Hafens an die Weser und die anschließende Aufwertung seines Umfeldes (S. 62/63). Hier wurde neben Politik und Zivilgesellschaft insbesondere die am Hafen ansässige Gastronomie in den Prozess eingebunden, um Lösungen zu erarbeiten, die wirtschaftliche Interessen und die Stärkung der Identität der Stadt gleichermaßen berücksichtigen.



Schafe grasen in der Horner Geest, Hamburg
(Quelle: BUKEA/I. Tast)



Ein Ort der Begegnung: Der Mitmachpark „Grüne Mitte“ in Weinstadt
(Quelle: Zeitspiegel Reportagen)

Öffentlicher Raum und Teilhabe

Der öffentliche Raum als Ort der Begegnung, des Austauschs und der Teilhabe ist insbesondere in Gegenden mit beengten Wohnverhältnissen und einer sich diversifizierenden Stadtgesellschaft von zentraler Bedeutung. Umso wichtiger ist es, diesen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

Sowohl das Gebiet um die Baumwollspinnerei in Wangen (S. 204/205) als auch die Großwohnsiedlung Köln-Chorweiler (S. 143) sind gekennzeichnet von sozialen Problemlagen und Bewohnerstrukturen vielfältiger Herkunft. Niedrigschwellige und mehrsprachige Angebote wie Spaziergänge oder Stadtteilstefte, die gezielte Ansprache von Schlüsselakteuren sowie speziellen Zielgruppen wie Kindern und Jugendlichen waren zentral für die Aktivierung der Bürgerschaft und die Belebung der Orte. In beiden Fällen haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, im Rahmen der Neugestaltung des öffentlichen Raumes eigene Projektideen zu verwirklichen.

Stadtgrün als Ort der Selbstwirksamkeit

Die Bedeutung von Stadtgrün für die Lebensqualität in den Städten insbesondere vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels ist unbestritten. Dies ist nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie noch mal sehr deutlich geworden. Insbesondere die wachsende Popularität von Gemeinschafts- und Kleingärten hebt das Potenzial von Grün als Ort der Selbstwirksamkeit hervor.

Dies machen sich viele Grünprojekte strategisch zunutze, insbesondere durch das Konzept des „Bürgerparks“, also eines Parks, der von Bürgerinnen und Bürgern bewirtschaftet wird. So sollen beispielsweise in Heidelberg im „Anderen Park“ (S. 130) auch selbst verwaltete Flächen entstehen. In Weinstadt (S. 208) ist ein Mitmach-Park als neues Stadtzentrum entwickelt worden, der es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre Nutzungsideen auf Teilflächen zu verwirklichen. Als eine der ersten Nutzungen ist dort ein vereinsgetragener Gemeinschaftsgarten entstanden. Auch bei der Entwicklung der Landschaftsachse Horner Geest in Hamburg (S. 122) spielen bürgergetragene Nutzungsangebote eine zentrale Rolle – finanziell unterstützt durch die Stadt. Und in der Rotklinkersiedlung in Gießen (S. 219) entstehen neue Mietergärten.

Neue Stadtmacherinnen und Stadtmacher

Lange spielten Raumpioniere nur als temporäre Nutzerinnen und Nutzer eine Rolle in der Stadtentwicklung. Sie füllten leer stehende Immobilien oder Brachflächen mit Leben. In den letzten Jahren mehren sich Projekte, in denen sie als Projektentwickler auftreten, sich dauerhaft Eigentums- oder Nutzungsrechte sichern wollen und sich für ihre Vision der Stadt der Zukunft starkmachen. Für Kommunen sind sie daher potenzielle Kooperationspartner, jedoch gibt es dafür bisher nur wenig erprobte Modelle. Nationale Projekte des Städtebaus gehen hier neue Wege.

Bei der Entwicklung der Wiesenburg in Berlin-Wedding (S. 83) sind solche Raumpioniere zentrale Akteure. Eigentümerinnen und Eigentümer, Nutzerinnen und Nutzer aus Kunst und Kultur sowie weitere Akteure erarbeiten gemeinsam neue Nutzungs- und Betriebskonzepte für Standorte, die sie für eine breitere Öffentlichkeit erschließen. Noch experimenteller sind die Projekte zum Flussbad (S. 77) und zur Radbahn (S. 82) in Berlin: Dort testen Stadt und Zivilgesellschaft gemeinsam innovative Ideen für die Stadt der Zukunft.

Die Beispiele zeigen: Nationale Projekte des Städtebaus sind Leuchttürme für veränderte Akteurskonstellationen in Stadtentwicklung und Städtebau. In Anbetracht der vielfältigen hier benannten Anforderungen setzen Beteiligungsprozesse vielfältige neue Impulse für aktuelle und künftige Herausforderungen und unterstützen die qualitativ hochwertige Weiterentwicklung unserer Städte.

Grün-blau statt grau: Mehr Lebensqualität und Klimaschutz in der Stadt der Zukunft

Der Städtebau und die Stadtentwicklung in Deutschland und auf der Welt stehen vor einer Vielzahl großer Herausforderungen. Dazu gehören zum Beispiel der Kampf gegen den Klimawandel, die Verkehrswende, die Digitalisierung oder – wie sich aktuell eindrücklich zeigt – die Bewältigung von Pandemien. Die Nationalen Projekte des Städtebaus suchen auf diese Zukunftsfragen des Städtebaus Antworten und innovative Lösungen.

Vielen dieser Herausforderungen kann unter anderem durch die Entwicklung der grün-blauen Infrastruktur begegnet werden. Sie erfüllt vielfältige ökologische und klimatische Funktionen, verbessert sowohl Luftqualität als auch Mikroklima und mildert Hitzeperioden oder Starkregenereignisse ab. Darüber hinaus ist Stadtgrün ein wichtiger Faktor für Lebensqualität und Gesundheit, fördert den sozialen Zusammenhalt und dient als Ort der Bildung. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig Stadtgrün als alltäglicher Ort für viele Menschen ist.

Die Bedeutung urbaner Grünräume wird auch in der Neuen Leipzig Charta betont und so stärker in den Fokus der Stadtentwicklung gerückt: Die grüne Stadt ist neben der gerechten Stadt und der produktiven Stadt zentrale Säule, um eine nachhaltige Entwicklung von Städten zu ermöglichen. Städtische Grünflächen stehen in vielen Städten allerdings in Konkurrenz zu anderen Flächenbedarfen, insbesondere dem nach wie vor dringend benötigten Wohnraum.



Urbane Landwirtschaft auf dem Neubau des Jobcenters in Oberhausen
(Quelle: Lars-Christian Uhlig, BBSR)

Doppelte Innenentwicklung als Lösung des Flächendrucks

Durch doppelte Innenentwicklung können Flächenreserven im Bestand gleichzeitig baulich genutzt und die grüne Infrastruktur qualifiziert, vernetzt und aufgewertet werden.

Nationale Projekte des Städtebaus unterstützen dies durch die Entwicklung grüner Infrastruktur als integralen Bestandteil des Städtebaus und der Stadtentwicklung. Bereits in den ersten beiden Programmjahren 2014 und 2015 war Grün in der Stadt ein Themenschwerpunkt des Projektauftrags. Aber auch nachdem das Programm nicht mehr mit Themenschwerpunkten ausgeschrieben wurde, haben weiterhin viele Förderprojekte die Qualifizierung grüner und blauer Infrastrukturprojekte zum Gegenstand. Dabei decken sie ein breites Themenspektrum ab: von der Multicodierung und Aufwertung bestehender Grünflächen über die Entwicklung von Uferbereichen bis hin zur Verbindung grüner und grauer Infrastruktur beispielsweise im Bereich der nachhaltigen Mobilität.

Parkdenkmäler als Orte der Artenvielfalt und Biodiversität qualifizieren

Denkmalgeschützte Parkanlagen haben in erster Linie repräsentative Funktionen. Hier aber gibt es weiteres Entwicklungspotenzial. Sie können als Orte des Klimaschutzes, der Artenvielfalt und Biodiversität multicodiert und vielfältig genutzt werden. Wie das erreicht werden kann, zeigen der Park des Museums Schloss Morsbroich in Leverkusen und der Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg.

Der denkmalgeschützte Ohlsdorfer Friedhof (S. 121) ist nicht nur Hamburgs größte Grünanlage, sondern auch der größte Parkfriedhof der Welt. Auf 389 Hektar ist mitten in Hamburg ein Ort ökologischer Vielfalt entstanden, an dem 140 Tierarten wie Graugänse, Rehe und Schildkröten einen Schutzraum gefunden haben. Für das Gartendenkmal wurde über das Programm trotz rückläufiger Nachfrage und frei werdender Flächen ein Nutzungskonzept und eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, um diese ökologische Vielfalt auch in Zukunft bewahren zu können. Der ebenfalls denkmalgeschützte Park des Museums Schloss Morsbroich in Leverkusen (S. 153) wird als naturbelassener Landschaftsgarten revitalisiert. Besucherinnen und Besucher können hier die Natur genießen, auf dem Naturdenkmallehrpfad Neues erfahren und gleichzeitig den alten Baumbestand sowie abstrakte Skulpturen bestaunen.

Begrünung und Qualifizierung des öffentlichen Raumes

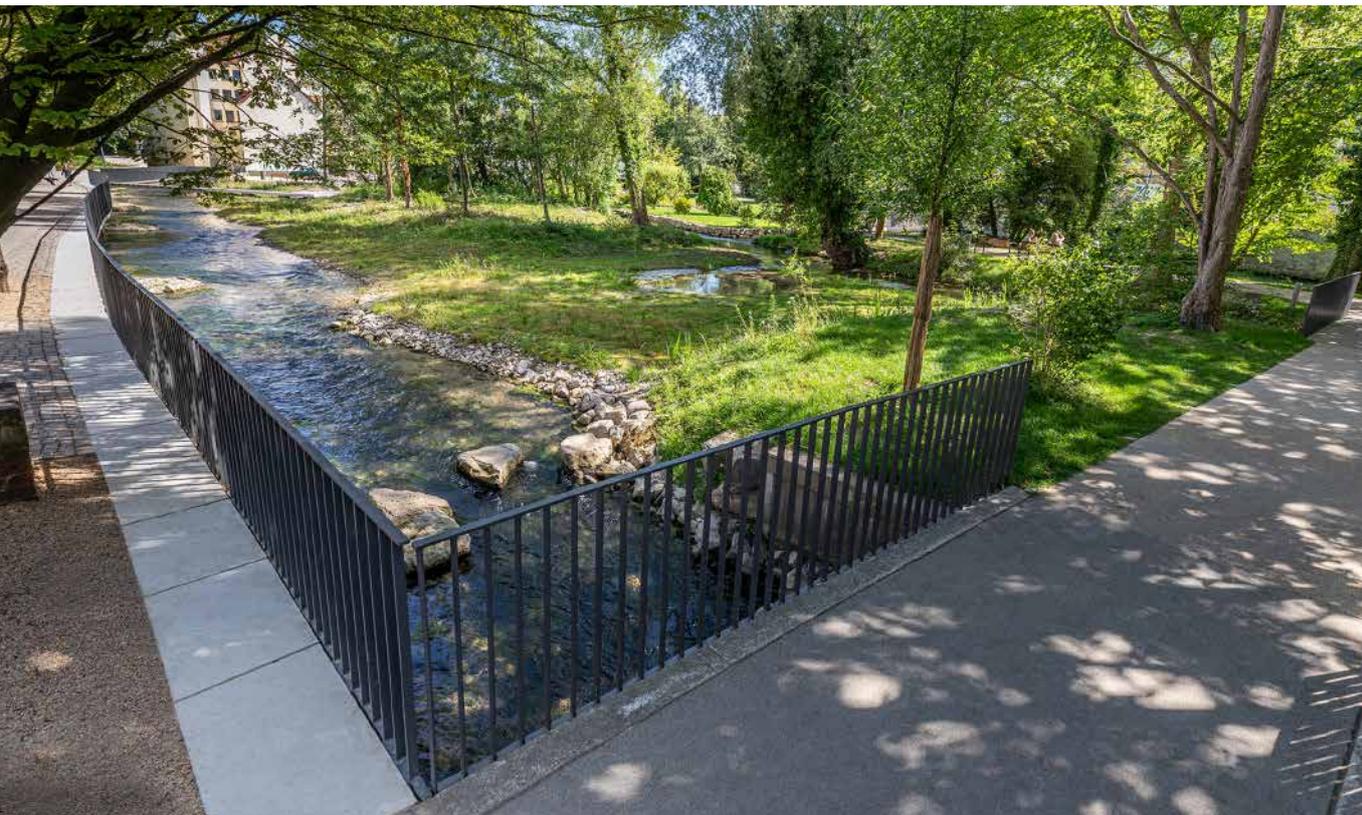
Durch grüne Infrastruktur im öffentlichen Raum können Hitzeinselleffekte im Sommer reduziert und eine höhere Aufenthaltsqualität geschaffen werden. Auch dazu gibt es in den Nationalen Projekten des Städtebaus Beispiele. So wurde in Kassel die 4,6 Kilometer lange Wilhelmshöher Allee (S. 138) mit Neupflanzungen, Baumsanierungen, Rasengleisbegrünungen und einem Möblierungskonzept neu gestaltet. Bad Muskau (S. 64) hat den ehemaligen Grenzvorplatz zu Polen durch Neupflanzungen und die Ausstattung mit Sitzgelegenheiten zu einem städtischen Garten umgewandelt sowie die Zugänglichkeit des Schlossparks verbessert. Auch die Großfestung Koblenz (S. 142) wird durch landschaftsarchitektonische und freiraumgestalterische Maßnahmen wieder als öffentlicher Raum erschlossen und für die Bewohnerinnen und Bewohner zugänglich gemacht.



Erschließung der grünen Infrastruktur in Koblenz (Quelle: foto-schepers.de)



Neupflanzungen und Sitzgelegenheiten auf dem umgestalteten Grenzvorplatz in Bad Muskau (Quelle: Lars-Christian Uhlig, BBSR)



Die erlebbare Flusslandschaft Pader in Paderborn
(Quelle: Helge Mundt)

Grüne und blaue Infrastruktur zusammen entwickeln

Großes Potenzial für die grüne Infrastruktur liegt auch in der gemeinsamen Entwicklung mit der blauen Infrastruktur – wie Flüssen, Kanälen und Seen. Städte haben sich lange Zeit von ihren Gewässern abgewandt, indem mäandrierende Flussufer begradigt, durch Straßen und Wohngebäude verbaut und unzugänglich gemacht wurden. Sie wieder in die Stadtentwicklung einzubeziehen ist wichtig, um zusammenhängende Grünräume zu entwickeln und die Nutzbarkeit für Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

In Aschaffenburg (S. 58) soll das innerstädtische Schlossufer als Lebensader der Stadt zurückgewonnen werden. Dafür verbessert die Stadt die Zugänglichkeit des Mainufers ausgehend von der Altstadt und dem Schloss, qualifiziert die Grünbereiche und verlagert unverträgliche Nutzungen. Auch in Paderborn (S. 177) machen neue Wegeverbindungen und die Neugestaltung von Freiräumen die Flusslandschaft Pader wieder erlebbar. So entstanden städtische Freiräume von ökologischer und sozialer Qualität. Die Stadt Bremen (S. 91) gestaltete ihre Deichanlagen neu, um die historischen Stadt- und Hafengebiete gegen Hochwasser zu schützen. Sie kombinierte die technischen Maßnahmen mit einer städtebaulichen Umgestaltung und schuf neue Freiräume am Weserufer.

Stadtgrün mit Fuß- und Radinfrastruktur kombinieren

Grüne Infrastruktur kann neben ihrer Funktion als Ort der Erholung, Klimawandelanpassung und Artenvielfalt auch als Mobilitätsinfrastruktur für nachhaltige Verkehrsarten dienen. Mit dem Parkbogen Ost (S. 150/151) wandelt die Stadt Leipzig eine stillgelegte Bahntrasse in einen Park mit Fuß- und Radwegen sowie Aktivflächen um. Die ehemalige Bahntrasse umschließt den Leipziger Osten bogenförmig und verbindet mehrere Stadtteile miteinander. So wird durch grüne Infrastruktur das bestehende Fuß- und Radverkehrsnetz erweitert und entlastet. Die Horner Geest in Hamburg (S. 122) ist eine von zwölf Landschaftsachsen und künftig der längste Park der Stadt. Sie führt mit Wanderrouten, Radschnellwegen, qualifizierten Grünflächen, mobilen Grillstationen, Kletterfelsen, Flächen für Urban Gardening und Naturerlebnisorten von der Innenstadt bis zum Stadtrand.

Landwirtschaft in die Städte bringen

Projekte in Oberhausen und Düsseldorf erproben ganz neue Wege in Bezug auf das Stadtgrün: Mitten in der Stadt soll ein Beitrag zur Lebensmittelproduktion, zu einer Verbesserung des Mikroklimas sowie zur Einsparung von CO₂ durch kürzere Transportwege geleistet werden. Die Stadt Oberhausen schafft mit dem Projekt ALTMARKTgarten ein öffentlich zugängliches Dachgewächshaus auf dem Neubau eines Verwaltungsgebäudes und betritt damit städtebauliches Neuland (S. 172). Am Carlsplatz in Düsseldorf (S. 99) wird eine Machbarkeitsstudie zur urbanen Pflanzenproduktion durchgeführt, die dazu führen könnte, dass am Marktplatz bald auch Lebensmittel hergestellt werden. Die gewonnenen Erkenntnisse werden im Düsseldorfer Kunst- und Kulturort Bilker Bunker direkt angewendet (S. 98).

Die hier beispielhaft aufgeführten Projekte zeigen vielfältige Ansätze, wie grüne und blaue Infrastruktur im Sinne der doppelten Innenentwicklung aktiv in den Städtebau und die integrierte Stadtentwicklung einbezogen werden können. Dabei schaffen sie durch die Kombination unterschiedlicher Funktionen und Nutzungsmöglichkeiten einen Mehrwert nicht nur für die Stadt, sondern auch für die in ihr lebenden Menschen, Tiere und Pflanzen sowie das lokale Klima. Solche Bemühungen sind im Angesicht von Urbanisierung und Klimawandel unerlässlich für die Sicherung der Lebensqualität in Städten.

Baukulturelles Erbe als Impulsgeber für die Stadt von morgen: Denkmalprojekte als städtebauliche Aufgabe

Der Umgang mit denkmalgeschütztem Bestand ist seit Beginn des Investitionsprogramms ein Kernthema der Nationalen Projekte des Städtebaus. Dazu gehören insbesondere Denkmalensembles von nationalem Rang, wie UNESCO-Welterbestätten und bauliche Kulturgüter mit außergewöhnlichem Wert einschließlich Maßnahmen in deren Umfeld. Von der Wiederbelebung brachgefallener Areale mit denkmalgeschütztem Bestand über die Weiterentwicklung von Denkmälern im Quartierskontext bis hin zum Umgang mit herausragenden Einzeldenkmälern reicht die Spannweite an Förderprojekten und knüpft damit an die Vielfalt aktueller Herausforderungen für die Kommunen an.

Dabei bezieht das Programm den baukulturellen Diskurs der letzten Jahre ein. Vielerorts wird deutlich, dass zum Umgang mit denkmalgeschütztem Bestand mehr gehört als die bloße Wiederherstellung oder Reparatur von Einzelobjekten. Baukultureller Wert bemisst sich nicht nur am Erscheinungsbild, sondern auch an der Nutzbarkeit sowie der städtebaulichen und gesellschaftlichen Integration eines Denkmals.

Beim Umgang mit den anspruchsvollen Denkmälern verfolgen viele Kommunen das Ziel, diese nicht nur zu erhalten und zu sanieren, sondern mit den Zielen der integrierten Stadtentwicklung zu verknüpfen. Dafür werden vielfältige und individuelle Lösungen gefunden. Grundlage für den Erfolg ist dabei eine integrierte Prozessgestaltung. Das frühzeitige Einbinden unterschiedlicher Akteure und der Öffentlichkeit stärkt nicht nur die Identifikation mit den Objekten, sondern qualifiziert die Vorhaben auf lokaler Ebene. Im besten Fall werden jahrelang isolierte oder ungenutzte Objekte und Areale dabei nicht nur zu neuen Adressen, sondern zu Impulsgebern der Stadtentwicklung.

Dabei reaktivieren die Kommunen nicht nur denkmalgeschützten Bestand, sondern leisten auch wichtige Beiträge zum Klimaschutz, zur Wohnungsfrage oder setzen neue Ankerpunkte



Das Olympische Dorf in Wustermark aus der Vogelperspektive
(Quelle: terraplan Baudenkmal-sanierungsgesellschaft mbH)

für Wirtschaft und Tourismus. Erfolgreiche Ansätze im Umgang mit unterschiedlichen Typologien von Denkmälern zeigen die folgenden Beispiele.

Wiederbelebung: Brachflächen städtebaulich neu integriert

Ob Industriebrachen, ehemalige Militärareale oder ungenutzte Flächen von längst vergangenen Großveranstaltungen: Die Konversion von brachliegendem denkmalgeschütztem Bestand ist für viele Kommunen eine große Aufgabe. Häufig ist der Verfall des Bestandes sehr weit vorangeschritten und die denkmalpflegerische Sanierung entsprechend aufwendig. Darüber hinaus befinden sich die Flächen nicht selten in städtebaulich isolierten Lagen und für die Gebäude und umgebenden Freianlagen müssen neue Nutzungen gefunden werden. Gleichzeitig bergen diese Orte aus Sicht der Stadtentwicklung ein großes Potenzial: In Anbetracht begrenzter Flächenressourcen kann eine Nachnutzung solcher Brachen beispielsweise als Wohn-, Gewerbe- oder Kulturstandort wesentlich zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen und lange vergessene Orte zu einem wichtigen Teil der Stadt machen. Wichtige Treiber dieser Transformation sind oftmals private Eigentümer und Investoren. Deren Entwicklungsinteressen mit den Ansprüchen der Denkmalpflege sowie den Vorstellungen der Stadt in Einklang zu bringen, ist wichtige Aufgabe für die Kommunen.



Eine Fassadenansicht in der Hamburger Jarrestadt
(Quelle: David Altrath)



Die Rotlinkersiedlung in Gießen aus der Vogelperspektive
(Quelle: Wohnbau Gießen)

Im brandenburgischen Wustermark hat die Gemeinde in Kooperation mit privaten Entwicklern die Wiederbelebung des lange brachliegenden Olympischen Dorfs von 1936 angestoßen (S. 214). Dabei wird der Erhalt des denkmalgeschützten Bestandes mit dem Bau von neuen Wohnungen und der Einbindung in die umliegende Siedlungsstruktur kombiniert. Ziel des für das Olympische Dorf entworfenen Quartiersentwicklungskonzepts ist es, das vergessene Areal als neues Wohnquartier in die Stadt zurückzuholen.

Auch bei der Entwicklung der innerstädtischen Industriebrache des VEB „Vorwärts“ in Schwerin soll der denkmalgeschützte Bestand saniert und durch Ergänzungsbauten erweitert werden (S. 195). Die Wiedernutzbarmachung des 6 ha großen Areals soll einen städtebaulichen Lückenschluss für die Schweriner Innenstadt leisten und neben neuem Wohnraum insbesondere auch bezahlbare innerstädtische Räume für gewerbliche und kulturelle Nutzungen schaffen.

In Wangen im Allgäu entwickelt die Stadt die denkmalgeschützte ehemalige Baumwollspinnerei gemeinsam mit privaten

Entwicklern zu einem Wohn- und Arbeitsstandort (S. 204/205). Im Fokus stehen dabei auch die öffentlichen Freiräume des wieder zugänglich gemachten Areals. Neue multifunktionale Platzflächen in den Kern- und Eingangsbereichen der Entwicklungsfläche sollen Nutzungen wie beispielsweise Open-Air-Konzerte zulassen, für die in der historischen Altstadt bisher kein Raum war.

Weiterentwicklung: Neue Impulse für denkmal- geschützte Wohnsiedlungen

Denkmalgeschützte Wohnsiedlungen sind gleichermaßen bedeutende baukulturelle Zeugnisse wie auch Alltagsarchitektur und heutiger Lebensraum. Für die dort lebenden Menschen bezahlbaren Wohnraum, ein adäquates Wohnumfeld und gemeinwohlorientierte Orte zu erhalten oder zu schaffen, ist eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklung. Aufgrund der bestehenden Lebenswelten und der funktionierenden Stadtstruktur ist hier besondere Sorgfalt bei der Entwicklung gefragt. Neben der Berücksichtigung des Denkmalschutzes ist die Grundvoraussetzung für die Akzeptanz der Sanierung und Entwicklung vor allem, dass die Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort einbezogen werden. Bestandssanierung kann und soll hier auch zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort beitragen.

Bei der Sanierung der „Gummiinsel“ in Gießen geht es der kommunalen Wohnungsgesellschaft nicht nur darum, die denkmalgeschützte Bausubstanz zu sichern, sondern auch darum, die dort lebende heterogene Bewohnerschaft einzubeziehen und ihr die Angst vor Verdrängung zu nehmen (S. 113). Mithilfe einer Mustersanierung erster Bauten im denkmalgeschützten Bestand konnte erprobt werden, wie die früheren „Schlichtwohnungen“ durch energetische Sanierung und teilweise Zusammenlegung auch heutigen Wohnwünschen gerecht werden, ohne einen Verdrängungsprozess in Gang zu setzen. Dabei und bei der 2021 beschlossenen Folgeförderung für die Freiräume haben die Bewohnerinnen und Bewohner zahlreiche Mitwirkungsmöglichkeiten.

Auch im Berliner Hansaviertel, Ergebnis der Internationalen Bauausstellung von 1957, wurden die Bürger einbezogen (S. 78). Sie wirkten am Nutzungs- und Entwicklungskonzept des Hansaplatzes mit, der als Quartiersmittelpunkt gestalterisch und funktional aufgewertet werden konnte. Mit dem Vorplatz der Akademie der Künste wurde ein zweiter öffentlicher Raum barrierefrei umgestaltet. Die Sanierungsmaßnahmen an einer Bibliothek und einer Kirche tragen zum Erhalt der Einzeldenkmäler ebenso bei wie zum Abbau funktionaler und städtebaulicher Defizite. Der Blick richtete sich dabei immer auch auf Perspektiven für das gesamte Quartier.

Die Hamburger Jarrestadt steht für den Siedlungsbau der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen (S. 126). Auch hier verbindet sich die denkmalpflegerische Auseinandersetzung mit der Bausubstanz mit dem Augenmerk für die öffentlichen Räume: Der zentrale Grünzug im Quartier wird aufgewertet und an veränderte Nutzungsbedarfe der heutigen Bewohner angepasst.

Neuerfindung: Inszenierung besonderer Orte

Festungen, Kirchen oder auch Hochbunkeranlagen sind besondere Denkmäler. Sie prägen das Stadtbild maßgeblich und thronen oft nicht nur topografisch über der Stadt. Als denkmalgeschützte Zeitzeugnisse haben sie nicht nur städtebauliche Bedeutung, sondern tragen oft zur Identität der Stadt oder Gemeinde bei und sind Ankerpunkte für den Tourismus. Der Prozess ihrer Sanierung und Umnutzung kann neues soziokulturelles oder wirtschaftliches Potenzial entfalten. Eine Kirche als Theater oder eine Burg als neuer Standort für Start-ups? Das sind Chancen für die Städte. Gleichzeitig bleiben diese Denkmäler allein durch ihre Größe eine Herausforderung für die Kommunen. Die denkmalgerechte und energetische Sanierung und Erhaltung sind oft kostspielige Unterfangen.

In Ulm wird mit der Entwicklung der Bundesfestung mit der dazugehörigen Wilhelmsburg ein ehemals schwer zugängliches Stück Stadt neu inszeniert (S. 202/203). Als Vision des umfangreichen Planungsprozesses mit zwei Wettbewerben soll ein Ort entstehen, der kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Nutzungen innerhalb der Festungsmauern synergetisch verbindet. Durch die Schaffung von Co-Working- und Co-Living-Angeboten sollen zudem zeitgemäße Nutzungsformen ermöglicht und erprobt werden. Das Denkmal soll in seinem historischen Bestand erhalten und die Identifikation mit dem Ort nachhaltig gestärkt werden.

In Stralsund wurde 2017 die Kulturkirche St. Jakobi eingeweiht (S. 196). Dabei hat die Stadt die grundlegende Sanierung des Sakralbaus dazu genutzt, Räume für Theateraufführungen, Messen und auch private Veranstaltungen zu schaffen. Durch die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten soll die Kirche gesellschaftlich verankert und als zentraler Stadtbaustein langfristig gesichert werden.

Die Stadt Mannheim hat den prominent am Ufer des Neckars gelegenen Ochsenpferchbunker umgebaut. Der Hochbunker aus Zeiten des Nationalsozialismus beherbergt heute das Institut für Stadtgeschichte. So hat die Stadt ein unbequemes Mahnmal architektonisch und inhaltlich neu in Szene gesetzt (S. 162). Das sogenannte MARCHIVUM umfasst dabei nicht nur das neue Mannheimer Stadtarchiv, sondern öffnet sich durch das Angebot von Seminarräumen und Führungen auch der Öffentlichkeit.

Im Umgang mit Denkmälern im Rahmen des Investitionsprogramms zeigt sich, dass durch die Förderungen weit mehr als nur die Instandsetzung und Sanierung von Einzelobjekten oder -ensembles erreicht werden kann. Die Weiterentwicklung des Bestandes ist im Einklang mit dem Denkmalschutz und den lokalen soziokulturellen und infrastrukturellen Gegebenheiten möglich. Dabei gelingt es, Geschichte aufleben zu lassen, aber auch, die Orte neu zu inszenieren oder durch Brüche und innovative Ideen neu ins Bewusstsein der Stadt zu rufen.



Pop-up-Spaces auf der Ulmer Wilhelmsburg
(Quelle: Stadtarchiv Ulm)

Projektporträts



Quelle: Atelier Brückner/Marcus Sies

Aalen

Limesmuseum – Aktivierung des Stadtquartiers

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

68.393

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

5.044.700 €

Bundesmitten

2.400.000 €

Kommunale Mittel

2.644.700 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

In direkter Nachbarschaft zur Stadthalle Aalen wurde das Limesmuseum als ein wichtiger Baustein des kulturhistorischen Angebotes der Region saniert und städtebaulich aufgewertet.

Das Römerkastell Aalen ist Bestandteil des UNESCO-Welterbes Obergermanisch-Raetischer Limes. Umgeben von Wohnbebauung befindet sich auf der Fläche des ehemaligen Kastells Deutschlands größtes Römermuseum. Es besteht aus dem Limesmuseum und dem Archäologiepark mit freigelegten Grundmauern.

Das Limesmuseum wurde 1964 errichtet und 1980 wesentlich erweitert. Mit dem Bundesprogramm wurde die notwendige energetische und technische Sanierung der Gebäudehülle gefördert. In diesem Zuge wurden auch der Eingangsbereich des Museums an die Bedürfnisse der stetig steigenden Besucherzahlen und die Vermittlungsangebote des Museums angepasst. Der Bund unterstützte die Stadt Aalen darüber hinaus bei der Entwicklung einer Strategie, um das städtebauliche Umfeld aufzuwerten und das Museum an die Altstadt anzubinden. Dazu zählt eine sichtbare Vernetzung der Grün- und Freiflächen des Limesmuseums mit der Innenstadt.

Die Maßnahmen stellen die Weichen für die Zukunft dieser einzigartigen Einrichtung im süddeutschen Raum: Das Museum soll als Anlaufpunkt für die römische Geschichte langfristig gestärkt werden und das Stadtquartier beleben.



Quelle: Schulz und Schulz, Leipzig

Adorf/Vogtland

Erlebniszentrum Perlmutter

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

4.844

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

3.336.000 €

Bundesmittel

2.222.000 €

Kommunale Mittel

1.114.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Mit dem Erlebniszentrum Perlmutter entsteht ein neuer touristischer Anziehungspunkt in der historischen Altstadt Adorfs/Vogtland, der zur Belebung der Innenstadt beitragen und das Thema Flussperlmuschel weiter in der Region verankern soll.

Seit 1990 wird im städtischen Museum Adorf eine Spezialsammlung zum Thema Perlmutter aufgebaut. Die umfangreiche Ausstellung widmet sich der Lebensweise, der Aufzucht und dem Artenschutz der Flussperlmuschel und setzt sich mit der Historie der sächsischen Perlenfischerei sowie der Herstellung von Perlmutterwaren im Vogtland auseinander. Das Museum verzeichnet seit Jahren steigende Besucherzahlen. Eine angemessene Exposition des wachsenden Sammlungsbestandes ist jedoch unter den derzeitigen räumlichen Gegebenheiten nicht möglich.

Mit dem Umbau eines denkmalgeschützten Fachwerkbbaus zum Erlebniszentrum Perlmutter (EZP) sollen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die einmalige Sammlung weiter auszubauen und der Öffentlichkeit im Rahmen einer innovativen und qualitativvollen Ausstellungsarchitektur zu präsentieren. Zugleich wird ein bereits jahrzehntelang leer stehendes kommunales Gebäude mit einer neuen Nutzung versehen und erhalten. Der von Verfall bedrohte Fachwerkbau Graben 2 befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Stadtmuseum Adorf und soll über einen modernen Verbindungsbau an das bestehende Museum im historischen Stadttor angeschlossen werden.

Die Gestaltung des Zwischenbaus und der Raumgliederung des denkmalgeschützten Altbaus erfolgt auf Grundlage der Ergebnisse eines Planungswettbewerbs. Mithilfe des Bundesprogramms werden die denkmalgerechte Ertüchtigung des Gebäudes Graben 2 und die Errichtung des Verbindungsbaus umgesetzt.



Quelle: UNESCO-Welterbe Fagus-Werk

Alfeld (Leine)

Restaurierung und Modernisierung des UNESCO-Weltkulturerbes Fagus-Werk

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

18.535

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

1.433.521 €

Bundesmittel

1.290.169 €

Kommunale Mittel

144.444 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die touristische Zugänglichkeit der von Walter Gropius im Stil der klassischen Moderne gestalteten Fabrikanlage wird verbessert und mit dem laufenden Produktionsbetrieb in Einklang gebracht.

Das Fagus-Werk ist als Ursprungsbau der modernen Industrie-architektur seit vielen Jahren ein attraktives Ziel für Fachbesucherinnen und -besucher sowie kultur- und architekturinteressierte Gäste. Der Gebäudekomplex wurde ab 1911 nach Plänen von Walter Gropius errichtet und zeichnet sich besonders durch die Produktionshalle mit ihren stützenlosen und vollständig verglasten Ecken aus. Diese Bauweise wurde später zu einem Markenzeichen der Bauhaus-Architektur. Das Fagus-Werk ist seit 2011 UNESCO-Weltkulturerbe und wird bis heute als Produktionsstätte für Schuheleisten, Elektronik und Maschinenbau genutzt. Im ehemaligen Lagerhaus des Komplexes befindet sich die Fagus-Gropius-Ausstellung, die bereits im Jahr 2000 als öffentliche Ausstellung eingerichtet wurde.

Mithilfe des Bundesprogramms wurde die Erschließung des Gebäudes und des Außengeländes für Besucherinnen und Besucher verbessert und mit dem laufenden Produktionsbetrieb in Einklang gebracht. Das Erscheinungsbild der Anlage wurde angesichts des Bauhaus-Jubiläums 2019 verbessert und bisher nicht touristisch erschlossene Bereiche wurden barrierefrei zugänglich gemacht. Außerdem wurden Maßnahmen zur Verbesserung des Brandschutzes und zur Energieeinsparung realisiert.

Die Maßnahmen wurden 2018 erfolgreich abgeschlossen. Diese positive Entwicklung soll in der Zukunft durch weitere Maßnahmen zum Gebäudeerhalt und zur weiteren touristischen Entwicklung und Erschließung aktiv fortgeschrieben werden.



Quelle: IBA Thüringen, Thomas Müller

Apolda

Open Factory im Eiermannbau

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

22.184

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

8.919.000 €

Bundesmittel

5.309.934 €

Kommunale Mittel

412.400 €

Landesmittel

3.196.660 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das nach seinem Architekten benannte Gebäude hat hohen kulturhistorischen Wert als Beispiel der Industriearchitektur der Moderne. Die innovative Nachnutzung und Neudeutung des Eiermannbaus durch die IBA Thüringen soll ihn ins öffentliche Bewusstsein zurückholen und setzt den Maßstab für das Entwickeln neuer, kooperativer Arbeitsformen in kleinstädtischem Kontext.

Das ehemalige Feuerlöschgerätewerk des Architekten Egon Eiermann von 1938 wird zur Open Factory. Das Gebäude ist eine Ikone der Industriemoderne und dem Stil des Neuen Bauens verpflichtet. Als ein Projekt der Internationalen Bauausstellung Thüringen (IBA) soll es zu einem neuartigen Arbeits- und Kreativstandort entwickelt werden, der über die Stadt Apolda hinaus eine Adresse in der Region bildet. Das Projekt besteht, neben der denkmalgerechten Sanierung der Bestandsbauten und Verbesserung der öffentlichen Erschließung, aus weiteren Bausteinen: Im Eiermannbau selbst soll eine Open Factory mit interaktiven Werkstätten, Büros, Ateliers und Veranstaltungsflächen entstehen. Die von der Landschaftsarchitektin Herta Hammerbacher gemeinsam mit Egon Eiermann gestaltete und heute denkmalgeschützte Dachterrasse wird als gemeinschaftlicher Dachgarten wiederhergestellt. Weiterhin sollen die an das Gebäude anschließenden Freiflächen im Sinne einer produktiven Landschaft für lokale Rohstoffe und kreislaufbezogenes Wirtschaften entwickelt werden. Darin eingebettet ist ein Versuchsgarten für Faser- und Färbepflanzen, deren Verarbeitung sich über Wertschöpfungsketten im Gebäude fortsetzen soll. Und schließlich soll ein öffentliches Gebäude in innovativer Holzbauweise und als CO₂-Speicher neu errichtet werden.



Quelle: Thomas Göttemann

Aschaffenburg

Aufwertung und Neugestaltung des Schlossufers

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

71.002

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

6.203.260 €

Bundesmittel

4.040.000 €

Kommunale Mittel

2.163.260 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Stadt Aschaffenburg zeigt vorbildlich, wie der Fluss seine Rolle als Lebensader der Stadt durch die entsprechende Gestaltung von Freiräumen zurückgewinnen kann. Das Mainufer soll der Bedeutung des Schlosses entsprechend neu gestaltet und aufgewertet werden.

Das Schlossufer mit seinem unmittelbaren Bezug zum Schloss Johannisburg, der Altstadt und dem Schlossgarten mit dem Pompejanum ist ein bedeutender Freiraum der Stadt Aschaffenburg. Das Ufer ist unbebaut und bildet eine dominierende Stadtansicht, jedoch bestehen neben gestalterischen und inhaltlichen Mängeln vor allem auch Defizite in der funktionalen und räumlichen Anbindung an das Schloss und die Altstadt sowie in der Erlebbarkeit des Flusses. Im Rahmen einer geplanten Neugestaltung soll der Grünbereich entsprechend seiner städtebaulichen Bedeutung und unter Berücksichtigung der Belange der Freizeitnutzung aufgewertet werden. Unverträgliche Nutzungen sollen aufgegeben bzw. an andere Stellen verlegt werden. Gleichzeitig soll die Anbindung zur Innenstadt verbessert werden. Zur barrierefreien Erreichbarkeit ist die Errichtung eines Aufzuges zur Altstadt vorgesehen. Der in diesem Zusammenhang vorgesehene Realisierungswettbewerb konnte 2020 erfolgreich abgeschlossen werden.



Quelle: Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema

Aue-Bad Schlema

Denkmalgerechte Sanierung des Kulturhauses „Aktivist“

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

20.353

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

1.131.000 €

Bundesmittel

1.000.000 €

Kommunale Mittel

131.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der aus dem „Großen Saal“ bestehende Gebäudeteil des Kulturhauses „Aktivist“ in Aue-Bad Schlema wird denkmalgerecht saniert und für eine neue Nutzung als „Erlebniswelt Uranbergbau“ hergerichtet.

Das Kulturhaus „Aktivist“ wurde zu Beginn der 1950er-Jahre in der Region des Uranbergbaus als Freizeit- und Kulturzentrum für die Wismut-Bergleute gebaut. Als Zeugnis für die Entwicklung des Ortes zu einem Zentrum des Uranerzbergbaus hat das Gebäude eine hohe architektur-, kultur-, sozial- und ortsgeschichtliche Bedeutung und steht unter Denkmalschutz. Die Einrichtung wird aktuell als Gaststätte sowie für Freizeit- und Kulturveranstaltungen genutzt.

Der „Große Saal“ bildet ein wertvolles raum- und struktur-bildendes Element des Gebäudekomplexes. Die Nutzungsmöglichkeiten des ehemaligen Kino- und Festsaals sind jedoch aufgrund erheblicher brandschutztechnischer Mängel stark eingeschränkt und nicht mehr zeitgemäß. Mit der denkmalgerechten und barrierefreien Sanierung und Zuführung einer neuen Nutzung als „Erlebniswelt Uranbergbau“ soll der „Große Saal“ als wesentlicher Bestandteil des Baudenkmals Kulturhaus „Aktivist“ langfristig erhalten werden.

Zu dem Projekt liegt ein „Umsetzungskonzept Wismut-Erbe“ vor, das vom Bund und den Ländern Thüringen und Sachsen getragen wird. Mit einem zeitgemäßen Ausstellungskonzept soll an authentischer Stätte an das Leben und die Arbeit in der Montanregion Erzgebirge erinnert werden. Dabei sollen die Geschichte und die Bedeutung des Unternehmens Wismut mit über 45 Jahren Bergbautätigkeit und 30 Jahren Sanierungsbergbau in ihrer ganzen Vielschichtigkeit dargestellt werden.



Quelle: Kur & Tourismus GmbH Bad Frankenhausen

Bad Frankenhausen

Oberkirche Bad Frankenhausen – Der Schiefe Turm

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

10.139

Projektlaufzeit

2014–2016

Projektkosten

1.055.555 €

Bundesmitten

703.707 €

Kommunale Mittel

351.848 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der Schiefe Turm von Bad Frankenhausen wird als stadtbildprägendes Gebäude und als eine Hauptattraktion der Kyffhäuserregion gesichert und vor dem Abbruch bewahrt.

Bei dem heute als Schiefer Turm von Bad Frankenhausen bekannten Wahrzeichen der Stadt handelt es sich um den Kirchturm der heute lediglich als Ruine erhaltenen Kirche „Unser Lieben Frauen am Berge“. Sie wurde auf den Fundamenten eines romanischen Bauwerks im gotischen Stil 1382 fertiggestellt. Der Turm hat eine Gesamthöhe von 55 Metern und ist um 5,14 Grad geneigt. Die Schiefstellung des Turmes und des massiven Turmschaftes ist im internationalen Maßstab einmalig. Da die Ursachen hierfür nicht in üblichen Baugrundschwächen, sondern in permanent ablaufenden geologischen Prozessen liegen, hat der Turm auch in der Wissenschaft großes Interesse geweckt.

Im Vorfeld konnten auf Grundlage von großem bürgerschaftlichen Engagement und Spenden bereits mehrere geologische Untersuchungen durchgeführt und erste Maßnahmen für die Sicherung umgesetzt werden.

Das Bundesprogramm förderte Maßnahmen für die dauerhafte Standsicherung des Turmes. Sie sollen verhindern, dass der Turm sich immer weiter neigt und einstürzt. Dazu gehörten unter anderem die Stabilisierung durch Außenfundamente und Maßnahmen an der Mauerwerkssubstanz. Das Projekt wurde von 2014 bis 2016 realisiert. Der Turm wurde im Sommer 2016 feierlich eingeweiht.

Bad Karlshafen

2015 **Wiederanbindung des historischen Hafens an die Weser**

2019 **Wir sind offen – Revitalisierung der barocken Planstadt**

Land Hessen
Stadt-/Gemeindetyp Landgemeinde
Einwohnerzahl 3.644
Themenfeld Städtische Räume entwickeln

Projektlaufzeit	2015–2018	seit 2019
Projektkosten	6.181.000 €	4.342.000 €
Bundesmittel	5.500.000 €	3.546.000 €
Kommunale Mittel	681.000 €	796.000 €

Nachdem das einzigartige Hafenbecken in der Stadtmitte Bad Karlshafens wieder an die Weser angeschlossen wurde, soll nun auch dessen Umfeld eine angemessene Aufwertung erfahren. Unter Berücksichtigung des Denkmalwertes werden die Freiräume und angrenzenden Gebäude so gestaltet, dass sie der baukulturellen Bedeutung des Ensembles als barocke Planstadt wieder entsprechen.

Das historische Hafenbecken der barocken Planstadt Bad Karlshafen war seit den 1930er-Jahren von der Weser abgeschnitten und versandet. Damit der schiffbare Anschluss an die Weser wiederhergestellt werden konnte, mussten die Schleuse reaktiviert und bauliche Maßnahmen im Umfeld des Hafenbeckens umgesetzt werden. Im Einzelnen wurde der Kanal zwischen der historischen Schleuse und einer neuen Vorschleuse im Hafenbecken wiederhergestellt und die Bundesstraße B 80 unterquert. Darüber hinaus galt es, die unterschiedlichen Akteure und Eigentümer – Bund, Land, Kommune und Bürgerschaft – in diesen technisch komplexen und zeitlich anspruchsvollen Prozess einzubeziehen. Flankierend wurden Maßnahmen im Altstadtbereich im Rahmen des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ sowie die Hafenmauersanierung durch das Land Hessen umgesetzt.

Um die städtebaulichen Impulse der Revitalisierung aufnehmen zu können, wird seit 2019 in einer zweiten Förderperiode das Hafenumfeld aufgewertet. Freiflächen- und Verkehrsplanung werden aufeinander abgestimmt und mit Anforderungen bezüglich Denkmalschutz, Baukultur, Barrierefreiheit und Veranstaltungsnutzungen in Einklang gebracht. Die barocke Planstadt und ihr bauhistorischer Wert sollen durch die Maßnahmen gestärkt und behutsam weiterentwickelt werden. Nicht nur touristischer Zuspruch durch mehr Wasserwanderer, sondern auch die Steigerung der Attraktivität für



Quelle oben: Lars-Christian Uhlig (BBSR), Quelle unten: Stadt Bad Karlshafen

Zuzüger sind mit dem Vorhaben verbundene Ziele. Darüber hinaus werden mit Mitteln des Bundesprogramms Teilsanierungsmaßnahmen für das am Hafen liegende Rathausgebäude durchgeführt, das in der Vergangenheit sowohl als Schloss als auch als Packhaus diente und prägender Bestandteil der denkmalgeschützten Gesamtanlage ist.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Bad Muskau

Umgestaltung des ehemaligen Grenzvorplatzes

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

3.686

Projektlaufzeit

2014–2017

Projektkosten

1.666.700 €

Bundesmittel

1.500.000 €

Kommunale Mittel

166.700 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Der Bereich des ehemaligen Grenzvorplatzes in Bad Muskau wurde in Form eines Hybriden zwischen Platz und Garten neu definiert. Die städtebaulichen Wunden der Vergangenheit werden somit beseitigt.

Der ehemalige Grenzvorplatz in Bad Muskau befindet sich an der Schnittstelle von Stadtraum und Parklandschaft der UNESCO-Welterbestätte Muskauer Park. Er ist zugleich Eingangsbereich für Besucher der Welterbestätte Muskauer Park und Zugang für Besucherinnen und Besucher aus Polen. Mit der Einstellung der stationären Grenzkontrollen zur Republik Polen wurden die Gebäude der Grenzabfertigungsanlagen rückgebaut. Eine Neugestaltung der Flächen erfolgte dabei nicht.

Bereits 2011 führte die Stadt Bad Muskau einen städtebaulichen Wettbewerb durch, dessen Ergebnis bis zur Genehmigungsplanung weiterentwickelt wurde. Mit Mitteln des Bundesprogramms wurde die bauliche Umsetzung dieses Entwurfs gefördert. Zum Projektumfang gehören die Platzflächen am Brückenkopf (Verbindung nach Polen), die Übergänge in den Schloss- und Badepark entlang der Neiße sowie der angrenzende Straßenzug der Görlitzer Straße. Der mit Naturstein belegte Platz erschließt heute den Park und schafft Raum für Veranstaltungen. Der gegenüberliegende Bereich wird zum städtischen Garten mit großzügig abgesetzten Pflanzinseln mit integrierten Sitzgelegenheiten. Der neue Grenzvorplatz wurde im Frühjahr 2017 feierlich eingeweiht.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Bad Muskau

Stadtmitte – Revitalisierung und Vernetzung

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

3.686

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

10.978.600 €

Bundesmittel

5.780.300 €

Kommunale Mittel

373.900 €

Landesmittel

4.826.400 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Durch die Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen wird das Stadtbild Bad Muskaus umfassend aufgewertet. So soll eine bessere Vernetzung mit dem UNESCO-Weltkulturerbe und eine der Parklandschaft angemessene Gestaltung und Steigerung der Aufenthaltsqualität erzielt werden.

Infolge des Zweiten Weltkrieges wurde der Stadtkern der Residenzstadt Bad Muskau weitgehend zerstört und steht heute in starkem Kontrast zur angrenzenden UNESCO-Welterbestätte Muskauer Park. Unter Beteiligung des Freistaates Sachsen soll die Anbindung des kleinen Stadtkerns von Bad Muskau an das international bedeutsame Gartendenkmal hergestellt und die Attraktivität der Stadt für die Gäste des Parks gestärkt werden.

Das Gesamtprojekt setzt sich aus mehreren Teilmaßnahmen zusammen. Zum einen soll der am Übergang zum Schlosspark gelegene historische Brauereikomplex saniert und als zentraler Ankerpunkt wiederbelebt werden. Der ehemalige Niederländische Hof sowie der angrenzende Baukörper der Brauerei wurden 1850 von Ludwig Persius, einem Schüler Karl Friedrich Schinkels, entworfen. Als Teilmaßnahmen erfolgen die denkmalgerechte Sanierung der Fassade des Niederländischen Hofes sowie die Sanierung und Umnutzung des Dominiums zu Wohnzwecken. Das historische Vorwerk im innenstadtnahen Ortsteil Berg soll durch die Instandsetzung eines Treppenweges als Teil eines innerstädtischen Grünzugs zwischen Brauerei und Dominium besser an das Stadtzentrum angebunden werden. Zur Entlastung des Verkehrsaufkommens in der Innenstadt ist als weiterer Projektbaustein ein Parkhaus geplant. Die denkmalpflegerische Begleitung aller Maßnahmen ist aufgrund der Schutzzone des Welterbes unabdingbar.



Quelle: KTU Bad Salzungen

Bad Salzungen

Sanierung und Umbau des Gradierwerksensembles

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

20.097

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

1.224.000 €

Bundesmittel

1.000.000 €

Kommunale Mittel

224.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Das historische Gradierwerksensemble in Bad Salzungen, das in Teilen auf das 18. Jahrhundert zurückgeht und bis heute zu therapeutischen Zwecken der Salzunger Natursole dient, soll denkmalgerecht saniert und heutigen Ansprüchen an Funktion, Hygiene und Energieverbrauch angepasst werden.

Im Mittelpunkt der Bundesförderung steht die Sanierung des Gradierwerks Westwand mit dem sich anschließenden Brunnenhaus. Diese sind Teil des Ensembles, das aus zwei Gradierwerken, zwei Inhalationsbrunnenhäusern, dem Kurmittelhaus und dem Gradiergarten mit Musikpavillon und der historischen Trinkhalle besteht. Die Sanierung des Ensembles wird neben dem Bundesprogramm mithilfe der Städtebauförderung umgesetzt. Das Vorhaben beinhaltet die dringende Wiederherstellung bzw. den Austausch von Holzbauteilen der Gradierwerke. Laut thüringischer Denkmalliste gehört die Saline zu den ältesten Pfannensalinen Europas und ist eine der wenigen vollständig erhaltenen ihrer Art. Das Gradierwerksensemble schließt sich direkt an das Stadtzentrum an und prägt das Bild der Stadt Bad Salzungen. Die Soletherapie und ihre historischen Bauwerke haben eine große Bedeutung für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher der Kurstadt.



Quelle: Markus Leser

Bad Waldsee

Altstadt für Alle – barrierefreier öffentlicher Raum

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

20.149

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

7.232.000 €

Bundesmittel

4.460.000 €

Kommunale Mittel

2.772.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Der konsequente barrierefreie Umbau des öffentlichen Raums in der Kleinstadt Bad Waldsee ist beispielgebend für viele Kommunen, die einer älter werdenden Bevölkerung im ländlichen Raum Lebensqualität bieten und zugleich ihre touristische Attraktivität für alle steigern wollen.

Die Stadt Bad Waldsee ist Kneippkurort und Moorheilbad. Aufgrund der verschiedenen Kurangebote, der historischen Altstadt und des Stadtsees hat die oberschwäbische Stadt ein hohes Besucheraufkommen. Durch die allgemeine demografische Entwicklung haben sich die Anforderungen an die Altstadt Bad Waldsees verändert.

Projektgegenstand ist die Schaffung eines umfassenden Netzes barrierefreier Wege in der historischen Altstadt, die Schaffung neuer und die Aufwertung bestehender Aufenthaltsräume sowie eine intensive Grünvernetzung. Grundlage für die Maßnahmen ist ein städtebaulicher Rahmenplan, bei dessen Erarbeitung die Bürgerschaft einbezogen wurde. Die umfassende Inwertsetzung des öffentlichen Raumes in der Altstadt und des Stadtgrabens als Grüngürtel soll beispielhaft zeigen, wie die Anforderungen durch eine älter gewordene Gesellschaft an eine Kleinstadt insgesamt umgesetzt werden können.



Quelle: Bürgerspitalstiftung Bamberg

Bamberg

Sanierung der Klosteranlage St. Michael und Errichtung eines Informationszentrums

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

77.373

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

13.535.500 €

Bundesmitten

5.400.000 €

Kommunale Mittel

1.230.000 €

Landesmitten

2.594.500 €

Weitere Mittel

4.311.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Klosteranlage St. Michael wurde nachhaltig saniert und die aus statischen Gründen für die Öffentlichkeit gesperrte Klosterkirche wieder zugänglich gemacht. Die zum UNESCO-Welterbe gehörende Anlage mit über 1.000-jähriger Geschichte kann somit für künftige Generationen bewahrt werden.

Mit der Klosterkirche St. Michael und dem international bekannten Deckengemälde Himmelsgarten zählt die ehemalige Benediktinerabtei auf dem Michaelsberg zu den wichtigsten Denkmälern in der UNESCO-Welterbestadt Bamberg. Zum Kloster gehören eine barocke Gartenanlage und mehrere Wirtschaftsgebäude mit Weinberg und Streuobstwiesen. Sie markieren den Übergang von der Altstadt in die historische Kulturlandschaft. Die Klosteranlage feierte 2015 ihr 1.000-jähriges Bestehen.

Grundlegende Untersuchungen hatten ergeben, dass die Klosterkirche akut einsturzgefährdet war, sodass sie 2012 geschlossen werden musste. Weitere Schäden an Fassaden, Stützmauern und Außenanlagen des Klosters machten den akuten Handlungsbedarf deutlich. Die Stadt Bamberg erhielt für die Sanierung der gesamten Klosteranlage neben der Förderung durch den Bund weitere Mittel vom Land und von Dritten. Mit finanzieller Unterstützung aus dem Bundesprogramm wurden die Sanierung der Fassaden von Abtei-, Konvent- und Wirtschaftsgebäude, die Stabilisierung der Klosterkirche und die Einrichtung eines Informationszentrums mit Stifts-laden umgesetzt, um dem großen öffentlichen Interesse während der Sanierungsarbeiten Rechnung zu tragen und eine Anlaufstelle für Touristen zu schaffen.



Quelle: huttereimann

Bamberg

Kulturquartier Lagarde

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

77.373

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

2.503.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

503.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Mit dem Projekt „Kulturquartier Lagarde“ entsteht eine attraktive Quartiersmitte für das neu entwickelte Stadtquartier Lagarde-Campus – ein Anziehungspunkt für den Osten der Stadt.

Die Lagarde-Kaserne liegt im Bamberger Osten. Sie verfügt über einen attraktiven historischen Gebäudebestand sowie große Potenziale für Neubau. Als Konversionsprojekt kommt der Kaserne eine bedeutende Rolle in der Stadtentwicklung zu. In einem beispielgebenden Planungsverfahren hat die Stadt Bamberg unter umfassender Einbindung der Öffentlichkeit einen Rahmenplan für die städtebauliche Entwicklung bis 2035 erarbeitet.

Die Lagarde-Kaserne soll sich zu einem urbanen, gemischt genutzten Stadtquartier entwickeln. Neben Wohnangeboten für unterschiedliche Nutzergruppen und einem IT-Quartier mit dem Digitalen Gründerzentrum als Anziehungspunkt soll mit einem Kultur- und Kreativquartier eine attraktive und lebendige Mitte im neuen Stadtteil entstehen. Mit Mitteln des Bundesprogramms wird über eine Platzgestaltung ein Beitrag zur Entwicklung von qualitativen und identitätsstiftenden öffentlichen Räumen im Stadtteil geleistet. 2018 wurde bereits ein städtebaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb durchgeführt, dessen Herzstück die Gestaltung zweier Quartiersplätze gewesen ist: Der Vorplatz im Süden der denkmalgeschützten „Reithalle“ soll als städtebauliches Entrée für das Gelände gestaltet werden. Der „Kulturhof“ nördlich der Reithalle soll in Zukunft hohe Aufenthaltsqualität und Nutzungsmöglichkeiten für kulturelle und bürgerschaftliche Aktivitäten bieten.



Quelle: Stadtentwicklung Bebra GmbH, Dirk Lorey, Rathausmarkt 1, 36179 Bebra

Bebra

Bahnhof Bebra – Neunutzung des Denkmals der Industriekultur und Zeitgeschichte

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

13.934

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

10.494.555 €

Bundesmitten

3.500.000 €

Kommunale Mittel

2.500.000 €

Weitere Mittel

4.494.555 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Nach dem Verlust seiner Funktion als Grenzbahnhof wird der Bahnhof Bebra als lebendiger Ort der Erinnerung an Technik, Eisenbahnhistorie und deutsch-deutsche Geschichte revitalisiert.

Seit dem 19. Jahrhundert stellte der Bahnhof Bebra einen der herausragenden und größten Bahnknotenpunkte Deutschlands dar. Während der deutschen Teilung war er einer der wenigen Transitbahnhöfe zur DDR und nach Westberlin. Er prägte das Stadtbild von Bebra, das als Eisenbahnerstadt bekannt war. Nach der Wiedervereinigung und den Veränderungen von Verkehrsströmen ist die Bedeutung des als Industriedenkmal eingetragenen Bahnhofs heute weitgehend auf den Güterverkehr beschränkt. Wesentliche Bereiche wie zum Beispiel das Empfangsgebäude in Insellage sind als Folge davon brach gefallen.

Im Rahmen des Bundesprogramms wird der Bahnhof Bebra als Teil des städtischen Selbstverständnisses und als Identifikationspunkt gestärkt. Charakteristische Gebäude werden instand gesetzt und erhalten neue Nutzungen. Im Empfangsgebäude werden ein Ausstellungsbereich, Serviceangebote für Reisende sowie Dienstleistungsangebote und Büros untergebracht. Der Lokschuppen wurde samt Drehscheibe und Gleisfächer zu einem eindrucksvollen Veranstaltungsraum umgestaltet. So entstehen Orte, die die Erinnerung an Technik, Eisenbahnhistorie und deutsche-deutsche Geschichte lebendig halten.

Neben den technischen Anforderungen des Industriedenkmal stehen hier auch die gesellschaftlichen Aspekte der deutschen Nachkriegsgeschichte und des Kalten Krieges im Vordergrund. Die Revitalisierung des Bahnhofs soll dazu beitragen, das Gedenken an die deutsche Teilung wachzuhalten.

Bendorf

2014 Entwicklung der historischen Gießhalle Sayner Hütte

2017 Sayner Hütte

Land Rheinland-Pfalz	Projektlaufzeit	2014–2018	2017–2021
Stadt-/Gemeindetyp Kleinstadt	Projektkosten	2.780.000 €	1.670.000 €
Einwohnerzahl 16.888	Bundesmittel	2.500.000 €	1.500.000 €
Themenfeld Baukulturelles Erbe in Wert setzen	Kommunale Mittel	280.000 €	170.000 €

Die Sayner Hütte ist eine der bedeutendsten preußischen Eisenhütten des 19. Jahrhunderts. Das Denkmalensemble wird nachhaltig entwickelt und in ein touristisches Gesamtkonzept der Kulturlandschaft Sayn eingebettet.

Aufgrund ihres Eisenkunstgusses ist die Sayner Hütte in Bendorf seit dem 19. Jahrhundert international bekannt. Diese Fertigkeit wurde bereits beim Bau der Gießhalle sichtbar. Ihre Tragkonstruktion aus vorgefertigten Eisenguss-Bauelementen ist einer dreischiffigen Basilika nachempfunden. Im Umfeld der Gießhalle hat sich ein Ensemble von Bauten und Relikten erhalten. Es ist ein herausragendes Beispiel der frühen Industriekultur und ein wichtiger Bestandteil der Sayner Kulturlandschaft.

In einem ersten Förderabschnitt wurde der kulturtouristische Betrieb neu ausgerichtet und ein Zentrum für die Erforschung des europäischen Eisenkunstgusses in Kooperation mit Hochschulen und Verbänden geschaffen. Industrie- und baugeschichtliche Untersuchungen im Rahmen der Förderung brachten bereits wertvolle Erkenntnisse über die Bedeutung des Hochofens und der Gießhalle. Seit der Eröffnungsfeier im März 2019 ist hier die Industriegeschichte auf innovative Weise erlebbar.

In einem zweiten Förderabschnitt wird durch die städtebauliche Verbindung der Sayner Hütte mit dem Ortsteil Sayn die langfristige und nachhaltige Entwicklung sichergestellt. Der bestehende städtebauliche Entwicklungsplan soll im Rahmen der Förderung fortgeschrieben werden. Neben der Sicherung des unmittelbar östlich ansteigenden Hanges und der Stützmauern wird das direkte Umfeld des Hochofengebäudes und der Gießhalle aufgewertet, das Areal barrierefrei erschlossen sowie Servicebereiche und Ausstellungsflächen für die europaweit bedeutende Sammlung von Kunstgüssen geschaffen.



Quelle oben und unten: Lars-Christian Uhlig (BBSR)



Quelle: Simon Meyer, Lubiall

Benediktbeuern

Kloster Benediktbeuern – Sanierung des historisch bedeutenden Südarkadentraktes

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

3.602

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

12.945.640 €

Bundesmittel

7.623.720 €

Kommunale Mittel

1.293.520 €

Landesmittel

2.594.500 €

Weitere Mittel

4.028.400 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der dringenden denkmalgerechten Sanierung des Südarkadentraktes im Kloster Benediktbeuern soll ein wichtiger Bestandteil kulturellen Erbes gesichert und als interkultureller Begegnungsort für Jugendliche und internationale Tagungen zukunftsfähig gestaltet werden.

Das Kloster Benediktbeuern ist das älteste der bayerischen Urklöster im Voralpenland und hat damit einen bedeutenden kulturhistorischen Stellenwert. Die barocke Klosteranlage ist geprägt von einem zentralen Gebäudeensemble aus Kirchenschiff mit Konventbau und dem daran anliegenden geschlossenen Arkadenhof, in dem sich der Südarkadentrakt mit seiner repräsentativen Stuckausstattung und Deckengemälden von Johann Baptist Zimmermann befindet. Aufgrund von Setzungen des Fundamentes drohte die Nutzungsuntersagung für den Südarkadentrakt, dessen bereits begonnene Sanierung mit der Förderung nun fortgesetzt werden soll.

Bei den geplanten Funktionsanpassungen geht es im Wesentlichen um die Zusammenfassung der drei Klosterküchen in eine neue Großküche, die Einrichtung neuer und die Optimierung bestehender Speiseräume.

Mit den vorgesehenen Maßnahmen, die Bestandteil eines umfassenden Masterplans für das gesamte Kloster sind, soll die Klosteranlage ihrer Bedeutung für Landschaftsbild und Tourismus besser gerecht sowie als identitätsstiftender und soziokulturell wichtiger Ort für die Gemeinde Benediktbeuern städtebaulich aufgewertet werden.



Quelle: Benediktinerabtei Plankstetten

Berching

Sanierung der Benediktinerabtei Plankstetten

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

8.745

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

3.890.000 €

Bundesmittel

1.400.000 €

Kommunale Mittel

210.000 €

Weitere Mittel

2.280.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Als eine der größten aktiven Klosteranlagen Deutschlands wird die Benediktinerabtei Plankstetten saniert und an eine zeitgemäße Nutzung herangeführt. Schwerpunkte der Umsetzung waren Energieeffizienz, Brandschutz und Barrierefreiheit im Baudenkmal sowie die Weiterentwicklung der Klosterbetriebe.

Die Benediktinerabtei Plankstetten besteht seit Mitte des 12. Jahrhunderts und hat die wirtschaftliche, kulturelle und geistliche Ausrichtung der Gemeinden des Sulz- und Altmühltals seit jeher mitgeprägt. Neben ihrer historischen Bausubstanz ist die Abtei aufgrund ihrer ökologischen, ökonomischen und sozialen Ausrichtung als „grünes“ Kloster Plankstetten bekannt. Seit 1998 wird die Abtei in mehreren Bauabschnitten umfassend saniert.

Die im Zuge der Sanierung geplante Errichtung eines Mehrzweckgebäudes mit Pfarr- und Verwaltungsräumen sowie Gästezimmern wird durch das Bundesprogramm gefördert. Bei dem Neubau werden innovative bauliche Techniken mit althergebrachten Baumaterialien kombiniert. Er dient zudem der topografischen Sicherung des Westhangs und somit des gesamten historischen Gebäudebestandes der Benediktinerabtei an der Westseite des Klosters.

Langfristig soll die Sanierung der historisch und architektonisch bedeutenden Klosteranlage zu einer Belebung der Stadt Berching und des Tourismus vor Ort im Sinne des aktuellen Stadtentwicklungskonzeptes beitragen.



Quelle: Luftbild Blossy, Hamm

Bergkamen

Aus der Tiefe in die Höhe – Grubenwasserhebwerk als städtebauliche Landmarke

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

48.740

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.700.000 €

Bundesmittel

1.447.000 €

Kommunale Mittel

724.000 €

Weitere Mittel

529.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Im Zuge der Entwicklung eines ehemaligen Zechengeländes zur „Wasserstadt Aden“ als innovativem Wohn- und Arbeitsquartier soll anstelle des alten Förderturms an städtebaulich exponierter Stelle ein Grubenwasserhebwerk entstehen, das in seiner architektonischen Gestaltung Identifikation schaffen und zu einem wichtigen Bedeutungsträger des Konversionsprozesses im Ruhrgebiet werden soll.

Der Standort der ehemaligen Zeche Haus Aden in Bergkamen wird seit Kurzem zur Wasserstadt Aden entwickelt, einem innovativen Wohn- und Arbeitsquartier mit verschiedenen Wohntypologien direkt am Datteln-Hamm-Kanal. Das geplante Grubenwasserhebwerk hat die Ewigkeitsaufgabe, das Grundwasser anzuheben. Das aus der Tiefe geförderte Grundwasser soll für die Wärmebereitstellung in den Gebäuden genutzt werden. Das zu realisierende Hebwerk muss über dem alten Förderschacht entstehen, was den Rückbau des alten Förderturms unausweichlich macht. Mit diesem verschwindet jedoch eine städtebauliche Landmarke des Bergbaus.

Die Stadt möchte daher auf Grundlage eines Planungswettbewerbs mit dem neuen Hebwerk erneut eine identifikationsstiftende Landmarke errichten. Somit soll eine „Brücke“ zwischen der fossilen Energiegewinnung der Vergangenheit und der Verwendung erneuerbarer Energie in der Zukunft geschlagen werden und der Wandel des Zechengeländes in ein neues Stadtquartier am Wasser gelingen.

Die Bundesförderung bezieht sich auf die Gestaltung der Außenhülle des Hebwerks. Das Vorhaben steht in direkter Verbindung mit der IGA 2027 im Ruhrgebiet, in deren Rahmen die Stadt Bergkamen einen Zukunftsgarten direkt neben der Wasserstadt am Datteln-Hamm-Kanal errichten wird.



Quelle: Adrian König/realities:united/Flussbad Berlin e. V.

Berlin

Flussbad Berlin

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
2014–2019

Projektkosten
4.000.000 €

Bundesmittel
2.600.000 €

Kommunale Mittel
724.000 €

Weitere Mittel
1.400.000 €

Themenfeld
Städtebau für die Zukunft gestalten

Der Spreekanal im historischen Zentrum Berlins soll auf Basis eines breiten bürgerschaftlichen Engagements eine neue städtebauliche Funktion erhalten und zu einem einzigartigen Flussbad mit hohem ökologischen Anspruch werden.

Das „Flussbad Berlin“ ist ein dreiteilig angelegtes Stadtentwicklungsprojekt entlang des Spreekanals in der Stadtmitte von Berlin: Im unteren Bereich soll sich dieser Seitenkanal der Spree im historischen Zentrum auf 750 Metern in eines der größten frei zugänglichen Schwimmbäder verwandeln. Zur natürlichen Reinigung des Flusswassers sind eine Biotoplandschaft im oberen Bereich des insgesamt 1,6 Kilometer langen Wasserlaufs und ein Schilfbecken im mittleren Bereich vorgesehen. Es entstehen neue Stadträume und ein grünes Band durch den historischen Kern der Stadt Berlin. Die bereits 1998 entwickelte Idee eines Flussbades ist mittlerweile als Bürgerinitiative in der Berliner Stadtgesellschaft angekommen.

Der Bund förderte Maßnahmen zur Weiterentwicklung des städtebaulichen Konzepts unter Berücksichtigung der besonderen Rahmenbedingungen, die unter anderem durch den UNESCO-Welterbestatus der Museumsinsel bestehen. Darüber hinaus wurden Grundlagen für die technische Realisierbarkeit, beispielsweise durch die Errichtung eines Versuchsfilters im Kanal, als wesentliche Voraussetzung für eine zukünftige Umsetzung erarbeitet. Alle Schritte erfolgten unter Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit, wodurch die gegenwärtige zivilgesellschaftliche Trägerschaft und die Prinzipien einer partizipativen Arbeitsweise bei der Planung und baulichen Umsetzung gestärkt wurden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Berlin

Hansaviertel Berlin – Stadt von Morgen

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
2015–2019

Projektkosten
4.420.000 €

Bundesmitten
2.500.000 €

Kommunale Mittel
1.300.000 €

Weitere Mittel
620.000 €

Themenfeld
Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Ziel des Projektes war die behutsame Inwertsetzung und Stärkung der städtebaulichen und architektonischen Qualitäten des Hansaviertels als herausragendes Zeugnis der Architektur der Nachkriegsmoderne durch bauliche Maßnahmen an denkmalgeschützten Gebäuden und Freiflächen.

Das heutige Hansaviertel entstand im Rahmen der „Interbau – Internationale Bauausstellung Berlin 1957“ und ist eines der bedeutendsten und für seine Zeit innovativsten Beispiele des Städtebaus der Nachkriegszeit in Deutschland. Unter dem Schlagwort „Stadt von Morgen“ wurde die Ausstellung zu einem Prestigeobjekt für die Selbstdarstellung der westlichen Moderne. Das als Gesamtanlage in die Denkmalliste des Landes Berlin eingetragene Areal vereint Bauten verschiedener Gattungen, deren Architektur und Vielfalt von herausragender Bedeutung sind.

Das Bundesprogramm förderte mit der Grundsanierung der Hansabücherei und ihrem Atriumgarten, der statischen Sicherung und baulich innovativen Sanierung der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche sowie der denkmalgerechten Erneuerung des Vorplatzes der Akademie der Künste wesentliche Orte des öffentlichen Lebens im Hansaviertel. Zum langfristigen Abbau von funktionalen, baulichen und städtebaulichen Defiziten wurde ein Konzept zur Revitalisierung des Hansaplatzes gefördert.

Das Projekt wurde durch zahlreiche Akteure und ein breites bürgerschaftliches Engagement für das Hansaviertel getragen. Die Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche wurde im Juni 2018 nach ihrer Sanierung mit einem Festgottesdienst wieder eröffnet. Die Wiedereröffnung der Hansabücherei erfolgte im November 2019.



Quelle: :mlzd

Berlin

Öffnung des Flughafengebäudes Tempelhof – Tower THF

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
2015–2021

Projektkosten
10.100.000 €

Bundesmittel
4.000.000 €

Kommunale Mittel
6.100.000 €

Themenfeld
Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Öffnung des weltbekannten ehemaligen Flughafengebäudes Tempelhof für Veranstaltungen und touristische Nutzungen ist Teil der Gesamtstrategie zur Neuordnung der Gebäude und des Flugfeldes. Die Sanierung des Kopfbau West und des Towers bilden einen wichtigen Meilenstein in diesem Prozess.

Das denkmalgeschützte Flughafengebäude aus den 1930er-Jahren gehört mit einer Gesamtfläche von 300.000 Quadratmetern noch immer zu den größten Bauwerken der Welt. Bis heute kann der 1,2 Kilometer lange Gebäuderiegel mit seiner einzigartigen wie vielschichtigen Geschichte nur durch Besucherführungen oder in exklusiven Veranstaltungen erlebt werden. Seit dem Ende des Flugbetriebs 2008 wird das Gebäude behutsam saniert, um es zu öffnen und lebendig zu gestalten. Gebäude und Flugfeld erfahren dabei eine inhaltliche Neuordnung.

Das Projekt „Tower THF“ ist ein wichtiger Baustein in diesem Prozess. Im Rahmen des Förderprojektes werden Teile des westlichen Kopfbaus mit dem Tower des einstigen Zentralflughafens Tempelhof statisch ertüchtigt, denkmalgerecht saniert, barrierefrei umgebaut und für die Ausstellung „Tower THF – 360 Grad Berlin“ als Erlebnisraum öffentlich erfahrbar macht. Die sensible architektonische Inszenierung basiert auf einem Planungswettbewerb. Der Höhepunkt der Neugestaltung ist ein eindrucksvoller Rundumblick vom Tower und der zukünftigen Dachterrasse auf das Tempelhofer Feld und seine städtische Umgebung.

Langfristiges Ziel der Sanierung ist es, die Einbindung des Gebäudes in die Stadt zu befördern sowie die prägende Wirkung auf das Tempelhofer Feld erfahrbar zu machen.



Quelle: Kuehn Malvezzi, Visualisierung: Davie Abbonacci

Berlin

House of One – Haus des interreligiösen Dialogs

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
seit 2016

Projektkosten
4.643.771 €

Bundesmitten
2.200.000 €

Kommunale Mittel
1.150.000 €

Weitere Mittel
1.293.771 €

Themenfeld
Städtebau für die Zukunft gestalten

Das House of One entsteht als Haus des interreligiösen Dialogs in der Stadtmitte Berlins. Es soll zugleich der interdisziplinären Lehre über die Religionen, ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Rolle in unserer Gesellschaft dienen.

Als Gründungsort der Stadt hat der Petriplatz in Berlin-Mitte eine herausragende historische und stadträumliche Bedeutung. Mit der Neuinterpretation des Platzes durch das House of One entsteht ein neuer, zukunftsweisender städtebaulicher Ankerpunkt: ein architekturtypologisch neuer Sakralbau, der eine Synagoge, eine Kirche und eine Moschee unter einem Dach vereint. In dem öffentlich zugänglichen Haus sollen Juden, Christen und Muslime gemäß ihrer religiösen Praxis beten, ihre Feste begehen und den Dialog so miteinander leben, dass die mehrheitlich säkulare Stadtgesellschaft ausdrücklich einbezogen wird. Geplant ist eine großflächige Stadtloggia, die wie das Erdgeschoss und die archäologische Halle im Untergeschoss zugänglich und nutzbar sein wird. Temporär einzurichtende liturgische Räume sollen das Gebäude im Sinne der Projektidee sowohl für getrennte als auch für gemeinsame Veranstaltungen der Religionen nutzbar machen.

Die Förderung umfasst die Planungsleistungen auf der Grundlage eines zuvor durchgeführten Planungswettbewerbs, während der eigentliche Bau über Spenden und weitere Förderungen finanziert wird. Nach den Sicherungsarbeiten in der archäologischen Zone erfolgte die feierliche Grundsteinlegung für das Haus im Mai 2021.

Langfristiges Ziel ist die städtebauliche Wiedergewinnung und Weiterentwicklung der Spreeinsel, die mit der architektonischen Erneuerung der Museumsinsel und dem Bau des Humboldt Forums begonnen hat.



Quelle: AFF Architekten

Berlin

Öffentliches Zentrum für Sprache und Bewegung am Campus Efeuweg

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
seit 2016

Projektkosten
9.290.857 €

Bundesmittel
2.700.000 €

Kommunale Mittel
6.590.857 €

Themenfeld
Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Gropiusstadt im Stadtbezirk Neukölln erhält am Campus Efeuweg ein neues Zentrum für Sprache und Bewegung, mit dem soziale Barrieren städtebaulich überwunden werden sollen.

Die Großwohnsiedlung Gropiusstadt wurde als reine Wohnstadt erbaut und entsprach der damaligen Idee einer funktional getrennten Stadt. Heute setzt sich der Campus Efeuweg mit den Auswirkungen der Großsiedlungen der 1960er- und 1970er-Jahre und den damit verbundenen Entwicklungs- und Integrationsaufgaben auseinander. 2014 hat der Stadtbezirk Neukölln einen Masterplan für die Entwicklung des Campus Efeuweg als ganzheitliche Bildungs-, Sport- und Freizeitlandschaft verabschiedet. Der komplexe Campus entwickelt pädagogische und bauliche Lösungen, um mangelnde Urbanität und Erlebnisvielfalt für die Bewohnerschaft aufzufangen.

Als Meilenstein in der Campuserwicklung wird der Bau des Zentrums für Sprache und Bewegung mit Mitteln des Bundesprogramms gefördert. Die geplante Bildungs- und Begegnungsstätte wird nicht einfach in die bestehende Infrastruktur integriert, vielmehr soll sie ein städtebauliches Bindeglied zwischen der gewachsenen „gutbürgerlichen“ Bebauung auf der einen und den später entstandenen Großsiedlungen auf der anderen Seite sein. Das Zentrum soll als Scharnier des umgebenden Quartiers zum Campus dienen. Bei einem Planungswettbewerb wurden hierfür Lösungen entwickelt.

Langfristiges Ziel ist es, mit der Stärkung des Bildungsstandortes Efeuweg Impulse für die Entwicklung und Aufwertung des Wohnumfeldes und die Verbesserung der Lebensqualität in der gesamten Gropiusstadt zu setzen.



Quelle: Reindeer Renderings/paper planes e. V.

Berlin

Reallabor Radbahn

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
seit 2019

Projektkosten
3.241.620 €

Bundesmitten
2.161.080 €

Kommunale Mittel
1.080.540 €

Themenfeld
Städtebau für die Zukunft gestalten

Ein 9 km langer Radweg unter dem denkmalgeschützten Viadukt der U-Bahn-Linie 1 ist die große Vision der bürgerschaftlichen Projektinitiatoren. Als erster Schritt soll dafür im Rahmen eines Reallabors ein Abschnitt in Kreuzberg als Testfeld, Experimentierort und Katalysator für die weitere Entwicklung des Vorhabens entstehen.

Unter dem denkmalgeschützten Viadukt der U-Bahn-Linie 1, die über ca. 9 km als Hochbahn geführt wird, soll ein überdachter Radweg und einmaliger Stadtraum entstehen. Derzeit ist der Raum untergenutzt, teilweise wird er als Parkraum genutzt. Die Vision der bürgerschaftlichen Projektinitiatoren ist ein Spielfeld für zeitgemäße Mobilität und städtische Angebote, das zu einem internationalen Vorzeigeprojekt werden soll, das auf andere Kommunen übertragbar ist. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz führte 2019 eine verkehrstechnische Machbarkeitsstudie für den Teilbereich Kreuzberg durch. Im Rahmen der Förderung ist ein Praxistest geplant, der eine politische Entscheidungsgrundlage schafft und aus dem sich konkrete Umsetzungsempfehlungen für die Realisierung ableiten lassen. Zu den Projektbausteinen gehören eine Detailstudie, die mit den Erkenntnissen der Verkehrsuntersuchung verzahnt ist, die 120 bis 200 m lange Teststrecke und eine weitreichende projektbegleitende Öffentlichkeitsarbeit.



Quelle: degewo AG | Gene Glover

Berlin

Revitalisierung des Wiesenburg-Areals

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
seit 2019

Projektkosten
12.463.870 €

Bundesmittel
2.866.667 €

Kommunale Mittel
4.597.203 €

Weitere Mittel
5.000.000 €

Themenfeld
Städtische Räume entwickeln

Bei dem Wiesenburg-Areal handelt es sich um einen Gewerbe- und Kulturstandort mit bewegter Geschichte. Im Zuge des Ausbaus zum Wohnstandort sollen die bestehenden Nutzungen weitergeführt und so eine Funktionsmischung aus Wohnen, Kultur, Kunst und Handwerk erreicht werden.

Die Wiesenburg ist ein 1,2 Hektar großes, denkmalgeschütztes Areal im Stadtteil Wedding, das 1896 vom Berliner Asylverein als Zufluchtort für Obdachlose und Bedürftige errichtet wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es als Gewerbebestandort genutzt, im Zweiten Weltkrieg wurden Gebäude zerstört und zu weiten Teilen nicht wiederaufgebaut. Seit 1960 wird die Wiesenburg als Kulturstandort, für Gewerbe und in geringem Maße für Wohnen genutzt. 2014 übertrug das Land Berlin das Gelände an eines der städtischen Wohnungsunternehmen, um Wohnbaupotenziale zu erschließen und zugleich die bisherigen Nutzungen weiterhin zu ermöglichen und zu qualifizieren.

Zum konfliktfreien Miteinander von Wohnen, Kultur, Kunst und Handwerk auf dem Areal wurden in den vergangenen Jahren Werkstattverfahren durchgeführt und in architektonische Konzepte überführt. Auf der Grundlage der vorhandenen Konzepte wird im Beteiligungsverfahren ein konkretes Sanierungs- und Nutzungskonzept für das Wiesenburg-Areal entwickelt. Es sieht die Sicherung des Bestandes sowie die Erneuerung und Öffnung des Areals als (über)regionalen Ort der Begegnung und des kulturellen Austauschs im Sinne einer gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung vor. So sollen bestehende Wohn- und Gewerbegebäude umfassend saniert, die alte „Sammelhalle“ als zentraler Kulturstandort wiederaufgebaut, nicht denkmalwerter Bestand abgerissen und die Grün- und Freiräume neu gestaltet werden.



Quelle: Sora Images

Berlin

Schlossfreiheit – Freitreppe zur Spree

Land

Berlin

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

3.669.491

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

6.165.000 €

Bundesmittel

3.777.000 €

Kommunale Mittel

2.388.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Mit einer Freitreppe zur Spree soll im Bereich des Humboldt Forums an historischem und symbolischem Ort ein attraktiver Aufenthaltsraum am Wasser geschaffen werden. Das gibt Berlinerinnen und Berlinern sowie Gästen der Stadt die Möglichkeit, die Beziehung Berlins zur Spree neu zu erfahren.

Aufbauend auf dem städtebaulichen Konzept zur Aktivierung des Spreekanals und in Abstimmung mit den Anrainerinstitutionen soll eine Freitreppe bzw. Sitzstufenanlage am Spreekanal im Bereich des Humboldt Forums („Schlossfreiheit“) entstehen. Die Freitreppe in unmittelbarer Nähe des Humboldt Forums und des entstehenden Freiheits- und Einheitsdenkmals trägt städtebaulich zur Aufwertung des öffentlichen Raums bei und erhöht die Aufenthaltsqualität auf der westlichen Spreeinsel. Sie wurde in Erweiterung des vorliegenden Freiraumkonzepts für das Humboldt Forum durch das im Wettbewerb siegreiche Büro entwickelt. Durch den Bau der Freitreppe wird die langfristige Strategie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von Berlin unterstützt, die städtebauliche Idee des Flussbades Berlin im Spreekanal umzusetzen, die ebenfalls im Rahmen des Bundesprogramms gefördert wurde. Durch seine Aufwertung und Umnutzung als stadttökologische Lebensader sowie als Aufenthaltsort und Schwimmbereich soll der Spreekanal eine innovative, nachhaltige Lebensperspektive erhalten.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Berlin

DampflokWerk Berlin – Zentrum für Technik, Bildung und Kultur als Quartierseingang

Land
Berlin

Stadt-/Gemeindetyp
Großstadt

Einwohnerzahl
3.669.491

Projektlaufzeit
seit 2020

Projektkosten
8.000.000 €

Bundesmittel
5.280.000 €

Kommunale Mittel
2.720.000 €

Themenfeld
Städtische Räume entwickeln

Im ehemaligen Bahnbetriebswerk Schöneweide wird der historische Gebäudebestand aufgrund seiner Lage sowie seines Charmes als DampflokWerk Berlin zu einer Begegnungsstätte von lokaler, regionaler und internationaler Bedeutung sowie auch zu einem Identifikationsort für die umliegenden, neu entstehenden Stadtquartiere entwickelt.

Am Berliner Betriebsbahnhof Schöneweide liegt das ehemalige Bahnbetriebswerk mit seinem markanten denkmalgeschützten Ringlokschuppen. Es befindet sich seit 2018 im Eigentum der gemeinnützigen Dampflokfreunde Berlin und wird von diesen als Museum genutzt. Die Bundesförderung umfasst die denkmalgerechte Sanierung von drei Bestandsgebäuden sowie die Umgestaltung der Außenbereiche. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit zu Planungen und Baugeschehen im DampflokWerk soll zu einer Verankerung im Bewusstsein der heranwachsenden Stadtquartiere führen.

Das Ensemble soll zukünftig ein multifunktionaler Eingang zum 420 ha großen Entwicklungsgebiet Johannisthal/Adlershof, dem neu entstehenden 40 ha großen gewerblich genutzten Quartier „Gleislinse“ sowie den umliegenden Wohnquartieren der Stadtteile Johannisthal, Schöneweide und Adlershof werden. Das DampflokWerk kann dabei angrenzende Wohn- und Geschäftsquartiere verknüpfen, nachbarschaftliche Vernetzung unterstützen sowie durch die Ansiedlung einer internationalen Jugendbauhütte Angebote für Jugend und Bildung fördern. Das Spektrum der Nutzungen soll über das Thema „Eisenbahn“ hinaus um weitere Angebote aus dem Bereich Bildung/Ausbildung sowie Gastronomie und Event ergänzt werden. Dabei ist eine Profilbildung in den Bereichen technisches Handwerk, Denkmalpflege sowie Industrie- und Sozialgeschichte vorgesehen.



Quelle: Micha Winkler, Stadt Bernau bei Berlin

Bernau bei Berlin

Entwicklung der ehemaligen Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

40.031

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

1.800.000 €

Bundesmitten

1.200.000 €

Kommunale Mittel

600.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

2019 wurde das 100. Bauhaus-Jubiläum begangen. Pünktlich dazu wurden die ursprünglichen räumlich-städtebaulichen Zusammenhänge der ehemaligen Bundesschule mit einer denkmalgerechten Entwicklung des Freiraums und der Wiedereinbindung der Baukörper in den Landschaftsraum wiederhergestellt und die Wahrnehmbarkeit der Gesamtanlage erhöht.

Die 1928–1930 vom damaligen Direktor des Bauhauses in Dessau, Hannes Meyer, zusammen mit Hans Wittwer errichtete Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Bernau gilt als eines der wichtigsten Baudenkmäler der klassischen Moderne in Deutschland. Sie steht seit 1977 unter Denkmalschutz. Seit Sommer 2017 gehört die Bundesschule Bernau zusammen mit ihren Außenanlagen zum UNESCO-Welterbe „Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar, Dessau und Bernau“.

Die Außenanlagen der Bundesschule wurden seit ihrer Entstehung vielfach verändert – mit teilweise schwerwiegenden Konsequenzen für das Gesamtensemble aus Bauten und Landschaft. Die Wiederherstellung der ursprünglichen räumlich-städtebaulichen Zusammenhänge und die Entwicklung der Außenanlagen bilden den Abschluss einer umfassenden Sanierung der Bundesschule, die seit 2002 auf Grundlage eines Masterplans realisiert wird.

Die durch das Bundesprogramm in diesem Abschnitt geförderten Maßnahmen bezogen sich auf die Zufahrt, den eigentlichen Vorplatz, den nutzbaren Freibereich sowie den angrenzenden See, der teilweise schon saniert und als kommunales Schwimmbad genutzt wird. Damit gelang es, ein qualitativvolles und angemessenes Umfeld und Entrée der Bauten zu gestalten sowie eine Verzahnung mit der angrenzenden Siedlung Waldfrieden zu erreichen.



Quelle: Steimle Architekten, Stadt Bernau bei Berlin

Bernau bei Berlin

Besucher- und Begegnungszentrum Bundesschule Bernau

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

40.031

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

2.555.353 €

Bundesmittlel

667.276 €

Kommunale Mittel

1.888.077 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit einem neuen Begegnungs- und Besucherzentrum wird das UNESCO-Welterbe Bundesschule Bernau als touristisches Ziel qualifiziert und zugleich den Bürgerinnen und Bürgern Bernaus als gemeinschaftlicher Ort zur Verfügung stehen.

Die 1930 fertiggestellte Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Bernau bei Berlin ist ein bedeutender Vertreter der Bauhausarchitektur und gehört seit 2017 zum UNESCO-Welterbe „Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar, Dessau und Bernau“. Die denkmalgeschützten Bauten und ihr Umfeld wurden seit 2002 grundlegend restauriert und denkmalgerecht entwickelt. Mit der Fertigstellung der Außenanlagen, der Zuwegung und des Vorplatzes im Rahmen des Bundesprogramms wurde diese Sanierung erfolgreich abgeschlossen.

Nach der Aufnahme in die Welterbeliste der UNESCO rechnet die Stadt mit einem Anstieg der Besucherzahlen. Ein neues, multifunktional nutzbares Gebäude soll Ausgangspunkt für geführte Touren sowie für individuelle Rundgänge werden und zugleich Bürger- und Begegnungsstätte für den Ortsteil Waldfrieden sein. Der Neubau wird gegenüber dem Mayer-Wittwer-Bau am neu gestalteten Vorplatz entstehen. Die Stadt setzt Mittel aus dem Bundesprogramm für die Planung und Umsetzung des Besucherzentrums ein. Bei einem Planungswettbewerb entstanden Lösungen für ein Gebäude, das sich einerseits dem Denkmalensemble unterordnet und sich andererseits als hochwertiges städtebaulich-architektonisches Bauwerk behauptet. Ziel ist es, den Service und die Informationen für die Besucherinnen und Besucher des Bauhaus-Denkmal zu sichern. Der Bekanntheitsgrad der Stadt Bernau und der Region soll insgesamt gesteigert werden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Bitterfeld-Wolfen

Sanierung und Nutzbarmachung des Kulturpalastes Bitterfeld

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

38.159

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

10.410.000 €

Bundesmitten

4.370.055 €

Kommunale Mittel

485.556 €

Weitere Mittel

5.554.389 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der geschichtsträchtige Kulturpalast aus den 1950er-Jahren im ehemaligen Chemiekombinat Bitterfeld soll nach langem Leerstand denkmalgerecht und energetisch erneuert sowie einer neuen Nutzung als zeitgemäßer Veranstaltungsort für die Region zugeführt werden.

Der ehemalige Kulturpalast „Wilhelm Pieck“ ist ein neoklassizistischer Bau, der als Vorzeigebau unter „nationalen Traditionen“ nach den Leitlinien der Architektur der DDR der frühen 1950er-Jahre errichtet wurde. Er hat unter den etwa 2.000 Kulturhäusern und Arbeiterclubs, die in der DDR entstanden waren, eine besondere Stellung, da es insgesamt nur vier sog. Kulturpaläste gab. Das Gebäude besitzt sowohl in inhaltlicher als auch in städtebaulicher Hinsicht eine große Bedeutung für die Stadt und das Chemiekombinat.

Das Gebäude ist in „Eigenarbeit“ der Werktätigen errichtet worden und diente den Mitarbeitenden des Chemiekombinats als kulturelles Zentrum. Seine kulturhistorische Bedeutung hat es durch die Verkündung des „Bitterfelder Wegs“ mit der Trennung von Berufs- und Laienkunst als programmatisches Ziel der DDR-Kulturpolitik erlangt. Nach wechselvollen Nutzungsversuchen seit 1989 ist der Kulturpalast seit 2015 geschlossen. Mit dem 2017 gestellten Abrissantrag des damaligen Eigentümers Chemiepark GmbH regte sich massiver Widerstand in der Bevölkerung und machte deutlich, dass die Identifikation mit diesem Gebäude als Wahrzeichen der Verbindung zwischen Industrie und Kultur bis heute sehr hoch ist.

Mit dem Vorhaben soll das Gebäude denkmalgerecht erneuert und zu einer neuen Nutzung als zeitgemäßer Veranstaltungsort für die Region entwickelt werden.



Fotograf: Stefan Müller, Architekt: Max Dudler

Bochum

Eisenbahnmuseum: Vom Depot zum Erlebnisraum

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

365.587

Projektlaufzeit

2014–2019

Projektkosten

5.447.520 €

Bundesmittel

3.000.000 €

Kommunale Mittel

1.823.550 €

Weitere Mittel

623.970 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das ehemalige Bahnbetriebswerk wird saniert und als verkehrshistorischer, musealer und sozialer Erlebnisraum im Stadtteil Dahlhausen qualifiziert. Damit wird seine überregionale Bedeutung als Ort der Industriekultur langfristig gesichert.

Das Eisenbahnmuseum im denkmalgeschützten Bahnbetriebswerk von Bochum-Dahlhausen ist das größte verkehrstechnische Museum zur Eisenbahngeschichte in Deutschland. Es zählt mit seinen 150 Exponaten aus der Zeit von 1853 bis zur Gegenwart heute zu den großen Ankerpunkten der Route der Industriekultur im Ruhrgebiet.

Mit großem bürgerschaftlichem Engagement wird das Museum saniert und städtebaulich besser angebunden. Der Eingangsbereich des Museums hat durch den Neubau des Empfangsgebäudes eine funktionale und bauliche Aufwertung erfahren. Das Bundesprogramm förderte den dafür erforderlichen Erwerb von Grundstücksflächen, Gleisanlagen und Gebäuden sowie das neue Eingangsgebäude. Grundlage dafür war ein Planungswettbewerb, der ebenfalls mit Mitteln des Bundesprogramms durchgeführt wurde.

Das Eisenbahnmuseum wird damit langfristig nicht nur ein verkehrshistorischer, sondern auch ein musealer und sozialer Erlebnisraum im Stadtteil Dahlhausen. Es trägt mit der Aufwertung des Museumsgeländes sowie des umliegenden Stadtteils zur Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts für das Sanierungsgebiet bei.



Quelle: Stadt Bottrop

Bottrop

NachbarschaftsWerk – Gemeinsam Stadtbild und Klima schützen im Quartier Rheinbaben

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

117.565

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

557.000 €

Bundesmittel

502.000 €

Kommunale Mittel

55.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die Stadt Bottrop schuf ein Konzept für die Siedlung Rheinbaben, um Maßnahmen für einen klimagerechten Stadtumbau zu realisieren. Diese sollten das denkmalgeschützte Siedlungsbild stärken und die Entstehungsgeschichte ablesbar machen.

Die Stadt Bottrop befindet sich seit 2010 im Prozess „InnovationCity Ruhr, Modellstadt Bottrop“. Dabei soll ein klimagerechter Stadtumbau vorangetrieben und der CO₂-Ausstoß halbiert werden. Dafür wird in Bottrop eine Vielzahl an Klimaschutzprojekten umgesetzt.

Unter Beibehaltung des Stadtbildes sollten die Gebäude der Zechensiedlung Rheinbaben energetisch saniert und mit energieeffizienter Wärmeerzeugung ausgestattet werden. Charakteristisch für die ruhrgebietstypische Siedlungsstruktur sind Doppel- und Reihenhäuser aus dem frühen 20. Jahrhundert, die zum großen Teil unter Denkmalschutz stehen und hohe energetische Modernisierungspotenziale aufweisen. Die energetische Sanierung von denkmalgeschützten und stadtbildprägenden Wohnhäusern und die Installation gemeinschaftlich genutzter Energieversorgungssysteme – kleine Blockheizkraftwerke – wurden mit den Mitteln des Bundes gefördert. Um das Erscheinungsbild der Gebäude mit mehreren Wohneinheiten bei der Sanierung zu wahren, war die Aktivierung und Mitwirkung der Einzeleigentümer für die Umsetzung der Maßnahmen entscheidend. Die Stadt hat deshalb mithilfe der Förderung umfassende Beteiligungs- und Informationsformate entwickelt.



Quelle: Hanns Joosten

Freie Hansestadt Bremen

Leben mit der Weser – innovativer Hochwasserschutz im historischen Stadt- und Hafengebiet

Land

Bremen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

567.559

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

3.670.000 €

Bundesmittel

3.300.000 €

Kommunale Mittel

370.000 €

Weitere Mittel

5.577.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Hansestadt Bremen begreift Hochwasserschutz nicht nur als wasserbauliche und technische Maßnahme, sondern auch als Anlass für eine freiräumliche und städtebauliche Aufwertung des Weserufers. Der historische Kontext wird dabei besonders berücksichtigt.

Die Weser ist Standort der Häfen sowie Grundlage der Handels- und Wirtschafts- und Wirtschaftstradition und prägt die Identität der Hansestadt. Mit über vier Metern verzeichnet die Weser im Bereich der Bremer Altstadt den höchsten Tidenhub in der norddeutschen Bucht.

Aktuell sind in den historischen Stadt- und Hafengebieten Bremens zwei zentrale Bereiche nicht mehr langfristig gegen Hochwasser geschützt: So müssen am linken Weserufer in der Neustadt – der „Stadtstrecke“ – und am rechten Ufer am sogenannten Wendebecken in der Überseestadt – dem „Waller Sand“ – die Deichanlagen ausgebaut und neu gestaltet werden. Die notwendigen Umbauten eröffnen Möglichkeiten, die Weserufer an diesen Stellen als attraktive Freiräume neu zu gestalten.

Die Mittel des Bundesprogramms wurden im Bereich „Waller Sand“ für die bauliche Umsetzung eines Entwurfs eingesetzt, der die Neugestaltung des Uferbereichs am Wendebecken des Überseehafens als Strandpark vorsieht. Der Entwurf ist aus einem landschaftsarchitektonischen Wettbewerb hervorgegangen. Im Teilprojekt „Stadtstrecke“ wurden ein Planungswettbewerb und die Prozessbegleitung unter aktiver Einbeziehung der Stadtgesellschaft als Grundlage für die langfristige Umsetzung genutzt. Das Projekt ist Teil einer Gesamtmaßnahme mit Projektkosten von 9.247.000 €. Es dient als Beispiel dafür, wie eine notwendige Anpassung von Infrastruktur mit baukulturellen Belangen verknüpft werden kann.



Quelle: Stadt Burghausen

Burghausen

Revitalisierung des ehemaligen Zisterzienserklosters Raitenhaslach zum Science Center der TU München

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

18.713

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

4.155.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

2.155.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der ehemals geschlossene Hof der Klosteranlage Raitenhaslach wurde in seiner ursprünglichen Funktion als Ortskern wieder erlebbar gemacht und bietet Anwohnerinnen und Anwohnern, Besucherinnen und Besuchern sowie Gästen des angrenzenden Studien- und Wissenschaftszentrums einen öffentlichen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität.

Das Kloster Raitenhaslach ist mit seinen Gebäuden aus dem 16. bis 18. Jahrhundert ein herausragendes Kulturgut und eine der ältesten Siedlungsstätten der Zisterzienser im altbayerischen Raum. Das Hauptgebäude, der sogenannte Prälatenstock, hat bis heute seinen baulichen Urzustand erhalten und ist von großem wissenschaftlichen und touristischen Interesse. Die städtebauliche Gesamtanlage ermöglicht ein nahezu ursprüngliches Erlebnis der damaligen Klosteranlage, auch wenn nach der Säkularisation 1803 Teilbereiche verloren gingen.

Im Rahmen des Förderprojektes im Bundesprogramm wurde der ehemals geschlossene Hof der Klosteranlage Raitenhaslach in seiner ursprünglichen Funktion als Ortskern wieder erlebbar gemacht. Dafür wurden die historischen Gartenanlagen des Klosters wiederhergestellt und Erschließungsmaßnahmen umgesetzt. Die Förderung umfasste außerdem die denkmalverträgliche technische Ausstattung des sogenannten Steinernen Saales im Prälatenstock der Anlage.

Die Maßnahmen sind Teil eines Gesamtprojektes zur Revitalisierung des ehemaligen Zisterzienserklosters, in dessen Zuge unter anderem der Prälatenstock zu einem Studien- und Seminarzentrum der TU München sowie zum öffentlichen Veranstaltungsort umgestaltet wird.



Quelle: EGLV, Team Vermessung

Castrop-Rauxel

Sprung über die Emscher

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

73.343

Projektlaufzeit

seit 2017

Projektkosten

11.367.000 €

Bundesmittel

8.000.000 €

Kommunale Mittel

3.367.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Am Wasserstraßenkreuz Emscher und Rhein-Herne-Kanal entsteht mit dem Bau einer neuen Brücke eine weit über die Region hinaus wahrnehmbare Landmarke und damit ein prägnantes Zeichen für den Abschluss des Emscherumbaus.

Der ökologische Umbau des Emschersystems war eines der Hauptprojekte der Internationalen Bauausstellung Emscher Park von 1989 bis 1999 im Ruhrgebiet. Der Umbau begann im Jahr 1992. Als deutlich sichtbares Zeichen und gleichsam als Schlussstein soll an der Kreuzung von Rhein-Herne-Kanal, Emscher und dem Abwasserkanal Emscher ein attraktives Brückenbauwerk entstehen.

Der Bund fördert einen interdisziplinären Planungswettbewerb sowie die anschließende Umsetzung des Vorhabens. Der Brückenschlag soll als neue Fuß- und Radwegeverbindung den stärker werdenden Freizeitverkehr an diesem in Westdeutschland einmaligen Wasserkreuz aufnehmen. Neben dem Brückenneubau ist ein gläserner Besucherschacht vorgesehen, der durch Licht, Klang und farbliche Gestaltung die unterirdische Infrastruktur des neuen Abwasserkanals sichtbar und erlebbar macht. Am angrenzenden „Platz der Schichten“, der als touristischer Orientierungs- und Informationspunkt dient, werden die Besucherinnen und Besucher auf spielerische Weise an die Themen Wasser und Abwasser herangeführt.

Die Brücke wird eine Vielzahl von Projekten in der Emscherregion vernetzen und eine positive Wirkung auf die umliegenden Quartiere sowie die gesamte Region entfalten. Mit diesem Hauptprojekt eines gemeinsamen integrierten Handlungskonzepts von Castrop-Rauxel, Recklinghausen, Herten und Herne soll das Wasserkreuz zu einem einzigartigen Ort von nationaler Wahrnehmbarkeit entwickelt werden.



Quelle: Fehlig Moshfeghi Architekten BDA; Gartenlabor Bruns Landschaftsarchitektur; Stadtverwaltung Cottbus, Fachbereich Stadtentwicklung

Cottbus

Städtebaulicher Wettbewerb Hafenquartier Cottbus

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

99.678

Projektlaufzeit

2016–2018

Projektkosten

200.000 €

Bundesmittel

180.000 €

Kommunale Mittel

20.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Im Zuge der Rekultivierung des Braunkohletagebaus Cottbus-Nord entstand im Osten der Stadt der größte künstliche See Deutschlands. Zwischen den Ortsteilen Dissenchen und Merzdorf ist ein Hafen geplant, der Cottbus an dieser Stelle ein neues Gesicht geben wird.

Mit dem neuen Hafenquartier möchte die Stadt Cottbus naturräumliche Perspektiven ausschöpfen, innovative Lösungen zur Landschafts- und Seegestaltung umsetzen und eine neue Kulturlandschaft schaffen. Gleichzeitig soll das Quartier die Stadt Cottbus als Wirtschafts- und Technologiestandort stärken. Neben Gastronomie, Hotel-, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen sind Gesundheits-, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Wohnungen vorgesehen.

Das Bundesprogramm förderte zwischen 2016 und 2018 die Durchführung eines städtebaulich-landschaftsgestalterischen Planungswettbewerbs als Grundlage für den Bebauungsplan des etwa 9 Hektar großen Gebietes entlang der Kaimauer. Das Ergebnis des Wettbewerbs soll während der etwa zehn Jahre andauernden Flutung des Tagebaus eine langfristige Perspektive für die städtebauliche Entwicklung geben.

Das Projekt baut auf einem seit über 20 Jahren laufenden Planungs- und Beteiligungsprozess zur Gestaltung des „Cottbuser Ostsees“ sowie des Hafenquartiers auf. Das neue Quartier ist Bestandteil des derzeit von der Stadt entwickelten Leitbildes Cottbus 2035.



Quelle: PB Dietrich Architekten Ingenieure

Crimmitschau

Revitalisierung des Kaufhauses Schocken

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

18.350

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

6.007.460 €

Bundesmittel

2.594.156 €

Kommunale Mittel

1.297.077 €

Weitere Mittel

2.116.226 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Warenhäuser waren einst ein integraler Baustein der Innenstädte und symbolhaft für die Leitfunktion des Einzelhandels. Die aus dem Erbe der historischen Schocken-Handelskette stammende und seit 1999 leer stehende Immobilie wird denkmalgerecht saniert und mit neuen Nutzungen versehen.

Das Gebäude des ehemaligen Kaufhauses Schocken in Crimmitschau ist repräsentativ für die Warenhäuser der Schocken-Kette und ihren modernen Auftritt. Bis 1999 wurde das stadtbildprägende Gebäude als Kaufhaus genutzt und wechselte in dieser Zeit mehrfach sowohl Eigentümer als auch Betreiber. Danach begann mit dem Leerstand der Immobilie nicht nur der Verfall des Gebäudes, sondern auch der Rückgang des öffentlichen Lebens in diesem Bereich des Stadtzentrums.

Die Stadt beabsichtigt, das Kaufhaus und dessen städtebauliches Umfeld mit Unterstützung eines privaten Investors und Eigentümers zu revitalisieren. Neben Wohnungen und Gewerbeflächen soll im Erdgeschoss ein Medientreff mit Bibliothek als öffentliche Nutzung Einzug halten. Darüber hinaus sind die Wiederherstellung der Fassaden inklusive der signifikanten Schocken-Werbeanlagen sowie attraktive, auf die Nutzung angepasste Außenanlagen vorgesehen.

Projektziele sind der Erhalt und die Weiterentwicklung des ehemaligen Kaufhauses Schocken in Crimmitschau als Kulturdenkmal der Klassischen Moderne sowie die städtebauliche Revitalisierung des zentral gelegenen Übergangsbereichs zum Bahnhofsviertel.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Darmstadt

Entwicklung Mathildenhöhe

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

159.878

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

8.600.000 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

3.600.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Im Zuge der städtebaulichen Weiterentwicklung des Darmstädter Ostens werden die baulichen Anlagen und die Freianlagen im Ensemble der Künstlerkolonie Mathildenhöhe Darmstadt saniert und aufgewertet.

Die Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe in Darmstadt, die eng mit dem Jugendstil-Architekten Joseph Maria Olbrich verknüpft ist, gilt als erste Internationale Bauausstellung. Die Stadt Darmstadt unternimmt große Anstrengungen für die Pflege und zukunftsorientierte Entwicklung dieses einzigartigen städtebaulichen und architektonischen Denkmals. Ziel ist es, dessen Aufnahme in das Welterbe der UNESCO zu erreichen. Die Entscheidung darüber steht derzeit bei der UNESCO an.

Die Mittel des Bundesprogramms fließen in die Sanierung von Freianlagen, drei Künstlerhäusern, die sich im städtischen Eigentum befinden, sowie in die städtebauliche Entwicklung und Realisierung eines Besucherzentrums am Osthang der Mathildenhöhe. Grundlage ist ein städtebaulicher und hochbaulicher Planungswettbewerb. Damit soll zugleich auch die Verknüpfung mit der städtebaulichen Entwicklung des östlichen Stadtgebiets von Darmstadt in Vorbereitung auf die Landesgartenschau 2022 gelingen. Die Bürgerschaft wird von der Stadt eng in diesen Entwicklungsprozess einbezogen.

Langfristiges Ziel ist es, die Mathildenhöhe als kulturellen Anziehungspunkt aufzuwerten und durch eine enge Verknüpfung der Stadtstruktur mit den naturräumlichen Qualitäten der Topografie neue Qualitäten für Wohnen, Bildung und Erholung zu schaffen.



Quelle: Sven Hertel, Stadt Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau

Instandsetzung der Galerie der Alten Meister im Schloss Georgium

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

80.103

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

2.555.556 €

Bundesmittel

2.300.000 €

Kommunale Mittel

255.556 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Schloss Georgium wurde im Rahmen einer denkmalgerechten Sanierung instand gesetzt und als international bedeutsame Gemäldegalerie im Zentrum zweier UNESCO-Welterbestätten, den Bauhaus-Stätten und dem Gartenreich Dessau-Wörlitz, wiedereröffnet.

Der Landschaftspark Georgium mit seinem Schlossensemble ist neben dem Wörlitzer Park wesentlicher Bestandteil des UNESCO-Welterbes Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Bis 2011 befand sich die Anhaltische Gemäldegalerie Dessau mit Sachsens-Anhalts umfangreichster Sammlung altdeutscher und niederländischer Malerei sowie der hochrangigen Graphischen Sammlung im Schloss Georgium. Wegen umfassender Sanierungsarbeiten am Gebäude wurde die Galerie geschlossen.

Die Rekonstruktion der Fenster, die Vervollständigung der Haus-, Klima- und Sicherheitstechnik sowie die Sanierung und Wiederherstellung der Oberflächen nach Kriterien der Denkmalpflege im Inneren des Schlosses wurden im Zuge der Generalsanierung mit Unterstützung des Bundesprogramms gefördert.

Ein späterer Bauabschnitt soll die Wiederinbetriebnahme der Anhaltischen Gemäldegalerie als national und international bedeutsame Erweiterung des Kunst- und Kulturangebots Sachsens-Anhalts ermöglichen.



Quelle: KÜSSDENFROSCH Häuserwachküssgesellschaft mbH

Düsseldorf

Bilker Bunker als Kunst- und Kulturort

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

621.877

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.699.796 €

Bundesmitten

1.379.896 €

Kommunale Mittel

689.948 €

Weitere Mittel

629.952 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Im Rahmen des Um- und Ausbaus des denkmalgeschützten Zivilschutzbunkers sollen multifunktional nutzbare Flächen für Kunst und Kultur entstehen, die ihn auch in architektonischer Hinsicht zu einem Anziehungspunkt für die Düsseldorfer Bürgerschaft und darüber hinaus werden lassen sollen.

Der denkmalgeschützte Bilker Bunker befindet sich inmitten eines gründerzeitlichen Wohnquartiers in städtebaulich exponierter Lage. Er wurde zwischen 1942 und 1944 als Hochbunker für den Zivilschutz errichtet. Ein Investor beabsichtigte zunächst den Abriss und Neubau von Eigentumswohnungen, bevor nach Protesten aus der Bürgerschaft und einem Eigentümerwechsel 2016 das jetzige Konzept entstand.

Derzeit errichtet der Eigentümer auf dem Flachdach des Bunkers Eigentumswohnungen (nicht Gegenstand der Förderung). Mit dem Vorhaben sollen die darunter liegenden sieben Etagen in einem Nutzungsmix denkmalgerecht saniert und umgebaut werden, um den Bilker Bunker zu einem Kunst-, Kultur- und Bürgerzentrum weiterzuentwickeln. Auf einer Etage werden Flächen für Vertical Farming vorgesehen und so Synergien zwischen den beiden Düsseldorfer Projekten geschaffen. Das Projekt wird, um den Interessen aller Beteiligten gerecht zu werden, von Bürgerinnen und Bürgern, Stadt und Investor gemeinsam entwickelt.

Der Kunst- und Kulturbunker kann somit zu einem zukunftsweisenden Beispiel für den Erhalt stadtbildprägender, symbolhafter Architektur und deren Nutzung im Rahmen eines neuen, zeitgemäßen Konzeptes werden.



Quelle: Kristina Fendesack/Wochenmarkt Karlsplatz GmbH

Düsseldorf

Machbarkeitsstudie Vertical Farming Carlsplatz

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

621.877

Projektlaufzeit

2020–2021

Projektkosten

75.000 €

Bundesmittel

50.000 €

Kommunale Mittel

25.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Unmittelbar am Carlsplatz, der seit über 100 Jahren als Marktplatz mit mehr als 60 Ständen betrieben wird, soll die Machbarkeit urbaner Pflanzenproduktion zur Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher mit gesunden, nachhaltigen und regionalen Produkten in vertikaler Form untersucht werden, die beispielgebend für viele dicht bebaute Städte sein kann.

Auf dem Carlsplatz wird sechsmal wöchentlich der wichtigste Markt der Landeshauptstadt Düsseldorf abgehalten. Die Aufnahme einer urbanen Lebensmittelproduktion an diesem Standort wird von der Stadt, aber auch von der Interessengemeinschaft der dort vertretenen Händlerinnen und Händler als Symbol für eine neue Integration von Landwirtschaft in die Stadt begriffen. Das Projekt hat die Erprobung und Vernetzung von Gebäudetechnologien, Haustechnik und Lebensmittelproduktion am größten Marktplatz der Stadt in einem verdichteten, innerstädtischen Quartier zum Ziel. Die systematische Integration derartiger Stätten zur Lebensmittelproduktion in ein existierendes Quartier ist in Deutschland weitestgehend nicht erprobt. Die Studie soll über den Referenzstandort hinaus die inhaltlichen und räumlichen Anknüpfungspunkte für Vertical Farming im Stadtgebiet aufzeigen (zum Beispiel auf einer Etage des Bilker Bunkers – siehe Seite 98), damit sich Düsseldorf entsprechend dem städtischen Klimakonzept langfristig zu einer grünen, nachhaltigen Stadt der Zukunft entwickeln kann. Erster Schritt dafür wird die geförderte Machbarkeitsstudie werden.



Quelle: Stadt Eggenfelden

Eggenfelden

Revitalisierung der historischen Hofmark Gern durch ein digitales Innovationszentrum

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

13.840

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

5.562.000 €

Bundesmittel

2.500.000 €

Kommunale Mittel

278.000 €

Weitere Mittel

2.784.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Projekt schafft die Grundlagen für eine neue Nutzung des denkmalgeschützten Gebäudeensembles der Hofmark Gern. Es beheimatet künftig das Innovationszentrum RegioLab.

Die Schlossökonomie Gern ist eines der wenigen Ensembles, in denen sich die seit dem Mittelalter weit verbreitete bayerische Hofmark heute noch ablesen lässt. Einige der historischen Wirtschaftsgebäude konnten bereits saniert und einer neuen Nutzung zugeführt werden. Zu den letzten ungenutzten und sanierungsbedürftigen Gebäuden zählt die mitten in der Hofmark liegende Alte Brauerei mit Mälzerei aus dem 17. und 18. Jahrhundert.

Im Rahmen des Bundesprogramms wird die bauliche Revitalisierung der Alten Brauerei, die für die Wiederherstellung des denkmalgeschützten Ensembles wesentlich ist, gefördert. In einem ersten Bauabschnitt wurde die ehemalige Mälzerei saniert, um damit die Grundvoraussetzung für die neue Nutzung zu schaffen. Das Gebäudeensemble soll künftig das Innovationszentrum RegioLab beheimaten, das neuartige Angebote im digitalen Kreativbereich beinhaltet. Neben den MiniLabs einer 3D-Erlebniswelt wird mit dem 3D-Lab eine Technik zur Vermittlung, Erprobung und Erforschung von Prototypen und Planungen aus unterschiedlichen Anwendungsbereichen und Fachdisziplinen angeboten.

Das Projekt ist Leitprojekt der „Rottaler Hofmarken“, einem durch den Europäischen Strukturfonds geförderten Gemeinschaftsvorhaben der Stadt Eggenfelden mit neun weiteren Kommunen. Das RegioLab wird als räumlicher Kristallisationspunkt und Impulsgeber für Innovationsprojekte der lokalen Betriebe gesehen.



Quelle: Stadtverwaltung Erkner

Erkner

Gerhart-Hauptmann-Museum und Kulturforum

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

11.856

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

4.455.000 €

Bundesmittel

2.600.000 €

Kommunale Mittel

1.855.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Ausgehend vom Gerhart-Hauptmann-Museum mit dem Archiv in der „Villa Lassen“ entsteht ein Kultur- und Bildungsforum im Zentrum Erkners, das neben einer zeitgemäßen Präsentation des Lebenswerks des Literaturnobelpreisträgers auch das kulturelle Leben in Stadt und Region bereichern soll.

Das derzeitige Museum ist in der ehemaligen Wohn- und Arbeitsstätte Gerhart Hauptmanns, der „Villa Lassen“, untergebracht. Das denkmalgeschützte Gebäude aus dem Jahr 1870 befindet sich in zentraler Lage und ist verkehrlich gut angebunden. In seiner Ausstattung und Fläche entspricht das Museum derzeit jedoch weder den Anforderungen bestehender Forschungs- und Archivierungsaufträge noch dem Anspruch einer zeitgemäßen Ausstellungskultur.

Die Stadt Erkner beabsichtigt neben der denkmalgerechten Sanierung der historischen Villa einen innovativen Neubau, in dem zusätzliche Räumlichkeiten für Museum/Archiv, Stadtbibliothek, eine Touristeninformation und ein Café untergebracht werden sollen. Weiterhin soll die Freifläche am Ensemble umgestaltet werden, so dass dort im Sommer Veranstaltungen wie zum Beispiel Theateraufführungen möglich sind. Das Gesamtvorhaben wird auf Grundlage der Ergebnisse eines Planungswettbewerbs in mehreren Abschnitten umgesetzt. In dem Bundesprogramm wird die Errichtung des Erweiterungsbaus als erster Bauabschnitt gefördert.

Die Entwicklung des Museums zum kulturellen und touristischen Zentrum wird von der Stadt schon länger angestrebt. Mit einem kulturellen Ankerpunkt am südlichen Ende der örtlichen Magistrale soll die gesamte Innenstadt gestärkt werden.



Quelle: Thomas Eicken, Stiftung Zollverein

Essen

Salzfabrik der Kokerei Zollverein wird zum Zentral- und Schaudepot des Ruhr Museums

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

582.760

Projektlaufzeit

2016–2020

Projektkosten

3.900.000 €

Bundesmitten

3.500.000 €

Kommunale Mittel

400.000 €

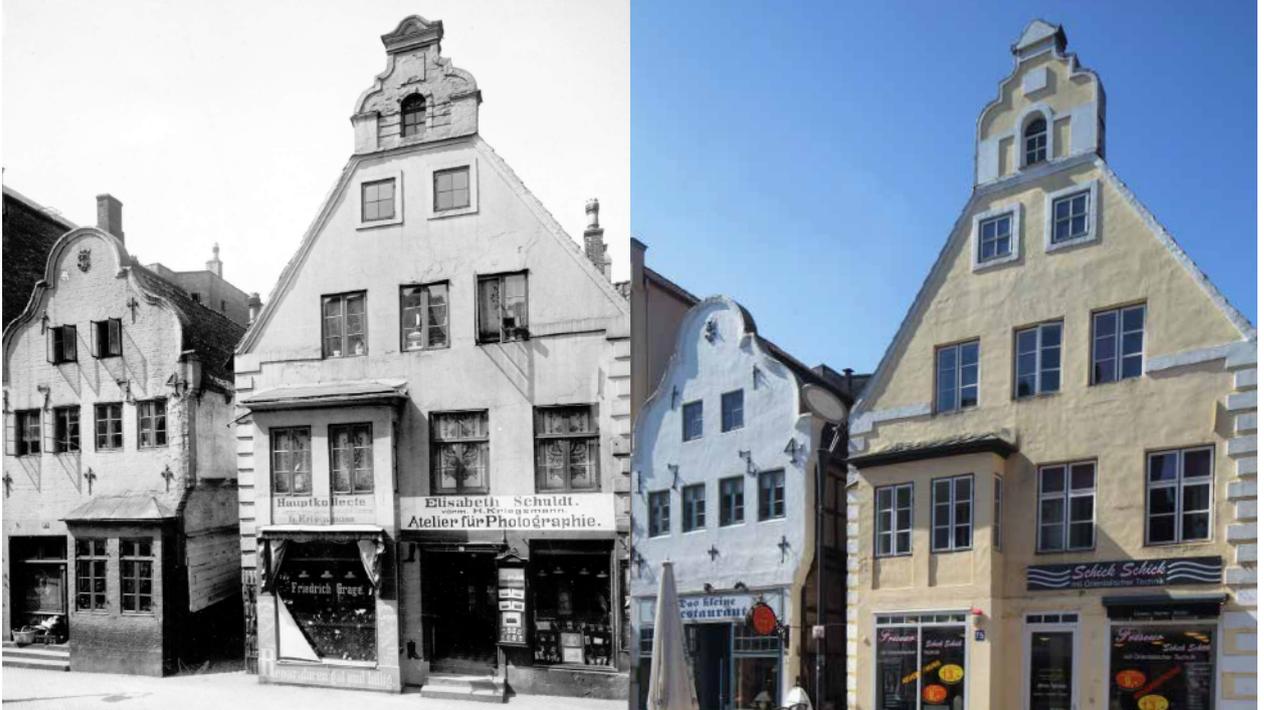
Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit dem im November 2020 abgeschlossenen Umbau der ehemaligen Salzfabrik der Kokerei Zollverein zum Schaudepot des Ruhr Museums wurde die vorhandene Ausstellungsstruktur um ein besonderes Element von internationaler Bedeutung ergänzt.

Die 1958 erbaute Salzfabrik steht seit dem Jahr 2000 auf der Denkmalliste der Stadt Essen. Das Ruhr Museum im UNESCO-Welterbe Zollverein verfügt über umfangreiche Sammlungen von internationaler Bedeutung zur Archäologie, Geologie, Fotografie und Geschichte. Diese waren unter konservatorisch schwierigen Bedingungen in mehreren Außendepots im Essener Stadtgebiet untergebracht.

Der Umbau der Salzfabrik gehört zu einer Reihe von Maßnahmen, mit denen die Kokerei mit ihren vielfältigen Gebäuden und Anlagen wieder in Wert gesetzt wird. Im Rahmen des Förderprojekts wurden die Sammlungen in einem museumsnahen Zentraldepot zusammengeführt und in Szene gesetzt. Gefördert wurden die Sanierung der Gebäudehülle sowie der Umbau und der nutzungsspezifische Ausbau zum Schaudepot. Der denkmalgerechte Umgang mit der Bausubstanz ist dabei besonders wichtig gewesen. Ziel war es, die Sammlungen für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich zu machen und langfristig den Standort Zollverein als Kultur- und Bildungsstätte zu stärken.



Quelle links: Museumsberg Flensburg, Quelle rechts: Eiko Wenzel, Stadt Flensburg

Flensburg

Flensburger Altstadt: Deutsch-Dänische Kulturachse

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

90.164

Projektlaufzeit

2014–2019

Projektkosten

1.778.000 €

Bundesmittel

1.600.000 €

Kommunale Mittel

178.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Entwicklung der „Deutsch-Dänischen Kulturachse“ konnte die Flensburger Altstadt anlässlich mehrerer Jubiläen der deutsch-dänischen Geschichte der Stadt mit einem gesellschaftspolitischen Leitthema aufgewertet werden.

Die Kulturachse wird in der Flensburger Altstadt maßgeblich durch den Bautypus des Flensburger Kaufmannshofs geprägt. Er zeugt von der Jahrhunderte währenden wirtschaftlichen sowie sozialen und politischen Entwicklung der Stadt und spiegelt sowohl dänische als auch deutsche Baukultur wider. Viele der historischen Höfe, die aus Vorderhäusern, repräsentativen Wohnräumen sowie Lager- bzw. Speicherräumen bestehen, sind heute von Leerstand und Verfall bedroht.

Mit dem Bundesprogramm wurde die Instandsetzung und Revitalisierung von historischen Kaufmannshöfen unterstützt. Dazu konnten sich Eigentümerinnen und Eigentümer bei der Stadt um Unterstützung für Modernisierungsgutachten bewerben. Diese Gutachten bildeten die Grundlage für den Abschluss von Modernisierungsverträgen zwischen Privateigentümern und der Stadt Flensburg. Mit der Sanierung des Kaufmannshofs Große Straße 73 konnte auf dieser Grundlage ein wichtiges Impulsprojekt entlang der Deutsch-Dänischen Kulturachse realisiert werden.

Das Projekt ist Teil einer gesamtstädtischen Strategie („Flensburg-Strategie“) und wird durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Flensburg möchte so öffentliches Interesse für die Bewahrung von Bausubstanz sowie geschichtlicher und baukultureller Zeugnisse schaffen und gleichzeitig die Idee der Deutsch-Dänischen Kulturachse im öffentlichen Bewusstsein verankern.



Quelle: Eiko Wenzel, Stadt Flensburg

Flensburg

Christiansen Gärten

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

90.164

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

8.029.540 €

Bundesmittel

3.200.000 €

Kommunale Mittel

814.770 €

Weitere Mittel

4.014.770 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Mit der Instandsetzung des Gartendenkmals, das ein repräsentatives Beispiel bürgerlich-hanseatischer Kultur des 18./19. Jahrhunderts ist, werden das deutsch-dänische Kulturerbe und die besondere Beziehung der beiden Länder angemessen in Szene gesetzt.

Die grünhistorischen Freiflächen Museumsberg, Alter Friedhof und Christiansenpark sollen nachhaltig entwickelt und miteinander vernetzt werden. Der erhaltene Christiansenpark in Flensburg ist das bedeutendste bürgerliche Gartendenkmal in Schleswig-Holstein aus der Zeit um 1800. Im Bereich der stark verdichteten historischen Innenstadt bilden die Christiansens Gärten einen wichtigen Baustein der grünen Infrastruktur, der neben der Relevanz für das Stadtklima und die Biodiversität auch in Bezug auf das Naherholungsangebot im Bereich der Innenstadt von besonderer Bedeutung ist.

Ziel des Projektes ist es, die Flächen als ein einzigartiges kulturhistorisches Ensemble wieder als Einheit erlebbar zu machen und die Anlage als Zeugnis der deutsch-dänischen Geschichte im Bewusstsein zu verankern. Sie soll sowohl für die Naherholung der Bürgerinnen und Bürger Flensburgs als auch für die Besucherinnen und Besucher aufgewertet werden. Bei der Umsetzung des Projektes sollen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Stadtgesellschaft Berücksichtigung finden und die Gartenanlage multifunktional im Sinne einer nachhaltigen und denkmalgerechten Freiraumentwicklung aufgewertet werden. Das Projekt Christiansens Gärten steht somit beispielhaft für den Umgang mit historischen Grünanlagen im Spannungsfeld zwischen dem Bewahren historischer Bezüge und Relikte sowie den Anforderungen an die Gestaltung zeitgemäßer innerstädtischer Grün- und Freiräume.



Quelle: Krekeler Architekten Generalplaner GmbH, Brandenburg an d. Havel

Forst (Lausitz)

Brandenburgisches Textilmuseum

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

17.902

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

8.240.000 €

Bundesmittel

7.416.000 €

Kommunale Mittel

824.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Sanierung und Erweiterung des Brandenburgischen Textilmuseums soll die Bedeutung der Lausitz als Industrieregion in Deutschland und deren Verflechtung mit Europa herausgestellt werden. Das künftige Informations- und Dokumentationszentrum soll über die Geschichte der Textilindustrie und der Braunkohleförderung informieren.

Das Brandenburgische Textilmuseum wurde 1995 im Gebäude einer ehemaligen Tuchfabrik im Zentrum der Stadt eröffnet. Gezeigt wird nicht nur die Geschichte des Tuchmacherhandwerks, sondern auch dessen wirtschaftliche Bedeutung für die Stadt und die gesamte Lausitz. Künftig soll dort nicht nur die Textilindustrie, sondern auch deren Verflechtung mit der Braunkohleförderung und insgesamt die Entwicklung einer von monostruktureller Industrie abhängigen Region präsentiert werden. Grundlage dafür ist ein Ausstellungskonzept, das aus den Themensäulen 1. Textilindustrie, 2. Stadt- und Regionalgeschichte und 3. Natur und Umwelt besteht.

Das Projekt sieht die Sanierung, den Umbau und die Erweiterung des Gebäudeensembles entsprechend den Ergebnissen eines zuvor durchgeführten Planungswettbewerbs vor. Mit der Aufwertung des Industriebaus aus dem 19. Jahrhundert möchte die Stadt zugleich eine modellhafte Lösung für den Umgang mit weiteren leer stehenden Fabriken in der Stadt schaffen. Durch das erweiterte Informations- und Dokumentationszentrum werden zudem neue Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Vernetzung in den osteuropäischen Raum erwartet.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Frankfurt am Main

Aufwertung der Siedlungen des Neuen Frankfurt

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

763.380

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

15.776.000 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

2.500.000 €

Weitere Mittel

8.276.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die Siedlungen des Neuen Frankfurt sind ein weltweit anerkannter Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Die geplanten Maßnahmen dienen nicht nur der Aufwertung des Gebäudebestandes und seines Umfeldes anlässlich des bevorstehenden Jubiläums, sondern sind auch ein wichtiger Impuls für die Debatte um heutige Wohnungsfragen.

Zwischen 1925 und 1933 entstanden in Frankfurt am Main unter der Leitung des Stadtbaurats Ernst May eine Vielzahl an Siedlungen, Parks und Landschaftsräumen im Zeichen des Neuen Bauens. Bauherren waren öffentliche Wohnungsbaugesellschaften, in deren Eigentum sich noch heute die meisten Siedlungen befinden und so einen Beitrag zu bezahlbarem Wohnraum bieten. Einige der Siedlungen stehen unter Denkmalschutz.

Mit einem ganzheitlichen Ansatz soll das baukulturelle Erbe des Neuen Frankfurt erneuert und weiterentwickelt werden. Für die Gebäude und öffentlichen Frei- und Straßenräume in den drei Siedlungen Römerstadt, Riederwald-Ost und Heimatsiedlung sollen mit Hilfe des Bundesprogramms Lösungen entwickelt werden, die den heutigen Anforderungen unter Berücksichtigung des Denkmalstatus gerecht werden. Die städtebaulichen Aspekte der Moderne und deren Bedeutung für gegenwärtige Herausforderungen sollen auf fachlicher sowie sozialer Ebene diskutiert und vermittelt werden. Begleitend soll ein Wettbewerb innovative Antworten auf heutige Fragestellungen von Stadtentwicklung und Wohnungsbau liefern.

Rahmensetzende Daten sind sowohl „100 Jahre Bauhaus“ als Fokusjahr der Moderne im Jahr der Projektlaufzeit als auch die 100-Jahr-Feier des Neuen Frankfurt im Jahr 2025, die einen Anlass zur Präsentation der umgesetzten Projektziele bietet.



Quelle: Christoph Mäckler Architekten. Quelle: Stadt Freiburg/Gebäudemanagement

Freiburg im Breisgau

Sanierung Konventgebäude des Augustinermuseums

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

231.195

Projektlaufzeit

seit 2015

Projektkosten

49.892.869 €

Bundesmittel

6.700.000 €

Kommunale Mittel

42.792.869 €

Weitere Mittel

400.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Sanierung des im ehemaligen Augustinerkloster untergebrachten kulturhistorischen Museums der Stadt Freiburg wird eine Reaktivierung, strukturelle Belebung und nachhaltige Aufwertung des Wohn- und Geschäftsumfeldes im Quartier angestrebt.

Das Augustinermuseum wurde 1923 im ehemaligen Klosterensemble des Augustinereremitenordens eingerichtet. Als kunst- und kulturgeschichtliches Museum verfügt es über herausragende Sammlungsbestände und gehört daher zu den bedeutendsten Museen am Oberrhein. Seit 2004 saniert die Stadt Freiburg das stadtbildprägende Kulturdenkmal in mehreren Bauabschnitten. Bei deren Umsetzung soll das Baudenkmal weitgehend im Originalzustand erhalten bleiben und gleichzeitig den komplexen Anforderungen an ein modernes Museumskonzept mit flexibler Nutzung gerecht werden.

Mit Mitteln des Bundesprogramms wird der dritte und letzte Bauabschnitt der Gesamtmaßnahme gefördert. Er umfasst die Fertigstellung des Museums durch die denkmalgerechte Sanierung des Konventgebäudes, die Öffnung der Klosterhöfe und deren Verknüpfung mit dem öffentlichen Raum sowie die Neuanlage des Zinnengartens.

Die Maßnahme zeichnet sich durch eine intensive und qualitätsvolle Auseinandersetzung mit Städtebau, Architektur und Nutzeranforderungen aus, durch die eine hohe Projektqualität erzielt wird.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Friedrichsthal

Rechtsschutzsaal Bildstock

Land

Saarland

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

9.987

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

1.265.000 €

Bundesmittel

1.138.500 €

Kommunale Mittel

126.500 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit dem Rechtsschutzsaal Bildstock wird das älteste Gewerkschaftsgebäude Deutschlands zukunftsgerichtet saniert, um es als Symbol für Solidarität, Gerechtigkeit und politische Teilhabe sowohl regional als auch überregional zu schärfen und zu stärken.

Der Rechtsschutzsaal in Friedrichsthal ist das älteste Gewerkschaftsgebäude Deutschlands. Es entstand 1891/92 als Versammlungsstätte des 1889 gegründeten Rechtsschutzvereins für die Bergarbeiter im Saarrevier. Die Bergleute kämpften für gerechtere Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Da öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nicht toleriert wurden, bauten sich die Bergleute einen eigenen Versammlungsraum. Jedes Vereinsmitglied beteiligte sich mit einer Spende von einer Mark und zwei Backsteinen an den Baukosten. Massenentlassungen wegen Streiks führten 1893 zum Zusammenbruch des Rechtsschutzvereins, dem zum Höhepunkt ca. 20.000 Arbeiter angehörten.

Nach einer wechselhaften Geschichte befindet sich das Gebäude seit 1995 im Eigentum der Stiftung Rechtsschutzsaal (Gründungsmitglieder: Saarland, RV Saarbrücken, AK Saarland, Stadt Friedrichsthal, DGB, IG BCE, Hans-Böckler-Stiftung, RAG). Das Gebäude steht seit 1991 unter Denkmalschutz und wurde 1996 von der Stiftung als Veranstaltungsstätte wiedereröffnet.

Mit der Sanierung im Rahmen des Bundesprogramms sollen der langfristige Erhalt und die Nutzbarkeit gesichert sowie die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung sicht- und erlebbar gemacht werden. Dafür werden die Gebäudehülle umfangreich saniert, funktionale Mängel im Innenbereich behoben und ein barrierefreier Zugang zum Obergeschoss geschaffen. Der Außenbereich des Rechtsschutzsaals wird umgestaltet und mit Informationsangeboten zur historischen Bedeutung des Gebäudes ausgestattet.



Quelle: msh stadtplanung GbR, Altdorf

Fürth

Ludwig-Erhard-Zentrum

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

128.497

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

6.643.800 €

Bundesmittel

5.978.700 €

Kommunale Mittel

665.100 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Gegenüber dem Geburtshaus des ehemaligen Bundeskanzlers und Bundeswirtschaftsministers ist ein deutschlandweit einmaliges Zentrum für Dokumentation, Begegnung und Forschung zu Ludwig Erhard und zur sozialen Marktwirtschaft entstanden.

In direkter Nachbarschaft des Geburtshauses Ludwig Erhards ist mit dem Ludwig-Erhard-Zentrum ein Neubau mit Ausstellungsflächen, modernen Seminar- und Veranstaltungsräumen und museumspädagogischem Zentrum entstanden. Der Neubau liegt in einem unter Ensembleschutz stehenden Teil der Fürther Altstadt. Zur städtebaulichen Konzeption und Einbindung des Baukörpers wurden eine Machbarkeitsstudie sowie ein städtebaulicher Planungswettbewerb durchgeführt. Der prämierte Entwurf spiegelt mit einer modernen und durchdachten Architektursprache die besondere Bedeutung des Hauses sowohl im kulturellen als auch im städtebaulichen Zusammenhang wider und schließt eine jahrzehntealte Baulücke.

Das Gesamtprojekt erfährt eine breite Unterstützung von Politik und Gesellschaft. Mithilfe des Bundesprogramms wurde der erste Bauabschnitt des Neubaus als Teilmaßnahme umgesetzt.

Mit dem Ludwig-Erhard-Zentrum wurde ein Forum der lebendigen Auseinandersetzung mit der Person und Politik Ludwig Erhards sowie mit der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte geschaffen. Von dem Zentrum sollen regional und überregional wesentliche Impulse zur historischen, politischen und ökonomischen Allgemeinbildung ausgehen. Der Neubau macht die als Sanierungsgebiet ausgewiesene Innenstadt attraktiver und verfolgt damit ein wichtiges Ziel des integrierten Handlungskonzeptes zur Stadt-sanierung und -erneuerung der Stadt Fürth.



Quelle: Stadt Gelsenkirchen, Martin Schmüdderich

Gelsenkirchen

Energielabor Ruhr

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

259.645

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

4.572.000 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

457.000 €

Weitere Mittel

115.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die denkmalgeschützte Gartenstadtsiedlung der Zeche Westerholt wurde in ihrem städtebaulichen und sozioökonomischen Zusammenhang als „Energielabor Ruhr“ ressourcen- und energieeffizient aufgewertet.

Das Gesamtprojekt „Energielabor Ruhr“ basiert auf einem Kooperationsnetzwerk der Städte Gelsenkirchen und Herten zusammen mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerschaft. Das Netzwerk verfolgt das Ziel, die stark vom Strukturwandel betroffene, denkmalgeschützte Gartenstadt im Norden von Gelsenkirchen und Herten nachhaltig zu entwickeln. Der stadtübergreifende Siedlungsraum ist geprägt durch eine 30 Hektar große Bergwerksfläche, eine ehemalige Kokereifläche und eine brach liegende Zechenbahnstrecke.

Im Bundesprogramm wurden Impulsmaßnahmen gefördert, beispielsweise die Nahwärmeversorgung von Wohngebäuden durch ein Grubengas-Blockheizkraftwerk sowie die energetische Sanierung der Zechenhäuser durch ihre Eigentümerinnen und Eigentümer. Mit dem Bau der „Allee des Wandels“ ist eine landschaftsarchitektonische Aufwertung zentraler Grünflächen verbunden – ein Beispiel dafür, welche Möglichkeiten eine ressourcen- und energieeffiziente Stadtentwicklung bieten kann.

Das Gesamtprojekt wurde durch einen breit angelegten Entwicklungs- und Beteiligungsprozess realisiert, in den verschiedene Akteure einbezogen wurden. So sind wesentliche konzeptionelle Grundlagen entstanden, aus denen Handlungsfelder und Maßnahmen abgeleitet und mithilfe des Bundesprogramms umgesetzt werden konnten.



Quelle: Stadtverwaltung Gera

Gera

Campus Goethe-Gymnasium Rutheneum

Land Thüringen
Stadt-/Gemeindetyp Mittelstadt
Einwohnerzahl 93.125
Projektlaufzeit 2015–2018
Projektkosten 3.386.526 €
Bundesmittel 2.700.000 €
Kommunale Mittel 686.526 €
Themenfeld Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Am Westrand der historischen Altstadt von Gera entstand ein campusähnlicher Schulstandort für ein modernes Gymnasium. Das Schulgebäude von 1884 wird unter Einbeziehung benachbarter Grundstücke erweitert.

Das „Goethe-Gymnasium/Rutheneum seit 1608“ ist das älteste Gymnasium Geras. Zur Konzentration der auf die Stadt verteilten Schulstandorte an einem „Campus Rutheneum“ wurde 2011 ein Planungswettbewerb durchgeführt, dessen Konzept vier nach dem Campusprinzip angeordnete Gebäudeteile vorsieht. So entsteht eine neue Bildungs- und Kulturstätte am traditionsreichen Standort in der Altstadt von Gera, die zur Belebung des Stadtbildes beiträgt und die Stadt als Bildungsstandort stärkt.

Das Raumprogramm wird zum Teil in dem denkmalgeschützten Gebäude des 1720 bis 1722 errichteten ehemaligen Preußischen Regierungsgebäudes sowie in einem ergänzenden Neubau untergebracht. Darüber hinaus umfasst das Gesamtprojekt den Neubau einer Sporthalle sowie die städtebauliche und gestalterische Einbindung in den Stadtraum.

Von 2015 bis 2018 förderte der Bund die denkmalgerechte Grundsanierung des seit vielen Jahren leer stehenden ehemaligen Preußischen Regierungsgebäudes als ersten Baustein der Gesamtmaßnahme. Weiter gehende Sanierungsarbeiten sowie der Ausbau des Gebäudes werden in einem zweiten Bauabschnitt über Mittel der Städtebauförderung finanziert.

Das Gesamtprojekt erhält nicht zuletzt über den regen Förderverein des Gymnasiums, der bereits den Planungswettbewerb finanziell ermöglicht hatte, eine breite bürgerschaftliche Unterstützung. Es vereint in vorbildlicher Weise Stadtumbau, Denkmalpflege und den Ausbau von Bildungsinfrastruktur mit bürgerschaftlichem Engagement.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Gera

Revitalisierung des ehemaligen Kaufhauses Tietz

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

93.125

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

8.411.136 €

Bundesmitten

5.800.000 €

Kommunale Mittel

644.444 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Das 1882 als erstes Kaufhaus des späteren Warenhauskonzerns Tietz eröffnete und seit 20 Jahren leer stehende Baudenkmal soll mit Rücksicht auf die bestehende Struktur für eine Mischung aus öffentlichen Nutzungen, Bildung und Handel revitalisiert werden, um einen Impuls für die Entwicklung des umliegenden Quartiers zu geben.

Das ehemalige Kaufhaus, das im Rahmen einer Gesamtstrategie als Keimzelle einer zeitgemäßen urbanen Quartiersentwicklung revitalisiert werden soll, war 1882 das erste Gebäude des späteren Warenhauskonzerns Tietz (Hertie). Zahlreiche Merkmale der Architektursprache, die eigens für diesen neuen Typus des Verkaufskonzepts entwickelt wurden, sind – überformt von mehreren Zeitschichten und Nutzerwechseln – in Gera noch erhalten. Der Kaufhausbau, der seit 2000 nicht mehr als solcher genutzt wird, ist daher für die Stadt ein bedeutendes Denkmal. Der Leerstand ging mit einem Trading-down-Effekt in der ehemaligen Geraer Haupteinkaufsstraße „Sorge“ einher, sodass dieser innerstädtische Bereich vom Sanierungsstau gezeichnet ist. Die Bevölkerung fühlt sich mit dem Kaufhaus stark verbunden und erwartet, es wieder in authentischer Pracht erleben zu können.

Mit der Sanierung sollen wesentliche Bereiche durch öffentliche Nutzungen wieder allen Menschen zugänglich gemacht werden. Auch an das eng mit der Stadtgeschichte verwobene jüdische Erbe von Hertie soll prominent angeknüpft werden. Der Erhalt des identitätsstiftenden baukulturellen Erbes sowie dessen Neunutzung sollen die Akzeptanz für eine Neuordnung und bauliche Entwicklung des Quartiers stärken, die langfristig zu einer Belebung der Innenstadt führt.



Quelle: Wohnbau Gießen

Gießen

Mustersanierung Werkssiedlung Gummiinsel

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

89.802

Projektlaufzeit

2016–2019

Projektkosten

2.450.809 €

Bundesmittel

970.000 €

Kommunale Mittel

107.780 €

Weitere Mittel

1.373.029 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

An Musterhäusern der denkmalgeschützten Rotklinkersiedlung „Gummiinsel“ wird beispielhaft gezeigt, wie eine substanzverträgliche Sanierung entlang sozialer, denkmalpflegerischer und energetischer Gesichtspunkte gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern möglich ist.

Die „Gummiinsel“, eine ehemalige Werkssiedlung aus den 1930er-Jahren, ist für Gießen eine Art der kollektiven Erinnerung an die eigene Industriegeschichte mit den zugehörigen „Fremdarbeitern“. Der Name „Gummiinsel“ entstand aufgrund der Insellage auf der der Stadt abgewandten Seite der Lahn und weil viele Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung in Heimarbeit Gummiringe für eine nahe gelegene Fabrik sortierten. Die stark sanierungsbedürftige Siedlung wurde 2015 in das Gebiet der Sozialen Stadterneuerung aufgenommen.

Mit der exemplarischen Mustersanierung von zwei Häuserzeilen als Explorationsprojekt konnten hilfreiche Erkenntnisse bezüglich Bausubstanz und soziokultureller Belange gewonnen werden. Dabei standen die Förderung von Partizipations- und Selbsthilfeaktivitäten, die Stabilisierung der Sozialstrukturen und die Nutzung der lebendigen Quartiersbeziehungen im Fokus. Sie dienen als Grundlage für die Sanierung der restlichen Siedlung und deren zukünftige Organisation und Bewirtschaftung. Dabei soll die Siedlung als überregional bedeutendes Kulturdenkmal, in dem sich in einmaliger Weise Sozialgeschichte bis in die Gegenwart fortsetzt, erhalten bleiben.

Die Mustersanierung wurde 2019 feierlich abgeschlossen. Neben der behutsamen Sanierung der gesamten Siedlung ist die weitere soziale und städtebauliche Einbindung des Quartiers in das Stadtgefüge und die Gesellschaft Giessens ein langfristiges Ziel.



Quelle: Stadt Goslar

Goslar

Historische Befestigungs- und Wallanlagen

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

50.554

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

1.204.017 €

Bundesmitten

1.000.000 €

Kommunale Mittel

204.017 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Ein Teil der historischen Wallanlagen der Welterbestadt Goslar wurde saniert und mit den vorhandenen geschichtlichen Zeugnissen der mittelalterlichen Stadtbefestigung zu einem Naherholungsgebiet für Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen entwickelt.

Die Wallanlagen von Goslar sind wesentlicher Bestandteil des UNESCO-Welterbes „Bergwerk Rammelsberg, Altstadt von Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft“ und damit ein Denkmal von nationaler und internationaler Bedeutung. Die bestehenden Teile der Stadtbefestigung mit Stadttoren, Zwingern und vier Kilometern Stadt- und Feldmauern wurden bereits im 19. Jahrhundert von der preußischen Denkmalpflege als herausragendes Baudenkmal erkannt und inventarisiert.

Mithilfe des Bundesprogramms wurde im Rahmen eines landschaftsarchitektonischen Planungswettbewerbs ein Konzept für die Sanierung der erhaltenen Stadt- und Feldmauern erstellt. Erste Maßnahmen setzte die Stadt Goslar an einem Teilstück der Wallanlagen – im Bereich des sogenannten Judenteichs – modellhaft um. Darüber hinaus realisierte sie erste Sanierungsarbeiten von Teilen der vorgelagerten Feldmauer und entwickelte ein Besucherleitsystem für den südlichen Teil der Wallanlagen.

Durch das Projekt konnten weitere Forschungserkenntnisse zur Sanierung historischer Stadtmauern geschaffen und in die bauliche Umsetzung einbezogen sowie der fachliche Wissensaustausch in Form von Fachkolloquien und einer Publikation gefördert werden.



Quelle: Stadt Goslar

Goslar

Umnutzung des historischen Rathauses zum „Welterbe-Info-Zentrum“

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

50.554

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

11.700.000 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

6.700.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Stadt Goslar entwickelt das historische Rathaus in der Innenstadt als kulturellen Kristallisationspunkt mit einem Welterbe-Informationszentrum.

Das historische Goslarer Rathaus ist selbst Teil der UNESCO-Welterbestätte „Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar“ und damit ein wichtiger Bestandteil der Präsentation der historischen und kulturellen Bedeutung des Welterbes am Rande des Harzes. Das Gebäude ist prototypisch für den norddeutschen Rathausbau des 15. und 16. Jahrhunderts. Insbesondere die Raumstruktur und Teile der Ausstattungen dieser Zeit sind noch erhalten beziehungsweise nachweisbar.

Am touristisch stark frequentierten Marktplatz gelegen, soll das Rathaus, das bisher als Verwaltungsstandort genutzt wurde, zum Anlaufpunkt für Besucher der Welterbestätte werden. Die Mittel des Bundesprogramms werden für die Sanierung des historischen Gebäudes und dessen bauliche Anpassung an die neuen Nutzungen eingesetzt. Neben einer Touristeninformation und einem dezentralen Welterbe-Informationszentrum entstehen Räume für Veranstaltungen, Vorträge und wechselnde Ausstellungen. Die Ratsdiele bleibt für Ratssitzungen und Empfänge in ihrer historischen Nutzung erhalten.

Mit der Sanierung und Umnutzung des historischen Rathauses sollen Stadt und Region als touristisches Ziel gestärkt werden.



Quelle: GWG

Gotha

Denkmalpflegerische Sanierung der Gartenstadt „Am Schmalen Rain“

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

45.419

Projektlaufzeit

2015–2020

Projektkosten

1.050.000 €

Bundesmitten

700.000 €

Kommunale Mittel

350.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die in ihrer Substanz originalgetreu erhaltene Gartenstadtsiedlung „Am Schmalen Rain“ in Gotha ist ein wertvolles Beispiel des Reformwohnungsbaus außerhalb von Großstädten und wird seit 1997 in mehreren Bauabschnitten saniert.

Das hufeisenförmig angeordnete Denkmalensemble ist ein Beispiel für den von der Gartenstadtbewegung beeinflussten Siedlungsbau der 1920er-Jahre. Die Anlage mit ihren zwei Plätzen – Friedensplatz und Geschwister-Scholl-Platz – überzeugt durch ihre städtebauliche Geschlossenheit, die Definition der öffentlichen Räume und die Kombination von vormodernen und expressionistischen Elementen in der architektonischen Gestaltung.

Im Rahmen der Bundesförderung wurden bis 2020 zwei Bauabschnitte (Häuser Friedensplatz 1–6, 8–17 und 19–24) der Gesamtmaßnahme umgesetzt. Sie umfassen die denkmalgerechte Sanierung der Gebäudehülle inklusive der Wiederherstellung der historischen Farbgebung, der Erneuerung des Fassadenschmucks, der Ergänzung von Fensterläden und der Rekonstruktion von Balkonen, Lampen, Treppen, Geländern, Türen, Fenstern und Kellerabgängen. Gefördert wurde auch Kunst am Bau. Gemeinsam mit dem Förderverein der Gartenstadtsiedlung wurden Ideen für ein oder mehrere Kunstwerke entwickelt.

Dem Gartenstadt-Gedanken entsprechend ist die Ende der 1920er-Jahre gebaute Anlage im Besitz einer Genossenschaft, deren großes Engagement für die Siedlung für die über 100-jährige Tradition im Wohnungsbau mit sozialem Anspruch steht und von einem besonderen baukulturellen Ansatz geprägt ist.



Quelle: Atelier ST

Göttingen

Kunstquartier (KuQua)

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

118.911

Projektlaufzeit

2014–2020

Projektkosten

5.874.000 €

Bundesmittel

4.500.000 €

Kommunale Mittel

500.000 €

Weitere Mittel

874.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Innerhalb des historischen Altstadt-kerns von Göttingen entsteht ein neues Kunstquartier – das KuQua. Mit seinem Ansatz verbindet es die Bereicherung der Göttinger Museumslandschaft mit der Aufwertung des Altstadtquartiers.

Das Kunstquartier befindet sich in dem von Fachwerkarchitektur geprägten Nikolaiviertel im Süden der Göttinger Innenstadt. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das Areal bislang unterrepräsentiert. Das liegt unter anderem am derzeitigen Erscheinungsbild und der unzureichenden Anknüpfung an die A-Lagen der Innenstadt.

Das Bundesprogramm förderte die Errichtung eines neuen Ausstellungsgebäudes auf Grundlage eines Planungswettbewerbs. Der Neubau soll mit seiner exponierten und innovativen Architektur zum Herzstück des künftigen Kunstquartiers werden.

Die Stadt zielte darüber hinaus darauf, vor allem Privateigentümer dazu zu bewegen, in die energetische und denkmalgerechte Sanierung sowie die Aufwertung der historischen Gebäude im Kunstquartier zu investieren. Dazu wurden zum einen der Innenraum des Quartiers durch die Neuanlage eines Quartiersplatzes aufgewertet und zum anderen private Fassaden- und Dachsanierungen gefördert.

Gleichzeitig verbessert die Stadt Göttingen mit verschiedenen städtebaulichen Maßnahmen die Vernetzung des KuQua mit der Innenstadt. Hierzu wurde ein Konzept zur Umgestaltung der angrenzenden Straßen und Plätze erstellt.

Mit dem Kunstquartier sollen das historische Innenstadtquartier langfristig stabilisiert und dessen kulturelle Potenziale entwickelt werden.



Quelle: Arge Forum Wissen

Göttingen

Forum Wissen

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

118.911

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

30.029.857 €

Bundesmittel

5.000.000 € (NPS)

5.000.000 € (BKM)

Kommunale Mittel

560.000 €

Weitere Mittel

19.469.857 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das im ehemaligen Zoologischen Institut entstehende Wissensmuseum vernetzt die 42 wissenschaftlichen Sammlungen der Göttinger Universität. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Profilierung Göttingens als Wissensstadt, mit dem bislang verborgenes Kulturgut für die Öffentlichkeit erlebbar und im Stadtbild sichtbar gemacht wird.

In der Universitätsstadt Göttingen entsteht im Rahmen einer Kooperation von Universität und Stadt ein Museum, in dem drei miteinander verzahnte programmatische Schwerpunkte umgesetzt werden: Sammlungsmanagement, Wissensforschung und Ausstellung.

Basis des Konzeptes sind die rund 42 über die Stadt verteilten akademischen Sammlungen der Universität. Das Forum Wissen dient als Knotenpunkt des über die Stadt verteilten Sammlungsnetzwerkes, das bisher größtenteils verborgenes wertvolles Kulturgut im Stadtbild sichtbar und erlebbar macht. Während die Ausstellung im Haupthaus interdisziplinär gestaltet ist, bieten die weiteren Sammlungen dem Besucher profunde Einblicke in einzelne Fachgebiete. Mit Mitteln des Bundesprogramms werden Maßnahmen in den Bereichen Planung, Bau, Freiraumgestaltung, Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung sowie ein Konzept zur Visualisierung und Vernetzung der Sammlungen im Stadtraum gefördert.

Das Forum Wissen entsteht in attraktiver Lage unweit des Hauptbahnhofs am Rande der Göttinger Altstadt. Dem Projekt ging eine mehrjährige Planungsphase eines übergreifenden Entwicklungskonzeptes für das Stadtquartier am Groner Tor voraus, dessen zentraler Bestandteil der Umbau des Zoologischen Instituts zum Wissensmuseum ist.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Grasellenbach mit Rimbach und Wald-Michelbach

Geozentrum und Geopark

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

4.113 (Grasellenbach)
908 (Rimbach)
10.593 (Wald-Michelbach)

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

3.890.000 €

Bundesmittel

2.500.000 €

Kommunale Mittel

1.390.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Durch die Umsetzung einzelner Maßnahmen im UNESCO-Geopark Bergstraße-Odenwald und deren Verbindung durch überregionale Ausflugsachsen wird das Gebiet erlebbar gemacht und funktional in Wert gesetzt. Die Zusammenarbeit der Gemeinden stärkt die regionale Identität im ländlichen Raum.

Der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald ist eine von sechs deutschen Regionen im Netz der UNESCO Global Geoparks. Die Gemeinden Grasellenbach, Rimbach und Wald-Michelbach bauen gemeinsam mit Mitteln des Bundesprogramms das Geozentrum Tromm im UNESCO-Geopark auf. Dieses soll die geologischen und kulturgeschichtlichen Besonderheiten erlebbar machen und touristisch in Wert setzen. Der Themenschwerpunkt Geologie stellt mittels ökologischer und soziokultureller Bezugspunkte eine Beziehung zwischen den gemeinschaftlich agierenden Gemeinden im Zentrum des Vorderen Odenwaldes her.

Zu den geförderten Maßnahmen gehören der Ersatz des baufälligen Ireneturms auf der Tromm als Aussichtsturm, der Naturspielort Tromm als Erlebnis- und Spielfläche sowie die Erschließung und Herrichtung der Steinbrüche in Mengelbach und Litzelbach. Bei der Umsetzung der Projekte wird ein wesentlicher Fokus auf eine aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelegt.



Quelle: Thorsten Wagner

Hansestadt Greifswald

Kultur- und Initiativenhaus „Zum Greif“

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

59.232

Projektlaufzeit

2017–2020

Projektkosten

926.000 €

Bundesmitten

600.000 €

Kommunale Mittel

300.000 €

Weitere Mittel

26.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Mit der Sanierung und baulichen Erweiterung des stadtbildprägenden und kulturhistorisch bedeutsamen Gebäudes „Zum Greif“ ist ein modernes Zentrum für Kultur, Bildung und Teilhabe entstanden – eine Plattform für künstlerische und soziokulturelle Projekte für die Hansestadt Greifswald und die ganze Region.

Als Vertreter der fast verschwundenen Gesellschaftshaus-Architektur Nordostdeutschlands ist das 1846–1849 erbaute und denkmalgeschützte Gebäude „Zum Greif“ die älteste erhaltene Spielstätte des Greifswalder Konzert- und Theaterwesens. Nach jahrzehntelangem Leerstand und drohendem Verfall erwarb die aus der Bürgerschaft entstandene Initiative „Stralsunder Straße 10 GmbH“ 2014 das Baudenkmal, um es vor dem Verfall zu bewahren.

Das Gebäude wurde denkmalgerecht saniert, erweitert und zu einem barrierefreien Kultur- und Initiativenhaus umgebaut. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wurde mit Mitteln des Bundesprogramms unterstützt.

Das deutlich über die Stadtgrenzen hinaus wahrgenommene Projekt kombiniert zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Immobilienentwicklung und Gemeinwesenarbeit in besonderer Weise. Darüber hinaus leistet das Projekt einen wesentlichen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung durch die städtebauliche Integration des historischen Gebäudes und zeichnet sich durch den aus der Bevölkerung initiierten Entwicklungsprozess aus.



Quelle: Lutz Rehkopf, Hamburger Friedhöfe

Freie und Hansestadt Hamburg

Ohlsdorfer Parkfriedhof

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

2014–2020

Projektkosten

3.000.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

1.000.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Der weltgrößte Parkfriedhof wird als bedeutende, denkmalgeschützte Gartenanlage der Stadt Hamburg nachhaltig gesichert. Seine spezifischen Qualitäten werden sensibel und mit Respekt vor dem Bestand für neue Nutzungen als Park- und Erholungsflächen weiterentwickelt.

Der Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg ist als größter deutscher Friedhof und größter Parkfriedhof der Welt nicht nur ein Kultur- und Gartendenkmal von internationalem Rang, sondern auch ein geschichtsträchtiger und identitätsstiftender Ort der Hamburger Stadtgesellschaft.

Angesichts rückläufiger Nachfrage nach Grabflächen und eines Wandels in der Bestattungskultur steht die Stadt vor der Herausforderung, den Charakter des Parkfriedhofs als Gartendenkmal zu sichern und gleichzeitig in einem sensiblen Einklang die Chancen zu nutzen, die sich aus frei werdenden Flächen ergeben. Mit Mitteln des Bundesprogramms wurde dafür eine umfassende städtebauliche Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategie für den Friedhof erarbeitet. Im Rahmen eines breit angelegten Kommunikations- und Beteiligungsprozesses konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen einbringen. Es wurden Initialprojekte skizziert und mehrere Projekte für die Umsetzung durch die Bundesförderung definiert. Hierzu zählen beispielsweise die denkmalgerechte Wiederherstellung wesentlicher Parkbereiche, bauliche Maßnahmen für neue Nutzungsmöglichkeiten in den nicht mehr genutzten Kapellen und die Erstellung eines Masterplans für den Eingangsbereich im Rahmen eines Wettbewerbs.

Das Vorgehen ist beispielhaft auch für andere Friedhöfe in Deutschland. Dazu wird das Projekt durch intensive Öffentlichkeitsarbeit und fachlichen Austausch begleitet.



Quelle: BUKEA/I. Tast

Freie und Hansestadt Hamburg

Stadt trifft Landschaft – Entwicklung der Landschaftsachse Horner Geest

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

4.950.000 €

Bundesmittel

3.300.000 €

Kommunale Mittel

1.650.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Im Hamburger Osten entsteht auf rund neun Kilometern Länge eine durchgängige Grün-, Biotop-, Erlebnis- und Mobilitätsverbindung von der Innenstadt in die Peripherie.

Die Landschaftsachse Horner Geest ist eine von insgesamt zwölf Landschaftsachsen innerhalb des „Grünen Netzes“, dem gesamtstädtischen Freiraumstrukturkonzept der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Landschaftsachse verläuft auf rund neun Kilometern Länge entlang der natürlichen Geest-Kante vom Hauptbahnhof in Richtung Osten. Sie trennt die hochliegende Geest von der niedrigeren Marsch und verläuft durch fünf Stadtteile.

Die Entwicklung der Landschaftsachse Horner Geest ist ein Pilotvorhaben zur Realisierung des Grünen Netzes. Mit einer innovativen städtebaulichen und ressortübergreifenden Herangehensweise sowie umfangreichen und innovativen Formaten der Bürgerbeteiligung und -mitwirkung werden mithilfe des Bundesprogramms Konzept und Baumaßnahmen erarbeitet und umgesetzt. Im Zentrum stehen dabei die Themen Leitsystem/Durchgängigkeit, Stadt/Natur und Identitäten/Topografie. Zu allen Themenfeldern werden im Rahmen der Förderung erste bauliche Maßnahmen als Leitprojekte realisiert.

Das Projekt wird von einem umfassend moderierten Kommunikations- und Qualifizierungsprozess begleitet. Im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens konnten Interessierte ihre eigenen Projektideen in die Planung einbringen. Von mobilen Grillstationen über Kletterfelsen bis zu Urban Gardening und Naturerlebnisorten ist so eine Vielzahl von bürgerschaftlich getragenen Nutzungsangeboten entstanden.



Quelle: acollage. architektur urbanistik

Freie und Hansestadt Hamburg

Bürgerhaus Eidelstedt

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

6.660.756 €

Bundesmittel

1.900.000 €

Kommunale Mittel

6.531.853 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Das Eidelstedter Bürgerhaus wird zu einem Stadtteilkulturzentrum neuen Typs entwickelt. Dies geschieht durch ein neues inhaltliches Konzept in Verbindung mit Sanierung, Umbau und Erweiterung des alten Gebäudes.

Eidelstedt ist ein am nordwestlichen Rand Hamburgs gelegener Stadtteil mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft. Als Bildungs- und Kulturzentrum ist das Bürgerhaus eine wichtige Gemeinschaftseinrichtung für die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils.

Mit den Mitteln des Bundesprogramms werden die konzeptionelle Weiterentwicklung des Stadtteilkulturzentrums und der Umbau des Hauses gefördert.

Ein Planungswettbewerb diente dazu, Lösungen für die architektonische Qualität des Erweiterungsbaus und seine Anbindung an den Altbau sowie die Einbindung des Gebäudes in sein Umfeld zu entwickeln. Auf dieser Grundlage werden die baulichen Maßnahmen realisiert. Dazu gehören eine Vergrößerung und bessere Ausgestaltung des Veranstaltungssaals, eine neue Bücherhalle, neue Gastronomieflächen und die Umgestaltung des Außenbereiches am Eidelstedter Marktplatz.

Die Neuausrichtung des Bürgerhauses wird von einem weitreichenden Partizipationsprozess begleitet, der ebenfalls Teil der Förderung ist. Das Projekt ist zugleich ein Schlüsselvorhaben für die Stadtteilentwicklung und soll zu einem übertragbaren Modell für die Anpassung der sozialen Infrastruktureinrichtungen Hamburgs werden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Freie und Hansestadt Hamburg

Bürgerhaus Wilhelmsburg

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

5.780.000 €

Bundesmittel

3.800.000 €

Kommunale Mittel

1.900.000 €

Weitere Mittel

80.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Sanierung und bauliche Qualifizierung des Bürgerhauses Hamburg-Wilhelmsburg steht für wirkungsvolle Partizipation in der demokratischen Zivilgesellschaft.

Das in den 1980er-Jahren errichtete Bürgerhaus spielte für die Entwicklung des Stadtteils Wilhelmsburg von Beginn an eine besondere Rolle: Die Internationale Bauausstellung in Hamburg, die von 2007 bis 2013 stattfand, wirkte wie ein Zeitraffer für die Entwicklung der Elbinseln. Das Bürgerhaus wurde zu einem Kristallisationspunkt für vorbildliche Beteiligungsprozesse und übernahm für den Stadtteil damit eine wichtige Integrationsfunktion.

Die Hansestadt Hamburg greift die anstehenden dynamischen städtebaulichen Veränderungen im direkten Umfeld auf, um mit Mitteln des Bundesprogramms die Sanierung des Bürgerhauses mit heutigen baulich-räumlichen Anforderungen und zukünftigen Perspektiven zu verknüpfen. Das Bürgerhaus kann dadurch die Aufgabe übernehmen, zwischen jetzt ansässiger und neuer Wohnbevölkerung Brücken zu schlagen und ein aktives Gemeinwesen mit zu entwickeln.

Mit der überregionalen Wahrnehmung als Tagungsort der Zivilgesellschaft wird die Wirkung des qualitätsvollen städtebaulichen Ansatzes weit über Hamburg hinaus transportiert. Dieser Effekt soll genutzt werden, um die besonderen Qualitäten und Optionen barrierefreier Standortentwicklung beispielhaft in dem Projekt abzubilden – als lebendige Baukultur für eine inklusive Gesellschaft, die jede Bürgerin und jeden Bürger zur demokratischen Mitgestaltung einlädt.



Quelle: Sven Grimpe

Freie und Hansestadt Hamburg

Mobility Hubs für eine nachhaltige Quartiersentwicklung

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

1.255.000 €

Bundesmittel

837.000 €

Kommunale Mittel

418.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Als Andockstationen für öffentlichen Personennahverkehr, Sharing-Angebote und mit Angeboten zum Parken, Einkaufen und Verweilen sollen Mobility Hubs im Stadtteil Oberbillwerder neue Funktionen als Quartierszentren übernehmen, bei deren Entwicklung die Übertragbarkeit mit überprüft werden soll.

Im Bezirk Bergedorf entsteht der neue Stadtteil Oberbillwerder für rund 15.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Das Mobilitätskonzept für den Stadtteil, der möglichst frei von Autos sein soll, setzt auf die Ertüchtigung des ÖPNV, attraktive Rad- und Fußwege, ein vielfältiges Sharing-Angebot sowie den Ausbau eines Radschnellwegs zwischen dem Zentrum Bergedorf und der Innenstadt. Wichtiger Bestandteil des Konzepts sind mehrstöckige Mobility Hubs: Hier parken die Bewohner und Besucher Oberbillwerders ihr Auto und können auf Mobilitätsangebote wie Carsharing, Lastenfahrräder und andere Transportmittel für den Weg zur Wohnung zugreifen. An den zentralen Quartiersplätzen gelegen, wird in den Mobility Hubs jedoch nicht nur geparkt und es werden Mobilitätsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. In den Erdgeschosszonen befinden sich zum Beispiel soziale, kulturelle und gewerbliche Nutzungen. Mobility Hubs sollen damit auch wesentlich zum öffentlichen Leben und zu gemeinschaftlichen Nutzungen im Stadtteil beitragen. Bestandteil der Bundesförderung sind die inhaltliche Konzeptionierung, das Betreibermodell, eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und die Planung der Mobility Hubs in Oberbillwerder. Wesentlicher Bestandteil ist außerdem die Weiterbildung und Vernetzung von Akteuren der Planung.



Quelle: David Altrath

Freie und Hansestadt Hamburg

Erhalt und Entwicklung der Jarrestadt

Land

Hamburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.847.253

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.500.000 €

Bundesmittel

1.667.000 €

Kommunale Mittel

833.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Für die Jarrestadt als städtebaulich und architektonisch bedeutendste Siedlung der Neuen Sachlichkeit in Norddeutschland soll eine städtebauliche Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie zur Sensibilisierung mit dem Umgang mit der historischen Bausubstanz und zur Bewahrung der Authentizität erarbeitet werden. Darauf aufbauend soll die Ertüchtigung des zentralen Grünzugs als hochwertiger Freiraum unter Berücksichtigung heutiger Nutzungsinteressen erfolgen.

Die Jarrestadt ist städtebaulich und architektonisch die bedeutendste norddeutsche Wohnsiedlung im Stil der Neuen Sachlichkeit der 1920er-Jahre und steht nahezu komplett unter Denkmalschutz. Um die Jarrestadt in ihrem Ursprungsbild zu bewahren, bedarf es neben der Herausarbeitung ihrer Besonderheiten einer konkreten Handlungsstrategie für den künftigen Umgang mit historischer Bausubstanz und zur Ertüchtigung der Freiraumqualitäten. Im Rahmen des Projektes wird eine städtebauliche Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie mit Aussagen zum Denkmalwert und zur Originalsubstanz erarbeitet. Ziel ist die Entwicklung von übertragbaren Handlungsempfehlungen für die Sanierung denkmalgeschützter Backsteinfassaden. Darüber hinaus wird als erste bauliche Maßnahme die Wiederherstellung des zentralen, heute stark überformten und räumlich nicht mehr erlebbaren Grünzuges auf Basis der Originalplanung und unter Berücksichtigung heutiger Nutzungsinteressen vorgenommen. Das Projekt wird kontinuierlich von Informationsveranstaltungen, Fachtagungen und Bürgerbeteiligung begleitet, um das Bewusstsein für die städtebauliche Bedeutung der Siedlung zu fördern.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Hannover

Revitalisierung des Ihme-Zentrums

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

536.925

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

3.000.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

1.000.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Durch eine verbesserte Anbindung und die Revitalisierung der Basisgeschosse des Ihme-Zentrums wird die Barrierewirkung des großen Baukörpers zwischen Linden und Ihme-Fluss gemindert und es entstehen Räume für gemeinschaftliche Nutzungen.

Das Ihme-Zentrum ist wahrscheinlich Deutschlands markantester Gebäudekomplex, der in den 1970er-Jahren nach dem Leitbild „Urbanität durch Dichte“ im zentrumsnahen Stadtteil Linden errichtet wurde. Die Geschäfte im zweigeschossigen Sockelbereich des Ihme-Zentrums liegen seit fast einer Dekade brach und beeinträchtigen das Gesamtensemble sowie das Umfeld. Die Wohnungen – überwiegend im Einzeleigentum – sind dagegen sehr beliebt. Mieter der Büroflächen sind die Kommune und die Stadtwerke.

Im Zuge der Revitalisierung der Sockelgeschosse durch einen privaten Investor soll auch die städtebauliche Situation verbessert werden. Ziel der Transformation ist es, das Ihme-Zentrum besser in sein Umfeld einzubetten, indem vor allem die Fuß- und Radwege durch das Ihme-Zentrum hindurch attraktiv und sicher gestaltet und besser an das umliegende Wegenetz angebunden werden. Neben konzeptionellen Leistungen und der Durchführung eines Planungswettbewerbs werden mit Mitteln des Bundesprogramms die Realisierung der Wege und deren Anbindung sowie die Schaffung eines nichtkommerziellen Raumes für stadtteilbezogene Nutzungen gefördert. Das Ihme-Zentrum soll damit zu einem Pilotprojekt für eine zukunftsfähige Transformation der hybriden „Stadt in der Stadt“-Komplexe werden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Hauenstein

Sanierung des Schuhmuseums

Land

Rheinland-Pfalz

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

4.016

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

582.118 €

Bundesmittel

330.000 €

Kommunale Mittel

252.118 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Gebäude des Schuhmuseums wurde 1936 als eine der ehemals 36 Schuhfabriken in Hauenstein im Stil der Neuen Sachlichkeit errichtet. In der kleinen Gemeinde kann der für die klassische Moderne typische Fabrikbau denkmalgerecht und für seine heutige Nutzung angemessen saniert werden.

Das seit 1991 denkmalgeschützte Gebäude des Deutschen Schuhmuseums in Hauenstein zeigt die Entwicklung der Schuhindustrie sowie die Regionalgeschichte der südwestlichen Pfalz in Hauenstein. Bei dem Gebäude handelt es sich um eine ehemalige Schuhfabrik, die in den 1920er-Jahren im Stil der klassischen Moderne errichtet wurde und als bauliches Zeugnis der industriellen Vergangenheit der Pfalz gilt. 1996 wurde es als Reaktion auf die Strukturkrise der deutschen Schuhindustrie als Museum umgenutzt.

25 Jahre nach der Inbetriebnahme des Museums wird der ehemalige Fabrikbau denkmalgerecht und zukunftsfähig saniert. Aktuell werden die notwendigen Sanierungsarbeiten an der Gebäudeaußenhülle vorgenommen. Das beinhaltet insbesondere die Dachsanierung, die Ertüchtigung der Außenfassade und die Überarbeitung der Fenster in Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde. Gleichzeitig wird der derzeitige Eingang verlegt und ein neuer barrierefrei ausgestaltet, um vorhandene Barrieren nach dem Motto „Tourismus für alle!“ abzubauen. Schließlich wird das Schuhmuseum für den größten Schuh der Welt, den „Weltrekordschuh“, um einen vitrinenartigen Anbau ergänzt. Für den derzeit nicht öffentlich zugänglichen Weltrekordschuh wird eine witterungsbeständige, dauerhafte und öffentlich einsehbare Ausstellungsfläche geschaffen und damit die Bekanntheit des Schuhmuseums und seine Bedeutung für die Region gesteigert.



Quelle: Harald Humberg

Havixbeck

Droste-Kulturzentrum als Zukunftsort Literatur

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

11.943

Projektlaufzeit

seit 2017

Projektkosten

7.000.000 €

Bundesmittel

4.600.000 €

Kommunale Mittel

690.000 €

Weitere Mittel

1.710.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Burg Hülshoff wird zu einem Veranstaltungs-, Lern-, Denk- und Kommunikationszentrum, zu einem Center for Literature umgebaut. Das Zentrum soll die Aktivitäten zur Dichterin Annette von Droste-Hülshoff im Besonderen und zur Literatur im Allgemeinen zusammenführen.

Die Burg Hülshoff und das Haus Rüschnhaus sind authentisch erhaltene Wohnsitze der Autorin Annette von Droste-Hülshoff am Rande von Münster. Seit 2012 sind sie im Besitz der Droste-Stiftung, um sie auszubauen und dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die einzigartige Konstellation birgt national bedeutendes Potenzial: eine erstrangige Schriftstellerin der deutschen Literatur, deren Leben und Werk bislang an keinem Ort umfassend präsentiert wird, sowie Baudenkmäler mit literatur- und baugeschichtlicher Bedeutung.

Mithilfe des Bundesprogramms sollen räumliche und gestalterische Lösungen entwickelt werden, die den historischen Ort durch den sensiblen Umbau im Bestand als auch durch eine punktuell ergänzende Bebauung neu inszenieren. Hierzu wurde 2018 ein architektonischer Planungswettbewerb durchgeführt. Einzelne Projektbausteine sollen anschließend innerhalb des Bewilligungszeitraums umgesetzt werden. So soll unter anderem die Vorburg zu einer Veranstaltungs-, Ausstellungs- und Begegnungsstätte ausgebaut werden. Ebenso soll die Droste-Forschungsstelle in erweiterter Form als Droste-Institut auf dem Gelände Einzug halten.

Neben der langfristigen Sicherung eines national bedeutsamen Baudenkmals leistet das Projekt auch einen Beitrag zur Stärkung ländlicher Räume. Es wird unterstützt durch das Land Nordrhein-Westfalen, die Regionale 2016, Universitäten und den interkommunalen Verbund der Nachbarkreise.



Quelle: Stadt Heidelberg, Amt für Liegenschaften und Konversion

Heidelberg

Der andere Park – Grünes Band des Wissens für die Campbell Barracks

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

161.485

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

10.653.275 €

Bundesmitten

5.900.000 €

Kommunale Mittel

4.753.275 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

„Der andere Park“ soll als identitätsstiftender und attraktiver Freiraum neuen Typs die Campbell Barracks durchziehen. Er ist verbindendes Element des Stadtquartiers, das auf dem Konversionsgelände im Kontext der Internationalen Bauausstellung (IBA) Heidelberg entsteht.

Die historische Kasernenanlage der Campbell Barracks ist Kernbereich der bis vor wenigen Jahren von der US Army und der NATO genutzten Flächen in der Heidelberger Südstadt und hat eine hohe symbolische Bedeutung für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Hier soll ein Freiraum anderer Art entstehen, der „Wissensorte“ in den ehemaligen Campbell Barracks klug miteinander vernetzt und die Identität des Stadtteils neu prägt.

Das Projekt umfasst die städtebauliche Neuordnung, Sanierung und Umnutzung zentraler Bereiche der historischen Kasernenanlage. Über ein innovatives, partizipatives und der Bedeutung des Vorhabens angemessenes Planungsverfahren werden gestalterische Lösungen gefunden, die die Campbell Barracks neu definieren. Entscheidend ist dabei der Ansatz, Stadt über ihre zentralen öffentlichen Freiräume im Verflechtungsraum der Baudenkmale – der Sequenz von Torhausplatz, Paradeplatz und Reitplatz – sowie den Park an der Kommandantur zu entwickeln. Hier wird zudem das Kommandanturgebäude selbst saniert und für die Nachnutzung als Mark Twain Center für transatlantische Beziehungen vorbereitet.

Die Stadt Heidelberg realisiert das Projekt in enger Zusammenarbeit mit der IBA Heidelberg WISSEN | SCHAFFT | STADT als Teil eines dialogischen Planungsprozesses.



Quelle: Denis Karasch im Auftrag der Pro Herford GmbH

Hansestadt Herford

genießen & begegnen – Modernisierung der neobarocken Markthalle

Land	Nordrhein-Westfalen
Stadt-/Gemeindetyp	Mittelstadt
Einwohnerzahl	66.638
Projektlaufzeit	2015–2018
Projektkosten	5.016.500 €
Bundesmittel	3.198.000 €
Kommunale Mittel	1.806.500 €
Weitere Mittel	12.000 €
Themenfeld	Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit einem behutsamen Umbau und einer Ausrichtung auf regionale Produkte wird die neobarocke Markthalle Herfords in ihrer traditionsreichen Funktion gestärkt.

Die historische Markthalle steht in einem neobarocken Ensemble mit Rathaus und Rathausplatz in zentraler Lage der Herforder Innenstadt. Im Rahmen einer umfassenden Aufwertung der Innenstadt wurden die architektonischen und städtebaulichen Qualitäten des denkmalgeschützten Ensembles in seiner ursprünglichen Funktion gesichert und das Umfeld der Markthalle umgestaltet. Das Projekt hat insbesondere die hohe städtebauliche und architektonische Qualität der Markthalle sowie ihre Präsenz im öffentlichen Leben der Stadt gestärkt.

Die Sanierung der Gebäudehülle sowie der Umbau und die verbesserte Ausstattung des Innenraums mit fest eingebauten Marktständen und zusätzlichen Dachöffnungen wurden mit einer finanziellen Unterstützung aus dem Bundesprogramm umgesetzt. Ein neues Konzept für die Markthalle dient als Grundlage für eine zeitgemäße Nutzung. Neben einem Wochenmarkt mit regionalen Produkten sind ergänzende gastronomische Angebote, Räume für Veranstaltungen und eine Touristeninformation in der sanierten Markthalle untergebracht.

Die Sanierung der Markthalle ist ein Schlüsselprojekt für die städtebauliche Erneuerung der Herforder Innenstadt. Weitere Maßnahmen im Umfeld wie beispielsweise die Umgestaltung des engeren Markthallenumfeldes sollen folgen. Langfristig soll die Sanierung zur Stärkung des Einzelhandels sowie des Dienstleistungs- und Kulturangebotes im Stadtzentrum beitragen.



Quelle: Stadtentwicklungsgesellschaft Hansestadt Herford mbH, Visualisierung durch Greenbox Landschaftsarchitekten PartG mbH

Hansestadt Herford

Kasernengelände wird BildungsCampus

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

66.638

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

9.374.280 €

Bundesmittel

3.400.000 €

Kommunale Mittel

5.974.280 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Als Auftakt für die Entwicklung der ehemaligen Wentworth-Kaserne zum BildungsCampus Herford wird das stadtbildprägende Entrée und Gebäude der Anlage städtebaulich aufgewertet und einer neuen Nutzung zugeführt.

Die Wentworth-Kaserne liegt etwa zwei Kilometer östlich des Herforder Stadtzentrums. Die Stadt Herford möchte das bislang unzugängliche, 9,6 Hektar große Gelände für die Bevölkerung öffnen und in das umliegende Quartier integrieren. Langfristige Entwicklungsperspektive ist ein Bildungscampus.

Im Rahmen der Förderung werden das Stabshaus A, das Offizierscasino, das Division Conference Center und das Gebäude F (ehemalige Kita) der Anlage barrierefrei, technisch und energetisch hergerichtet, um Raum für Nutzer aus dem Bildungs- und Forschungsbereich zu schaffen. Zusätzlich wird der öffentliche Raum gestaltet und an die neuen Anforderungen angepasst. Grundlage hierfür bildet der Siegerentwurf des im Rahmen des Projektes bereits durchgeführten freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs. Das Projekt wird durch einen umfangreichen Kommunikationsprozess mit Workshops, Radtouren, Wirtschaftsgesprächen, Tagungen und Bürgerforen begleitet. Die Maßnahmen bilden den Auftakt für die Entwicklung der Konversionsfläche zu einem zukunftsfähigen Innovations- und Bildungsstandort.



Quelle: Jürgen Ziegler, FOCUS Projektentwicklung und -management, Nürnberg

Herrieden

Denkmalgerechte Sanierung des Stadtschlusses mit einem stadthistorischen Museum

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

8.048

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

6.750.000 €

Bundesmittel

4.500.000 €

Kommunale Mittel

2.250.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das im Ortskern liegende historische Stadtschloss wird nach umfassender Sanierung und Neugestaltung der Außenanlagen für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

2009 erwarb die Stadt Herrieden das wahrscheinlich im frühen 14. Jahrhundert erbaute und durch Kriegswirren und Brände wiederholt beschädigte Objekt. Das Stadtschloss wurde mehrmals umgebaut und ist, nachdem es lange Jahre dem Verfall preisgegeben war, in weiten Teilen stark sanierungsbedürftig.

Um das Schloss zu erhalten und in den Mittelpunkt des städtischen Gemeinschaftslebens zu stellen, sanierte die Stadt im Rahmen des Förderprojektes das leer stehende, denkmalgeschützte Objekt. Die neue Nutzungskonzeption berücksichtigt die Anforderungen des Denkmalschutzes und sichert damit den dauerhaften Erhalt des Objekts, gewährleistet aber auch die öffentliche Zugänglichkeit. Neben Gewerbe-, Wohn- und Gastronomieflächen sind Tagungsräume, zwei größere Säle (Bürgersaal, Ratssitzungssaal) sowie Räume für Kunst und Kultur entstanden. Zudem ist im Außenbereich eine hochwertige Grünfläche entstanden. Planung und Baumaßnahmen an Teilbereichen des Stadtschlusses und seiner Freianlagen wurden mit Mitteln des Bundesprogramms gefördert.

Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Herrieden nimmt die Revitalisierung des Stadtschlusses eine zentrale Rolle ein. Der durchgeführte Planungs- und Realisierungsprozess hat unter breiter Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. Das Stadtschloss im Frühjahr 2019 feierlich eröffnet.



Quelle: Christiane Püschel

Höxter

UNESCO-Welterbe Corvey

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

28.808

Projektlaufzeit

2014–2021

Projektkosten

4.557.777 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

557.777 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die historische Bausubstanz der Welterbestätte Corvey in Höxter wird gesichert, um das noch junge Welterbe als touristisches Ziel und im Hinblick auf seine nationale Ausstrahlung für Kultur und Wissenschaft in Wert zu setzen.

Die ehemalige Benediktinerabtei Corvey ist seit dem Jahr 2014 UNESCO-Welterbestätte. Das Welterbe umfasst die ummauerte mittelalterliche Klosterstadt Civitas Corvey, auf deren Fläche die heutige barocke Klosteranlage errichtet wurde. Das karolingische Westwerk als Zentrum der Civitas Corvey ist eines der wenigen in wesentlichen Teilen erhaltenen karolingischen Bauwerke und das einzige erhaltene Zeugnis dieses Bautyps aus jener Zeit. Städtebaulich wie historisch steht das Welterbe Corvey in engem Bezug zur Altstadt von Höxter und prägt im Weserbogen eine herausragende, unverwechselbare Kulturlandschaft.

Die mit Mitteln des Bundesprogramms realisierten Maßnahmen sind im integrierten Planungs- und Handlungskonzept des Managementplans für das Welterbe Corvey verankert. Als Initialmaßnahmen setzen sie Impulse für die langfristige städtebauliche Entwicklung des Areals. Diese Maßnahmen umfassen neben der baulichen Substanzsicherung insbesondere von Dächern und Fassaden auch die Steigerung der touristischen Attraktivität durch die denkmalverträgliche Ertüchtigung des Westwerks. Mit innovativen Visualisierungstechniken werden zudem die Geschichte und Bedeutung des Welterbes vor Ort anschaulich sichtbar gemacht. Langfristig soll somit eine ökonomische Basis für den dauerhaften Erhalt des Welterbes geschaffen werden.



Quelle: Rico Hoffmann / rh-designer.de

Hoyerswerda

Objekt Extrem – städtebauliche, denkmalgerechte Standortstärkung der Brikettfabrik Knappenrode

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

32.405

Projektlaufzeit

2015–2020

Projektkosten

2.777.777 €

Bundesmittel

2.500.000 €

Kommunale Mittel

277.777 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die ehemalige Brikettfabrik Knappenrode entwickelt sich zu einem kulturellen Ankerpunkt im Lausitzer Seenland. Dafür sorgen die schrittweise Öffnung der Fläche, die Nutzung des Objektes als Industriemuseum, die Errichtung eines Besucherzentrums und begleitende energetische Maßnahmen.

Die Brikettfabrik Knappenrode im gleichnamigen Ortsteil der Stadt Hoyerswerda ist eine 1993 stillgelegte Produktionsanlage in der Lausitz. Auf etwa 25 Hektar Fläche wurde das bauliche und technische Ensemble im Originalzustand zum Zeitpunkt seiner Stilllegung erhalten. Seit 1994 betreibt das Sächsische Industriemuseum das gesamte Industriedenkmal als museale Einrichtung. Es gilt als das größte Bergbaumuseum des deutschen Braunkohlebergbaus und gehört zur europäischen Route der Industriekultur.

Ziel war es, das bedeutende Industrieensemble von 1914 durch verschiedene Maßnahmen städtebaulich und denkmalgerecht zu stärken und in den Kontext der benachbarten Werkssiedlung und der Stadt Hoyerswerda einzuordnen. Die Neuordnung der Museumsbereiche durch eine räumliche Konzentration, die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes und die Entwicklung eines Besucherleitsystems wurden mit finanzieller Unterstützung aus dem Bundesprogramm umgesetzt. Das Vorhaben wurde durch eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit begleitet.

Die inhaltliche und räumliche Verbindung der Brikettfabrik und Siedlung Knappenrode zur Stadt Hoyerswerda und zum Lausitzer Seenland unterstreichen die Rolle der regionalen Industriekultur als kulturelles Rückgrat des Lausitzer Seenlandes, das durch die Internationale Bauausstellung IBA See (2000–2010) entstanden ist. Die Eröffnung des umgestalteten Museums fand im Oktober 2020 statt.



Quelle: Loeffke

Ilseburg (Harz)

Sanierung des Klosters Ilseburg

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

9.565

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

3.400.000 €

Bundesmittel

3.060.000 €

Kommunale Mittel

340.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Sanierung des Klosters Ilseburg hebt die historische Bedeutung des Ortes mit seiner sehr wechselvollen Nutzungsgeschichte hervor. Die bauliche Weiterentwicklung und Konsolidierung als kulturelles Zentrum leisten einen aktiven Beitrag zur Bewältigung der Strukturprobleme der Region. Seine Einbindung in eine Ost- und Westharz verbindende Gesamtstrategie ist von bundesweiter Bedeutung.

Das Kloster als ehemaliges Benediktinerstift in Ilseburg (Harz) blickt insbesondere im 20. Jahrhundert auf eine wechselvolle Nutzungsgeschichte zurück. Das Schloss, das Teil des Klosterkomplexes ist, war nach Nutzung durch eine Abteilung der SS zu Zeiten des Nationalsozialismus zu DDR-Zeiten ein abgeschottetes Erholungszentrum und nach 1989 kurzzeitig ein Hotel. Nach einem mehrjährigen Leerstand begann die Stiftung Kloster Ilseburg 2001 mit einer schrittweisen Sanierung. Bis 2013 erfolgte eine Beseitigung der schwerwiegendsten Schäden. Das Nachnutzungskonzept für den Klosterkomplex sieht eine Weiterentwicklung als kulturelles Zentrum für die Region vor. Derzeit besuchen rund 26.000 Personen jährlich die in der historischen Anlage stattfindenden Konzerte, Vorträge und Ausstellungen. Das touristische Potenzial wird auch durch die Lage am Nationalpark Harz begünstigt. Projektgegenstand ist der Wiederaufbau des Westflügels des Schlosses sowie die Sanierung des Klosterinnenhofs, um die Gesamtheit des Ensembles wieder wahrnehmbar und erlebbar zu machen.



Quelle: Norbert Arnold, MHK, Bergpark Wilhelmshöhe

Kassel

UNESCO-Welterbestätte Bergpark Wilhelmshöhe

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

202.137

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

9.000.000 €

Bundesmittel

3.000.000 €

Landesmittel

6.000.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Im UNESCO-Welterbe Bergpark Wilhelmshöhe werden Maßnahmen zur Sicherung und Instandsetzung der historischen Gartenarchitekturen durchgeführt, um Authentizität und Integrität des Gartendenkmals als wichtigen Bezugspunkt für die Stadtentwicklung Kassels zu bewahren.

Das 254 Hektar große und über 300 Jahre alte Gartendenkmal Bergpark Wilhelmshöhe ist eine einzigartige Kulturlandschaft und seit dem Jahr 2013 UNESCO-Welterbe. Das Ensemble aus der Sichtachse der Wilhelmshöher Allee, dem Schloss Wilhelmshöhe, den 350 Meter langen Kaskaden und dem bekrönenden Herkules besitzt für die Stadt Kassel eine herausragende städtebauliche, touristische und identitätsstiftende Bedeutung. Neben seiner landschaftsarchitektonischen Gestaltung prägen vor allem die Wasserkünste den Bergpark Wilhelmshöhe.

Aus Mitteln des Bundesprogramms wurden verschiedene Maßnahmen zur denkmalgerechten Sanierung und langfristigen Sicherung einzelner Bereiche des Bergparks gefördert. Hierzu gehören neben der Instandsetzung von zwei Gebäuden des artifizialen chinesischen Dorfes Mulang auch die Sanierung der barocken Kaskaden, des Neptunbassins, des Wasserfalls an der Teufelsbrücke sowie weiterer Bereiche der Wasserbauarchitektur.

Die Maßnahmen ergeben sich aus dem Managementplan zur Erhaltung der Authentizität und Integrität des Gartendenkmals. Sie sind Teil eines größeren Maßnahmenkatalogs, den das Land Hessen als Eigentümer des Bergparks seit 2005 umsetzt.



Quelle: Heide Roll, Stadt Kassel – Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz

Kassel

Wilhelmshöher Allee

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

202.137

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

2.574.800 €

Bundesmittel

1.900.000 €

Landesmittel

674.800 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die lineare Allee wird durch eine gestalterische Aufwertung des öffentlichen Raums als prägnante Sichtachse der Stadt und direkte Verbindung zwischen der Innenstadt und dem UNESCO-Welterbe Bergpark Wilhelmshöhe qualifiziert.

Die Wilhelmshöher Allee ist eine 4,6 Kilometer lange, gerade Achse. Sie verbindet die Kasseler Innenstadt mit dem UNESCO-Weltkulturerbe Bergpark Wilhelmshöhe und ist für das gesamtstädtische Gefüge von besonderer Bedeutung. In den letzten 230 Jahren hat sie sich von einer durch den Landschaftsraum führenden, durchgängigen Allee zu einer der wichtigsten Verkehrsachsen entwickelt, die von einer Bebauung aus unterschiedlichen Epochen gesäumt wird.

2012 erarbeitete die Stadt Kassel den Rahmenplan Wilhelmshöher Allee. Dessen Ziel ist es, die städtebaulichen Potenziale der als Pufferzone des UNESCO-Weltkulturerbes ausgewiesenen Verbindungsachse zu stärken und als Einheit neu erlebbar zu machen. Ein Maßnahmenpaket aus diesem Rahmenplan ist das Begrünungskonzept, dessen Umsetzung mit Mitteln des Bundesprogramms gefördert wird. Die Maßnahmen umfassen die Sanierung des Baumbestandes und die Wiederherstellung der Geh- und Fahrflächen, Neupflanzungen und Begrünung des Rasengleises und der Stahlmasten der Straßenbahn sowie die Möblierung und Ausstattung des öffentlichen Raumes.

Das Projekt knüpft städtebaulich an die Förderung des Bergparks Wilhelmshöhe im Bundesprogramm an. Zugleich soll es als Vorbild für die Qualifizierung innerstädtischen Grüns dienen – ein wichtiger Baustein für Stadtentwicklung und Baukultur in Kassel.



Quelle: clubL 94 Landschaftsarchitekten GmbH

Kassel

Neugestaltung des Brüder-Grimm-Platzes

Land

Hessen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

202.137

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

9.751.000 €

Bundesmittel

6.500.667 €

Kommunale Mittel

3.250.333 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Als städtebaulich prägnanter Ort der Verbindung des herrschaftlichen Bergparks Wilhelmshöhe mit dem bürgerlichen Zentrum der Innenstadt soll der Brüder-Grimm-Platz wieder erlebbar gemacht werden. Neben der besseren Gestaltung der verkehrlichen Funktion und der Verknüpfung gesamtstädtischer Grünräume soll mit einer verbesserten Aufenthaltsqualität auch die Scharnierfunktion des Platzes gestärkt werden.

Der Brüder-Grimm-Platz ist Teil einer Folge barocker Platzanlagen entlang der Königsstraße, die die Innenstadt Kassels in ihrer städtebaulichen Grundstruktur bis heute prägen. Bereits historisch war er ein grüner Schmuckplatz am Gelenk zur Wilhelmshöher Allee und dem UNESCO-Welterbe Bergpark Wilhelmshöhe. Mittlerweile hat sich südlich des Platzes eine Reihe von Kulturbauten etabliert, zu denen der Platz ebenfalls eine Scharnierfunktion übernehmen soll. Diesem gewachsenen Anspruch mit seiner Funktion als Doppelgelenk wird der Platz, der letztmalig in den 1960er-Jahren umgestaltet wurde, in seiner heutigen Ausgestaltung weder funktional noch gestalterisch gerecht.

Mit dem Projekt und dem geplanten Beteiligungsprozess zur Umgestaltung zu einem grünen und multifunktionalen Stadtplatz sollen die baukulturellen Ziele der Kasseler Charta für Baukultur exemplarisch umgesetzt werden. Der Brüder-Grimm-Platz soll somit auch als Anschauungsobjekt für zukünftige öffentliche und private Bauvorhaben in Kassel dienen, um die baukulturelle Qualität der Stadt insgesamt zu verbessern.

Das Projekt knüpft an die erfolgreich abgeschlossenen Fördermaßnahmen „Bergpark Wilhelmshöhe“ sowie „Wilhelmshöher Allee“ an.



Quelle: Hermann Rupp, Studio für Fotografie

Kempten

Sanierung der historischen König-Ludwig-Brücke

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

69.151

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

5.201.903 €

Bundesmittel

2.200.000 €

Kommunale Mittel

1.775.903 €

Weitere Mittel

1.226.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Als eine der weltweit ältesten erhaltenen Eisenbahnbrücken aus Holz ist die König-Ludwig-Brücke ein herausragendes technisches Denkmal. Nach der Sanierung kann sie dauerhaft ihre gewandelte Bedeutung als Rad- und Fußwegeverbindung in der Innenstadt erfüllen.

Die zwischen 1847 und 1852 erbaute König-Ludwig-Brücke ist europaweit die älteste als Howe'scher Träger realisierte Brücke und wurde 2012 von der Bundesingenieurkammer als „Historisches Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst in Deutschland“ ausgezeichnet. Sie wurde als Eisenbahnbrücke errichtet, doch wegen des zunehmenden Gewichts von Lokomotiven und Wagen bereits 1905 für Züge gesperrt. Zusammen mit der weltgrößten Stampfbetonbrücke bildet sie ein Brückenensemble über die Iller, das die Baukunst des ausgehenden 19. Jahrhunderts und des beginnenden 20. Jahrhunderts eindrucksvoll dokumentiert. Ab 1970 wurde die König-Ludwig-Brücke für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrende freigegeben, doch seit Oktober 2013 ist die Nutzung der Brücke aufgrund von Schäden untersagt.

Die Fördermaßnahme umfasst die denkmalgerechte Instandsetzung der Brücke sowie die landschaftsgestalterische Aufwertung ihres Umfeldes. Hierzu wurden Fuß- und Radwegeverbindungen über die Brücke und Naherholungsbereiche wiederhergestellt und aufgewertet. Das Ingenieurbauwerk von internationaler Strahlkraft konnte durch die Förderung im Bestand gesichert und in seiner beeindruckenden Ästhetik wieder erlebbar gemacht. Mit der Auszeichnung der König-Ludwig-Brücke beim Deutschen Brückenbaupreis 2021 wurde die Brücke als Zeugnis deutscher Ingenieurbaukunst geehrt.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Kerpen

Zukunftsensemble Schloss Türnich

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

66.702

Projektlaufzeit

2015–2020

Projektkosten

4.241.533 €

Bundesmittel

3.700.000 €

Kommunale Mittel

424.907 €

Weitere Mittel

116.625 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das barocke Schloss Türnich wurde in seiner Gesamtheit erfahrbar gemacht und bildet die Grundlage für ein wirtschaftliches und nachhaltig genutztes Denkmalensemble in einer vom Braunkohlebergbau gezeichneten Region.

Das barocke Wasserschlossensemble Türnich, bestehend aus Herrenhaus, Schlosskapelle, Vorburg, Schlosspark, Teichanlage und Französischem Garten, ist in die Denkmalliste der Stadt Kerpen eingetragen und seit 2012 als Denkmal von nationaler Bedeutung ausgewiesen. Das aufgrund von Bergbaufolgeschäden dringend sanierungsbedürftige Ensemble symbolisiert als zukünftiger Erfahrungs- und Hochschulstandort für nachhaltige Kreislaufprozesse den Strukturwandel der Braunkohleregion westlich von Köln.

Im Rahmen des Bundesprogramms wurden zwischen 2015 und 2020 Maßnahmen zur Verbesserung der städtebaulichen Anbindung des Schlossensembles an den Stadtteil Türnich sowie den Landschaftsraum der Erftaue entwickelt und umgesetzt. Die erste Phase umfasste die Entwicklung eines städtebaulich-freiraumplanerischen Rahmenplans und integrierten Nutzungskonzepts im Rahmen eines Wettbewerbs sowie die Durchführung einzelner, dringend notwendiger Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen. In der zweiten Phase wurden mit der Ausarbeitung der Wettbewerbsergebnisse in Form eines Masterplans und eines Parkpflegewerks die Rahmenbedingungen für das Erreichen der langfristigen Förderziele geschaffen. Zur Veranschaulichung dieser Ziele wurden einzelne Projektmodule als Impulsmaßnahmen erarbeitet und innerhalb des Bewilligungszeitraumes umgesetzt.



Quelle: Olaf Schepers, www.foto-schepers.de

Koblenz

Großfestung Koblenz – Freiraumgestaltung und Öffnung der Festungsanlagen

Land

Rheinland-Pfalz

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

114.052

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

2.666.667 €

Bundesmittel

2.400.000 €

Kommunale Mittel

266.667 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die über die Stadt verteilten Bauwerke der Großfestung Koblenz bilden ein zusammenhängendes Befestigungssystem, das Bestandteil des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal ist. Mit einer gezielten Freiraumgestaltung steigert die Stadt Koblenz die Wahrnehmbarkeit der Denkmäler und erschließt deren Potenziale für den öffentlichen Raum.

Die Großfestung Koblenz wurde zwischen 1815 und 1834 zu einer der bedeutendsten Festungsanlagen Europas ausgebaut, um den strategisch wichtigen Zusammenfluss von Rhein und Mosel zu sichern. Ziel des Fördervorhabens im Bundesprogramm ist die Reintegration der Großfestung mit ihren Festungsbauwerken in die Entwicklung der Stadt Koblenz. Ein eigenständiges Leitsystem und Wege sollen die Festungsteile untereinander, mit den umliegenden Stadtquartieren und den Flussufern verbinden. Zusätzlich werden erste landschaftsarchitektonische Maßnahmen an Fort Asterstein und der Feste Kaiser Franz umgesetzt. Die Durchführung eines Planungswettbewerbs ist Bestandteil der Förderung. Eine intensive Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit begleiten das Projekt.

Im Oktober 2019 eröffnete die Stadt Koblenz den neuen Festungspark am Fort Asterstein. Bei Bautätigkeiten des zukünftigen Festungsparks Kaiser Franz brach im September 2019 ein Teil eines unterirdischen Minenganges ein. Während der Sicherungsarbeiten kam es zum Fund weiterer unterirdischer Festungsbestandteile wie dem verloren geglaubten Kriegspulvermagazin 3. Die Sicherungs- und Restaurierungsarbeiten werden derzeit in Abstimmung mit der Denkmalschutzbehörde durchgeführt. Anschließend können die Landschaftsbauarbeiten des Festungsparks Kaiser Franz fortgesetzt werden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BSR)

Köln

Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel durch eine umfassende städtebauliche Neuordnung der Quartiersplätze

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.087.863

Projektlaufzeit

2015–2020

Projektkosten

13.296.162 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

8.196.162 €

Weitere Mittel

100.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Der Stadtteil Chorweiler in Köln ist ein Symbol für den oft unterschätzten Städtebau der 1970er-Jahre. Mit einem ambitionierten Weiterbau des Stadtteilzentrums wertet die Stadt den öffentlichen Raum auf und leitet damit einen Imagewandel ein.

Köln-Chorweiler ist als Großwohnsiedlung ein typisches Beispiel der Städte- und Wohnungsbaupolitik der 1970er-Jahre. Der Stadtteil hat ein negatives Image und weist eine sozial unausgewogene Bewohnerstruktur auf. Um den Stadtteil zu stabilisieren, wurde nach einem breit angelegten Lösungsansatz gesucht. Neben der Sanierung und qualitätvollen Umgestaltung der Wohngebäude und ihres Umfelds kommt der Neugestaltung zentraler Platzbereiche eine herausragende Bedeutung zu.

Mithilfe der Bundesförderung wurden erste städtebauliche Impulse zur Verbesserung des öffentlichen Raumes für drei zentrale Plätze durch die Stadt umgesetzt. Dafür wurde ein innovatives Vorgehen gewählt: Auf Basis einer breit angelegten Analyse entstand ein Platzkonzept, bei dem die Bewohnerinnen und Bewohner durch ein moderiertes Mitwirkungsverfahren aktiv einbezogen wurden. Die dabei aufgenommenen Perspektiven von Chorweiler wurden kontinuierlich in die Planung zur Umgestaltung einbezogen und immer wieder in den Beteiligungsprozess rückgekoppelt. Durch ein interdisziplinäres Planungsteam konnte eine umfassend hohe Qualität der Planung erreicht werden. Der gesamte Prozess wurde begleitend evaluiert, um übertragbare Ansätze für vergleichbare Siedlungstypen zu gewinnen. Die neu gestalteten Plätze wurden im Oktober 2020 feierlich eingeweiht.

2015 Weiterentwicklung des öffentlichen Raums der Via Culturalis

2019 Via Culturalis – Südliche Abschnitte

Land Nordrhein-Westfalen
Stadt-/Gemeindetyp Großstadt
Einwohnerzahl 1.087.863
Themenfeld Städtische Räume entwickeln

Projektlaufzeit	2015–2018	seit 2019
Projektkosten	7.726.030 €	8.282.000 €
Bundesmittel	3.150.690 €	5.521.620 €
Kommunale Mittel	1.575.340 €	2.760.380 €

Die Via Culturalis macht zweitausend Jahre Stadt- und Kulturgeschichte im öffentlichen Raum von Köln sicht- und begreifbar.

Auf einer Strecke von etwa 800 Metern lassen sich in der Kölner Innenstadt mehr als 2.000 Jahre Stadtgeschichte erleben. Zwischen dem Kölner Dom im Norden und der romanischen Kirche St. Maria im Kapitol im Süden spannt sich ein Stadtquartier auf, das sich durch eine große Dichte an Kulturbausteinen auszeichnet. Gleichzeitig wird dieser Stadtraum aufgrund der heterogenen Nutzungsstruktur kaum wahrgenommen. Ziel ist es, diesen Bereich als zusammenhängenden und als Ganzes erfahrbaren stadthistorisch bedeutsamen Stadtraum, die Via Culturalis, zu entwickeln.

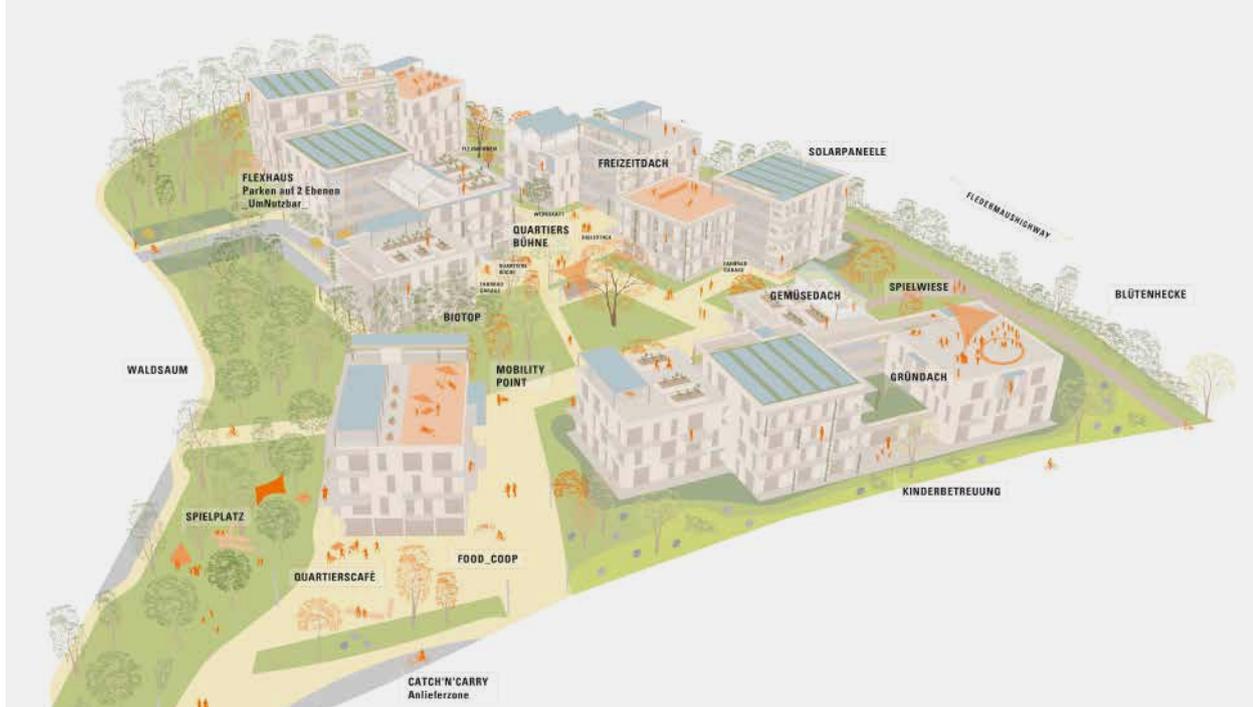
Im Rahmen der ersten Förderperiode hat die Stadt Köln auf Grundlage eines 2013 unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführten interdisziplinären Workshopverfahrens den öffentlichen Raum neu gestaltet und mit den umliegenden Quartieren verbunden. Das Vorhaben umfasste sowohl die gestalterische und bauliche Aufwertung als auch die planerische Gesamtbetrachtung der Via Culturalis. Insbesondere das Zusammenspiel von Stadt, Privaten, Kulturinstitutionen und einer interessierten und gut informierten Öffentlichkeit ist für das Projekt Herausforderung und Potenzial zugleich.

In Fortführung des begonnenen Transformationsprozesses wird seit 2020 die bauliche Umsetzung zweier weiterer Teilprojekte im südlichen Bereich der Via Culturalis umgesetzt. Diese umfassen die fußgängerfreundliche Neugestaltung der Gürzenichstraße sowie den Bau einer Freitreppe bei St. Maria im Kapitol mit anliegender Umfeldgestaltung.

Durch die Umsetzung des bereits im Rahmen der ersten Bundesförderung entwickelten Kommunikationskonzepts kann die Via Culturalis zudem als identitätsstiftender Stadtraum für alle Bürgerinnen und Bürger von Köln sowie als Kulturquartier von internationaler Bedeutung für die Gäste der Stadt nachhaltig profiliert werden.



Quelle oben: Martin Gaissert, Quelle unten: RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten



Quelle: Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt

Konstanz

Zukunftsstadt Konstanz – Modellquartier Christiani-Wiesen

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

84.911

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

1.158.000 €

Bundesmitten

770.000 €

Kommunale Mittel

388.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Anwendung von Smart-City-Ansätzen bei der Quartiersentwicklung der Christiani-Wiesen beinhaltet innovative Lösungen für den flächensparenden Wohnungsneubau und einen übertragbaren Ansatz für die Entwicklung digitaler Werkzeuge der Rahmenplanung.

Im Rahmen der Teilnahme am Wettbewerb Zukunftsstadt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde im Projekt „Zukunftsstadt Konstanz“ ein breiter Partizipations- und Arbeitsprozess zu Fragen von Wohnformen der Zukunft initiiert. Erste Grundlage war das Handlungskonzept Wohnen. Auf dessen Basis entstand die Vision „Smart Wachsen: Qualität statt Quadratmeter!“, mit der die Stadt Konstanz hohe Wohn- und Lebensqualität und gesteigerte Flächeneffizienz in Einklang bringt. Entstanden ist ein digitales LexiKON „Smart Wachsen“, das für ein neues Wohnquartier, die Christiani-Wiesen, weiterentwickelt und modellhaft angewendet wird. Neben einer Schärfung der im LexiKON beschriebenen Werkzeuge sind auch der Rahmenplan für die Christiani-Wiesen sowie Fachexpertisen zu innovativen Bausteinen der Quartiersentwicklung Gegenstand der Bundesförderung.

In dem Reallabor Christiani-Wiesen werden die hohen Ambitionen der Stadt Konstanz an zukünftige Neubauprojekte umgesetzt. Dies beinhaltet vor allem beispielgebende Ansätze und Verflechtungen in den Bereichen erneuerbare Energiegewinnung, Energieeffizienz, Mobilität und Sharing-Angebote. Dies soll dazu führen, dass die durchschnittlich gebaute Fläche pro Person reduziert wird. Um diesen Prozess zu initiieren bzw. fortzuführen, sind diverse Akteure und Stakeholder beteiligt und es wird parallel eine investitionsbegleitende Kampagne für die Öffentlichkeit durchgeführt.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Krefeld

Renovierung des Denkmalensembles Häuser Esters und Lange

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

227.417

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

1.108.100 €

Bundesmittel

698.000 €

Kommunale Mittel

410.100 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Aus Anlass des Bauhaus-Jubiläums 2019 wurden bei den beiden von Mies van der Rohe errichteten Villen und den dazugehörigen Gärten notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt, um den dauerhaften Erhalt der größtenteils bauzeitlichen Gebäudesubstanz für die Nachwelt zu sichern.

Mit den Häusern Esters und Lange verfügt die Stadt Krefeld über zwei herausragende Denkmäler der klassischen Moderne, die zu den wenigen erhaltenen Bauten Ludwig Mies van der Rohes – dem letzten Direktor des Bauhauses – in Europa zählen. Das Villenpaar, das inmitten einer großzügig angelegten Gartenanlage liegt, verbindet Aspekte klassischer Villen mit Elementen moderner Industrie-architektur, harmonisch gegliederter Raumfolgen und der Verschmelzung von innen und außen durch sorgfältig inszenierte Übergänge. Viele bauzeitliche Details aus den Errichtungsjahren von 1927 bis 1930 belegen eindrucksvoll die internationale Bedeutung der beiden Bauten. In der durch starke Kriegszerstörungen reduzierten historischen Bausubstanz der Stadt sind die Villen, die vom Kunstmuseum Krefeld für Ausstellungszwecke genutzt werden, identitätsstiftende Monumente.

Mit Mitteln des Bundesprogramms wurden Maßnahmen gefördert, mit denen die zum größten Teil originale Bausubstanz gesichert und langfristig erhalten wird. Die Häuser und ihre Gärten wurden in einen Zustand versetzt, der ihrer Bedeutung angemessen ist und zugleich die Zugänglichkeit für Besucher verbessert. Das Bauhaus-Jubiläum 2019 wurde zum Anlass genommen, um mit der Wiedereröffnung des Denkmalensembles die vielschichtige historische Verbindung der Stadt Krefeld zum Bauhaus und seinen Künstlern zu verdeutlichen.



Quelle: www.edition-rufer.de

Lauenburg

Transformation des Werft- und Hafenquartiers

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

11.402

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.888.888 €

Bundesmittel

2.600.000 €

Kommunale Mittel

288.888 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

**Die Entwicklung nicht mehr benötigter Werft- und Industrie-
flächen zu einem Nutzungsgemischten Stadtquartier in wassernaher
Lage soll Impulse für die seit Jahrhunderten von Schifffahrt und
Schiffbau geprägte Stadt und ihre Baukultur am Wasserstraßen-
kreuz erzeugen.**

Im Zuge eines Nutzungswandels beabsichtigt die Stadt auf nicht mehr benötigten innerstädtischen Flächen des letzten übrig gebliebenen und aktiven Werftbetriebes ein Nutzungsgemischtes Quartier mit Wohnen und werftnahen Dienstleistungen zu entwickeln. Hierdurch soll der Ausweitung von innerstädtischen Leerständen entgegengewirkt werden. Ankerpunkt des Vorhabens und Gegenstand der Bundesförderung ist die Realisierung eines „Maritimen Innovations Centrums“ (MIC) als Forum maritim ausgerichteter Unternehmen und Institutionen in Bestandsflächen der Werft. Dort soll auch das international vernetzte Deutsche Binnenschiffahrtsarchiv seine neue Heimat finden. Im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbes wird das Vorhaben partizipativ über ein „Stadt-Labor“ mit Künstlerinnen und Künstlern begleitet.

2015 Parkbogen Ost – Umwandlung einer stillgelegten Bahntrasse im Leipziger Osten

2020 Wege zum Parkbogen Ost

Land Sachsen	Projektlaufzeit	2015–2019	seit 2020
Stadt-/Gemeindetyp Großstadt	Projektkosten	4.950.000 €	7.800.000 €
Einwohnerzahl 593.145	Bundesmittel	3.300.000 €	5.200.000 €
	Kommunale Mittel	1.650.000 €	2.600.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Eine stillgelegte Bahntrasse wird als Fuß- und Radweg mit daran anschließenden Aktivflächen und Wegeverbindungen zwischen verschiedenen Wohnquartieren neu programmiert und so zu einem verbindenden Freiraumelement entwickelt.

Hinter der Idee zum Parkbogen Ost, die von engagierten Leipziger Bürgerinnen und Bürgern entwickelt wurde, steht die Vision, eine etwa fünf Kilometer lange, stillgelegte S-Bahn-Trasse im Osten der Stadt in ein grünes Band umzuwandeln. Die Stadt Leipzig hat die Idee aufgegriffen und zu einem „Masterplan Parkbogen Ost“ weiterentwickelt. Langfristig soll ein multifunktionaler Freiraum mit Geh- und Radweg, dem sogenannten Aktivband, vom Lene-Voigt-Park bis zum Hauptbahnhof im Leipziger Osten entwickelt werden. Mit dem Projekt möchte die Stadt Defizite der Grün- und Freiraumversorgung im Quartier nachhaltig verbessern.

Auf Grundlage des Masterplans realisierte die Stadt mithilfe der Bundesförderung zwischen 2015 und 2019 erste vorbereitende Maßnahmen sowie einen Planungswettbewerb. Einen ersten wichtigen Impuls setzt zudem die Sanierung des Sellerhäuser Viaduktes als stadtbildprägendes Bauwerk sowie die Aktivierung eines breiten bürgerschaftlichen Engagements.

Mit dem zweiten Förderprojekt wird mit Unterstützung des Bundes das Aktivband in Teilbereichen gebaut sowie das städtebauliche Umfeld, die Verbindung des Parkbogens Ost in die angrenzenden Quartiere und Freiraumstrukturen aufgewertet und in Teilen renaturiert.

Im Sinne einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung wird die Gesellschaft aktiv in den gesamten Prozess eingebunden. Das Projekt soll Impulsgeber für eine behutsame Aufwertung der Quartiere werden, die sich weiterhin auf das Engagement lokaler Akteure stützt.



Quelle oben und unten: SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH

Neben der Qualifizierung umweltfreundlicher Mobilitätsinfrastruktur und multifunktionaler Freiraumgestaltung wird auch die Verbesserung von Biodiversität und Resilienz des Stadtquartiers adressiert. Das Projekt ist nicht zuletzt durch seinen partizipativen und prozessualen Entwicklungsansatz national wie international beispielhaft für die nachhaltige Entwicklung grüner Infrastruktur.



Quelle: Stadt Leipzig

Leipzig

Entwicklung des Mattheikirchhofs

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

593.145

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

3.372.000

Bundesmittel

2.248.000 €

Kommunale Mittel

1.124.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Der Mattheikirchhof hat sowohl stadt- wie auch landesgeschichtliche Bedeutung. Die letzte kriegsbedingte Brache der Innenstadt und ehemaliger Sitz der Staatssicherheit der damaligen Deutschen Demokratischen Republik bietet die Chance für einen beispielhaften Prozess von demokratischer und partizipativer Stadtentwicklung mit internationaler Strahlkraft.

Der Mattheikirchhof ist mit dem in den 1980er-Jahren errichteten Sitz der Staatssicherheit der damaligen DDR sowie dessen Besetzung durch Demonstrantinnen und Demonstranten der Freiheitsbewegung am 4. Dezember 1989 ein besonderer Ort deutscher Nachkriegsgeschichte. Mit der städtebaulichen Entwicklung des Mattheikirchhofs möchte die Stadt Leipzig das Areal in einutzungsgemischtes, urbanes Quartier mit besonderen öffentlichen Funktionen – darunter ein „Forum für Freiheit und Bürgerrechte“ – überführen. In Verbindung von Archiv, Ausstellung, Forschung, Kultur und Kommunikation soll mit dem Forum eine innerstädtische Agora als Ausdruck der Vielfalt einer modernen europäischen Stadtgesellschaft entstehen. Grundlage hierfür bildet ein mehrstufiges städtebauliches und architektonisches Wettbewerbsverfahren. Begleitet wird der Prozess von einer intensiven Beteiligung der Stadtgesellschaft mittels innovativer digitaler und analoger Formate.

Das Projekt befähigt die Stadt Leipzig, wichtige Ziele ihres Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INESK 2030) sowie der Leipzig Charta umzusetzen.

Die sich aus der Geschichte des Ortes ergebenden Anforderungen für die weitere Entwicklung gehen weit über vergleichbare städtebauliche Projekte hinaus und können durch die Förderung des Bundes in entsprechendem Umfang und Qualität umgesetzt werden.



Quelle: POLA Landschaftsarchitekten GmbH, Berlin

Leverkusen

Parkanlage Schloss Morsbroich

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

163.729

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

1.245.120 €

Bundesmittel

1.080.000 €

Kommunale Mittel

165.120 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Der weitläufige Park rund um das bedeutende Museum Schloss Morsbroich bedarf einer grundlegenden Instandsetzung, um die Bezüge zwischen Stadt und Schloss wieder sichtbar werden zu lassen. Zudem soll die Aufenthaltsqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die zahlreichen nationalen und internationalen Gäste erhöht werden.

Das Schloss Morsbroich beherbergt seit 1951 das national und international anerkannte „Museum Morsbroich für zeitgenössische Kunst“ als erstes Museum dieser Art in Deutschland. Das Schloss und die angrenzende Parkanlage stehen unter Denkmalschutz. Das Projekt beinhaltet die denkmalgerechte Revitalisierung der äußeren Parkanlage auf der Grundlage eines Planungswettbewerbs sowie dessen Weiterentwicklung zum soziokulturellen Begegnungsort für die Nachbarschaft und die Region. Die notwendige und akut anstehende Revitalisierungsmaßnahme soll durch ergänzende Leistungsangebote begleitet werden. Diese Angebote sind insbesondere im Bereich Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung mit museumsnaher Ausrichtung (Museumspädagogik, Schulen, Erwachsenenbildung) verankert.

Um die Popularität und Akzeptanz zu fördern, soll sich die gesamte Anlage besser in die angrenzenden Fuß- und Radwegenetze öffnen und sich damit über die kommunalen Radwege in das Radwegenetz des Landes NRW ein- und anbinden. Insgesamt soll der Schlosspark durch geeignete qualitätvolle raumbildende Maßnahmen (zum Beispiel Plätze zum Verweilen und Erkunden, Skulpturen- und Naturdenkmallehrpfade) attraktiv werden.

Verbandsgemeinde Loreley

2015 **Neugestaltung des Loreley-Plateaus
im Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal**

2020 **Umsetzung des Ausstellungskonzeptes**

Land Rheinland-Pfalz
Stadt-/Gemeindetyp Landgemeinde
Einwohnerzahl 1.285
Themenfeld Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Projektlaufzeit	2015–2018	seit 2020
Projektkosten	5.592.257 €	4.704.540 €
Bundesmittel	5.000.000 €	4.190.088 €
Kommunale Mittel	592.257 €	514.451 €

Mit dem Rückbau bestehender Gebäude und der Schaffung eines Landschafts- und Kulturparks wurde der weltberühmte Felsen im UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal in Wert gesetzt und ein Bezug zur Geschichte des Ortes hergestellt. Darauf aufbauend wird in einem zweiten Förderabschnitt das Ausstellungskonzept realisiert, das u. a. mit einem als Mythoshalle vorgesehenen gläsernen Felsen Vermittlungsangebote und Aussichtspunkte im Parkbereich schafft.

Die Loreley ist der zentrale Ort des UNESCO-Welterbes Oberes Mittelrheintal. Ein imposanter Schieferfelsen im Fluss, der durch Legenden, Sagen und Überlieferungen zu einem mythischen Ort stilisiert wurde. Dieser Mythos prägt die Wahrnehmung der Loreley national wie international und macht sie zu einem der wichtigsten touristischen Ziele Deutschlands. Dazu hat nicht zuletzt das berühmte Loreley-Lied von Heinrich Heine beigetragen.

Die Neugestaltung des Loreley-Plateaus erfolgte auf Grundlage der Ergebnisse eines europaweit ausgelobten Wettbewerbsverfahrens. Von 2015 bis 2018 wurde mithilfe einer Förderung aus dem Bundesprogramm die Schaffung eines Landschafts- und Kulturparks unterstützt. Er inszeniert den „Mythos Loreley“ auf spannende und fantasievolle Weise, zeigt aber dort Sensibilität, wo es notwendig ist. Der Landschaftspark wurde Anfang 2019 offiziell eröffnet.

Darauf aufbauend wird nun das Ausstellungskonzept zum Mythos Loreley umgesetzt. Dies beinhaltet die Fertigstellung der „Mythoshalle“, eines gläsernen Felsens, der witterungsunabhängige Ausstellungen ermöglichen wird, sowie verschiedene im Landschaftspark verteilte Informationsangebote, die nahezu barrierefrei erlebbar sein werden.



Quelle oben: A. Schaust, VG Loreley, Quelle unten: Lars-Christian Uhlig (BBSR)



Quelle: Juri Junko/Stadt Lörrach

Lörrach

Zollquartier Lörrach

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

49.291

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

7.939.000 €

Bundesmittel

5.292.645 €

Kommunale Mittel

2.646.355 €

Planungswettbewerb

Bestandteil der Förderung

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Das Zollquartier an der deutsch-schweizerischen Grenze in Lörrach und Riehen wird städtebaulich aufgewertet und setzt Impulse für eine nachhaltige Entwicklung des grenzüberschreitenden Stadt-raums.

„Gemeinsam über Grenzen wachsen“ ist das Motto der Internationalen Bauausstellung in Basel, die sich auf den trinationalen Agglomerationsraum um Basel erstreckt. Für die Projektpartner Lörrach, Riehen und Basel gilt das Motto in besonderer Weise. Da viele Arbeitsplätze in der Region entstehen und immer mehr Beschäftigte über die Grenzen pendeln, kommen dem Ausbau der grenzüberschreitenden Bahnverbindungen von der Schweiz nach Deutschland und einer integrierten städtebaulichen Entwicklung bei diesem IBA-Projekt besondere Bedeutung zu.

Konzeptionelle und bauvorbereitende Arbeiten sowie die Realisierung mehrerer Projektbausteine bilden den Ausgangspunkt des Gesamtprojektes. Sie werden mit Mitteln des Bundesprogramms gefördert. Ein internationaler Planungswettbewerb zur Umgestaltung der Basler Straße dient als Grundlage, um die städtebaulichen und verkehrsplanerischen Projektbausteine auf unternutzten Flächen des Zolls sowie entlang der Bahn und der Straßenräume auf Lörracher Seite modellhaft umzusetzen.

Aufbauend auf der Konzeption einer Mobilitätsdreh-scheibe ist für die Stadt Lörrach inzwischen die Entwicklung des gesamten Quartiers ins Blickfeld gerückt. Die Stadt verknüpft ihre eigenen Entwicklungsziele bezüglich Prozess- und Gestaltqualität, Nachhaltigkeit und Modellcharakter mit den Qualitätsansätzen der IBA.



Quelle: Hansestadt Lübeck

Hansestadt Lübeck

Neugestaltung der Freiflächen „An der Untertrave – Drehbrückenplatz“

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/ Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

216.530

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

5.300.000 €

Bundesmittel

3.400.000 €

Kommunale Mittel

1.900.000 €

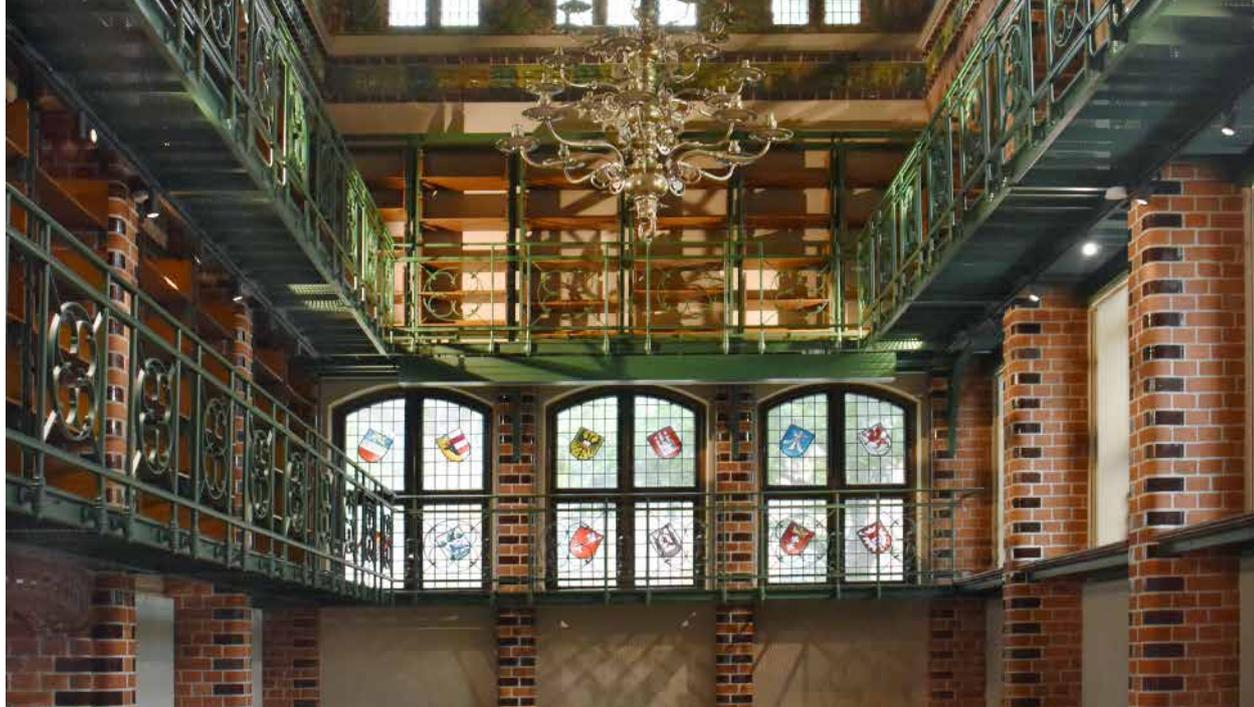
Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Durch eine umfassende Umgestaltung des Drehbrückenplatzes an der Untertrave wertet die Hansestadt Lübeck ihre innerstädtischen Uferlagen auf und setzt Impulse für mehr Aufenthaltsqualität und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.

Besucher der Hansestadt Lübeck, die sich vom Holstentor kommend dem UNESCO-Welterbe „Lübecker Altstadt“ nähern, passieren zunächst den westlichen Rand der Altstadt. Im Rahmen der Gesamtmaßnahme „Umgestaltung Westlicher Altstadttrand Lübeck – An der Untertrave“ sollen die Flächen am Wasser langfristig als aufgewertete Hafenpromenade zum Flanieren und Verweilen mit Hafenatmosphäre am Wasser einladen. Der Drehbrückenplatz als Abschluss der Promenade hat dabei eine besondere städtebauliche Bedeutung.

Dieser Bereich wurde mit Mitteln des Bundes von einer Verkehrsinsel ohne Aufenthaltsqualität zu einem großzügigen Platz am Hafen mit Zugang zum Wasser umgestaltet. Das Projekt umfasste den Rückbau einer Fahrspur und den Bau einer barrierefrei begehbaren Wassertreppe. Das macht den öffentlichen Raum entlang der Untertrave attraktiver. Auf dem Platz entstand zudem ein neues Servicegebäude mit Gastronomie sowie öffentlichen Toiletten. Die Planung hierfür ist bereits 2003 aus einem kooperativen Planungswettbewerb hervorgegangen. Das Servicegebäude wurde auf mehrfachen Wunsch der Bürgerschaft aus der Öffentlichkeitsbeteiligung umgesetzt. Vom Projekt soll ein Impuls für die weitere städtebauliche Aufwertung der südlich anschließenden Uferpromenade ausgehen.



Quelle: pmp Projekt GmbH

Hansestadt Lüneburg

Sanierung des Gebäudeensembles Lüneburger Rathaus und Franziskanerkloster

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

75.711

Projektlaufzeit

2015–2021

Projektkosten

3.872.000 €

Bundesmittel

3.000.000 €

Kommunale Mittel

872.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Durch behutsame Ertüchtigung und denkmalgerechte Nutzung wird das Denkmalensemble aus Rathaus und Kloster erhalten und in seiner öffentlichen Funktion als Verwaltungszentrum und Besucherattraktion optimiert.

Das Lüneburger Rathaus zählt zu den größten mittelalterlichen Rathäusern Deutschlands und macht zusammen mit dem benachbarten ehemaligen Franziskanerkloster in einzigartiger Weise die Geschichte weltlicher und geistlicher Macht in den Städten des Mittelalters nachvollziehbar. Das historische Rathaus mit seinen zum Teil wertvoll ausgestatteten Räumen ist heute Sitz der Stadtverwaltung.

Es wird aber auch für öffentliche Veranstaltungen, Tagungen und touristische Führungen zugänglich gemacht. Teile des Franziskanerklosters beherbergen eine Kinder- und Jugendbibliothek.

Im Zuge einer langfristig angelegten, denkmalgerechten Sanierung des Rathauses führt die Stadt Lüneburg mithilfe der Bundesförderung bisher unzugängliche architektonisch und bauhistorisch bedeutende Räume neuen Nutzungen zu: Neben Veranstaltungs- und Ausstellungsräumen gibt es eine Erweiterung der Kinder- und Jugendbücherei. Die Räume dienen der Sprach- und Leseförderung und werden für Ausstellungen und weitere Veranstaltungen flexibel genutzt. Rathaus und Franziskanerkloster sind so zu belebten Orten der Stadtöffentlichkeit geworden.

Das Projekt trägt dazu bei, dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept entsprechend die wertvolle historische Bausubstanz der Lüneburger Altstadt zu erhalten.



Quelle: Hansestadt Lüneburg, Fachbereich Gebäudewirtschaft

Hansestadt Lüneburg

Salzmuseum – Sanierung und Entwicklung des Industriedenkmals

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

75.711

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

5.100.000 €

Bundesmittel

4.500.000 €

Kommunale Mittel

600.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Salzmuseum blickt auf eine Geschichte als einer der ältesten und größten Industriebetriebe im mittelalterlichen Europa zurück. Die Zeugnisse der Salzproduktion reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück und waren Grundlage für die einstige Bedeutung der Hansestadt Lüneburg. Sie werden denkmalgerecht saniert und für heutige Museumszwecke ertüchtigt.

Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts war das Lüneburger Salzwerk nicht nur der größte Salzproduzent Nordeuropas, sondern auch der älteste und größte europäische Industriebetrieb der Zeit. Unmittelbar nach dem Ende des Salinenbetriebs wurde das Ensemble in den 1980er-Jahren zum Salzmuseum. Seit 2015 liegt das Salzmuseum innerhalb der Grenzen des städtebaulichen Erneuerungsgebiets „Am Weißen Turm“ (Programm „Soziale Stadt“ der Städtebauförderung).

Das Lüneburger Salzwerk ist als größter europäischer Industriebetrieb bis Ende des 16. Jahrhunderts ein besonderes und zu erhaltendes denkmalgeschütztes Gesamtensemble der kulturellen und touristischen Infrastruktur der Hansestadt Lüneburg. Mit jährlich etwa 55.000 auch internationalen Besuchern ist es das meistbesuchte Museum der Region und gilt als eine der größten Sehenswürdigkeiten des Technikstandortes Deutschland. Mit dem Projekt wird die bauliche Substanz denkmalgerecht erhalten und restauriert. Außerdem sollen zusätzliche Flächen für das Museum und Barrierefreiheit geschaffen werden. Mit einer inhaltlichen Neukonzeption wird die Attraktivität der Ausstellung deutlich gesteigert.



Quelle: Stadtverwaltung Lutherstadt Wittenberg

Lutherstadt Wittenberg

Qualitative Aufwertung der östlichen Wallanlagen im Umfeld von Lutherhaus und Augusteum

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

45.752

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

2.490.978 €

Bundesmittel

1.399.950 €

Kommunale Mittel

853.328 €

Weitere Mittel

237.700 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die grünen Wallanlagen im unmittelbaren Umfeld der Luther-Gedenkstätten wurden einerseits zeitgemäßen Ansprüchen an Barrierefreiheit und Zugänglichkeit angepasst, zum anderen welterbegerecht gestaltet und anlässlich des Lutherjubiläums 2017 für die Nutzung freigegeben.

Die östlichen Wallanlagen sind integraler Bestandteil des Umfeldes der UNESCO-Weltkulturerbestätte „Luthergedenkstätten“. Das Ensemble aus Lutherhaus und Augusteum flankiert den östlichen Stadteingang in die historische Innenstadt der Lutherstadt Wittenberg. Als Denkmal der Gartenkunst besitzen die davor liegenden Wallanlagen einen besonderen kulturhistorischen, städtebaulichen und künstlerischen Wert, wurden aber aufgrund ihrer geringen Aufenthalts- und Gestaltungsqualität kaum genutzt und wahrgenommen.

Mit Mitteln des Bundesprogramms wurde die Neugestaltung der östlichen Wallanlagen gefördert. Dabei wurden die historischen Strukturen wiederhergestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dazu wurden Maßnahmen im ehemaligen Universitätspark und dem Bunkerberg mit den angrenzenden Parkanlagen umgesetzt und der Innenhof zwischen Lutherhaus und Augusteum neu gestaltet sowie barrierefrei zugänglich gemacht.

Das Projekt wurde auf Grundlage eines denkmalpflegerischen und grünplanerischen Entwicklungskonzepts und umfangreichen öffentlichen Beteiligungsprozesses umgesetzt.



Quelle: Landeshauptstadt Magdeburg

Magdeburg

Sanierung der Hyparschale

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

237.565

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

11.016.807 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

6.016.807 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der denkmalgerechten Sanierung der Hyparschale und Wiedereröffnung als Veranstaltungsort wird einer der letzten erhaltenen großen Schalenbauten des Ingenieurs Ulrich Müther dauerhaft gesichert und mit einer neuen Nutzung versehen. Das Vorhaben ist ein Baustein in der gesamthaften Aufwertung des Rotehornparks mit seiner Vielzahl an bedeutenden Gebäuden unterschiedlicher Phasen der Moderne.

Die 1969 als Mehrzweckhalle errichtete, stadtbildprägende Hyparschale liegt auf einer Achse zwischen der Magdeburger Stadthalle und dem Landesfunkhaus des MDR im Stadtpark Rotehorn, vis-à-vis zum Magdeburger Dom. Bis 1997 bot das aus vier zusammengesetzten Schalen bestehende, selbsttragende Bauwerk Raum für Messen, Ausstellungen und Veranstaltungen. Danach wurde die Halle für baufällig erklärt, bauordnungsrechtlich gesperrt und ist seitdem ungenutzt. Als bedeutendes Denkmal der DDR-Nachkriegsmoderne steht die Hyparschale seit 1990 unter Denkmalschutz.

Im Rahmen der Reaktivierung und Neugestaltung des Flächen Denkmals Rotehornpark soll die Hyparschale denkmalgerecht saniert und als Veranstaltungsort wiedereröffnet werden. Das Entwurfskonzept sieht den Einbau einer Ausstellungs- und Galerieebene vor, unter der sich vielfältig nutzbare Räume für Veranstaltungen anordnen. Dabei soll die Dachkonstruktion als freispannendes Flächen-tragwerk weiterhin erlebbar bleiben.

Das Vorhaben ist in mehrere Bauabschnitte aufgeteilt. Mit Hilfe des Bundesprogramms wird die Sanierung und der Ausbau des Bestandsgebäudes umgesetzt.



Quelle: Kathrin Schwab

Mannheim

Umbau des Luftschutzbunkers Ochsenpferch zum Sitz des Mannheimer Stadtarchivs

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

310.658

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

9.900.000 €

Bundesmittel

6.600.000 €

Kommunale Mittel

3.300.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das unbequeme Denkmal aus der NS-Zeit bekam mit dem Umbau zum Stadtarchiv nicht nur eine neue Nutzung, es wurde vielmehr Speicher Mannheimer Geschichte und eine Kultureinrichtung mit Strahlkraft und Impulswirkung für das umliegende Quartier.

Mit dem Umzug des Mannheimer Stadtarchivs in den „Ochsenpferchbunker“ wurde ein bislang städtebaulich im Schatten stehendes „unbequemes“ Mahnmal in den Fokus der Stadtentwicklung gerückt und gleichzeitig dauerhaft in seiner Substanz gesichert und aufgewertet. Der Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg bietet in Bezug auf Raumklima und Statik ideale Voraussetzungen für die funktionalen und baulichen Anforderungen des Stadtarchivs, dessen aktueller Standort aufgrund baulich-technischer Mängel aufgegeben werden musste.

Das Gesamtprojekt umfasst den gesamten Bunkerkomplex mit seinen Außenanlagen. Neben Ausstellungsflächen, einem NS-Dokumentationszentrum und Magazinflächen entstand auch ein neuer, zweigeschossiger Kubus auf dem Dach des Bunkers mit Büros, Digitalisierungszentrum sowie Lese- und Vortragssaal. Die Bundeszuschüsse flossen in die Aufstockung, den Umbau des NS-Dokumentationszentrums und die begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten konnte das nunmehr als MARCHIVUM bezeichnete Stadtarchiv 2018 eröffnet werden. Langfristig soll der umgebaute Bunker zur Aufwertung des Quartiers Neckarstadt-West und der angrenzenden Flusslandschaft am Neckar beitragen. Beteiligungsprozesse sollen neue städtebauliche, architektonische und soziokulturelle Impulse für die weitere Entwicklung bringen.



Quelle: LAMAG, COFO, DIESE, Lukac

Mannheim

Revitalisierung der Multihalle

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

310.658

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

14.200.000 €

Bundesmittel

5.000.000 €

Kommunale Mittel

9.200.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit dem Projekt wird ein Beitrag zur Erhaltung und Inwertsetzung einer baukulturellen Ikone geleistet. Die innovative Nutzungskonzeption sieht die Halle als überdachten Freiraum und Begegnungsort der Stadtgesellschaft vor.

In Mannheim realisierte der Pritzkerpreisträger Frei Otto gemeinsam mit Carlfried Mutschler eine Mehrzweckhalle zur Bundesgartenschau 1975 im Herzogenriedpark. Es handelt sich dabei um die größte frei geformte Holzgitterschalenkonstruktion der Welt und ein herausragendes Beispiel deutscher Ingenieurbaukunst. Ursprünglich als temporäres Bauwerk angelegt, überdauerte die Multihalle die BUGA und wurde 1998 unter Denkmalschutz gestellt. Eindringendes Wasser hat jedoch die Dachkonstruktion beschädigt und die Tragfähigkeit beeinträchtigt – 2011 wurde die Halle gesperrt.

Mit dem Projekt soll die Multihalle saniert und im Rahmen der Bundesgartenschau 2023 als überdachter, multifunktionaler Freiraum und Begegnungsort wiedereröffnet werden. Dabei soll die Halle in einen zeitgenössischen Kontext überführt und inhaltlich sowie (städte)baulich mit den umliegenden Quartieren verzahnt werden. Die Multihalle und deren angrenzende Grünflächen sollen zukünftig aus dem „Bezahlbereich“ des Herzogenriedparks herausgenommen werden und öffentlich zugänglich sein. Die in Bürger-schaft und Politik breit getragene Gesamtmaßnahme umfasst die Sanierung des Dach- und Tragwerks sowie die Entwicklung und Umsetzung eines Nutzungskonzepts mit erforderlichem Nutzungsausbau. Letzteres ist allerdings nicht Gegenstand der Förderung. Das Nutzungskonzept soll u. a. auf Grundlage der Ergebnisse eines 2018 ausgelobten Wettbewerbs umgesetzt werden und parallel zur Sanierung des Dach- und Tragwerks laufen.



Quelle: Michael Rasche, Dortmund

Marl

Marschall 66 – Begegnungs- und Erlebnisort

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

84.067

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

7.157.737 €

Bundesmittel

5.400.000 €

Kommunale Mittel

1.757.737 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Im östlichen Ruhrgebiet entsteht mit diesem Vorhaben ein „Dritter Ort“. Ein, neben dem eigenen Heim und dem Arbeitsplatz, städtischer Raum der Begegnung und der Teilhabe. Die ehemalige Schule aus der Zeit der Nachkriegsmoderne soll als Kulturstandort neu interpretiert und wieder in das städtebauliche Umfeld integriert werden.

Das Projekt Marschall 66 ist neben der Sanierung des Rathauses ein Schlüsselprojekt zur Aufwertung der Stadtmitte und damit Bestandteil der IGA 2027 „Metropole Ruhr“ im Bereich Baukultur. Es bildet den Auftakt zum „Urbanen Band“, entlang dessen die Marler Stadtmitte – eine Planung der Nachkriegsmoderne – als Wohn- und Dienstleistungsstandort entwickelt werden soll. Marschall 66 – eine ehemalige unter Denkmalschutz stehende Schule – soll so saniert und umgebaut werden, dass das international bekannte und anerkannte Skulpturenmuseum Glaskasten, die städtische Bibliothek sowie Theater-, Musikschul-, VHS- und Gastronomieangebote dort gebündelt werden können. So entsteht ein „Dritter Ort“, an dem kommunale Einrichtungen kultureller Bildung zusammenwirken und einen Begegnungs- und Erlebnisort im neuen Stadtzentrum entstehen lassen. Das Konzept wurde in einem konsultativen Verfahren unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten sowie der Öffentlichkeit entwickelt.

Im Rahmen des Bundesprogramms soll die denkmalgerechte Sanierung und der Umbau des leer stehenden Marschall 66 zur Unterbringung und Weiterentwicklung des Skulpturenmuseums „Glaskasten“ umgesetzt werden.



Quelle: Stadt Minden, Gebäudewirtschaft

Minden

Sanierung des Rathauses – Teil „Alte Regierung“

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

81.716

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

890.000 €

Bundesmitten

600.000 €

Kommunale Mittel

290.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Sanierung der sogenannten Alten Regierung wird ein Gebäudeteil des Mindener Rathauskomplexes aus dem 19. Jahrhundert, im Zuge der gesamten Rathaussanierung, erhalten, barrierefrei ausgebaut und heutigen Nutzungsanforderungen angepasst.

Das Rathaus der Stadt Minden besteht aus insgesamt sechs Gebäudeteilen verschiedener Bauepochen mit einer Gesamtfläche von ca. 20.000 m² und bildet gemeinsam mit dem Dom, den Domhöfen und dem Marktplatz den Kern der historischen Innenstadt. Die unterschiedlichen Gebäudeteile reichen vom historischen Rathaus, ursprünglich aus dem Jahr 1260 und 1955 wiederaufgebaut, über Gebäude aus den 30er- und 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts bis zu einem charakteristischen Bau der Nachkriegsmoderne von 1977. Sie sind alle direkt miteinander verbunden und stehen unter Denkmalschutz. Dabei handelt es sich um eine gewachsene Struktur, die durch den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg und die Gebietsreform der 1970er-Jahre geprägt ist.

Im Rahmen der Bundesförderung soll ausschließlich der Gebäudeteil D „Alte Regierung“ (Bauzeit 1843–1848) saniert werden. Zu den wesentlichen Maßnahmen gehören die Sanierung der Sandsteinfassade sowie die Instandsetzung des Kupferdaches. Darüber hinaus soll der Bereich des Haupteingangs des Rathauses mit der Umsetzung von Kunst am Bau aufgewertet werden.



Quelle: Stiftung Herzogtum Lauenburg

Mölln

Innovative energetische Sanierung des Stadthauptmannshofes

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

19.131

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

1.155.373 €

Bundesmitten

594.434 €

Kommunale Mittel

297.217 €

Weitere Mittel

263.722 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Das historische Ensemble des Stadthauptmannshofes in Mölln wird denkmalgerecht energetisch saniert und somit der Kultur- und Verwaltungsbetrieb langfristig gesichert.

Der Stadthauptmannshof mit Bauten aus dem 15. und 16. Jahrhundert gehört neben dem Rathaus und der St.-Nicolai-Kirche zu den bau- und kulturhistorisch bedeutsamen Gebäuden im StadtDenkmal Möllner Altstadt. Er liegt an städtebaulich exponierter Stelle zwischen der historischen Stadtmitte und dem Schulse. Das denkmalgeschützte Ensemble besteht aus vier Gebäuden verschiedener Bauepochen mit Kultur-, Verwaltungs- und Wohnnutzung, die sich um einen Innenhof gruppieren.

Die Sanierung des wertvollen Baudenkmals stützt sich auf ein Energiekonzept, das denkmalpflegerische Belange und innovativen Technologieeinsatz in besonderem Maße berücksichtigt. Mit Mitteln aus dem Bundesprogramm verbesserte die Stadt Mölln den baulichen Wärmeschutz und realisierte die Versorgung mit erneuerbaren Energien. Dazu gehören Wärmedämmmaßnahmen und eine geothermische Heizzentrale mit Wasser-Wasser-Wärmepumpe aus dem angrenzenden See.

Das Projekt basierte auf einem im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ erarbeiteten integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept, das die Herausforderungen an historische Gebäude durch heutige energetische und Nutzungsanforderungen bestimmt. Mit dieser zukunftsgerichteten Sanierung konnte der wirtschaftliche Betrieb des Ensembles langfristig gesichert werden. Das Projekt wurde 2018 erfolgreich abgeschlossen.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

München

Planung der Untertunnelung des Englischen Gartens

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.484.226

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

5.075.482 €

Bundesmittel

2.382.000 €

Kommunale Mittel

2.693.482 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Mit der Tieferlegung und Untertunnelung des Mittleren Rings im Bereich des Englischen Gartens in München wächst die historische Parklandschaft wieder zusammen, wodurch wertvolle Natur- und Erholungsflächen in zentraler Lage entstehen.

Der Englische Garten in München ist ein Gartendenkmal von internationaler Strahlkraft. Mit einer Fläche von 375 Hektar zählt er zu den weltweit größten Parkanlagen. Durch den Bau des vierspurigen Mittleren Rings in den 1960er-Jahren wurde der Englische Garten in den stadtnäheren, von Touristen wie Bewohnern hoch frequentierten Südtel und einen weniger besuchten Nordteil zerschnitten. Das hohe Verkehrsaufkommen auf dem Ring und dessen Lärm- und Schadstoffemissionen beeinträchtigen derzeit die Aufenthaltsqualität und Erholungsfunktion erheblich.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Ein Englischer Garten“, die sich seit 2010 der Behebung dieses Missstands verschrieben hat, konnte die Stadt München von der Wiedervereinigung der beiden Parkbereiche überzeugen. Durch die Mittel des Bundesprogramms werden vorbereitende Planungen und Fachgutachten finanziert. Neue Fuß- und Radwege sollen die Nutzungsdichte des südlichen Parkbereichs verringern und es soll eine barrierefreie Verbindung der beiden Parkbereiche entstehen. Zudem sollen die Wasserläufe in der Isaraue wieder freigelegt werden. Der Bau des Tunnels soll neben den städtebaulichen Aspekten und der Verringerung der Emissionen auch zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse beitragen, weshalb auch Planungen zur Erneuerung der J.-F.-Kennedy-Brücke in das Vorhaben einfließen. Die bauliche Umsetzung des 390 m langen Tunnels soll im Anschluss durch die Stadt, das Land sowie Spenden finanziert werden.



Quelle: Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung

München

Quartiersentwicklung Bayernkaserne

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

1.484.226

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

2.200.000 €

Bundesmittel

1.470.000 €

Kommunale Mittel

732.600 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Mit einer konsortialen und partizipativen Quartiersentwicklung und unter Anwendung der neuen Baugebietskategorie wird ein beispielhafter Prozess für die Entwicklung eines neuen funktionsgemischten und lebhaften Stadtquartiers erprobt. Mit dem Projekt können Maßstäbe für künftige Konversionsvorhaben gesetzt werden.

Mit der Bayernkaserne wird erstmalig in größerem Umfang für eine ca. 12 Hektar große Fläche die neue Gebietskategorie der Urbanen Gebiete in München angewandt. Im Sinne einer konsortialen Quartiersentwicklung sollen die Beteiligten aktiv in den Planungs- und Umsetzungsprozess einbezogen werden, der durch ein Quartiersmanagement gesteuert und koordiniert wird. Durch die Bündelung der Kreativität der unterschiedlichen Akteure sollen so geeignete Konzepte bzw. vertragliche Regelungen entwickelt werden, um auf spezifische Anforderungen und Potenziale eines urbanen Quartiers (u. a. Nahmobilität, gewerbliche und soziale Nutzung, Baukultur) einzugehen. Mit der Anwendung des Urbanen Gebiets erhofft sich die Landeshauptstadt Impulse für die Quartiersentwicklung, die auch als Beispiel für andere Kommunen in ähnlicher Ausgangslage dienen können.



Quelle: Falko Matte, Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz

Naumburg (Saale)

Umfeld-Neugestaltung für das UNESCO-Weltkulturerbe Naumburger Dom

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

32.155

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

6.666.000 €

Bundesmittel

600.000 €

Kommunale Mittel

66.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Für die angemessene Umgestaltung des Umfelds des Naumburger Doms zu einem hochwertigen und integrierten Stadtraum, der die gesamte Domimmunität einbezieht, den heutigen Anforderungen entspricht und bestehende Konflikte auflöst, soll ein Masterplan erarbeitet werden.

Der Naumburger Dom „St. Peter und Paul“ ist seit 2018 Teil des UNESCO-Weltkulturerbes und einer der Höhepunkte entlang der „Straße der Romanik“ in Sachsen-Anhalt. Auch das angrenzende Domumfeld wurde 2011 als Denkmalsbereich mit besonderer städtebaulicher und kultureller Bedeutung ausgewiesen.

Die Gestaltung des Freiraums im unmittelbaren Domumfeld ist mit Bezug auf den zunehmenden Nutzungsdruck und die unterschiedlichen Anforderungen nicht mehr angemessen. Aufgrund der stadträumlichen Lage des Naumburger Doms zwischen Marktplatz und Hauptbahnhof sieht die Stadt es als dringend notwendig an, das Umfeld des Weltkulturerbes städtebaulich und gestalterisch aufzuwerten. Die Herstellung von Barrierefreiheit, fehlende Stellplätze, Konflikte zwischen Verkehrsteilnehmern und Nutzungsarten sind bestehende Herausforderungen, denen im Rahmen der Umgestaltung begegnet werden soll.

Aufgrund der Erfahrungen aus vorangegangenen Entwicklungsansätzen sollen mit dem Projekt alle relevanten Akteure frühzeitig, niedrigschwellig und mithilfe innovativer Formate einbezogen werden. Die Planung soll im Rahmen eines Wettbewerbsverfahrens ermittelt werden. Durch die Bundesförderung wird so die integrierte Erarbeitung einer Masterplanung als beständige Grundlage für eine langfristige Entwicklung des Domumfeldes sowie des gesamten Quartiers für die Stadt Naumburg ermöglicht.



Quelle: Alexander Tschohoff, www.tschohoff.de

Nürnberg

Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

518.370

Projektlaufzeit

seit 2017

Projektkosten

16.881.722 €

Bundesmittel

7.000.000 €

Kommunale Mittel

5.881.722 €

Weitere Mittel

4.000.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Dokumentationszentrum des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg wird erweitert und an die aktuellen technischen Standards angepasst. Es entsteht ein Generationen verbindendes, didaktisch innovatives und inklusives Museumsangebot für den wachsenden Besucherstrom aus aller Welt.

Das Nürnberger Reichsparteitagsgelände besitzt als größtes erhaltenes Ensemble nationalsozialistischer Staats- und Parteiarchitektur Deutschlands nationalen und internationalen Symbolcharakter. Seit 2001 befasst sich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit dem historischen Erbe dieses Ortes. Die moderne Konstruktion aus Glas und Stahl des Architekten Günther Domenig bildet einen markanten Kontrapunkt zu der im Rohbau gebliebenen Kongresshalle, die als Sinnbild für das Scheitern der NS-Ideologie gilt.

Das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände zählt zu den attraktiven und besucherstarken historischen Lernorten Europas. Aufgrund der steigenden Besucherzahl ist ein Ausbau der allgemeinen Publikumszonen und Ausstellungsflächen erforderlich. Die Förderung im Bundesprogramm umfasst die Erweiterung des Lern- und Veranstaltungsbereichs, die Einrichtung von Funktionsflächen für wissenschaftliches Arbeiten sowie die Ertüchtigung und Erweiterung der Ausstellungsflächen und des allgemeinen Besucherbereichs. Die Maßnahmen werden unter besonderer Berücksichtigung von Barrierefreiheit durchgeführt.



Quelle: Fritz Planung GmbH

Nürnberg

Sanierung Schwimmhalle III (ehem. Frauenschwimmhalle)

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

518.370

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

10.029.190 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

6.029.190 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Als überragendes bauliches Zeugnis des Jugendstils soll das 1914 erbaute und seit 25 Jahren geschlossene Volksbad als identitätsstiftender und städtebaulich prägnanter Bau bewahrt sowie als attraktives Hallenbad reaktiviert werden.

Zu seiner Erbauung war das Volksbad in Nürnberg das modernste Bad Europas und das größte Bad Deutschlands. Bis nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es wiederholt über eine Million Besucher pro Jahr. Die Reaktivierung des Volksbades hat das Ziel, das identitätsstiftende und städtebaulich prägnante Denkmal zu erhalten sowie dringend benötigte Flächen für das Schulschwimmen und ein attraktives Hallenbad für den wachsenden Nürnberger Westen zu schaffen.

Ausgehend von einer 2016 durchgeführten Machbarkeitsstudie sollen in den drei historischen Schwimmhallen bestehende Schwimmflächen reaktiviert und den heutigen Anforderungen eines öffentlichen und schulischen Schwimmbetriebs entsprechend ausgebaut und erweitert werden. Das Volksbad soll, ganz im Sinne seiner ursprünglichen Bedeutung, der Stadtgesellschaft ein zeitgemäßes und vielseitiges Sport-, Gesundheits- und Erholungsangebot bieten. Die Reaktivierung des Volksbades ist, gemeinsam mit der Umgestaltung des Verkehrsknotenpunktes am nahe gelegenen Plärres, Auftakt für die Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Weststadt.

Durch die Bundesförderung wird im Rahmen der Reaktivierung des Volksbades die ehemalige Frauenschwimmhalle denkmalgerecht saniert und zu einem Sauna- und Wellnessbereich ausgebaut. Die gesamten Projektkosten für die Sanierung und Reaktivierung belaufen sich auf rund 53 Mio. Euro. Neben der Kommune und dem Bund beteiligt sich auch der Freistaat Bayern an diesen Kosten.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Oberhausen

Altmarktgarten – Gebäudeintegriertes Dachgewächshaus zur nachhaltigen Pflanzenproduktion

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

210.764

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

2.556.000 €

Bundesmittel

2.300.000 €

Kommunale Mittel

256.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die Stadt Oberhausen hat mit dem Dachgewächshaus europaweit städtebauliches Neuland beschritten. Das wissenschaftlich begleitete Modellprojekt zeigt innovative Wege zur energieeffizienten Integration von Landwirtschaft in die Stadt.

Der „Altmarktgarten“ ist auf dem Neubau des Jobcenters entstanden und zeigt, wie Pflanzenproduktion im urbanen Raum städtebaulich integriert werden und klimagerecht stattfinden kann.

Das Projekt ist am Altmarkt im Innenstadtbereich von Oberhausen entstanden. Hier stehen seit vielen Jahren Gebäude leer und die Fußgängerzone wirkt teils verwaist. Durch eine neue Nutzungsmischung soll die Innenstadt revitalisiert werden. Dem Hybridgebäude aus Dachgewächshaus und Verwaltungsgebäude kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Aufgrund der zentralen Lage tragen die Mitarbeiter und Besucher des Gebäudes zur Belebung des Zentrums bei. Das in Oberhausen ansässige Fraunhofer-Institut UMSICHT hatte die Idee für das Projekt, begleitete die Umsetzung wissenschaftlich und betreibt nun darin einen Forschungsbereich, wie die Pflanzenproduktion mit der Gebäudeinfrastruktur verknüpft werden kann.

Das ansprechende und innovative Gebäude, entwickelt auf der Grundlage eines Planungswettbewerbs, wurde von der Stadt Oberhausen realisiert. Im Bundesprogramm wurden der Wettbewerb, die Planung, bauliche Umsetzung sowie konzeptionelle Maßnahmen wie Bürgerbeteiligung und begleitende wissenschaftliche Studien gefördert.

Entstanden ist ein sehr vielfältiges Gebäude als erster Baustein einer Stadtentwicklung, die Alternativen zur konsumdominierten Innenstadt schaffen will. Der Altmarktgarten verkörpert diesen Wandel eindrucksvoll und setzt damit Impulse.



Quelle: Werner Rensing

Oettingen in Bayern

Reaktivierung des Hotels Krone

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

5.151

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

18.140.000 €

Bundesmittel

9.760.000 €

Kommunale Mittel

5.580.000 €

Weitere Mittel

2.800.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Der hohe Denkmalwert des Gebäudeensembles, seine stadtbildprägende Lage im Ortszentrum sowie seine ehemalige Nutzung als Beherbergungs- und Veranstaltungsort machen die „Krone“ zu einem kulturhistorisch äußerst bedeutsamen Fachwerkgebäude der Residenzstadt im Donau-Ries.

Das Hotel Krone ist ein den Marktplatz in Oettingen i. Bay. prägender Fachwerkbau aus dem 15. Jahrhundert mit baugeschichtlicher Bedeutung. Das Baudenkmal liegt an zentraler Stelle im Stadtgefüge inmitten der Altstadt neben dem historischen Rathaus. Der Betrieb wurde aufgrund von statischen Mängeln an der Fachwerkkonstruktion im Februar 2017 eingestellt und das einsturzgefährdete Gebäude notgesichert. Um dem möglichen Verlust des historisch bedeutenden Gebäudes und seines Umfeldes entgegenzuwirken, hat die Stadt Oettingen i. Bay. mit Unterstützung des Bundesprogramms das Gebäude erworben, um es durch eine Sanierung und die Wiederherstellung eines zeitgemäßen Hotel- und Gastronomiebetriebs mit Veranstaltungssaal zu reaktivieren.

Mit der Sanierung samt Erweiterung der Hotelnutzung um einen Neubau soll das herausragende historische Gebäude für die Zukunft gesichert, aber auch eine Verbesserung der kulturellen Infrastruktur für Stadt und Region und damit eine nachhaltige Aufwertung des Standortes erreicht werden. Durch die konsequente Umsetzung dieses wichtigen zentralen Bausteins des Stadtentwicklungskonzepts wird eine „Initialzündung“ für die Stadterneuerung zur Stärkung der regionalen und überregionalen Stellung des Standortes Oettingen i. Bay. erwartet und somit u. a. den Disparitäten zu den Ballungsräumen entgegengewirkt.



Quelle: Wilfried Beege

Offenburg

Kultur-, Demokratie- und Bildungseinrichtung Salmen

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

59.967

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

3.595.303 €

Bundesmittlel

1.946.667 €

Kommunale Mittel

1.648.636 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Im Salmen, einem Kulturdenkmal nationaler Bedeutung und wechselvoller Geschichte, wird ein Besucherzentrum errichtet, das zu einem lebendigen Ort der Demokratiegeschichte in Südwestdeutschland und an der Grenze zu Frankreich entwickelt wird.

Der „Salmen“, originär im 17. Jahrhundert Straußwirtschaft und Packstation, hat hohen symbolischen Wert für die Demokratie in Deutschland. 1847 wurde hier eine erste demokratische Verfassung für Baden vorgestellt, später wurde das Gebäude zu einer Synagoge – bis zur Nacht vom 9. auf den 10. November 1938. In der Nachkriegszeit als Elektrohandlung genutzt, ging es 1997 in den Besitz der Gemeinde über. Seit 2002 als Kulturdenkmal von nationaler Bedeutung geführt, ist der Salmen heute Ort der Sitzungen des Gemeinderates und zugleich Veranstaltungszentrum. Konkrete Maßnahmen im Zuge der Erweiterung als „Salmen 4.0“ dienen einer verbesserten Zugangssituation durch die Herstellung der Barrierefreiheit und gleichzeitige Verbindung aller Gebäudeteile zur Herstellung eines Rundganges. Die erforderlichen Durchbrüche, Verbindungen und äußerlich sichtbaren Veränderungen sind mit dem Denkmalschutz vorabgestimmt. Das so aufgewertete Ensemble soll der Thementrias Heimat – Europa – Freiheit gewidmet sein, mit einem besonderen Augenmerk auf ein Angebot experimenteller und digitaler Erinnerungs-, Erlebnis- und Veranstaltungsformate, deren museale und künstlerische Konzeption ebenso durch Mittel des Bundesprogramms finanziert werden.



Quelle: Ringlokschuppen Osnabrück GmbH Edinghäuser Str. 20b, 49076 Osnabrück

Osnabrück

Revitalisierung des Ringlokschuppens

Land	Niedersachsen
Stadt-/Gemeindetyp	Großstadt
Einwohnerzahl	165.251
Projektlaufzeit	seit 2020
Projektkosten	9.104.000 €
Bundesmittel	6.000.000 €
Kommunale Mittel	3.000.000 €
Weitere Mittel	104.000 €
Themenfeld	Städtische Räume entwickeln

Mit der denkmalgerechten Sanierung des Ringlokschuppens auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Osnabrück und der Weiterentwicklung als Ort für Wissenschaft und Wissenstransfer wird die historische Bausubstanz dauerhaft gesichert und mit einer zukunftsfähigen Nutzung versehen.

Der ehemalige Güterbahnhof, dessen Nutzung bereits 1997 aufgegeben wurde, umfasst eine Fläche von insgesamt ca. 22 Hektar und befindet sich in zentraler Lage.

Nach mehreren Zwischennutzungen steht der denkmalgeschützte Ringlokschuppen derzeit leer und ist stark sanierungsbedürftig. Mit Unterstützung des Bundesprogramms soll der Ringlokschuppen denkmalgerecht saniert, energetisch angepasst und entsprechend seiner neuen Nutzung als Forschungszentrum für künstliche Intelligenz baulich ergänzt werden. Als „Coppenrath Innovation Centre“ (CIC) soll hier zukünftig mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) als Ankermieter eine Plattform für die Vernetzung von Forschung, Lehre, Wirtschaft und Unternehmensgründungen entstehen.

Neben der Etablierung der neuen Nutzung sind Maßnahmen zur Verbesserung der städtebaulichen Anbindung des Areals vorgesehen. Hierzu sollen Wegeverbindungen optimiert und eine Anbindung an den Osnabrücker Hauptbahnhof und die Innenstadt geschaffen werden. Das hier dargestellte Förderprojekt umfasst den vierten und letzten Bauabschnitt der Sanierungs- und Umbaumaßnahmen des Ringlokschuppens sowie Maßnahmen zur Erschließung und Herstellung des angrenzenden Geländes. Die weiteren Projektabschnitte werden über die Ringlokschuppen Osnabrück GmbH finanziert. Langfristig soll das gesamte Areal des ehemaligen Güterbahnhofs als sogenanntes LokViertel zu einem gemischten urbanen Quartier weiterentwickelt werden.



Quelle: Daniel Li Photography, Fachwerk5Eck

Osterode am Harz, Northeim, Duderstadt, Einbeck & Hann. Münden

Das Fachwerk-Fünfeck

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

21.563 (Osterode am Harz)

29.098 (Northeim)

20.363 (Duderstadt)

30.689 (Einbeck)

23.609 (Hann. Münden)

Projektlaufzeit

2014–2018

Projektkosten

837.751 €

Bundesmittel

745.476 €

Kommunale Mittel

92.275 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Fünf Städte in der Region Südniedersachsen haben im Rahmen einer interkommunalen und landkreisübergreifenden Kooperation eine Strategie zur Standort- und Wirtschaftsbelebung ihrer historischen Stadtkerne im regionalen und überregionalen Kontext entwickelt.

Die Mittelzentren Duderstadt, Einbeck, Hann. Münden, Northeim und Osterode am Harz sind Bezugsorte für über 400.000 Menschen in der Region Südniedersachsen. Gemeinsam repräsentieren diese Städte eine der vielfältigsten Fachwerklandschaften in Europa und stehen für über 800 Jahre Fachwerk- und Stadtbaukunst.

Der Bund förderte die Erstellung eines integrierten Managementplans zur Stärkung der historischen Stadtkerne im Rahmen dieses regionalen Projekts zur Fachwerklandschaft Südniedersachsens „Das Fachwerk-Fünfeck“. Darüber hinaus wurden mit ausgewählten Konzeptimmobilien in allen fünf Kommunen erste beispielgebende Impulsprojekte realisiert. Kern des Projektes war die neu eingerichtete Geschäftsstelle des Fachwerk-Fünfecks, die auch über den Förderzeitraum hinaus fortgeführt wird. Sie setzt unterschiedliche Beteiligungs- und Informationsformate um, initiiert Fachkongresse, Kulturveranstaltungen und Bürgerforen und vertritt das Fachwerk-Fünfeck in der Öffentlichkeit.

Langfristig wollen die fünf Partnerstädte die regionale, nationale und internationale Wahrnehmung des herausragenden Fachwerkkulturerbes der Region verbessern. Der Fachwerkbestand soll zum Wohnen, Arbeiten und Leben attraktiv und zukunftsfähig gestaltet werden, um regionale Identität und Wirtschaftskraft zu stärken.



Quelle: Helge Mundt, Hamburg

Paderborn

Fluslandschaft Pader

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/ Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

151.633

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

3.300.000 €

Bundesmittel

2.200.000 €

Kommunale Mittel

1.100.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Mit der multifunktionalen Entwicklung der innerstädtischen Paderbereiche sind Stadtfreiräume von hoher ökologischer, sozialer und denkmalpflegerischer Qualität entstanden.

Mit dem Gesamtentwicklungskonzept „Fluslandschaft Pader“ wurde im Jahr 2014 eine Zukunftsperspektive für die Pader im Innenstadtbereich entwickelt. Das Konzept identifizierte Defizite wie fehlende Wahrnehmbarkeit, Unzugänglichkeit der Quellen und Wasserläufe, lückenhafte Wegevernetzung und Orientierung sowie mangelnde ökologische Durchgängigkeit.

Im gleichnamigen Förderprojekt wurden aus dem Gesamtentwicklungskonzept abgeleitete Teilprojekte vertiefend geplant und baulich umgesetzt. Im Fokus stand das mittlere Quellgebiet der Pader, das als Scharnier zwischen den eher urban geprägten sowie den stärker landschaftlich geprägten Flussabschnitten wirkt. Mithilfe der Bundesförderung wurde eine attraktive Gestaltung der Freiräume in diesem Bereich realisiert und der Zusammenfluss der einzelnen Flussarme zur Pader erlebbar gemacht. So konnte das einzigartige innerstädtische Quellgebiet von Deutschlands kürzestem Fluss durch die freiraumplanerische Gestaltung und Schaffung neuer Wegeverbindungen deutlich qualifiziert werden. Ein durchgängiger Gewässer- und Freiraumzusammenhang von der Innenstadt bis zum Übergang in die Landschaft ist nun der nächste Schritt.

Die Umsetzung des Leitbildes „Fluslandschaft Pader“ wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Quartiere aus und erhöht die Lebensqualität in der Stadt.



Quelle: Holger Bosch, WLW

Porta Westfalica

Rekonstruktion der Ringmauer und Einrichtung eines Besucherzentrums am Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Land

Nordrhein-Westfalen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

35.631

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

6.111.111 €

Bundesmitten

5.500.000 €

Kommunale Mittel

611.111 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das landschaftsprägende Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Wittekindenberg wurde instand gesetzt. Durch den Einbau touristischer Infrastruktur, neue Wanderwege und die freiräumliche Gestaltung gewinnt es an Attraktivität.

Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal liegt als Solitär oberhalb des Weserdurchbruchs am Rand des Stadtgebiets von Porta Westfalica. Es ist im Flächennutzungsplan als „Einzelanlage unter Denkmalschutz“ ausgewiesen.

Das landschaftsprägende Nationalmonument am Wittekindenberg ist aufgrund seiner Lage an Weser und überregionalen Verkehrsachsen weithin bekannt. Umgeben von Wald- und Naturschutzgebieten ist das Denkmal als Ausflugs- und Naherholungsziel sehr beliebt. Infolge nicht behobener Kriegsschäden war die Anlage in ihrer Standsicherheit gefährdet und stark sanierungsbedürftig.

Im Zuge der statisch notwendigen Instandsetzung wurden mithilfe des Bundesprogramms Maßnahmen zur funktionalen und gestalterischen Verbesserung des Denkmals und seines Umfeldes realisiert. Dazu gehören eine barrierefreie Zugänglichkeit, der Einbau eines Besucherzentrums mit Gastronomie in den Sockel des Denkmals sowie ein Neubau für weitere Nutzungen. Nach dem Umbau wurde das Denkmal im Juli 2018 feierlich eröffnet.

Langfristiges Ziel des Projektes ist es, die touristische und städtebauliche Entwicklung der angrenzenden Ortsteile sowie der gesamten Stadt Porta Westfalica voranzubringen.



Quelle: AFF Architekten, Berlin

Potsdam

Soziale Infrastruktur für Krampnitz

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

180.334

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

10.670.000 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

2.000.000 €

Weitere Mittel

4.670.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Auf einem ehemaligen Kasernengelände entsteht ein neues Stadtquartier. Als impulsgebende Einrichtungen sollen eine Schule und eine Kita im denkmalgeschützten ortsbildprägenden Bestand eingerichtet werden.

Die Einwohnerzahl der Landeshauptstadt Potsdam ist seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen. Um dem steigenden Bedarf an Wohnraum Rechnung zu tragen, wird das ehemalige, nördlich der Innenstadt gelegene Kasernenareal Krampnitz mit ca. 140 Hektar entwickelt. Im Einklang mit dem denkmalgeschützten Gebäudebestand entsteht ein modernes Stadtquartier für rd. 10.000 Bewohnerinnen und Bewohner mit Flächen für soziale Infrastruktur, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen.

Im Rahmen der Förderung soll unter Einbeziehung von zwei denkmalgeschützten Gebäuden eine dreizügige Grundschule mit Hort, Sporthalle, Kita sowie Außensport-, Spiel- und Freiflächen errichtet werden. Dabei wird der Gedanke des „Bildungscampus“ verfolgt. Im Rahmen eines interdisziplinären Realisierungswettbewerbs wurde ein städtebaulich und gestalterisch funktional überzeugender Entwurf für das Gebäudeensemble in Verbindung mit den Bestandsgebäuden gesucht.

Die besondere Chance, die ein Schulneubau und die personelle sowie inhaltliche Entwicklung einer neuen Schule in sich tragen, ist die Herausbildung einer lebendigen Schulgemeinschaft. Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie außerschulische Partner sollen den Standort Schule gemeinsam annehmen und weiterentwickeln. Die Beteiligung aller Mitwirkenden an Gestaltungs- und Teilhabeprozessen ermöglicht es auch und insbesondere den Kindern, sich mit ihrer Schule zu identifizieren, sich aktiv am Schulleben zu beteiligen und mitzuwirken.



Quelle: Paolo Risser

Potsdam

Lottenhof – Ostmoderne am Eingang zum Weltkulturerbe

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

180.334

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.950.000 €

Bundesmittel

1.970.000 €

Kommunale Mittel

980.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Mit dem Nachbarschafts- und Begegnungshaus „Lottenhof“ soll auf der Grundlage eines gemeinsamen Konzepts von Nachbarschaft, Stadtverwaltung und Stiftung Preußische Schlösser und Gärten eine Zukunft für ein architektonisches Kleinod der Ostmoderne am Rande des UNESCO-Weltkulturerbes Schloss Sanssouci geschaffen werden.

Die „Gaststätte Charlottenhof“ am südlichen Eingang des Schlossparks Sanssouci ist ein Beispiel für die Überformung der Preußischen Schlösser und Gärten durch die Ostmoderne. Sie entstand 1971 auf Nebenanlagen des Parks in Nachbarschaft zum namensgebenden Schloss. Der Treffpunkt für Anwohnerinnen und Anwohner sowie Touristinnen und Touristen steht seit 2010 leer. Architektonisch wertvoll ist die Pylonen-Konstruktion des Hauptsaaes. Bereits heute werden die Außenflächen für einen Nachbarschaftsgarten und vielfältige soziale Aktivitäten genutzt. In einem partizipativen Prozess – zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, dem Verein Stadtteilnetzwerk Potsdam West sowie der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten – wurde ein Raum- und Nutzungskonzept für das Nachbarschafts- und Begegnungshaus Lottenhof erarbeitet. Auf dieser Grundlage soll nun die sozialverträgliche Sanierung des Baudenkmals zur Nutzung als Nachbarschaftstreffpunkt, Gaststätte und Veranstaltungsort erfolgen. Dadurch soll ein urbanes, kulturelles, soziales und nachbarschaftliches Zentrum entstehen, das unterschiedlichen Ziel- und Nutzergruppen offensteht. Neben Veranstaltungen und Angeboten für die beiden angrenzenden Quartiere sind weitere Nutzungen wie eine Kurzzeitkita und Gastronomie vorgesehen.



Quelle: Nico Fröbisch, Gemeinde Probstzella

Probstzella

Itting-Garagen

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

2.851

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

541.000 €

Bundesmittel

414.000 €

Kommunale Mittel

120.000 €

Weitere Mittel

7.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Anlässlich des Bauhaus-Jubiläums versetzt die Gemeinde Probstzella die Itting-Garagen wieder in ihren bauhistorischen Zustand von 1934. Damit werden der architektonisch-städtebauliche Zusammenhang zum „Haus des Volkes“ wiederhergestellt und die städtebauliche Relevanz des Gebäudes am Ortseingang betont.

Die Itting-Garagen sind Teil des vom Bauhaus-Meister Alfred Arndt im Auftrag des Unternehmers Franz Itting 1927/28 errichteten Ensembles „Haus des Volkes“ in Probstzella. Die Itting-Garagen stellen mit einer Kombination aus Garagen, Werkstätten und Wohnungen einen zur damaligen Zeit besonders modernen und innovativen Bautypus dar. Das Baudenkmal ist eines der wenigen realisierten Projekte der Bauhaus-Architektur in Thüringen. Als einer der Ersten setzte Arndt seinerzeit die Gestaltungsprinzipien des Bauhauses in der Region um und sorgte somit für einen Kontrast in der Architekturlandschaft.

Mithilfe des Bundesprogramms wird der ursprüngliche Gesamteindruck des Ensembles wiederhergestellt. Die Gemeinde Probstzella realisiert Maßnahmen zur Wiederherstellung des bauzeitlichen Erscheinungsbildes der Garagen und zur Weiterführung ihrer bestehenden Nutzung. Auch spätere Zeitschichten des erweiterten und umgenutzten Gebäudes werden berücksichtigt. So wird der an die Südostfassade grenzende Anbau aus der DDR-Zeit als historisches Zeugnis saniert und somit die Funktion der Garagen als Teil des DDR-Grenzbahnhofes zum Ausdruck gebracht. Die denkmalpflegerischen Zielstellungen für das Gebäude wurden aus einer Bestandsanalyse zu Baualter, Schäden und Nutzung abgeleitet.

Quedlinburg

2014 Entwicklung des Quedlinburger Schlossberges

2015 Quedlinburger Schlossberg – Sanierung
Residenzbau, Ostflügel

2016 Quedlinburger Schlossberg – Sanierung
Residenzbau, Westflügel

Land Sachsen-Anhalt	Projektlaufzeit	2014–2017	2015–2021	2016–2021
Stadt-/Gemeindetyp Mittelstadt	Projektkosten	2.263.000 €	1.735.600 €	2.489.090 €
Einwohnerzahl 23.798	Bundesmittel	2.000.000 €	1.400.000 €	1.700.000 €
Themenfeld Baukulturelles Erbe in Wert setzen	Kommunale Mittel	263.000 €	335.600 €	789.090 €

Mit der Sicherung und Gestaltung des Nordhanges am Schlossberg und der Sanierung des substanzgefährdeten Residenzbaus in Quedlinburg wird die Präsentation der UNESCO-Welterbestätte langfristig verbessert und als touristisches Ziel gestärkt.

Das Ensemble aus Schlossberg und Stiftskirche in Quedlinburg ist einer der wichtigsten authentischen Orte der mittelalterlichen Geschichte. Der Schlossberg mit seinem Renaissanceschloss und der romanischen Stiftskirche prägt die UNESCO-Welterbestadt Quedlinburg.

Im Rahmen des Bundesprogramms wurde in einem ersten Förderabschnitt der Hang an der Nordseite des Schlossberges gesichert. Die Gartenanlagen am Nordhang wurden auf Grundlage eines übergeordneten Konzepts neu gestaltet und an Bürgerinnen und Bürger verpachtet. Eine neue Beleuchtung sorgt dafür, dass das Ensemble nun auch nachts besser in Szene gesetzt wird. Die Umsetzung der Maßnahmen wurde durch eine breite Bürgerinformation und -kommunikation begleitet, aus der ein Kinderbuch über die Sanierung des Schlossberges entstanden ist. Im Sommer 2017 wurden die fertiggestellten Bereiche zur Nutzung übergeben.

Neben der Stiftskirche ist insbesondere der Residenzbau ein prägendes Element des Schlossbergs. Derzeit sind aufgrund von Baugrundproblemen, unzureichendem Brandschutz und Schädlingsbefall einzelne Bereiche des Residenzbaus für den Besuchsverkehr gesperrt. Ziel des Projektes ist neben der Substanzsicherung und denkmalgerechten Sanierung auch eine Neuorientierung der musealen und touristischen Nutzung zur nachhaltigen Steigerung der Attraktivität.



Quelle oben: Jürgen Meusel

Quelle links und rechts unten: Welterbestadt Quedlinburg

In zwei weiteren Förderperioden wurden mithilfe der Bundesmittel zwei der Ost- und Westflügel des Residenzbaus mit Dächern, Decken, Fassaden, Fenstern und Türen saniert. Die dabei angewendete Sanierungstechnik und der behutsame Umgang mit der Bausubstanz sowie die weitgehende Wiederverwendung historischer Baustoffe sind vorbildgebend für die Sanierung vergleichbarer Objekte ähnlicher Bauart.

Nach Abschluss des Projektes werden attraktive Ausstellungsräume für die reichhaltigen Sammlungen des Museums an authentischem Ort zur Verfügung stehen.



Quelle: Stadt Ratzeburg

Ratzeburg

Erneuerung der Domhalbinsel

Land

Schleswig-Holstein

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

14.525

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

2.427.000 €

Bundesmittel

649.000 €

Kommunale Mittel

324.000 €

Weitere Mittel

1.454.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das herausragende Zeugnis romanischer Backsteinarchitektur in Norddeutschland wird durch die Aufwertung der öffentlichen Räume auf der Domhalbinsel erfahrbar und erlebbar gemacht. Die Barrierefreiheit und die Entwicklung von Leitsystemen ist ein besonderes Anliegen dieses Projektes.

Ziel der Maßnahme ist die umfassende Erneuerung und Inwertsetzung des gesamten Bereiches der Ratzeburger Domhalbinsel, des sogenannten Domhofs. Der im 12. bis 13. Jahrhundert erbaute Dom ist ein wichtiges Zeugnis romanischer Backsteinarchitektur in Norddeutschland und prägt gemeinsam mit dem angrenzenden Kloster bis heute die Silhouette der Stadt und insbesondere die Halbinsel. In unmittelbarer Nachbarschaft von Dom und Kloster befinden sich weitere bedeutende Baudenkmale, die beispielsweise das Kreis- und das Webermuseum beheimaten. Im Bereich des Domhofes, dem Ensemble aus Dom, Kloster und Park, gilt es, das baukulturelle Erbe zu erhalten und gleichzeitig in Wert zu setzen. Zudem soll das insbesondere in diesem Bereich Ratzeburgs vorhandene touristische – und damit wirtschaftliche – Potenzial behutsam weiterentwickelt werden. Dies soll in mehreren Bauabschnitten mit der umfassenden Überarbeitung der öffentlichen Räume durch Instandhaltungs- und Erneuerungsmaßnahmen und die Schaffung von Barrierefreiheit geschehen. Gleichzeitig gilt es, die Gestaltung der öffentlichen Räume der Atmosphäre von Dom und Kloster anzupassen.



Quelle: Stadt Regensburg

Regensburg

Porta Praetoria

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

153.094

Projektlaufzeit

2014–2017

Projektkosten

3.000.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

300.000 €

Weitere Mittel

700.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Porta Praetoria wird die antike Bausubstanz der noch erhaltenen Toranlage des ehemaligen römischen Legionslagers Castra Regina saniert und als kulturelles Erbe im Kerngebiet der Regensburger Altstadt in Wert gesetzt.

Die Altstadt von Regensburg mit ihrer über 2.000 Jahre alten römischen Vergangenheit zählt seit dem Jahr 2006 zu den UNESCO-Welterbestätten in Deutschland. In der historischen Altstadt finden sich viele Spuren und bauliche Überreste der ehemaligen Befestigungsanlage des römischen Legionslagers. Ungeachtet der stetigen baulichen Veränderung sind bis heute große Teile von einem der vier Haupttore erhalten geblieben. Bei der Porta Praetoria an der ehemals nördlichen Lagerflanke handelt es sich um das neben der Porta Nigra in Trier einzige erhaltene Tor eines römischen Legionslagers nördlich der Alpen.

Trotz Pflege sind über die Jahre an einem der Türme der Porta Praetoria Schäden aufgetreten, die eine Sanierung des historisch und städtebaulich bedeutsamen Bauwerks besonders dringlich machten. Das Bundesprogramm unterstützte die denkmalgerechte Sanierung und Inszenierung.

Die Stadt Regensburg integriert die Porta Praetoria in die Gesamtstruktur „Römisches Welterbe Regensburg“. Analog zu den bestehenden Fundorten der Legionslagermauer, die bereits der Öffentlichkeit zugänglich sind, wird die Porta Praetoria Fixpunkt der städtebaulichen Entwicklung sowie baukulturell bedeutender Ort der Stadt. Die Porta Praetoria bestimmt als Ausgangspunkt der Via Praetoria bis heute die Morphologie Regensburgs und das architektonische Erscheinungsbild der heutigen Nutzung.



Quelle: Bilddokumentation Stadt Regensburg

Regensburg

Neubau einer Synagoge mit Integration des alten Gemeindehauses

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

153.094

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

6.690.000 €

Bundesmitten

3.300.000 €

Kommunale Mittel

1.700.000 €

Weitere Mittel

1.690.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Der markante Neubau symbolisiert die jüdische Geschichte der Stadt und setzt einen besonderen architektonischen Akzent in der Regensburger Altstadt.

Die jüdische Gemeinde in Regensburg ist eine der ältesten Deutschlands und untrennbar mit der Geschichte der Stadt verbunden. Von ihr gingen zahlreiche Impulse aus, die die Regensburger Stadtgesellschaft prägten und bereicherten. Daneben ereigneten sich jedoch wiederholt auch Ächtungen und Vertreibungen von Angehörigen der Glaubensgemeinschaft sowie Zerstörungen von Synagogen in Regensburg.

Seit 1994 verzeichnet die jüdische Gemeinde wieder einen starken Zulauf. Die Räumlichkeiten ihres Gemeindezentrums mussten deshalb erweitert werden.

Neben der stadtgeschichtlichen und -kulturellen Bedeutung jüdischen Lebens stellt auch die Lage des jüdischen Gemeindezentrums in der Regensburger Altstadt höchste Anforderungen an die Qualität der Planung. Deshalb ging dem Projekt ein Planungswettbewerb voraus, für den sich private Spenderinnen und Spender engagiert haben. Der Siegerentwurf schafft es, einen zeitgemäßen architektonischen Ausdruck mit dem UNESCO-Welterbe der Regensburger Altstadt zu verknüpfen. Das Konzept sieht vor, den Neubau an der Straße mit dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude zu verbinden. Bereits während der baulichen Realisierung wurde auf Grundlage eines Kommunikationskonzeptes über das Bauvorhaben informiert, um jüdisches Leben als Teil der Regensburger Stadtgesellschaft sichtbar zu machen. Das Bauvorhaben erhielt neben mehreren Preisen auch eine Auszeichnung im Rahmen des Deutschen Ingenieurbaupreises 2020.



Quelle: Josefine Rosse, Eigenbetrieb KOE Rostock

Hansestadt Rostock

Erweiterung der Kunsthalle in Rostock um ein Schaudepot

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

209.191

Projektlaufzeit

2015–2018

Projektkosten

5.000.000 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

1.000.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die ursprüngliche städtebauliche und funktionale Konzeption der Kunsthalle Rostock wurde nun vollständig umgesetzt und das Museum durch die Erweiterung als Kulturstandort der Hansestadt gestärkt.

Als einziger Neubau eines Kunstmuseums der DDR ist die Kunsthalle Rostock eines der wichtigsten Architekturdenkmäler der DDR-Moderne. Seit ihrer Eröffnung 1969 entwickelte sie sich zum größten Ausstellungshaus für zeitgenössische Kunst in Mecklenburg-Vorpommern mit eigenem Sammlungsbestand. Die Stadt Rostock erweitert die Kunsthalle um ein Schaudepot, um damit den aktuellen Raumbedarf zu decken.

Ziel war es, die nationale Wahrnehmung der Kunsthalle voranzubringen, attraktive Ausstellungen durch Leihgaben anzubieten und die internationale Vernetzung auszubauen.

Der Depotanbau wurde bereits in den Entwürfen des Architekten Hans Fleischhauer vorgesehen, konnte aber nie umgesetzt werden. Im Rahmen der Förderung erfolgte die konzentrierte Erweiterung der Kunsthalle mit einem Schaudepot, das sich städtebaulich in das Parkdenkmal am Schwanenteich einfügt und gleichzeitig die Wahrnehmung des Gebäudes für Besucher steigert. Während der anschließend begonnenen Grundsanierung des Bestandsgebäudes kann das Schaudepot für Ausstellungszwecke genutzt werden.



Quelle: baukanzlei BDA Thomas Fiel

Rüdersdorf bei Berlin

Denkmalensemble „Historisches Berg- und Kalkwerk“ Museumpark der Baustoffindustrie Rüdersdorf

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

15.812

Projektlaufzeit

2015–2020

Projektkosten

3.000.000 €

Bundesmittel

2.700.000 €

Kommunale Mittel

300.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Zur Steigerung der Attraktivität der Berg- und Kalkwerke im Museumpark der Baustoffindustrie werden Maßnahmen zum touristischen Ausbau und zur städtebaulichen Anbindung der Denkmallandschaft an die Stadt durchgeführt.

In Rüdersdorf bei Berlin wird seit der Wiedervereinigung ein weltweit einzigartiges Ensemble historischer Zeugnisse der Baustoffindustrie präsentiert. Das 17 Hektar große Gelände des Museumparks der Baustoffindustrie mit seinen Profan- und Industriedenkmalen grenzt unmittelbar an den Kalksteintagebau an. Es verbindet das Industriegebiet im Norden mit dem nahe gelegenen neuen Zentrum der Gemeinde Rüdersdorf. Bisher ist der Museumpark unzureichend an das Zentrum angebunden. Darüber hinaus sind zahlreiche Industriedenkmalen stark sanierungsbedürftig.

Das durch den Bund geförderte Projekt wurde in zwei Schritten umgesetzt: Der erste Schritt umfasste einen landschaftsarchitektonischen Planungswettbewerb für den Eingangsbereich des Museumparks sowie eine Ideenwerkstatt. In einem zweiten Schritt wurden verschiedene Baumaßnahmen umgesetzt, die den Park als touristisches Ziel attraktiver machen. Im Fokus standen der Eingangsbereich mit neuen Parkmöglichkeiten sowie Service- und Eingangszentrum, die Sicherung und Inszenierung einzelner Industriedenkmalen sowie die Schaffung neuer Aufenthalts- und Spielflächen im Park und entlang der Tagebaukante. Mit einem Beteiligungsverfahren wurde die Öffentlichkeit über den Förderzeitraum hinaus in die Weiterentwicklung des Museumparks eingebunden.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BSR)

Saarbrücken

Barock trifft Moderne

Land

Saarland

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

180.374

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

4.000.000 €

Bundesmittel

3.600.000 €

Kommunale Mittel

400.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Das Projekt hat die städtebaulich prägenden Phasen der Saarbrücker Stadtentwicklung verzahnt: die barocke Residenzstadt mit dem Barockensemble um die Ludwigskirche sowie die Wiederaufbauphase der Nachkriegszeit mit der Eisenbahnstraße und der Stengelanlage.

Im Stadtteil Alt-Saarbrücken treffen herausragende architektonische Zeugnisse aus der Zeit des Barocks und der Nachkriegsmode auf kleinem Raum unmittelbar aufeinander. Das baukulturelle Erbe beider Phasen hat deutliche funktionale und gestalterische Probleme aufgewiesen, die mit dem Projekt gelöst wurden.

Die Stadt Saarbrücken nutzte die Förderung durch das Bundesprogramm, um die touristischen Anziehungspunkte des Stadtteils herauszustellen. Hierzu wurden zunächst die beiden Barockkirchen funktional ertüchtigt, indem Sanierungen und substanzverbessernde Maßnahmen durchgeführt wurden. Neben der von der 2-€-Münze europaweit bekannten Ludwigskirche handelt es sich hierbei um die etwa zeitgleich erbaute Friedenskirche. Das Vorhaben bezog darüber hinaus auch das städtebauliche Umfeld der Kirchen ein: Straßen wurden zurückgebaut, Kolonnaden modernisiert und die Stengelanlage als gartenarchitektonisches Kleinod der 1950er-Jahre erneuert.

Das Förderprojekt ist räumlich und inhaltlich mit der städtebaulichen Gesamtstrategie verknüpft, mit der die Stadt Saarbrücken seit 2004 eine umfassende Aufwertung der Innenstadt verfolgt.

Saarburg

2017 Saarburg-Terrassen

2019 Saarburg-Terrassen: Öffentliche Räume

Land Rheinland-Pfalz	Projektlaufzeit	2017–2019	seit 2019
Stadt-/Gemeindetyp Kleinstadt	Projektkosten	637.742 €	8.356.214 €
Einwohnerzahl 7.381	Bundesmittel	430.000 €	5.000.000 €
Themenfeld Städtische Räume entwickeln	Kommunale Mittel	215.000 €	3.356.214 €

Für die prosperierende Kleinstadt Saarburg stellt die Nachnutzung und Integration der „Saarburg-Terrassen“ – ein rund ein Achtel des städtischen Siedlungsgebiets umfassendes Konversionsareal – in das städtische Gesamtgefüge eine große Herausforderung dar.

Seit Abzug der französischen Streitkräfte im Herbst 2010 hat die Stadt Saarburg etwa ein Drittel der bebauten Konversionsflächen einer neuen Nutzung zugeführt. Auf den restlichen Flächen des ehemaligen französischen Kasernenareals De-Lattre auf 22 Hektar soll nun der neue Stadtteil „Saarburg-Terrassen“ für rund 1.200 Einwohnerinnen und Einwohner entstehen. Neben der Schaffung modellhafter, innovativer und ökologischer Wohnformen für den ländlichen Raum (Mehrgenerationen, Baugruppen) umfasst das Konzept verbindende Grünzüge, identitätsstiftende Plätze sowie einen gestalteten Übergang zur freien Landschaft mittels der sogenannten Gärten von Saarburg als dauerhaftes Ausstellungsgelände für Gartenkultur.

Als ersten Baustein des Gesamtkonzepts setzte die Stadt mithilfe der Bundesförderung vorbereitende bauliche Maßnahmen um, entwickelte ein Betreiberkonzept für die Gärten von Saarburg sowie Pläne für den Umbau des „Küchenhauses“, das als öffentlicher Ort Gastronomie, Seminar- und Veranstaltungsräume vereinen soll. Das Küchenhaus liegt an prominenter Stelle zwischen den geplanten Gärten von Saarburg und dem zukünftigen Grünzug.

Die Vorhaben, wie die Planung und Ausführung der Gartenanlagen und des zentralen Grünzugs, der Um- und Ausbau des Küchenhauses und einer „Eingangs- und Eventhalle“ sowie der Bau von Besucherparkplätzen werden nun mit einer weiteren Bundesförderung umgesetzt.



Quelle oben und unten: Costin-Dorel Dobai



Quelle: Dorn Architekten

Scheer

Neue Mitte – Sanierung des ehemaligen Adelspalais

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

2.498

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

6.754.000 €

Bundesmittel

3.353.000 €

Kommunale Mittel

2.181.000 €

Weitere Mittel

1.220.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit dem Umbau und der Erweiterung des historischen Gebäudes mit seiner wechselvollen Nutzungsgeschichte von adligen bis zu bäuerlichen Zwecken entsteht ein multifunktionales Impulsprojekt im ländlichen Raum, das der Kleinstadt eine neue funktionale Mitte geben soll.

Der 1787/89 errichtete „Fruchtkasten“ in Scheer war ursprünglich ein Adelspalais der Thurn und Taxis, das zwischenzeitlich als Vorrats- haus genutzt wurde. Das Gebäude soll nun zentraler Baustein eines gemischt genutzten Komplexes für Kultur und Museum sowie dem Anbau einer Sporthalle werden. Das Gebäude ersetzt funktional die alte, mittlerweile abgerissene Mehrzweckhalle und ergänzt diese mit verschiedenen Nutzungen und Angeboten. Das Gesamtvorhaben gliedert sich in mehrere Teilbereiche, die mithilfe von unterschiedlichen Fördergebern finanziert werden.

Im Bundesprogramm werden im Wesentlichen die Sanierung und der Ausbau des Kerngebäudes (des „Fruchtkastens“) umgesetzt. Es wird künftig durch die Sporthalle und den freiraumplanerisch gestalteten Außenbereich ergänzt. Über eine Brücke wird eine direkte fußläufige Verbindung über die Donau zum ca. 300 Meter entfernten Markt- platz hergestellt. Ein solches Mehrzweckzentrum soll die Ortsmitte städtebaulich aufwerten und das über längere Zeit leer stehende Denkmal wieder in Wert setzen.



Quelle: IBA Thüringen, Thomas Müller

Schwarzburg

Schloss Schwarzburg – Denkort der Demokratie

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

533

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

2.254.500 €

Bundesmittel

751.500 €

Kommunale Mittel

1.503.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Im Schloss Schwarzburg, das seit vielen Jahren durch die Thüringer Stiftung Schlösser und Gärten in kleinen Schritten saniert und restauriert wird, entsteht auf Grundlage eines architektonischen Gesamtkonzepts ein „Denkort der Demokratie“.

2019 jährte sich nicht nur die Gründung des Bauhauses zum 100. Mal, sondern auch die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert im Ort Schwarzburg. Unter der nationalsozialistischen Diktatur sollte das Schloss Schwarzburg in prominenter Lage über der Schwarza zum repräsentativen Reichsgästehaus umgebaut werden. Durch den Kriegsausbruch wurde der Bau unterbrochen und die Baustellenruine blieb über viele Jahrzehnte Mahnmal der zurückliegenden Zeiten.

Mit dem Projekt Schloss Schwarzburg – Denkort der Demokratie sollen diese historischen Stränge in Bildungs- und Kulturarbeit verknüpft werden. Zusammen mit der Internationalen Bauausstellung Thüringen werden mit finanzieller Unterstützung aus dem Bundesprogramm Veranstaltungs- und Ausstellungsformate zum Thema „Demokratie und Demokratiebildung in ländlichen Räumen“ erarbeitet und umgesetzt. Auch die Ausbau- und Sicherungsmaßnahmen werden gefördert.

Das Projekt stützt sich auf eine Machbarkeitsstudie, die auf den Ergebnissen eines 2012 durchgeführten Planungswettbewerbs aufbaut. Unter Beteiligung der Bürger wurde ein Drehbuch erarbeitet, das die Entwicklung von Schloss Schwarzburg als Denkort der Demokratie vorsieht. Zudem soll eine Verbindung zu dem 2016 in das Bundesprogramm aufgenommenen Haus der Weimarer Republik hergestellt werden, indem das Schloss zum Korrespondenzort der Forschungs- und Bildungseinrichtung in Weimar gemacht wird. Die Eröffnung ist für 2021 geplant.



Quelle: Michael Paul Romstöck

Schweinfurt

Konversion Ledward Barracks

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

53.426

Projektlaufzeit

2016–2020

Projektkosten

6.450.600 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

2.450.600 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die hochwertige Gestaltung der Carusallee bildet die räumliche Mitte für die künftige Nutzung der Konversionsfläche Ledward Barracks und schließt eine Lücke im Freiraumsystem der Stadt Schweinfurt.

Das ehemalige rund 26 Hektar große US-amerikanische Kasernengelände liegt nur knapp 1,5 Kilometer vom historischen Stadtzentrum Schweinfurts entfernt. Umfang wie auch die Lage des Konversionsstandortes sind Herausforderung und Potenzial zugleich. Die ca. 600 Meter lange Carusallee soll nach ihrem Umbau neue Nutzungen wie den Bürgerpark und die neue Stadthalle erschließen und gleichzeitig einen attraktiven öffentlichen Raum im neuen Quartier definieren.

Ein zu Projektbeginn durchgeführter zweistufiger freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb für die Carusallee bildete die Grundlage für die aus dem Bundesprogramm geförderten Maßnahmen. Die bauliche Umgestaltung der Allee selbst und des begleitenden öffentlichen Raumes vervollständigen die Maßnahmen. Darüber hinaus entstand ein landschaftsarchitektonischer Rahmen für die Gestaltung der restlichen Kasernenfläche. Das gesamte Projekt wurde durch aktive Kommunikation und Beteiligung begleitet.

Das Projekt „Carusallee“ legt die Grundlage für die Entwicklung eines lebendigen neuen Stadtquartiers, das durch die Mischung von Wohnen, Arbeiten, Studieren und Kultur zur Lebensqualität im Stadtteil beitragen wird.



Quelle: Landeshauptstadt Schwerin

Schwerin

Schaumagazin im Vorwärts-Quartier

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

95.653

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

5.296.708 €

Bundesmittel

4.767.210 €

Kommunale Mittel

529.498 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die denkmalgeschützte Industriebrache des ehemaligen volkseigenen Kraftfahrzeuginstandsetzungswerks „Vorwärts“ soll zu einem ökologischen innerstädtischen Wohnquartier entwickelt werden. Das prägnante Verwaltungsgebäude wird dabei als Quartierszugang ausgebildet und als attraktive Nutzung ein Schaumagazin für zeitgenössische Kunst international bedeutsamer Künstler aufnehmen.

Das vormalige Betriebsgelände des volkseigenen Kraftfahrzeuginstandsetzungswerks (KIW) „Vorwärts“ befindet sich in der Schweriner Weststadt, unweit der Innenstadt. Dort soll unter besonderer Berücksichtigung ökologischer Aspekte ein gemischt genutztes Quartier mit bezahlbaren Wohnungen für unterschiedliche Nutzergruppen entwickelt werden.

Im Bundesprogramm wird der Ausgangspunkt der geplanten Gebietsentwicklung gefördert. Der Quartierszugang soll die vorhandene Wohnbebauung mit dem neu entstehenden Stadtraum auf dem Industrieareal verbinden. Er umfasst das ehemalige Verwaltungsgebäude am südlichen Grundstücksrand, das angrenzende bogenförmige Garagengebäude sowie die vorgelagerte Freifläche. In dem Ensemble soll das „Schaumagazin für zeitgenössische Kunst“ entstehen. Grundlage ist die Kooperation einer bestehenden Privatsammlung mit Werken von ca. 40 national und international bekannten Künstlerinnen und Künstlern. Das Schaumagazin wird die zeitgenössische Sammlung im Rahmen von Führungen, Ausstellungen und Veranstaltungen einem breiten Publikum zugänglich machen. Die Depoträume werden ihrer doppelten Funktion entsprechend als Depot- und als Ausstellungsräume konzipiert.



Quelle: Stadterneuerungsgesellschaft mbH

Hansestadt Stralsund

Kulturkirche St. Jakobi

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

59.418

Projektlaufzeit

2014–2016

Projektkosten

1.248.405 €

Bundesmittel

1.000.000 €

Kommunale Mittel

248.405 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Kirche St. Jakobi ist ein herausragendes Denkmal der Backsteingotik aus dem frühen 14. Jahrhundert. Sie wird als Kulturkirche betrieben und wurde zu einer ganzjährig nutzbaren multifunktionalen Veranstaltungsstätte umgestaltet.

Die Stadtsilhouette der Hansestadt Stralsund wird wesentlich durch die drei hoch aufragenden Pfarrkirchen St. Nikolai, St. Marien und St. Jakobi geprägt. Die dreischiffige Pfeilerbasilika St. Jakobi liegt mitten im UNESCO-Welterbe „Historische Altstädte Stralsund und Wismar“ und ist unverzichtbarer Bestandteil des Stadtraums. Seit den 1990er-Jahren wird sie grundlegend saniert und mit stets wachsendem Zuspruch als Kulturkirche betrieben.

Im Rahmen des Projekts wurde die ganzjährige Nutzung der Kirche als multifunktionale Veranstaltungsstätte für bis zu 1.000 Besucherinnen und Besucher ermöglicht. In Ergänzung zu davor mithilfe von Bundes- und Landesmitteln durchgeführten Maßnahmen an Wänden, Gewölben, Fußböden und Kunstobjekten umfassen die mit Mitteln des Bundesprogramms umgesetzten Maßnahmen die abschließenden Sanierungs-, Rück- und Umbauarbeiten im Langhaus der Kirche. Dabei werden scheinbare Gegensätze zwischen technischen und sakralen Elementen durch sorgfältigen Umgang mit Details hervorgehoben und erlebbar gemacht.

Nach der erfolgreichen Umsetzung wurde die Kulturkirche St. Jakobi im Januar 2017 feierlich eingeweiht.



Quelle: Yoann Munier

Hansestadt Stralsund

Sicherung Hansakai

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

59.418

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

11.543.499 €

Bundesmittel

10.350.000 €

Kommunale Mittel

1.193.499 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die langfristige Entwicklung des Hafensareals im UNESCO-Weltkulturerbe sowie des Ozeaneums als Meeresinformationszentrum von Weltrang werden als touristische Aushängeschilder durch die Sanierung und Neugestaltung der Freiflächen der Kaianlagen gestärkt.

Der Bereich Nördliche Hafeninsel/Hansakai im Stadtgebiet der Hansestadt Stralsund zählt zum UNESCO-Weltkulturerbe Hansestadt Stralsund. Im Rahmen einer umfangreichen aktiven städtebaulichen Gesamtmaßnahme sollen die Freiflächen im Umfeld des Meeresmuseums Ozeaneum aufgewertet werden. Bei den vorbereitenden Untersuchungen hat sich die starke Bauqualität der bestehenden Kaianlagen herausgestellt. Das Projekt dient einerseits deren baulicher Erneuerung und darauf aufbauend der Sanierung der Verkehrsflächen zu einem lebendigen Anziehungspunkt mit besonderem Erlebnis- und Aufenthaltscharakter. Als besonderer Beitrag zur künstlerischen Aneignung des öffentlichen Raumes wird 2021 ein Wettbewerb zur „Kunst am Bau“ durchgeführt.



Quelle: Prof. Dr. Peter Schneider, Esslingen

Stuttgart

Villa Berg

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Großstadt

Einwohnerzahl

635.911

Projektlaufzeit

2017–2020

Projektkosten

1.500.000 €

Bundesmittel

1.000.000 €

Kommunale Mittel

500.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die Wiederherstellung der historischen Parkanlagen der Villa Berg in Stuttgart ist ein wesentlicher Beitrag zur Naherholung und zum Erleben von außergewöhnlicher Architektur- und Kunstgeschichte.

Die Villa Berg und die dazugehörigen historischen Parkanlagen spielen eine wichtige Rolle für die Aufwertung des Stuttgarter Ostens und gehören zum baukulturellen Erbe der württembergischen Könige. Sie sind sowohl städtebaulich als auch denkmalhistorisch bedeutsam, sodass die beabsichtigte behutsame Restaurierung und Sanierung zur Bewahrung europäischer Architektur- und Kulturgeschichte beiträgt. Der große Park wurde im gemischten Stil mit symmetrischen Blumenparterres und Aussichtsterrassen in der Nähe der Villa konzipiert. Es entstand ein Bau- und Gartenensemble, das aufgrund seiner innovativen und hochwertigen Ausführung als eine bedeutende, große Schloss- und Parkschöpfung des 19. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum angesehen wird.

Die Stadt Stuttgart führte die Sanierung des Ensembles unter Einbindung ihrer Bürgerinnen und Bürger durch. Im Rahmen des Bundesprogramms wurden die Parkanlagen wiederhergestellt und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht, um ein Gesamtensemble mit der Villa Berg zu bilden.

Als Teil des acht Kilometer langen Grünzugs „Grünes U“ trägt der Park der Villa Berg dazu bei, die Auswirkungen des Klimawandels in Stuttgart zu verringern. Das großzügige Grün hat nicht nur Erholungscharakter, sondern befördert kühle und sauerstoffangereicherte Luft in die umliegenden Stadtquartiere und hilft dabei, den Feinstaubgehalt in der Luft zu reduzieren.



Quelle: Oliver Riess, Markt Thurnau

Thurnau

Schloss Thurnau – Umnutzung zum Standort des Instituts für Fränkische Landesgeschichte

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

4.046

Projektlaufzeit

2015–2019

Projektkosten

4.556.000 €

Bundesmittel

4.100.000 €

Kommunale Mittel

456.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Mit der Sanierung und Umnutzung des Schlosses mitten im Ortskern von Thurnau wurde es zu einem gemeinsamen Forschungsstandort der Universitäten Bamberg und Bayreuth und zum zentralen Anlaufpunkt der Fränkischen Landesgeschichte.

Schloss Thurnau geht auf eine mittelalterliche, im Jahr 1239 erstmals erwähnte Burganlage zurück. Es bestimmt mit seiner hochragenden, wehrhaft erscheinenden und vielfältig gegliederten Baumasse das Ortsbild. Der Schlosskomplex gehört zu den größten und bedeutendsten Schlossanlagen in Nordbayern. Über die Jahre haben sich Schäden am Bauwerk gebildet, die eine Generalsanierung erforderlich gemacht haben. Hinzu kam, dass die Anlage nicht barrierefrei war, was eine dauerhafte und zukunftsfähige Nutzung erschwert hat.

In einem dritten Abschnitt des Gesamtvorhabens wurden mit Mitteln des Bundesprogramms die Sanierung, energetische Ertüchtigung sowie barrierefreie Erschließung des Nordflügels als Voraussetzung für eine neue Nutzung des Bauwerks als Forschungsstandort für Fränkische Landesgeschichte der Universitäten Bamberg und Bayreuth gefördert. Für die im Schloss vorgesehenen kulturellen Nutzungen wie das Schlosstheater und weitere Veranstaltungen wurden attraktive Räume geschaffen und ein gläserner Erschließungskern an den Nordflügel angebaut.

Das Vorhaben setzt langfristige Impulse für die weitere Stadtentwicklung und die Sicherung dieses identitätsstiftenden Bauwerks.



Quelle: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Überherrn

Sendehalle Europe 1

Land

Saarland

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

11.379

Projektlaufzeit

2017–2018

Projektkosten

74.160 €

Bundesmittel

66.745 €

Kommunale Mittel

7.415 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Die denkmalgeschützte Sendehalle des französischen Radiosenders Europe 1 bleibt als weithin wahrnehmbare „Kathedrale der Wellen“ der Nachwelt erhalten und soll in angemessener Weise für den Ort und die Großregion Saar-Lor-Lux nutzbar gemacht werden.

Die 1954/55 errichtete Sendehalle im saarländischen Überherrn liegt nur wenige Hundert Meter von der französischen Grenze entfernt und ist ein einzigartiges Beispiel einer Symbiose aus avantgardistischer Architektur und damals modernster Technik. Mit ihrem markanten Spannbetondach ist die Sendehalle zusammen mit dem Fernsehturm, dem Kühlteich und den Nebengebäuden ein attraktives und weitgehend originales Ensemble der 1950er-Jahre-Architektur, das eine bewegte Entstehungsgeschichte besitzt. Nachdem der Sender 2015 vom Netz genommen worden war, übernahm die Gemeinde Überherrn das denkmalgeschützte Gebäude.

Mithilfe der Mittel aus dem Bundesprogramm hat die Gemeinde konkrete Szenarien für eine denkmalverträgliche Nutzung des Senders erarbeitet, um weiterführende Betreiberkonzepte zu entwickeln. Langfristiges Ziel ist es, auf Grundlage der erarbeiteten Machbarkeitsstudie die Etablierung einer künftigen Nutzung zu ermöglichen. Diese soll zugleich die historische Bedeutung des Ortes herausstellen und als Leitprojekt in die länderübergreifende Großregion wirken. Erste kulturelle Nutzungen fanden im Rahmen des Europäischen Kulturerbejahres 2018 statt und zeigen beispielhaft, wie sich Gemeinde und Zivilgesellschaft der gemeinsamen Verantwortung für Pflege und Entwicklung des baulichen Erbes stellen.

2015 Entwicklung der Zitadelle Wilhelmsburg

2020 Zukunft/Wilhelmsburg 2030 – „Die Stadt in der Festung“

Land Baden-Württemberg	Projektlaufzeit	2015–2019	seit 2020
Stadt-/Gemeindetyp Großstadt	Projektkosten	7.951.000 €	7.170.000 €
Einwohnerzahl 126.790	Bundesmittel	4.300.000 €	4.780.000 €
Themenfeld Städtische Räume entwickeln	Kommunale Mittel	3.651.000€	2.390.000 €

Die bislang kaum zugängliche Festungsanlage Wilhelmsburg wird mit kulturellen und kreativwirtschaftlichen Nachnutzungen wieder stärker in die Stadt integriert.

Die Wilhelmsburg ist Deutschlands größtes erhaltenes Festungsensemble und ein herausragendes Kulturdenkmal. Sie wurde von 1944 bis 1945 als Zwangsarbeitslager für die Kriegsproduktion genutzt und diente nach dem Krieg u. a. als Notquartier für Bürgerinnen und Bürger Ulms sowie Geflüchtete. 2011 setzte sich die Stadt Ulm das langfristige Ziel, die brach liegenden Flächen in der Wilhelmsburg nachhaltig zu beleben.

Eine Herausforderung stellt die Konversion der militärischen Großstrukturen zu einer zivilen Nutzung dar, ohne den historischen Charakter des Gebäudes zu zerstören. Um den besonderen Herausforderungen gerecht zu werden, wurden mithilfe der Bundesförderung zwischen 2015 und 2019 zwei Planungswettbewerbe durchgeführt. Neben baulichen Sofortmaßnahmen wie dem Bau einer zusätzlichen Brückenzufahrt in die Festung wurde ein Nutzungskonzept entwickelt.

Der bereits angestoßene Transformationsprozess zu einem belebten, multifunktionalen Stadtquartier unter dem Leitbild „Die Stadt in der Festung“ wird mit einer zweiten Förderung fortgeführt und verstetigt. Neben dem Ausbau einzelner Bereiche sollen unterschiedliche Akteursgruppen als Partner für die weitere Entwicklung der Burg gewonnen werden. Das Vorhaben ermöglicht durch die Umsetzung innovativer Konzepte für gemeinschaftliches, temporäres Wohnen und Arbeiten im Bereich der Kreativwirtschaft neue Impulse für die Stadtentwicklung Ulms.

Zudem soll die Burg für zusätzliche Zielgruppen wie Touristen zugänglich gemacht und Teil der Landesgartenschau 2030 werden. Durch die offene Prozessgestaltung soll die Stadtgesellschaft an dem Transformationsprozess teilhaben. Die Wilhelmsburg wird durch das Vorhaben stärker mit den angrenzenden Quartieren verzahnt und die Wahrnehmbarkeit in der Stadt verbessert.



Quelle oben und unten: Stadtarchiv Ulm

Wangen im Allgäu

2015 Entwicklung des Kulturdenkmals Baumwollspinnerei

2016 Erhalt, Wiedernutzung und Entwicklung des Kulturdenkmals Baumwollspinnerei

2020 Alte Energien neu erlebbar machen – Wasserkraft im 21. Jahrhundert

Land Baden-Württemberg	Projektlaufzeit	2015–2017	2016–2020	seit 2020
Stadt-/Gemeindetyp Mittelstadt	Projektkosten	1.657.000 €	4.956.800 €	2.550.000 €
Einwohnerzahl 26.917	Bundesmittel	1.000.000 €	2.500.000 €	1.700.000 €
Themenfeld Städtische Räume entwickeln	Kommunale Mittel	657.000 €	2.456.000 €	850.000 €

Die Stadt Wangen entwickelt eine leer stehende Industrieanlage der Baumwollspinnerei ERBA für neue Nutzungen – ein Schritt, um den Strukturwandel der Stadt zukunftsgerichtet zu gestalten. Ziel ist die Entwicklung der Anlage als integraler Ort der Arbeit, des Wohnens und der Kultur.

1863 als Exklave außerhalb der Stadt gegründet, meldete die Baumwollspinnerei Erlangen-Bamberg (ERBA) 1992 Konkurs an. Leerstand und Randlage der denkmalgeschützten Anlage führten zu einem negativen Image des Gebietes. Die Revitalisierung und künftige Entwicklung des Areals für Arbeit, Wohnen und Kultur ist ein wichtiges Ziel der Stadt Wangen. Die Rahmenplanung für diesen Transformationsprozess ergab sich aus einem städtebaulichen und landschaftsarchitektonischen Wettbewerb zur Planung der Landesgartenschau 2024.

In einer ersten Förderperiode wurde eine attraktive „Neue Mitte“ als Ausgangspunkt für weitere Entwicklungen geschaffen, die im Mai 2018 feierlich eröffnet wurde.

Im Rahmen des zweiten Förderabschnitts wurde die Gestaltung einer Festwiese als „Platz für die Jugend und Begegnung der Generationen“, der Bau einer Unterführung sowie die Sanierung der ehemaligen Pförtnerloge mit angrenzender Lagerhalle gefördert. Um ein bürgernahes Gestaltungs- und Nutzungskonzept zu entwickeln, bezog die Stadt die Öffentlichkeit intensiv in das Projekt ein.



Quelle oben: Morlok 2021, Quelle unten links: Forster 2020, Quelle unten rechts: Morlok 2021

In einer dritten Förderperiode wird als weiteres Impulsprojekt bis zur Landesgartenschau 2024 der Bereich um die Wasserkraftanlage aufgewertet und neu gestaltet. Im Fokus stehen die Verbesserung der Begehrbarkeit des Hochkanals und die Nutzung des leer stehenden ehemaligen Trafogebäudes sowie die räumliche Verbindung des neuen Stadtquartiers mit dem umgebenden Stadt- und Naturraum. Zudem sollen qualitativ hochwertige und multifunktionale Aufenthaltsflächen entstehen, auf denen die Themen „Energie“ und „Wasserkraft“ vermittelt werden. Durch die Sanierung des Trafogebäudes und die Neugestaltung des umliegenden öffentlichen Raums soll die Geschichte des Ortes wieder erlebbar werden.

Die Bundesförderung leistet so einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Weiterentwicklung des kulturelles Erbes und ermöglicht wichtige Impulse für die Baukultur in ländlichen Räumen.



Quelle: Thomas Müller

Weimar

Freianlagengestaltung ehemalige Kunstgewerbeschule (Van-de-Velde-Bau)

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

65.228

Projektlaufzeit

2014–2019

Projektkosten

2.778.000 €

Bundesmittel

450.000 €

Landesmittel

2.328.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

In Vorbereitung auf das Bauhaus-Jubiläum 2019 wurde der Vorplatz der Weimarer Bauhaus-Universität seiner städtebaulichen Bedeutung und Funktion als UNESCO-Welterbestätte entsprechend neu gestaltet.

Die zwei Hochschulbauten von Henry van de Velde prägen den Hauptzugang der Weimarer Bauhaus-Universität. Das in den vergangenen Jahren behutsam sanierte Gebäudeensemble verfügt als Gründungsort des Bauhauses und Wirkungsstätte zahlreicher berühmter Künstler, Architekten und Hochschullehrer über eine weitreichende internationale Bedeutung. Sowohl Studierende als auch Touristen nutzen die Freianlagen zwischen den Gebäuden als Aufenthaltsfläche und Treffpunkt. Daher wurde dieser Bereich anlässlich der 100-jährigen Gründung des Bauhauses im Jahr 2019 seiner städtebaulichen Funktion und Bedeutung als UNESCO-Welterbestätte entsprechend neu gestaltet.

Das Bundesprogramm förderte den Planungswettbewerb und die bauliche Umsetzung der Freianlagen durch den Freistaat Thüringen als Eigentümer. Das Projekt entspringt der engen Zusammenarbeit von Stadt, Bauhaus-Universität und Freistaat unter Einbeziehung von Studierenden und Bürgern. Es berücksichtigt ebenso die Ansprüche des Tourismus wie die räumliche Beziehung zwischen den beiden Welterbestätten „Klassisches Weimar“ mit dem Historischen Friedhof und „Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar, Dessau und Bernau“.

In städtebaulicher Hinsicht entstand durch das Projekt ein gestalteter Grünzug, der eine Verbindung zwischen dem Historischen Friedhof und dem Park an der Ilm mit seinen unterschiedlichen Welterbestätten am südlichen Rand der Weimarer Innenstadt geschaffen hat.



Quelle: MUFFLER-ARCHITEKTEN

Weimar

Haus der Weimarer Republik

Land

Thüringen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

65.228

Projektlaufzeit

2016–2021

Projektkosten

5.333.330 €

Bundesmittel

4.988.270 €

Kommunale Mittel

345.060 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Gegenüber dem Deutschen Nationaltheater, dem Gründungsort der ersten deutschen Demokratie, entsteht das „Haus der Weimarer Republik“ als Ort der Forschung und Bildung.

Anlässlich des 100. Jubiläums der Gründung der Weimarer Republik 1919 wurde das zuvor als Bauhaus-Museum genutzte Gebäude am östlichen Rand des Theaterplatzes saniert und um einen Erweiterungsbau ergänzt. So entstehen ein Ort für Forschung und Projektarbeit zu Fragen der Demokratieentwicklung sowie ein Treffpunkt für politische und geschichtliche Bildungsangebote. Unter Einsatz moderner Medien wurde eine museale Präsentation zur Geschichte der Weimarer Republik in Verbindung mit einzelnen Ausstellungsstücken eingerichtet.

Mit dem Bundesprogramm wird die Stadt Weimar bei der Planung und Umsetzung dieser Bauaufgabe unterstützt. Im Rahmen eines Planungswettbewerbs wurden Lösungen für den Bestand, den Erweiterungsbau und das unmittelbare Umfeld des Gebäudes entwickelt. Die bauliche Umsetzung der Wettbewerbsergebnisse erfolgt in zwei Abschnitten. Der erste Bauabschnitt, der bereits 2019 abgeschlossen wurde, umfasst die Sanierung des Altbaus. Der zweite Bauabschnitt, dessen Umsetzung auch durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unterstützt wird, betrifft den Ergänzungsneubau, der das Vorhaben zum Abschluss bringt.

Das Projekt soll auf Basis der städtebaulichen Konzeption „Haus der Demokratie“ die weitere Entwicklung und städtebauliche Neuordnung des Quartiers Zeughof im Umfeld des UNESCO-Welterbes „Klassisches Weimar“ voranbringen.



Quelle: Stadt Weinstadt, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Kultur und Stadtmarketing

Weinstadt

Bürgerpark Grüne Mitte

Land

Baden-Württemberg

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

27.082

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

5.567.000 €

Bundesmittel

3.455.998 €

Kommunale Mittel

2.110.002 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Mit dem Bürgerpark soll Weinstadt eine grüne Mitte gegeben werden. Es entsteht ein neuer Parktypus, der auf den ländlichen Raum zugeschnitten ist und sowohl private als auch öffentliche Flächen einbezieht.

Die wachsende Stadt Weinstadt wurde in den 1970er-Jahren aus fünf Orten gebildet. Ein 10 Hektar großes Areal ist bislang unbebaut geblieben. Darauf entsteht der generationenübergreifende Mitmach-Park als neues, grünes Zentrum von Weinstadt. Der Park steht exemplarisch für Freiflächenentwicklungen im ländlichen Raum, für Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement, integrative Freiräume und barrierefreie Stadtentwicklung. Ziel ist ein hochwertiger Park, dessen Teilflächen ebenso wie ein neu zu errichtendes Bürgerforum von einer zivilgesellschaftlich unterstützten Trägerschaft organisiert und koordiniert werden. Ein gebauter Rahmen als Grundgerüst nimmt bestehende Nutzungen auf und soll für ein einheitliches Erleben des Parks sorgen. Andere Parkinhalte sind flexibel und werden von der Stadtgesellschaft stets neu ausgehandelt.

Die im Rahmen des Bundesprogramms geförderten Maßnahmen umfassen Wege und Eingangsbereiche, das Parkforum und die Aufwertung eines Bachlaufs. Hinzu kommen Kinder- und Jugendspielbereiche, Sportfelder, Wiesen und Picknickflächen. Das Projekt wird begleitet von einem breit angelegten Partizipationsprozess und Öffentlichkeitsarbeit und war Teil der interkommunalen Remstal-Gartenschau 2019.

Der Mitmach-Park ist ein wichtiger städtebaulicher Baustein des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts. Dessen Ziel ist es, eine neue gemeinsame Mitte für die stark in Einzelbereiche zerteilte Stadt zu schaffen, um die Identität der Gesamtstadt zu stärken.



Quelle: Stadt Weißenfels

Weißenfels

Schloss Neu-Augustusburg

Land

Sachsen-Anhalt

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

40.192

Projektlaufzeit

2017–2021

Projektkosten

2.100.000 €

Bundesmittel

1.400.000 €

Kommunale Mittel

700.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das Schloss Neu-Augustusburg in Weißenfels thront als größtes historisches Gebäude über der Altstadt und ist Markenzeichen der Stadt. Um die Schlossanlage in ihrer Gesamtheit zu erhalten, wird der Südflügel gesichert und für den Ausbau künftiger Nutzungen vorbereitet.

Das Schloss Neu-Augustusburg wurde zwischen 1660 und 1694 erbaut und gilt als eine der bedeutendsten und größten frühbarocken Schlossanlagen Mitteleuropas. Der Residenzzeit schlossen sich bis heute verschiedene Nutzungen an, unter anderem als Kaserne. Heute befinden sich im bereits denkmalgerecht sanierten Nordflügel des Schlosses das Schuhmuseum, das städtische Museum, die Schlosskirche und das kirchliche Gemeindezentrum. Der Südflügel des Schlosses steht leer und ist aufgrund des baulichen Zustandes nicht nutzbar.

Das langfristige Ziel der Stadt ist es, die stadtbildprägende Schlossanlage als Schwerpunkt der städtebaulichen Erhaltungsmaßnahme „Altstadt mit Schloss“ in ihrer Gesamtheit zu erhalten und aufzuwerten. Das Förderprojekt „verSCHLOSSene Räume öffnen“ im Bundesprogramm umfasst statisch-konstruktive Maßnahmen zur Sicherung und zur Erhaltung des Südflügels als Voraussetzung für weiterführende Sanierungsmaßnahmen. Die vorgesehene Umsetzung eröffnet vielfältige Optionen für die historische Raum- und Baustruktur, die denkmalpflegerische Belange genauso berücksichtigen wie die Nachfragebedürfnisse potenzieller künftiger Nutzer, Mieter und verschiedener Altersgruppen, Generationen und Kulturen.



Quelle: Ingo Bäuerlein

Weismain

Sanierung und Erweiterung des historischen Rathauses

Land

Bayern

Stadt-/Gemeindetyp

Landgemeinde

Einwohnerzahl

4.751

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

5.900.000 €

Bundesmitten

5.310.000 €

Kommunale Mittel

590.000 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Aufbauend auf einer zeitgemäßen Nutzungskonzeption unter Berücksichtigung von Bedarfen der Bürgergesellschaft soll das historische Rathaus in Weismain als repräsentatives Beispiel für die Reaktivierung und Weiterentwicklung denkmalgeschützter Rathäuser unter Berücksichtigung energetischer Sanierungsziele realisiert werden.

Das historische Rathaus von Weismain bedarf einer Generalsanierung, bei der gleichzeitig eine Umfunktionierung und Aufwertung vorgenommen werden soll. Grundlage für die Sanierung und Erweiterung des Rathauses und des Nebengebäudes ist der im Frühjahr 2020 durchgeführte Planungswettbewerb. Ziel des Projekts ist es, neben der Erhaltung des Gebäudes und der Beseitigung baulicher Mängel das Rathaus zu einem Bürger- und Kulturhaus weiterzuentwickeln. Das Projekt steht im Kontext der Aufwertung des Zentrums von Weismain rund um die Kirche St. Martin und den Marktplatz. Das Rathaus bildet den Mittelpunkt des Marktplatzes, der in den kommenden Jahren ebenfalls über die Städtebauförderung saniert und umgestaltet werden soll. Bei der Instandsetzung werden u. a. abzustimmende Belange der Denkmalpflege, Energieeffizienz, Brandschutz und Barrierefreiheit in Einklang gebracht. Zukünftige Nutzungen sind Büroräume für die Stadtverwaltung und multifunktionale Veranstaltungsräume für Kulturschaffende und Bürgerschaft. Ebenso ist die freiraumplanerische Gestaltung des rückwärtigen Bereichs des Rathauses Teil des Projekts, womit die Schaffung einer neuen direkten Wegeverbindung zum Marktplatz verbunden ist.



Quelle: Dorte Mandrup A/S, GGS Stadt Wilhelmshaven

Wilhelmshaven

Trilateral Wadden Sea World Heritage Partnership Centre

Land

Niedersachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

76.089

Projektlaufzeit

seit 2016

Projektkosten

7.623.000 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

3.623.000 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Auf der ehemaligen Militärfläche „BanterSeePark“ entsteht ein internationales Kooperationszentrum zum Schutz des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer.

Mit dem Bau des Trilateralen Weltnaturerbe Wattenmeer Partnerschaftszentrums (TWWP) erhält das Gemeinsame Wattenmeersekretariat in Wilhelmshaven zusammen mit der künftigen trilateralen Wattenmeerstiftung und der Nationalparkverwaltung Niedersächsisches Wattenmeer eine neue Adresse. Sie soll die Vernetzung internationaler Interessen mit Umweltverbänden, Wirtschaft, Tourismus und maritimer Meeresforschung fördern.

Dabei werden hohe Ansprüche an die städtebauliche Anbindung, die Gestaltung sowie die Nachhaltigkeit gestellt. Eine besondere Herausforderung ist die Integration eines noch vorhandenen Hochbunkers aus dem Zweiten Weltkrieg in das neue Gebäude. 2017 wurde vor diesem Hintergrund ein EU-weiter Planungswettbewerb durchgeführt. Neben dem Entwurf für den Bau liefert das Wettbewerbsergebnis auch Grundlagen für die Weiterentwicklung der städtebaulichen Gesamtplanung.

Das Projekt ist zentraler Baustein zur weiteren Stadtentwicklung im Leitprojekt „Vitale Südseite“ der Stadt Wilhelmshaven. Dessen langfristiges Ziel ist die Revitalisierung der Konversionsfläche „BanterSeePark“ durch Ansiedelung von Dienstleistungsbetrieben, Gemeinbedarfs- und Forschungseinrichtungen.

Zunächst wurde geplant, über das Bundesprogramm die Planung und Umsetzung des TWWP zu fördern, aufgrund von Mehrkosten ist nun allerdings eine Aufteilung des Projekts vorgesehen.



Quelle: Lea Cizmarek, Stadt Wismar

Hansestadt Wismar

Forum St. Marien Wismar

Land

Mecklenburg-Vorpommern

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

42.963

Projektlaufzeit

2016–2020

Projektkosten

1.111.111 €

Bundesmittel

1.000.000 €

Kommunale Mittel

111.111 €

Themenfeld

Baukulturelles Erbe in Wert setzen

Das ehemalige Kirchenschiff von St. Marien wurde während des Zweiten Weltkrieges stark zerstört. Mithilfe der Fördermittel wurde es nun zu einem archäologischen Garten mit hoher Aufenthaltsqualität umgestaltet.

Die historische Altstadt von Wismar mit ihren giebelständigen Häusern, engen Straßen und stadtbildprägenden Kathedralen ist seit 2002 UNESCO-Weltkulturerbe. Im Zentrum der Altstadt gelegen, ist der Turm der St.-Marien-Kirche eines der Wahrzeichen der Hansestadt. Das Kirchenschiff der gotischen Backsteinkathedrale und die umliegende Bebauung wurden während des Zweiten Weltkrieges stark beschädigt und infolgedessen teilweise abgetragen.

Das Bundesprogramm förderte zwischen 2016 und 2020 die Umgestaltung des ehemaligen Kirchenschiffs von St. Marien zu einem integrierten Stadtraum. Dies umfasste unter anderem die restauratorische Aufarbeitung und Ausstellung von Grabplatten und die Schaffung von Sitzmöglichkeiten.

Die Umgestaltung ist Teil einer Gesamtmaßnahme, mit der die Stadt Wismar die Kultur und Geschichte des Stadtraumes um die St.-Marien-Kirche im Zentrum des UNESCO-Welterbes wieder erlebbar macht. Langfristig sollen so Synergieeffekte zwischen der belebten Altstadt und den historischen Bereichen um die St.-Marien-Kirche sowie weitergehend zur St.-Georgen-Kirche erzielt werden. Ein Beteiligungs- und Mitwirkungsverfahren hat dafür unter großem öffentlichen Interesse die Basis geschaffen.



Quelle: Stadt Wittenberge

Wittenberge

Bahnhofsumfeld Wittenberge

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

16.925

Projektlaufzeit

seit 2020

Projektkosten

2.222.000 €

Bundesmittel

2.000.000 €

Kommunale Mittel

222.000 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Die Umgestaltung des Bahnhofsumfelds soll Aspekte des städtebaulichen Denkmalschutzes, zukunftsgerichteter Mobilität und Klimaschutz miteinander verbinden, um die Stadt Wittenberge als attraktiven Wohn- und Lebensstandort im ländlichen Raum zu stärken. Zugleich soll sich das Bahnhofsareal als Tor zum UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe entwickeln.

Wittenberge ist ein Mittelzentrum mit ICE-Halt zwischen den Metropolen Hamburg und Berlin. Ausgehend vom Umbau des Bahnhofsgebäudes durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft soll nun das weitgehend brachliegende Bahnhofsumfeld neu gestaltet werden. Ziel ist es, das Areal funktional und gestalterisch aufzuwerten und besser an die teilweise denkmalgeschützten Nachbarschaften Jahnschulviertel und das historische Lokschuppenareal sowie die Innenstadt anzubinden. Dazu soll ein Masterplan erarbeitet werden, aus dem die Gesamtkonzeption für das Areal hervorgeht. Schwerpunkte werden auf der Neugestaltung und Optimierung der Freiräume, der Beseitigung städtebaulicher Missstände und der klimagerechten Verkehrsentwicklung durch die Initiierung nachhaltiger Mobilitätsangebote liegen. Die Freiflächen und Wegebeziehungen sollen im Rahmen von Beteiligungsverfahren durch die Bürgerinnen und Bürger mitgestaltet werden. Gesamtziel der Maßnahme ist die Stärkung der Stadt Wittenberge als Wohn- und Lebensstandort im ländlichen Raum und die Entwicklung des Bahnhofsareals als Tor zum UNESCO-Biosphärenreservat „Flusslandschaft Elbe“.



Quelle: terraplan Baudenkmalsanierungsgesellschaft mbH (2020)

Wustermark

Entwicklung des historischen Olympischen Dorfs von 1936

Land

Brandenburg

Stadt-/Gemeindetyp

Kleinstadt

Einwohnerzahl

9.617

Projektlaufzeit

2014–2019

Projektkosten

9.573.103 €

Bundesmitten

2.600.000 €

Kommunale Mittel

1.300.000 €

Weitere Mittel

5.673.103 €

Themenfeld

Städtische Räume entwickeln

Das ehemalige Olympische Dorf von 1936 wird zu einem vitalen Quartier in Wustermark entwickelt, das die historische Bedeutung des Ortes mit heutigen Anforderungen an Stadtentwicklung im Umland von Berlin verbindet.

Das Olympische Dorf der Sommerspiele von 1936 in Berlin wurde in Elstal auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde Wustermark errichtet. Im Anschluss an die Olympiade wurde das Gelände zuerst von der Wehrmacht und nach dem Zweiten Weltkrieg von der sowjetischen Armee genutzt. Nach deren Abzug 1992 fiel das heute denkmalgeschützte Gelände mit den noch bestehenden Gebäuden brach. 2005 erwarb die DKB Stiftung das Areal und kümmerte sich um Landschaftspflege und Sicherung des historischen Baubestands.

Seit 2014 entwickelt die Gemeinde das Gelände zusammen mit privaten Partnern schrittweise. Mit Unterstützung des Bundesprogramms erfolgte zunächst die Erschließung für Wohnbaugrundstücke sowie notwendige Natur- und Schallschutzmaßnahmen. Planungsgrundlage war ein integriertes Quartiersentwicklungskonzept, an dem die Bürgerinnen und Bürger intensiv beteiligt waren. Mit der Erstellung von Gutachten, der Änderung des Flächennutzungsplans und der Erarbeitung des Bebauungsplans wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen. Die denkmalgerechte Sanierung des zentralen Speisehauses der Nationen sowie der Neubau mehrerer Wohnhäuser erfolgt parallel durch private Bauherren.

Von der Förderung geht eine erhebliche Impulswirkung aus, die es ermöglicht, die Ansprüche des historischen Orts mit denen eines lebendigen Stadtquartiers zu verbinden. Heute lässt sich bereits ablesen, wie aus dem Olympischen Dorf ein lebendiger Stadtraum entsteht, der die Wohn- und Lebensqualität für ganz Wustermark aufwertet.



Quelle: Stadt Zwickau

Zwickau

Revitalisierung des Kaufhauses Schocken

Land

Sachsen

Stadt-/Gemeindetyp

Mittelstadt

Einwohnerzahl

88.690

Projektlaufzeit

seit 2019

Projektkosten

30.348.936 €

Bundesmittel

4.000.000 €

Kommunale Mittel

2.000.000 €

Weitere Mittel

24.348.936 €

Themenfeld

Städtebau für die Zukunft gestalten

Die denkmalgeschützte Sanierung der ehemaligen Handelsimmobilie erbringt einen wichtigen Beitrag zur Belebung der Altstadt. Nach der Sanierung sind gewerbliche und Wohnnutzungen geplant, aber auch der Einzug von Teilen der Stadtverwaltung sowie von Landesbehörden sind vorgesehen.

Das ehemalige Kaufhaus Schocken in der Altstadt von Zwickau setzt sich aus mehreren Gebäudeteilen unterschiedlicher Epochen zusammen. Hierzu gehören neben mittelalterlichen Gebäudestrukturen auch ein Treppenhaus sowie eine Werksteinfassade im Stil des Neuen Bauens. Seit Beendigung der letzten Kaufhausnutzung im Jahr 1999 verfällt das Gebäude im direkten Umfeld des Zwickauer Doms – mit entsprechender Negativwirkung auf den zentralen öffentlichen Raum.

Die Stadt beabsichtigt, das ehemalige Kaufhaus zusammen mit einem privaten Investor als zukünftigem Eigentümer denkmalgerecht zu sanieren und mit einer neuen Nutzung zu versehen. Als Zentrum für moderne Handels- und Dienstleistungseinrichtungen soll das ehemalige Kaufhaus zur städtebaulichen Aufwertung des Areals zwischen Hauptstraße und Marienplatz und zur Belebung der Altstadt beitragen. Geplant ist neben Einzelhandel, Hotel- und Wohnnutzungen auch die Unterbringung von Teilen der Stadt- und Landesverwaltung.

Eine vom Landesamt für Denkmalpflege abgestimmte Zielstellung gibt den Rahmen für eine nachhaltige Bebauung und Nutzung unter der Wahrung eines denkmalschutzgerechten Umgangs mit dem Objekt.

Projekte 2021



Kooperative Entwicklung Altstadtquartier Büchel

Aachen | Nordrhein-Westfalen | 5,50 Mio. €

„Wissen, Wohnen, Wiese“ sind die Schlagworte, unter denen im Herzen der Aachener Altstadt in einem kooperativen und beispielgebenden Entwicklungsprozess ein nutzungsgemischtes, urbanes Quartier entstehen soll, das von der Stadtgesellschaft gewollt und getragen wird.



Kuratierte Erdgeschossflächen im Haus der Statistik

Berlin | 3,27 Mio. €

Das ehemalige Haus der Statistik am Alexanderplatz in Berlin soll zum Ausgangspunkt für die Entwicklung eines resilienten Stadtbausteins werden. Mit der Überführung von gemeinwohlorientierten Pioniernutzungen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Bildung soll in den Erdgeschossflächen ein lebendiger Begegnungsort entstehen.



Staatsarchiv Bremen: Neubau eines Magazins als Ergänzung des denkmalgeschützten Bestands

Freie Hansestadt Bremen | 4,10 Mio. €

Mit einem neuen Magazinbau sollen die Arbeitsbedingungen im Staatsarchiv optimiert werden. Zugleich soll das Ensemble aus denkmalgeschützten Leitbauten der Nachkriegsmoderne im Bereich des Parkdenkmals Wallanlagen baukulturell angemessen erweitert werden.



Revitalisierung der Stadtwirtschaft zu einem Kreativort am Sonnenberg

Chemnitz | Sachsen | 0,66 Mio. €

Als Beitrag zur Kulturhauptstadt Europas 2025 soll die Brache der Stadtwirtschaft mit Ansätzen gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung zu einem nutzergetragenen Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft mit Funktionen eines Stadtteilzentrums entwickelt werden.



Aufwertung des Areals rund um das Hermannsdenkmal

Detmold | Nordrhein-Westfalen | 3,28 Mio. €

Durch bauliche und kulturelle Attraktivitätssteigerung des Umfelds rund um das Hermannsdenkmal sollen der Tourismus in der Region gefördert, die Identität des Standorts gestärkt und seine Verbindung mit der Stadt Detmold akzentuiert werden.



Sanierung und Umbau der „Villa Lassen“ als Teil des Gerhart-Hauptmann-Museums und Kulturforums

Erkner | Brandenburg | 2,00 Mio. €

Die „Villa Lassen“ soll als ehemaliger Wohn- und Arbeitssitz Gerhart Hauptmanns denkmalgerecht saniert und barrierefrei umgebaut werden. So soll die Ausstellung zu Leben und Werk des Literaturnobelpreisträgers zu einem kulturellen und touristischen Zentrum der Region ausgebaut werden.



Denkmalgerechte Sanierung von Schloss Gadebusch

Gadebusch | Mecklenburg-Vorpommern | 3,30 Mio. €

Der Empfangsbereich im Renaissanceschloss Gadebusch soll denkmalgerecht saniert werden, um dauerhaft eine kulturelle Nutzung des einmaligen Gesamtensembles zu ermöglichen und es zugleich zu einem inklusiven Ort der Begegnung auszubauen.



Transformation des Kohlenbunkerensembles im Nordsternpark zum „Greentower“

Gelsenkirchen | Nordrhein-Westfalen | 6,00 Mio. €

Das architektonisch herausragende Kohlebunkerensemble der ehemaligen Zeche Nordstern soll zu einem kulturellen Produktionsstandort mit Reallabor zur Klimafolgenanpassung werden. Es wird damit im Nordsternpark zu einem Schlüsselprojekt der IGA 2027 „Wie wollen wir morgen leben“.



Freiflächengestaltung „Inselgärten“ in der Rotklinkersiedlung

Gießen | Hessen | 0,74 Mio. €

Gemeinschaftlich nutzbare Grünflächen und ein kultureller Begegnungsort mit nachbarschaftlicher Trägerstruktur sind neben der denkmalgerechten Sanierung der Rotklinkersiedlung „Gummiinsel“ ein wichtiger Baustein für die Aufwertung des Quartiers und seiner öffentlichen Räume.



Sanierung und Aufwertung der Außenanlagen der Kaiserpfalz

Goslar | Niedersachsen | 1,67 Mio. €

Mit der Sanierung des Pfalzgartens des UNESCO-Welterbes Goslarer Kaiserpfalz sollen die archäologischen Denkmäler inszeniert und kontextualisiert werden, um sie so für touristische und kulturelle Zwecke attraktiv zu machen.



Saaletaler Höfe als lebendige, multifunktionale und zukunftsfähige Dorfmitte

Gräfendorf | Bayern | 2,60 Mio. €

Das neue Dorfzentrum in der kleinen Gemeinde soll einem innovativen, gesamtheitlichen Anspruch an die soziale Infrastruktur in der Region Rechnung tragen. Mit hoher baukultureller Qualität soll hier Vorbildwirkung für zahlreiche Orte im ländlichen Raum erzeugt werden.



Revitalisierung des Zählerwerks des Kraftwerks Bille zum gemeinwohlorientierten „Haus Neuer Arbeit“

Freie und Hansestadt Hamburg | 5,00 Mio. €

Das ehemalige Zählerwerk des Kraftwerks Bille soll als „Haus Neuer Arbeit“ revitalisiert werden. Durch unterschiedliche gemeinwohlorientierte Angebote und Nutzungen unter einem Dach soll das Industriedenkmal ein kooperativ getragenes Entrée erhalten.



Sanierung und Revitalisierung des Fruchtkastens

Herrenberg | Baden-Württemberg | 4,00 Mio. €

Mit der Sanierung des regionaltypischen und bedeutenden Fachwerkbaus soll ein lebendiges öffentliches Zentrum in der Altstadt geschaffen werden.



Freiraumentwicklung Großfestung Koblenz – Stufe 2

Koblenz | Rheinland-Pfalz | 5,00 Mio. €

Die Festungsteile der einzigartigen Großfestung Koblenz sollen auf Grundlage eines anspruchsvollen Gesamtkonzepts besser erlebbar und über Wegebeziehungen weiter verknüpft werden. Damit soll zugleich die Rolle der Stadt als Tor zum UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal gestärkt werden.



Sanierung und Erweiterung des Stadttheaters am historischen Ort

Landshut | Bayern | 1,00 Mio. €

Mit der Förderung soll ein Beitrag zur denkmalgerechten Sanierung und Entwicklung des Stadttheaters im Bernlochner Komplex in Landshut geleistet werden.



Neugestaltung Beckergrube – Mobilitätswende und Strukturwandel

Hansestadt Lübeck | Schleswig-Holstein | 3,50 Mio. €

Mit der Umgestaltung der „Beckergrube“ in der Lübecker Altstadt soll deutlich werden, wie ein vom Verkehr dominierter Stadtraum im UNESCO-Weltkulturerbe zum beispielhaften Ort nachhaltiger Mobilität und Aufenthaltsqualität werden kann.



Raum für Geschichte, Kunst, Handwerk und Begegnung im ehemaligen Zwangsarbeiterlager München-Neuaubing

München | Bayern | 1,66 Mio. €

Auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers soll ein Raum für Erinnerung, Geschichte, Kunst, Handwerk und Begegnung weiterentwickelt werden. Außerdem soll eine Dependence des NS-Dokumentationszentrums München integriert werden, die eine neue Form der Erinnerungskultur ermöglicht.



Denkmallandschaft Nideggens Tore

Nideggen | Nordrhein-Westfalen | 3,79 Mio. €

Zwischen den fünf Stadttoren der mittelalterlichen Stadtbefestigung Nideggens soll eine Vielzahl von Gestaltungs-, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen die einzigartige denkmalgeschützte Bausubstanz der Altstadt in Verbindung mit der umgebenden Natur erhalten und erlebbar machen.



Reaktivierung des Volksbads: Sanierung des Wannengadenbads **Nürnberg | Bayern | 4,00 Mio. €**

Der Wannengadenbad des Nürnberger Volksbads gehört zu den eindrucksvollen Zeugnissen der Bäderkultur des Jugendstils. Seine Reaktivierung ist ein wichtiger Baustein bei der anspruchsvollen Aufgabe der Sanierung des Gesamtensembles.



Sicherung und städtebauliche Gestaltung des Westhangs am Stiftsberg

Quedlinburg | Sachsen-Anhalt | 1,68 Mio. €

Im Zuge der langfristigen Entwicklung des UNESCO-Weltkulturerbes Stiftsberg Quedlinburg soll der Westhang gesichert und landschaftsgärtnerisch neu gestaltet werden.



Neubau in der historischen Häuserzeile Oberamteistraße

Reutlingen | Baden-Württemberg | 3,33 Mio. €

Ein innovativer Neubau mit Holztragwerk soll eine denkmalgeschützte Fachwerkzeile, die selbst zu einem Museum wird, statisch sichern. Gleichzeitig dient er als Erweiterung des Heimatmuseums sowie als Veranstaltungsort für die Stadt.



Revitalisierung des Oberen Tores zu einem Treffpunkt für Bürger und Gäste

Rot an der Rot | Baden-Württemberg | 1,45 Mio. €

Das Obere Tor, repräsentativer Eingang in die ehemalige Klosteranlage der Reichsabtei Rot, soll denkmalgerecht saniert werden. Damit entsteht für Bürgerschaft und Tourismus gleichermaßen ein neuer Anlauf- und Begegnungsort in der Kleinstadt.



Revitalisierung des Ensembles Bergfried

Saalfeld/Saale | Thüringen | 1,91 Mio. €

Mit der Revitalisierung und Nachnutzung des für die Stadt und deren Bevölkerung identitätsstiftenden Ensembles Bergfried soll ein herausragendes Beispiel der Reformkunst der 1920er-Jahre erhalten und in Wert gesetzt werden.



Wiederaufbau des historischen Rathauses

Straubing | Bayern | 5,75 Mio. €

Das 2016 bei einem Brand zerstörte Straubinger Rathaus soll mit einer innovativen neuen Dachkonstruktion wiederaufgebaut werden. So soll der historische Glanz wieder entstehen und zugleich die Nutzung als modernes Rathaus möglich werden.

Projektliste nach Jahren

2014

Baden-Württemberg |

Aalen | S. 54

Limesmuseum – Aktivierung des Stadtquartiers

Thüringen |

Bad Frankenhausen | S. 60

Oberkirche Bad Frankenhausen
Der Schiefe Turm

Sachsen | Bad Muskau | S. 64

Umgestaltung des ehemaligen Grenzvorplatzes

Rheinland-Pfalz |

Bendorf | S. 72/73

Entwicklung der historischen Gießhalle Sayner Hütte

Berlin | S. 77

Flussbad Berlin

Nordrhein-Westfalen |

Bochum | S. 89

Eisenbahnmuseum: Vom Depot zum Erlebnisraum

Schleswig-Holstein |

Flensburg | S. 103

Flensburger Altstadt: Deutsch-Dänische Kulturachse

Bayern | Fürth | S. 109

Ludwig-Erhard-Zentrum

Nordrhein-Westfalen |

Gelsenkirchen | S. 110

Energielabor Ruhr

Niedersachsen | Goslar | S. 114

Historische Befestigungs- und Wallanlagen

Niedersachsen | Göttingen | S. 117

Kunstquartier (KuQua)

Freie und Hansestadt Hamburg | S. 121

Ohlsdorfer Parkfriedhof

Nordrhein-Westfalen |

Höxter | S. 134

UNESCO-Welterbe Corvey

Hessen | Kassel | S. 137

UNESCO-Welterbestätte Bergpark Wilhelmshöhe

Niedersachsen | Osterode am Harz, Northeim, Duderstadt, Einbeck & Hann. Münden | S. 176

Das Fachwerk-Fünfeck

Sachsen-Anhalt |

Quedlinburg | S. 182/183

Entwicklung des Quedlinburger Schlossberges

Bayern | Regensburg | S. 185

Porta Praetoria

Mecklenburg-Vorpommern | Hansestadt Stralsund | S. 196

Kulturkirche St. Jakobi

Thüringen | Weimar | S. 206

Freianlagengestaltung ehemalige Kunstgewerbeschule (Van-de-Velde-Bau)

Brandenburg |

Wustermark | S. 214

Entwicklung des historischen Olympischen Dorfs von 1936

2015

Niedersachsen |

Alfeld (Leine) | S. 56

Restaurierung und Modernisierung des UNESCO-Weltkulturerbes Fagus-Werk

Hessen | Bad Karlshafen | S. 62/63

Wiederanbindung des historischen Hafens an die Weser

Bayern | Bamberg | S. 68

Sanierung der Klosteranlage St. Michael und Errichtung eines Informationszentrums

Hessen | Bebra | S. 70

Bahnhof Bebra – Neunutzung des Denkmals der Industriekultur und Zeitgeschichte

Bayern | Berching | S. 75

Sanierung der Benediktinerabtei Plankstetten

Berlin | S. 78

Hansaviertel Berlin – Stadt von Morgen

Berlin | S. 79

Öffnung des Flughafengebäudes Tempelhof – Tower THF

Brandenburg |**Bernau bei Berlin | S. 86**

Entwicklung der ehemaligen Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Nordrhein-Westfalen |**Bottrop | S. 90**

NachbarschaftsWerk – Gemeinsam Stadtbild und Klima schützen im Quartier Rheinbablen

Freie Hansestadt Bremen | S. 91

Leben mit der Weser – innovativer Hochwasserschutz im historischen Stadt- und Hafengebiet

Bayern | Burghausen | S. 92

Revitalisierung des ehemaligen Zisterzienserklosters Raitenhaslach zum Science Center der TU München

Sachsen-Anhalt |**Dessau-Roßlau | S. 97**

Instandsetzung der Galerie der Alten Meister im Schloss Georgium

Baden-Württemberg | Freiburg im Breisgau | S. 107

Sanierung Konventgebäude des Augustiner Museums

Thüringen | Gera | S. 111

Campus Goethe-Gymnasium Rutheneum

Niedersachsen | Goslar | S. 115

Umnutzung des historischen Rathauses zum „Welterbe-Info-Zentrum“

Thüringen | Gotha | S. 116

Denkmalpflegerische Sanierung der Gartenstadt „Am Schmalen Rain“

Niedersachsen |**Göttingen | S. 118**

Forum Wissen

Freie und Hansestadt Hamburg | S. 122

Stadt trifft Landschaft – Entwicklung der Landschaftsachse Horner Geest

Nordrhein-Westfalen | Hansestadt Herford | S. 131

genießen & begegnen – Modernisierung der neobarocken Markthalle

Bayern | Herrieden | S. 133

Denkmalgerechte Sanierung des Stadtschlusses mit einem stadsgeschichtlichen Museum

Sachsen | Hoyerswerda | S. 135

Objekt Extrem – städtebauliche, denkmalgerechte Standortstärkung der Brikettfabrik Knappenrode

Hessen | Kassel | S. 138

Wilhelmshöher Allee

Bayern | Kempten | S. 140

Sanierung der historischen König-Ludwig-Brücke

Nordrhein-Westfalen |**Kerpen | S. 141**

Zukunftsensemble Schloss Türnich

Rheinland-Pfalz | Koblenz | S. 142

Großfestung Koblenz – Freiraumgestaltung und Öffnung der Festungsanlagen

Nordrhein-Westfalen |**Köln | S. 143**

Lebenswertes Chorweiler – ein Zentrum im Wandel durch eine umfassende städtebauliche Neuordnung der Quartiersplätze

Nordrhein-Westfalen |**Köln | S. 144/145**

Weiterentwicklung des öffentlichen Raums der „Via Culturalis“

Nordrhein-Westfalen |**Krefeld | S. 147**

Renovierung des Denkmalensembles Häuser Esters und Lange

Sachsen | Leipzig | S. 150/151

Parkbogen Ost – Umwandlung einer stillgelegten Bahntrasse im Leipziger Osten

Rheinland-Pfalz | Verbandsgemeinde Loreley | S. 154/155

Neugestaltung des Loreleyplateaus im Weltkulturerbe Oberes Mittelrheintal

Schleswig-Holstein |**Hansestadt Lübeck | S. 157**

Neugestaltung der Freiflächen „An der Untertrave – Drehbrückenplatz“

Niedersachsen |**Hansestadt Lüneburg | S. 158**

Sanierung des Gebäudeensembles Lüneburger Rathaus und Franziskanerkloster

Sachsen-Anhalt |**Lutherstadt Wittenberg | S. 160**

Qualitative Aufwertung der östlichen Wallanlagen im Umfeld von Lutherhaus und Augusteum

Baden-Württemberg |**Mannheim | S. 162**

Umbau des Luftschutzbunkers Ochsenpferch zum Sitz des Mannheimer Stadtarchivs

Schleswig-Holstein |**Mölln | S. 166**

Innovative energetische Sanierung des Stadthauptmannshofes

Nordrhein-Westfalen |**Oberhausen | S. 172**

Altmarktgarten – Gebäudeintegriertes Dachgewächshaus zur nachhaltigen Pflanzenproduktion

**Nordrhein-Westfalen |
Paderborn | S.177**
Flusslandschaft Pader

**Nordrhein-Westfalen |
Porta Westfalica | S.178**
Rekonstruktion der Ringmauer
und Einrichtung eines Besucher-
zentrums am Kaiser-Wilhelm-
Denkmal

**Sachsen-Anhalt |
Quedlinburg | S.182/183**
Quedlinburger Schlossberg –
Sanierung Residenzbau,
Ostflügel

Bayern | Regensburg | S.186
Neubau einer Synagoge
mit Integration des alten
Gemeindehauses

**Mecklenburg-Vorpommern |
Hansestadt Rostock | S.187**
Erweiterung der Kunsthalle in
Rostock um ein Schaudepot

**Brandenburg |
Rüdersdorf bei Berlin | S.188**
Denkmalensemble „Historisches
Berg- und Kalkwerk“ Museums-
park der Baustoffindustrie
Rüdersdorf

Saarland | Saarbrücken | S.189
Barock trifft Moderne

Bayern | Thurnau | S.199
Schloss Thurnau – Umnutzung
zum Standort des Instituts für
Fränkische Landesgeschichte

**Baden-Württemberg |
Ulm | S.202/203**
Entwicklung der Zitadelle
Wilhelmsburg

**Baden-Württemberg |
Wangen im Allgäu | S.204/205**
Entwicklung des Kulturdenkmals
Baumwollspinnerei

2016

Berlin | S.80
House of One – Haus des
interreligiösen Dialogs

Brandenburg | Cottbus | S.94
Städtebaulicher Wettbewerb
Hafenquartier Cottbus

Bayern | Eggenfelden | S.100
Revitalisierung der historischen
Hofmark Gern durch ein
digitales Innovationszentrum

**Nordrhein-Westfalen |
Essen | S.102**
Salzfabrik der Kokerei Zollverein
wird zum Zentral- und Schau-
depot des Ruhr Museums

Hessen | Gießen | S.113
Mustersanierung Werkssiedlung
Gummiinsel

**Hessen | Grasellenbach mit
Rimbach und Wald-Michelbach |
S.119**
Geozentrum und Geopark

**Freie und Hansestadt Hamburg |
S.123**
Bürgerhaus Eidelstedt

**Baden-Württemberg |
Heidelberg | S.130**
Der andere Park – Grünes Band
des Wissens für die Campbell
Barracks

**Nordrhein-Westfalen |
Hansestadt Herford | S.132**
Kasernengelände wird Bildungs-
Campus

**Sachsen-Anhalt |
Quedlinburg | S.182/183**
Quedlinburger Schlossberg –
Sanierung Residenzbau,
Westflügel

Bayern | Schweinfurt | S.194
Konversion Ledward Barracks

**Baden-Württemberg |
Wangen im Allgäu | S.204/205**
Erhalt, Wiedernutzung und
Entwicklung des Kulturdenkmals
Baumwollspinnerei

Thüringen | Weimar | S.207
Haus der Weimarer Republik

**Niedersachsen |
Wilhelmshaven | S.211**
Trilateral Wadden Sea World
Heritage Partnership Centre

**Mecklenburg-Vorpommern |
Hansestadt Wismar | S.212**
Forum St. Marien Wismar

2017

Bayern | Bamberg | S.69
Kulturquartier Lagarde

**Rheinland-Pfalz |
Bendorf | S.72/73**
Sayner Hütte

Berlin | S.81
Öffentliches Zentrum für
Sprache und Bewegung am
Campus Efeuweg

**Brandenburg |
Bernau bei Berlin | S.87**
Besucher- und Begegnungs-
zentrum Bundesschule Bernau

**Nordrhein-Westfalen |
Castrop-Rauxel | S.93**
Sprung über die Emscher

Hessen | Darmstadt | S.96
Entwicklung Mathildenhöhe

**Mecklenburg-Vorpommern |
Hansestadt Greifswald | S.120**
Kultur- und Initiativenhaus
„Zum Greif“

**Freie und Hansestadt Hamburg |
S.124**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Niedersachsen | Hannover | S.127
Revitalisierung des Ihme-Zentrums

Nordrhein-Westfalen | Havixbeck | S.129
Droste-Kulturzentrum als Zukunftsort Literatur

Baden-Württemberg | Lörrach | S.156
Zollquartier Lörrach

Bayern | München | S.167
Planung der Untertunnelung des Englischen Gartens

Bayern | Nürnberg | S.170
Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände

Thüringen | Probstzella | S.181
Itting-Garagen

Rheinland-Pfalz | Saarburg | S.190/191
Saarburg-Terrassen

Thüringen | Schwarzburg | S.193
Schloss Schwarzburg – Denkort der Demokratie

Baden-Württemberg | Stuttgart | S.198
Villa Berg

Saarland | Überherrn | S.200
Sendehalle Europe 1

Baden-Württemberg | Weinstadt | S.208
Bürgerpark Grüne Mitte

Sachsen-Anhalt | Weißenfels | S.209
Schloss Neu-Augustusburg

2018/19

Thüringen | Apolda | S.57
Open Factory im Eiermannbau

Bayern | Aschaffenburg | S.58
Aufwertung und Neugestaltung des Schlossufers

Hessen | Bad Karlshafen | S.62/63
Wir sind offen – Revitalisierung der barocken Planstadt

Sachsen | Bad Muskau | S.65
Stadtmitte – Revitalisierung und Vernetzung

Baden-Württemberg | Bad Waldsee | S.67
Altstadt für Alle – barrierefreier öffentlicher Raum

Berlin | S.82
Reallabor Radbahn

Berlin | S.83
Revitalisierung des Wiesenburg-Areals

Berlin | S.84
Schlossfreiheit – Freitreppe zur Spree

Sachsen | Crimmitschau | S.95
Revitalisierung des Kaufhauses Schocken

Schleswig-Holstein | Flensburg | S.104
Christiansen Gärten

Brandenburg | Forst (Lausitz) | S.105
Brandenburgisches Textilmuseum

Hessen | Frankfurt am Main | S.106
Aufwertung der Siedlungen des Neuen Frankfurt

Freie und Hansestadt Hamburg | S.125
Mobility Hubs für eine nachhaltige Quartiersentwicklung

Rheinland-Pfalz | Hauenstein | S.128
Sanierung des Schuhmuseums

Sachsen-Anhalt | Ilseburg (Harz) | S.136
Sanierung des Klosters Ilseburg

Hessen | Kassel | S.139
Neugestaltung des Brüder-Grimm-Platzes

Nordrhein-Westfalen | Köln | S.144/145
Via Culturalis – Südliche Abschnitte

Baden-Württemberg | Konstanz | S.146
Zukunftsstadt Konstanz – Modellquartier Christiani-Wiesen

Sachsen | Leipzig | S.152
Entwicklung des Matthäikirchhofs

Nordrhein-Westfalen | Leverkusen | S.153
Parkanlage Schloss Morsbroich

Niedersachsen | Hansestadt Lüneburg | S.159
Salzmuseum – Sanierung und Entwicklung des Industriedenkmals

Sachsen-Anhalt | Magdeburg | S.161
Sanierung der Hyparschale

Baden-Württemberg | Mannheim | S.163
Revitalisierung der Multihalle

Nordrhein-Westfalen | Marl | S.164
Marschall 66 – Begegnungs- und Erlebnisort

Bayern | München | S.168
Quartiersentwicklung Bayernkaserne

Bayern | Oettingen in Bayern | S.173
Reaktivierung des Hotels Krone

**Baden-Württemberg |
Offenburg | S.174**
Kultur-, Demokratie- und
Bildungseinrichtung Salmen

Brandenburg | Potsdam | S.179
Soziale Infrastruktur für
Krampnitz

**Schleswig-Holstein |
Ratzeburg | S.184**
Erneuerung der Domhalbinsel

**Rheinland-Pfalz |
Saarburg | S.190/191**
Saarburg-Terrassen: Öffentliche
Räume

**Baden-Württemberg |
Scheer | S.192**
Neue Mitte – Sanierung des
ehemaligen Adelspalais

**Mecklenburg-Vorpommern |
Hansestadt Stralsund | S.197**
Sicherung Hansakai

Bayern | Weismain | S.210
Sanierung und Erweiterung
des historischen Rathauses

Sachsen | Zwickau | S.215
Revitalisierung des Kaufhauses
Schocken

2020

**Sachsen |
Adorf/Vogtland | S.55**
Erlebniszentrum Perlmutter

**Sachsen |
Aue-Bad Schlema | S.59**
Denkmalgerechte Sanierung
des Kulturhauses „Aktivist“

**Thüringen |
Bad Salzungen | S.66**
Sanierung und Umbau des
Gradierwerksensembles

Bayern | Benediktbeuern | S.74
Kloster Benediktbeuern –
Sanierung des historisch bedeu-
tenden Südarkadentraktes

**Nordrhein-Westfalen |
Bergkamen | S.76**
Aus der Tiefe in die Höhe –
Grubenwasserhebwerk als
städtebauliche Landmarke

Berlin | S.85
DampflokWerk Berlin – Zentrum
für Technik, Bildung und Kultur
als Quartierseingang

**Sachsen-Anhalt |
Bitterfeld-Wolfen | S.88**
Sanierung und Nutzbarmachung
des Kulturpalastes Bitterfeld

**Nordrhein-Westfalen |
Düsseldorf | S.98**
Bilker Bunker als Kunst- und
Kulturort

**Nordrhein-Westfalen |
Düsseldorf | S.99**
Machbarkeitsstudie Vertical
Farming Carlsplatz

Brandenburg | Erkner | S.101
Gerhart-Hauptmann-Museum
und Kulturforum

Saarland | Friedrichsthal | S.108
Rechtsschutzsaal Bildstock

Thüringen | Gera | S.112
Revitalisierung des ehemaligen
Kaufhauses Tietz

**Freie und Hansestadt Hamburg |
S.126**
Erhalt und Entwicklung der
Jarrestadt

**Schleswig-Holstein |
Lauenburg | S.148**
Transformation des Werft- und
Hafenquartiers

Sachsen | Leipzig | S.150/151
Wege zum Parkbogen Ost

**Rheinland-Pfalz |
Verbandsgemeinde Loreley |
S.154/155**
Umsetzung des Ausstellungs-
konzeptes

**Nordrhein-Westfalen |
Minden | S.165**
Sanierung des Rathauses –
Teil „Alte Regierung“

**Sachsen-Anhalt |
Naumburg (Saale) | S.169**
Umfeld-Neugestaltung für das
UNESCO-Weltkulturerbe
Naumburger Dom

Bayern | Nürnberg | S.171
Reaktivierung des Volksbads:
Sanierung der Schwimmhalle III

**Niedersachsen |
Osnabrück | S.175**
Revitalisierung des Ringlok-
schuppens

Brandenburg | Potsdam | S.180
Lottenhof – Ostmoderne am
Eingang zum Weltkulturerbe

**Mecklenburg-Vorpommern |
Schwerin | S.195**
Schaumagazin im Vorwärts-
Quartier

**Baden-Württemberg |
Ulm | S.202/203**
Zukunft/Wilhelmsburg
2030 – Die Stadt in der Festung

**Baden-Württemberg |
Wangen im Allgäu | S.204/205**
Alte Energien neu erlebbar
machen – Wasserkraft im
21. Jahrhundert

**Brandenburg |
Wittenberge | S.213**
Bahnhofsumfeld Wittenberge

2021

Nordrhein-Westfalen |

Aachen | S. 218

Kooperative Entwicklung
Altstadtquartier Büchel

Berlin | S. 218

Kuratierte Erdgeschossflächen
im Haus der Statistik

Freie Hansestadt Bremen | S. 218

Staatsarchiv Bremen: Neubau
eines Magazins als Ergänzung
des denkmalgeschützten
Bestands

Sachsen | Chemnitz | S. 218

Revitalisierung der Stadt-
wirtschaft zu einem Kreativort
am Sonnenberg

Nordrhein-Westfalen |

Detmold | S. 218

Aufwertung des Areals rund um
das Hermannsdenkmal

Brandenburg | Erkner | S. 218

Sanierung und Umbau der „Villa
Lassen“ als Teil des Gerhart-
Hauptmann-Museums und
Kulturforums

Mecklenburg-Vorpommern | Gadebusch | S. 219

Denkmalgerechte Sanierung
von Schloss Gadebusch

Nordrhein-Westfalen |

Gelsenkirchen | S. 219

Transformation des Kohlen-
bunkerensembles im Nordstern-
park zum „Greentower“

Hessen | Gießen | S. 219

Freiflächengestaltung
„Inselgärten“ in der Rot-
klinkersiedlung

Niedersachsen | Goslar | S. 219

Sanierung und Aufwertung der
Außenanlagen der Kaiserpfalz

Bayern | Gräfendorf | S. 219

Saaletaler Höfe als lebendige,
multifunktionale und zukunfts-
fähige Dorfmitte

Freie und Hansestadt Hamburg | S. 219

Revitalisierung des Zähler-
werks des Kraftwerks Bille
zum gemeinwohlorientierten
„Haus Neuer Arbeit“

Baden-Württemberg |

Herrenberg | S. 220

Sanierung und Revitalisierung
des Fruchtkastens

Rheinland-Pfalz |

Koblenz | S. 220

Freiraumentwicklung Groß-
festung Koblenz – Stufe 2

Bayern | Landshut | S. 220

Sanierung und Erweiterung
des Stadttheaters am histo-
rischen Ort

Schleswig-Holstein |

Hansestadt Lübeck | S. 220

Neugestaltung Beckergrube –
Mobilitätswende und Struktur-
wandel

Bayern | München | S. 220

Raum für Geschichte, Kunst,
Handwerk und Begegnung im
ehemaligen Zwangsarbeiter-
lager München-Neuaubing

Nordrhein-Westfalen |

Nideggen | S. 220

Denkmallandschaft
Nideggens Tore

Bayern | Nürnberg | S. 221

Reaktivierung des Volksbads:
Sanierung des Wannenbadtrakts

Sachsen-Anhalt |

Quedlinburg | S. 221

Sicherung und städtebauliche
Gestaltung des Westhanges am
Stiftsberg

Baden-Württemberg |

Reutlingen | S. 221

Neubau in der historischen
Häuserzeile Oberamteistraße

Baden-Württemberg |

Rot an der Rot | S. 221

Revitalisierung des Oberen Tores
zu einem Treffpunkt für Bürger
und Gäste

Thüringen |

Saalfeld/Saale | S. 221

Revitalisierung des Ensembles
Bergfried

Bayern | Straubing | S. 221

Wiederaufbau des historischen
Rathauses

Bildnachweise

Lars-Christian Uhlig (BBSR) (Titel) | Panatom Corporate Communication (11) | Stadt Leipzig (14) | SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH (15) | Hans-Georg Unrau (16) | Stadt Bad Karlshafen (19) | Thomas Müller, IBA Thüringen (20) | Thomas Müller, IBA Thüringen (21) | Thomas Müller, IBA Thüringen (22o, 22u), Thomas Müller, IBA Thüringen (25) | Thomas Müller, IBA Thüringen (26) | Stadt Wangen/Christoph Morlok (28) | Morlok 2018 (29) | Morlok 2020 (30o) Morlok 2021 (30u) | Morlok 2021 (32o) Morlok 2020 (32u) | paper planes e. V. (37) | I. Tast, BUKEA (38o) | Zeitspiegel Reportagen (38u) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (41) | foto-schepers.de (43o) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (43u) | Helge Mundt (44) | terraplan Baudenkmalsanierungsgesellschaft mbH (47) | David Altrath (48o) | Wohnbau Gießen (48u) | Stadtarchiv Ulm (51) | Marcus Sies, Atelier Brückner (54) | Schulz und Schulz, Leipzig (55) | UNESCO-Welterbe Fagus-Werk (56) | Thomas Müller, IBA Thüringen (57) | Thomas Göttemann (58) | Große Kreisstadt Aue-Bad Schlema (59) | Kur & Tourismus GmbH Bad Frankenhausen (60) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (63o) | Stadt Bad Karlshafen (63u) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (64) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (65) | KTU Bad Salzungen (66) | Markus Leser (67) | Bürgerspitalstiftung Bamberg (68) | huttereimann (69) | Dirk Lorey, Stadtentwicklung Bebra GmbH (70) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (73o, 73u) | Simon Meyer, Lubiall (74) | Benediktinerabtei Plankstetten (75) | Luftbild Blossy, Hamm (76) | Adrian König, realities:united, Flussbad Berlin e. V. (77) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (78) | :mlzd (79) | Kuehn Malvezzi, Visualisierung: Davie Abbonacci (80) | AFF Architekten (81) | paper planes e. V., Reindeer Renderings (82) | Gene Glover, degewo AG (83) | Sora Images (84) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (85) | Micha Winkler, Stadt Bernau bei Berlin (86) | Steimle Architekten, Stadt Bernau bei Berlin (87) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (88) | Stefan Müller, Architekt: Max Dudler (89) | Stadt Bottrop (90) | Hanns Joosten (91) | Stadt Burg-hausen (92) | EGLV, Team Vermessung (93) | Fehlig Moshfeghi Architekten BDA; Gartenlabor Bruns Landschaftsarchitektur; Stadtverwaltung Cottbus, Fachbereich Stadtentwicklung (94) | PB Dietrich Architekten Ingenieure (95) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (96) | Sven Hertel, Stadt Dessau-Roßlau (97) | KÜSSDENFROSCHE Häuserwackküssgesellschaft mbH (98) | Kristina Fend-sack, Wochenmarkt Karlsplatz GmbH (99) | Stadt Eggenfelden (100) | Stadt-verwaltung Erkner (101) | Thomas Eicken, Stiftung Zollverein (102) | Museum Flensburg (103l) | Eiko Wenzel, Stadt Flensburg (103r) | Eiko Wenzel, Stadt Flensburg (104) | Krekeler Architekten Generalplaner GmbH, Brandenburg a. d. Havel (105) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (106) | Christoph Mäckler Architekten, Stadt Freiburg Gebäudemanagement (107) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (108) | msh stadtplanung GbR, Altdorf (109) | Martin Schmüdderich, Stadt Gelsenkirchen (110) | Stadtverwaltung Gera (111) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (112) | Wohnbau Gießen (113) | Stadt Goslar (114) | Stadt Goslar (115) | GWG (116) | Atelier ST (117) | Arge Forum Wissen (118) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (119) | Thorsten Wagner (120) | Lutz Rehkopf, Hamburger Friedhöfe (121) | BUKEA/I. Tast (122) | acollage. architektur urbanistik (123) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (124) | Sven Grimpe (125) | David Altrath (126) |

Lars-Christian Uhlig (BBSR) (127) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (128) | Harald Humberg (129) | Stadt Heidelberg, Amt für Liegenschaften und Konversion (130) | Denis Karabasch im Auftrag der Pro Herford GmbH (131) | Stadtentwicklungsgesellschaft Hansestadt Herford mbH, Visualisierung durch Green-box Landschaftsarchitekten Part GmbH (132) | Jürgen Ziegler, FOCUS Projektentwicklung und -management, Nürnberg (133) | Christiane Püschel (134) | Rico Hoffmann, rh-designer.de (135) | Loeffke (136) | Norbert Arnold, MHK, Bergpark Wilhelmshöhe (137) | Heide Roll, Stadt Kassel, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz (138) | clubL 94 Landschaftsarchitekten GmbH (139) | Hermann Rupp, Studio für Fotografie (140) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (141) | Olaf Schepers, www.foto-schepers.de (142) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (143) | Martin Gaissert (145o) | RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten (145u) | Stadt Konstanz, Amt für Stadtplanung und Umwelt (146) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (147) | www.edition-rufer.de (148) | SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten mbH (151o, 151u) | Stadt Leipzig (152) | POLA Landschaftsarchitekten GmbH, Berlin (153) | A. Schaust, VG Loreley (155o) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (155u) | Juri Junko, Stadt Lörrach (156) | Hansestadt Lübeck (157) | pmp Projekt GmbH (158) | Hansestadt Lüneburg, Fachbereich Gebäudewirtschaft (159) | Stadtverwaltung Lutherstadt Wittenberg (160) | Landeshauptstadt Magdeburg (161) | Kathrin Schwab (162) | LAMAG, COFO, DIESE, Lukac (163) | Michael Rasche, Dortmund (164) | Stadt Minden, Gebäudewirtschaft (165) | Stiftung Herzogtum Lauenburg (166) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (167) | Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (168) | Falko Matte, Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz (169) | Alexander Tschopoff, www.tschopoff.de (170) | Fritz Planung GmbH (171) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (172) | Werner Rensing (173) | Wilfried Beege (174) | Ringlokschuppen Osnabrück GmbH Edinghäuser Str. 20b, 49076 Osnabrück (175) | Daniel Li Photography, Fachwerk5Eck (176) | Helge Mundt, Hamburg (177) | Holger Bosch, WLW (178) | AFF Architekten, Berlin (179) | Paolo Risser (180) | Nico Fröbisch, Gemeinde Probstzella (181) | Jürgen Meusel (183o) | Welterbestadt Quedlinburg (183ul, 183ur) | Stadt Ratzeburg (184) | Stadt Regensburg (185) | Bilddokumentation Stadt Regensburg (186) | Josefine Rosse, Eigenbetrieb KOE Rostock (187) | Thomas Fiel, Baukanzlei BDA (188) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (189) | Dorel Dobai (191o, 191u) | Dorn Architekten (192) | Thomas Müller, IBA Thüringen (193) | Michael Paul Romstück (194) | Landeshauptstadt Schwerin (195) | Stadterneuerungsgesellschaft mbH (196) | Yoann Munier (197) | Prof. Dr. Peter Schneider, Esslingen (198) | Oliver Riess, Markt Thurnau (199) | Lars-Christian Uhlig (BBSR) (200) | Stadtarchiv Ulm (203o, 203ul, 203ur) | Morlok 2021 (205o), Forster 2020 (205ul), Morlok 2021 (205ur) | Thomas Müller (206) | MUFLER-ARCHITEKTEN (207) | Stadt Weinstadt, Amt für Öffentlichkeitsarbeit, Kultur und Stadtmarketing (208) | Stadt Weißenfels (209) | Ingo Bäuerlein (210) | Dorte Mandrup A/S, GGS Stadt Wilhelmshaven (211) | Lea Cizmarek, Stadt Wismar (212) | Stadt Wittenberge (213) | terraplan Baudenkmalsanierungsgesellschaft mbH (2020) (214) | Stadt Zwickau (215) | Antje Eickhoff SEGA Aachen (218) | Nils Koenning, Berlin (218) | Staatsarchiv Bremen (218) | KAPOK: Entwicklungsszenario (218) | Landesverband Lippe/Kreispolizei (218) | Stadtverwaltung Erkner (218) | Hans-Christoph Struck (219) | Marius Westermann, New Architekten (219) | Wohnbau Gießen (219) | Martin Schenk (219) | Gemeinde Gräfendorf (219) | Franziska Dehm, HALLO: Verein zur Förderung raumöffnender Kultur e. V. (219) | Atelier Brückner GmbH, Stuttgart (220) | Olaf Schepers, www.foto-schepers.de (220) | Stadt Landshut, Baureferat Stabsstelle (220) | Sebastian Krabbe, Heske Hochgürtel Lohse Architekten (220) | Jens Weber (220) | Ulrich Laube (220) | Fritz Planung GmbH (221) | Jürgen Meusel (221) | wulf architekten, BRUTAL & Delikat (221) | Gemeinde Rot an der Rot (221) | Stadtplanungsamt Stadt Saalfeld (221) | Hild und K Architekten (221)

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
Referat SW III 5 – Lebendige Zentren,
Nationale Projekte des Städtebaus
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Konzeption/Fachliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Referat RS 8 – Qualität im Städtebau, Investive Projekte
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Urbanizers
Nordufer 15
13353 Berlin

Bearbeitung

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat:
Anke Michaelis-Winter, Gabriele Kautz

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:
Anca Cârsteian, Lars-Christian Uhlig, Bastian Wahler-Žak,
Robert Schmell, Birgit Kann, Matthias Pöhler, Dr. Bérénice Preller

Urbanizers:
Marie Neumüllers, Dr. Annika Levels, Carolin Fischer, Phil von Lueder,
Oskar Schmiegl

Stand

1. Juli 2021

Titelbild

Altmarktgarten – Gebäudeintegriertes Dachgewächshaus zur nachhaltigen Pflanzenproduktion | Oberhausen | Nordrhein-Westfalen
Bildnachweis: Lars-Christian Uhlig (BBSR)

Gestaltung, Layout und Satz

Panatom Corporate Communication

Druck

Umweltdruck Berlin

